

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@parl.admin.ch

05.092 Strafprozessrecht. Vereinheitlichung





Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament

Curia Vista - Geschäftsdatenbank

05.092 – Geschäft des Bundesrates

Strafprozessrecht. Vereinheitlichung

Einreichungsdatum	21.12.2005
Stand der Beratung	Erledigt

Botschaft vom 21. Dezember 2005 zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts (BBI 2006 1085). Zusatzbericht vom 22. August 2007 (Erläuterung der Änderung des bundesrätlichen Entwurfs vom 21.12.2005 zu einer schweizerischen Jugendstrafprozessordnung, JStPO; BBI 2008 3121)

Dokumente

- Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
- Zusatzbericht des Bundesrates 22.08.07 (BBI 2008 3121)
- Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen
- Medienmitteilungen
- Anträge, Fahnen
- Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle
- Text des Erlasses 1 (BBI 2007 6977)
- Text des Erlasses 2 (AS 2010 1573)
- Text des Erlasses 1 (AS 2010 1881)

Chronologie / Wortprotokolle

Entwurf 1

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Datum	Rat	
11.12.2006	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
20.06.2007	NR	Abweichend.
20.09.2007	SR	Abweichend.
25.09.2007	NR	Abweichend.
27.09.2007	SR	Abweichend.
02.10.2007	NR	Zustimmung.
05.10.2007	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung

Strafprozessordnung Strafverfahren Jugendstrafrecht Staatsanwalt/-anwältin Rechtsschutz
Untersuchungsrichter/in Zeugenaussage Konfliktregelung Berufung Kassationsbeschwerde
Revision eines Urteils Gerichtswesen Justizreform Verfahrensrecht
Vereinfachung von Verfahren Opfer Laienrichter/in **Ergänzende Erschliessung:**
12;freie Schlagwörter: Abgekürztes Verfahren, Zwangsmassnahme,
Zwangsmassnamengericht, Jugendstrafverfahren, Jugendgericht, Jugendanwalt

Zuständig

Justiz- und Polizeidepartement
(EJPD)

Konnexe Geschäfte

07.3281

Sie sind hier: [Das Schweizer Parlament](#) > [Suche](#) > [Geschäfte](#)

© Das Schweizer Parlament / CH - 3003 Bern, Impressum, Disclaimer

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Erstrat - Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: "Aus 29 mach 1" lautete der Titel des Berichtes, den die Expertenkommission "Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes" im Dezember 1999 abliefern. Heute kann ich als Präsident der Kommission für Rechtsfragen festhalten: Das Ziel "aus 29 mach 1" rückt näher. Unsere Kommission hat am 16. Oktober die Vorlage zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes, also die eidgenössische Strafprozessordnung, einstimmig verabschiedet. Heute liegt Ihnen die Vorlage vor; Sie sehen die umfangreiche Fahne. Mit dieser Vorlage, mit der Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes, packen wir eine der letzten grossen Gesamtkodifikationen der Schweiz an. Die Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes, die Schaffung von einheitlichen Regeln im Strafverfahren, die für die ganze Schweiz gelten sollen, ist ein Meilenstein im schweizerischen Rechtswesen: Es ist ein Gesetz für die Zukunft. Das materielle Strafrecht ist in der Schweiz seit 1942 vereinheitlicht; wir haben das Strafgesetzbuch, das StGB. Nach wie vor gibt es in der Schweiz aber 29 verschiedene Strafprozessordnungen: 26 kantonale und 3 des Bundes. Diese Zersplitterung im Bereich des Verfahrensrechtes erklärt sich daraus, dass nach der bisherigen, in der Bundesverfassung festgelegten Kompetenzordnung grundsätzlich die Kantone für das Verfahren und die Gerichtsorganisation zuständig waren. Der Bund war einzig bei bestimmten schweren Straftaten des gemeinen Strafrechtes sowie beim Militär- und beim Verwaltungsstrafrecht für das Verfahren zuständig. Im Jahre 2000 haben Volk und Stände den Bund mit grossen Mehrheiten generell zur Gesetzgebung auf dem Gebiet des Strafprozessrechtes ermächtigt, in Artikel 123 Absatz 1 der Bundesverfassung.

Folgende Gründe haben die Idee der Vereinheitlichung reifen lassen: erstens die Gebote von Rechtsgleichheit und von Rechtssicherheit; zweitens die Kriminalität, die an Mobilität, an Professionalität und an Spezialisierung zunimmt; drittens der Gewinn und die Chancen eines einheitlichen Prozessrechtes für die Wissenschaft und die Anwaltschaft; viertens die Erleichterung des interkantonalen Einsatzes des Personals der Strafbehörden; fünftens die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene; sechstens die Tatsache, dass die Rechtsprechung zur Bundesverfassung und zur Europäischen Menschenrechtskonvention das Prozessrecht seit langem anhaltend beeinflusst und die verschiedenen Prozessordnungen angleicht.

Für die angestrebte Vereinheitlichung sprechen also vor allem drei Argumente. Das erste Argument betrifft die gesteigerte Effizienz: Einheitliche Regelungen erleichtern die interkantonale und internationale Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, was die Verbrechensbekämpfung erleichtert. Das zweite Argument betrifft die Stärkung der Rechtsgleichheit. Obwohl das materielle Strafrecht bereits grösstenteils vereinheitlicht ist, bestehen aufgrund der unterschiedlichen Verfahrensordnungen nach wie vor Rechtsungleichheiten, die es zu beseitigen gilt. Das dritte Argument betrifft die Erhöhung der Rechtssicherheit: Ein einheitliches Prozessrecht ermöglicht es den Behörden, der Anwaltschaft, den Privaten, der Wissenschaft und der Wirtschaft, die Rechtslage zuverlässiger einzuschätzen. Die neue eidgenössische Strafprozessordnung löst nun die bisherigen 26 kantonalen Strafprozessordnungen ab und ersetzt zudem den alten Bundesstrafprozess. Ausgeklammert bleiben, zumindest vorläufig, der Militärstrafprozess und das Verwaltungsstrafverfahren gemäss dem Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht. Dagegen sind zahlreiche andere strafprozessuale Bestimmungen in die neue StPO integriert, die heute in anderen Erlassen des Bundes enthalten sind, aber in den Regelungsbereich einer Strafprozessordnung gehören.

Die Botschaft 05.092 zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes enthält zwei Gesetzentwürfe, nämlich

einen Ausgleich zur starken Stellung der Staatsanwaltschaft schaffen sollen, nämlich ein Zwangsmassnahmengericht und die ausgebauten Verteidigungsrechte. Sieben Kantone wenden heute das Staatsanwaltschaftsmodell an: Basel-Stadt, Tessin, St. Gallen, Appenzell Innerrhoden, Solothurn, Zürich und Basel-Landschaft. Im Vernehmlassungsverfahren sprachen sich 15 Kantone für dieses Modell aus. Nebst der Vereinheitlichung des Strafverfolgungsmodells möchte ich hier auf einige weitere ausgewählte Neuerungen hinweisen:

Das Opportunitätsprinzip wird im Vergleich zur geltenden Regelung des Strafgesetzbuches ausgebaut. Wie in verschiedenen Kantonen soll ein Verzicht auf die Strafverfolgung immer dann erfolgen dürfen, wenn die Durchführung eines Strafverfahrens unter praktischen Gesichtspunkten überflüssig erscheint. Die Strafverfolgungsbehörden können auf diese Weise massgeblich entlastet werden. Anders als in gewissen Kantonen der Romandie nennt das Gesetz allerdings die Gründe abschliessend, bei deren Vorliegen auf die Strafverfolgung verzichtet werden kann. Der Staatsanwaltschaft wird also keine Blankovollmacht erteilt. Das unbeschränkte Opportunitätsprinzip ist in den welschen Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Jura bekannt, während die meisten Kantone der Deutschschweiz inzwischen ein beschränktes oder gemässigttes Opportunitätsprinzip kennen.

Als weitere Neuerung ist zu erwähnen, dass die starke Stellung des Staatsanwaltes durch einen Ausbau der Verteidigungsrechte kompensiert wird. Insbesondere kann die Verteidigung bereits bei der ersten Einvernahme der beschuldigten Person teilnehmen - Stichwort: Anwalt der ersten Stunde.

Zwangsmassnahmen - das heisst Untersuchungshaft, Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs usw. - müssen durch ein unabhängiges Gericht angeordnet bzw. genehmigt werden. Zu diesem Zweck werden spezielle Zwangsmassnahmengerichte eingeführt.

Hat die beschuldigte Person die Straftat eingestanden, ist die weitere Durchführung eines aufwendigen und teuren Verfahrens oftmals kaum sinnvoll. In solchen Konstellationen kann auf Antrag des Angeschuldigten ein abgekürztes Verfahren durchgeführt werden. Soweit dann im konkreten Fall keine Freiheitsstrafe über fünf Jahre in Betracht kommt, können die beschuldigte Person und die Staatsanwaltschaft über Schuld und Strafe eine Vereinbarung treffen, welche anschliessend gerichtlich zu genehmigen ist.

Der Vereinfachung von Verfahren dient auch das Strafbefehlsverfahren. Im Wesentlichen können Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten durch einen Urteilsvorschlag der Staatsanwaltschaft als Strafbefehl ausgesprochen werden. Verlangt die beschuldigte Person keine gerichtliche Beurteilung, so wird der Strafbefehl zum vollstreckbaren Strafurteil. Gegenüber den kantonalen Regelungen wird die Grenze für die Beurteilung im Strafbefehlsverfahren erhöht.

Zur Entlastung der Justiz soll auch die Möglichkeit der einzelgerichtlichen Beurteilung beitragen. Die Kantone können vorsehen, dass Delikte, für die im konkreten Fall eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren in Betracht kommt, von einem Einzelgericht beurteilt werden. Die Höhe der Spruchkompetenz entspricht der Grenze für die Gewährung des bedingten Strafvollzuges.

Die Erfahrung zeigt, dass eine Verurteilung für das Opfer oft weniger zufriedenstellend ist als eine einvernehmliche Streitbeilegung. Die Vorlage sieht deshalb vor, dass die Staatsanwaltschaft unter gewissen Voraussetzungen Vergleichsverhandlungen führen kann.

Schliesslich werden die Rechtsmittelwege vereinfacht. Der Entwurf sieht auf kantonaler Ebene nur noch drei Rechtsmittel vor: Berufung, Beschwerde und Revision. Andere Rechtsmittel wie z. B. die Nichtigkeitsbeschwerde führen zu einer unnötigen Komplizierung der Rechtslage und werden deshalb abgeschafft.

Nun zu den Arbeiten und Anträgen Ihrer Kommission: Ihre Kommission hat sich von April bis Oktober dieses Jahres während sechs Sitzungstagen mit dieser Vorlage befasst und sie, wie erwähnt, am 16. Oktober einstimmig verabschiedet. Ihrer Kommission ging es insbesondere darum, mit der neuen StPO eine Verfahrensordnung zu schaffen, die die Effizienz der Strafverfolgung steigert, die den Bedürfnissen der Praxis Rechnung trägt und die nicht zu einer Verteuerung der Strafjustiz führt. Die StPO muss ein faires Verfahren garantieren, aber nicht ein Verfahren, das das Opfer zum Täter macht. Es darf nicht das Ziel sein, die Verfahren zu verlängern, sondern es muss das Ziel sein, diese zu verkürzen. Wenn wegen langen Verfahren die Verjährung eintritt und nur deswegen keine Verurteilung erfolgt, ist dies frustrierend und wird von der Bevölkerung nicht verstanden.

Die Kommission folgt bei den Änderungen der Vorlage vor allem zwei leitenden Prinzipien. Das erste ist die Verbesserung der Effizienz des Verfahrens. Es ist das Ziel, mit den verfügbaren Mitteln dem Strafanspruch des Staates gerecht zu werden. Verschleppte Verfahren nützen niemandem, weder dem Opfer noch dem Täter noch dem Staat. Es gilt aber nicht, mit der beschuldigten Person möglichst "kurzen Prozess" zu machen. Es geht vielmehr darum, die Verfahrensabläufe zu optimieren.

Ein zweites Prinzip ist die Aufhebung von zu detaillierten Regelungen. Wir stellten fest - verschiedene Kreise der Justiz haben uns darauf hingewiesen -, dass die Vorlage zu detaillierte Regelungen enthält. Tatsächlich hat eine zu hohe Regelungsdichte zur Folge, dass die Vorlage unnötig kompliziert wird, dass sie der Praxis und Bürgernähe nicht dienlich ist, dass sie die richterliche Rechtsfortbildung verhindert, dass sie ein Fallstrick für die Strafverfolgungsbehörden mit

AB 2006 S 984 / BO 2006 E 984

einer erhöhten Anfälligkeit bezüglich der Rechtsmittel darstellt, dass sie die angestrebte Effizienz behindert und dass sie das Gesetz revisionsanfällig macht. Wo es Sinn machte, haben wir daher auf zu detaillierte Regelungen verzichtet.

geltende Bundesstrafrechtspflege ein wesentliches Hindernis für eine effiziente Umsetzung der neuen Bundeskompetenzen in der Strafverfolgung sei. Sie weist mit der Bundesanwaltschaft und dem Bundesstrafgericht darauf hin, dass eine rasche Revision der Bundesstrafprozessordnung dringend geboten sei. Das heutige, zweistufige Strafverfahren mit den gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren durch die Bundesanwaltschaft und die Bundeskriminalpolizei und der Voruntersuchung durch das Eidgenössische Untersuchungsrichteramt mit anschliessender Rücküberweisung an die Bundesanwaltschaft zur Anklageerhebung bringe einen grossen Effizienzverlust mit sich. Daher soll das zweistufige Strafverfahren mit der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung raschestmöglich aufgehoben werden.

Die GPK ersuchte die Kommission für Rechtsfragen, nach einer möglichst raschen Vereinfachung des Bundesstrafverfahrens zur Entlastung der Strafverfolgungsbehörde des Bundes zu suchen und eine Teilrevision der Bundesstrafprozessordnung als Übergangslösung oder eine vorgezogene Inkraftsetzung der neuen Strafprozessordnung in Bezug auf den Bund zu prüfen. Unsere Kommission ist der Auffassung, dass in Bezug auf das Bundesstrafverfahren tatsächlich ein dringender Handlungsbedarf besteht, und ersucht den Bundesrat daher, alles daranzusetzen, dass der Bundesteil der neuen Strafprozessordnung vorgezogen werden kann, das heisst, dass sie für den Bund in Kraft gesetzt werden kann, auch wenn eine gleichzeitige Inkraftsetzung für die Kantone wegen der kantonalen Anschlussgesetzgebungen noch nicht möglich sein sollte.

Abschliessend danke ich allen jetzigen und früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes für ihre Arbeit am grossen Werk der Schweizerischen Strafprozessordnung, insbesondere

AB 2006 S 985 / BO 2006 E 985

aber auch für die gute Zusammenarbeit mit unserer Kommission für Rechtsfragen. Ich danke ebenfalls meinen Kolleginnen und Kollegen aus unserer Kommission für Rechtsfragen für ihr Mitwirken bei der Vorberatung dieser sehr umfangreichen Vorlage.

Namens der einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen Eintreten und Zustimmung zur Vorlage.

Noch ein Hinweis zur Fahne: Bei zahlreichen Artikeln finden Sie den Vermerk "Betrifft nur den französischen Text". Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir festgestellt haben, dass der französische Text, das heisst die französische Übersetzung, zum Teil nicht mit dem entsprechenden deutschen Text übereinstimmt. Daher diese Hinweise, aber materiell gibt es da kein Problem. Ein weiterer Hinweis: In der Detailberatung werden wir uns bei der Berichterstattung aufteilen: Einen Teil der Berichterstattung werden die Kollegen Dick Marty und Alain Berset übernehmen.

Stadler Hansruedi (C, UR): Der Kommissionspräsident hat eigentlich eine umfassende Auslegeordnung gemacht und die Vorlage auch sehr gut gewürdigt. Ich möchte nur einen einzigen Aspekt herausgreifen, und an diesem Aspekt sollten wir diese Strafprozessordnung eigentlich messen. Eine zentrale Frage lautet doch: Trägt diese Strafprozessordnung auch dazu bei, dass die Strafverfahren beschleunigt werden können? Der Fall Swissair ist nur ein Beispiel dafür, dass in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, dass man die Grossen laufenlässt, aber die Kleinen hängt. Die neue Strafprozessordnung muss Gewähr bieten, dass die Verfahren auch bei grossen und komplexen Straffällen beschleunigt werden können und nicht nach jahrelangen Untersuchungen verjähren.

Wenn ich nun den Entwurf betrachte, sehe ich, dass es doch einige Bestimmungen gibt, die verfahrensbeschleunigend wirken können. Wir haben hier die grosse Erwartung, dass die anwendende Behörde diese Möglichkeiten in der Praxis dann auch tatsächlich nutzt. Ich möchte nur einige Elemente des Entwurfes, die meines Erachtens klar sind, beispielhaft herausgreifen; wir haben uns heute ja grundsätzlich zu fragen, ob die Übungsanlage der neuen StPO stimmt. Die Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes als solche kann bereits Verfahren beschleunigen. Es können so Schnittstellen zwischen den Kantonen gut und schnell gelöst werden, denn die Straftäter halten sich nicht an die Kantonsgrenzen. Das Staatsanwaltschaftsmodell II zeichnet sich durch die Einheitlichkeit von Ermittlung, Untersuchung und Anklageerhebung aus. Dieses sogenannte eingliedrige Verfahren birgt das Potenzial einer erheblichen Effizienzsteigerung in der Strafverfolgung in sich. Die relativ hohe Spruchkompetenz der Einzelgerichte gemäss Artikel 19 Absatz 2 ist ein weiteres Element.

Der Entwurf sieht auch ein relativ einfaches Rechtsmittelverfahren vor. Wir haben eine Beschränkung auf drei Rechtsmittel; auch dies kann sich verfahrensbeschleunigend auswirken. Ganz zentral - wie es bereits der Kommissionspräsident gesagt hat - ist das in Artikel 8 verankerte gemässigte Opportunitätsprinzip. Das gemässigte Opportunitätsprinzip kann die Verfahrensbeschleunigung unterstützen. Gerade Absatz 2 Buchstabe a erlaubt den Strafverfolgungsbehörden, dass man sich auf die Hauptbereiche eines Falles konzentrieren und Nebendelikte beiseitelassen kann. Das ist für komplexe und grosse Straffälle ganz wichtig.

Verfahrensbeschleunigend wirkt sich auch Artikel 28ter gemäss Kommissionsantrag aus, wonach die Staatsanwaltschaft und die Gerichte aus sachlichen Gründen Strafverfahren trennen oder vereinen können. In den Artikeln 355ff. wird das Strafbefehlsverfahren ausgedehnt. Auch dies wirkt sich positiv auf die Verfahrensdauer aus. Im Weiteren kann gemäss den Artikeln 365ff. eine beschuldigte Person unter bestimmten Voraussetzungen die Durchführung eines abgekürzten Verfahrens beantragen. Dann gibt es

plus difficile à mettre en oeuvre dans de petits cantons, parce qu'un bon enquêteur ne fait pas forcément un bon accusateur public et vice versa.

Quatre voies sont prévues, qui permettent de s'écarter ou de compléter la voie traditionnelle de la procédure pénale: un principe de l'opportunité élargi; des possibilités d'accords entre le prévenu et le Ministère public - c'est la transaction pénale ou la procédure simplifiée, qui est déjà assez largement pratiquée dans les faits; la conciliation; et puis, espérons-le, la médiation, mais nous aurons encore l'occasion d'en débattre.

Ces éléments de procédure sont de nature, certainement, à décharger les tribunaux et cela est positif.

Toutefois, il existe un risque que, par l'application étendue du principe d'opportunité, du passage d'accords entre le Ministère public et le prévenu, et de procédures de conciliation, la victime passe quelquefois au second plan par une certaine volonté de liquider le cas de manière assez rapide, ce qui peut laisser assez peu de place à la reconnaissance des besoins du lésé, en particulier de son besoin que l'on prenne en compte le tort qu'il a subi.

A ce titre, seul le processus de médiation me paraît de nature à garantir à la victime une reconnaissance de son vécu. Il est donc important que nous maintenions la voie de la médiation ouverte. Il ne s'agit pas, comme cela a peut-être été compris, d'une voie parallèle à la procédure pénale ou d'une voie qui permet de contourner la procédure pénale, mais bien d'un élément qui peut être intégré dans la procédure pénale et qui ne préjuge nullement de la décision finale du tribunal.

En conclusion, je dirai que, même si l'unification de la procédure simplifie grandement les choses, ce code de procédure pénale est une grande et complexe mécanique dont l'usage nous dira si elle est bien réglée. Il est probable que la pratique révélera quelque besoin d'ajustement. Il est certain que la mise en route ne se fera pas sans grincements du côté des cantons, mais ce pas doit être franchi.

C'est la raison pour laquelle j'entrerai en matière.

Schiesser Fritz (RL, GL): Eigentlich erleben wir einen historischen Augenblick: Wir nehmen Abschied von einer alten Maxime des schweizerischen Föderalismus, wonach das materielle Recht Bundessache sei, hingegen das Prozessrecht Sache der Kantone.

1. Wir haben zwar eine Verfassungsabstimmung darüber gehabt, aber jetzt geht es darum, diesen Wechsel einer alten Maxime unseres Föderalismus effektiv umzusetzen. Ich glaube, es ist angebracht, dass man auf diesen Punkt hinweist. Die Gründe, die zu diesem Maximenwechsel geführt haben, sind dargelegt worden: Es sind die veränderten äusseren Verhältnisse, das schnellere Leben, das Fallen der Grenzen und internationale Sachverhalte, die dazu führen, dass wir mit einer gesplitteten Prozessrechtsordnung nicht mehr alle Bedürfnisse erfüllen können, die das Recht erfüllen können muss. Das Volk hat das eingesehen. Nun setzen wir diesen Entscheid um und nehmen von dieser alten Maxime endgültig Abschied. Der nächste Schritt wird die einheitliche Zivilprozessordnung sein.

2. Man würde meinen, dass eine derartige Abkehr von einer alten Maxime zu zahlreichen Grundsatzentscheiden führen müsste. Wenn ich die Kommissionsberatungen anschau, dann stelle ich fest, dass wir wenige Grundsatzentscheide gefällt haben. Und die wenigen Entscheide waren in verschiedener Hinsicht derart vorgespart, dass es nicht mehr viel zu entscheiden gab. Ich nenne als Beispiel den Grundsatzentscheid über die Wahl des Grundmodells: Untersuchungsrichtermodell I oder II oder Staatsanwaltschaftsmodell I oder II. Diese Entscheidung war nach der Vernehmlassung und nach umfangreichen Abklärungen auch schon vorgegeben, sodass für die Kommission kein Grundsatzentscheid mehr zu fällen war. Wenn der Grundsatzentscheid anders ausgefallen wäre als vom Bundesrat gewollt, hätte das ja eigentlich bedeutet: Rückweisung der Botschaft an den Bundesrat und Erarbeitung eines anderen Grundmodells.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es Kantone gibt, die von diesem Entscheid hin zum Staatsanwaltschaftsmodell stark betroffen sind. Mein Kanton wird stärker betroffen sein; es wird grössere Auswirkungen geben. Diese Auswirkungen erfordern einen entsprechend grösseren Aufwand in der Anpassung der kantonalen Gesetzgebung und insbesondere der kantonalen Organisation der Strafverfolgungs- und Gerichtsbehörden an dieses neue Modell. Ich will das nicht beklagen, ich will das nur festgehalten haben im Hinblick darauf, dass mehrere Kantone wesentlich betroffen sind und hier stärkere Eingriffe vorzunehmen haben.

3. Ein Kollege ausserhalb der Kommission hat mir gesagt, es sei etwas gar dick, was wir da vorgelegt hätten, eineinhalb Kilo Gesetzestext. Es ist etwas aussergewöhnlich, eine derartige Fahne mit über 300 Seiten vorzulegen. Ich war mir auch nicht bewusst, dass man Gesetze auch in Kilo messen kann. Aber wir haben jetzt diese eineinhalb Kilo Gesetzestext vor uns. Eigentlich ging es in diesem Zusammenhang darum, in der Kommission eine Frage zu entscheiden, bei der, wie ich meine, die Kommission richtig entschieden und die der Bundesrat richtig vorgespart hat. Es ging um die Frage, ob durch eine ausführliche Gesetzgebung die Rechtsvereinheitlichung auf dem Weg der Gesetzgebung erfolgen soll und erst in zweiter Linie durch höchstrichterliche Rechtsprechung oder ob die Gewichte umgekehrt werden sollen. Auch wenn man sich anfänglich an diesem etwas gar dicken Gesetz gestossen hat, so muss ich sagen: Unter demokratischen Gesichtspunkten ist es richtig, dass bei einem derartigen Maximenwechsel die Rechtsvereinheitlichung in erster Linie durch das Parlament geschieht und erst in zweiter Linie durch höchstrichterliche Rechtsprechung.

ou de l'approcher autant que possible. Et pourtant, il est assez intéressant de relever qu'il a été relativement peu question de cela dans la commission, en tout cas de manière directe. On a beaucoup parlé d'efficacité, de rapidité, de clarté des normes, parce que ce sont là des éléments essentiels pour garantir une procédure, justement, qui permette d'approcher la vérité.

Indépendamment de ces considérations, on doit se rappeler aussi que la commission d'experts avait privilégié un autre modèle, le modèle du juge d'instruction, alors que nous nous retrouvons ici avec le modèle dit du Ministère public. Alors, est-ce que ce modèle est bien conforme à la culture juridique suisse? On doit aussi se poser cette question. En tout cas il n'y est pas contraire, puisqu'un certain nombre de cantons connaissent ce modèle. On sait qu'il fonctionne bien et qu'il n'a pas posé de problèmes particuliers.

J'aimerais relever, pour terminer, encore un point qui concerne la version française du code de procédure pénale. La version française a connu pas mal de problèmes au début des travaux. Elle était imprécise, parfois lourde et, pour tout dire, assez peu conforme aux attentes que l'on peut avoir face à un texte d'importance. Un gros travail de rédaction a été fourni par l'administration - il est important de le relever ici - durant nos travaux et je crois que nous avons maintenant une version française qui est aussi acceptable du point de vue de la langue.

Avec ces considérations, je vous recommande d'entrer en matière.

Marty Dick (RL, TI): Tout ou presque a été dit et je vais me limiter à quelques considérations générales.

Tout d'abord, si vous me le permettez, je vous livre une réflexion personnelle. Il y a de cela presque quarante ans, mon professeur de droit pénal m'avait chargé de faire une étude sur les répercussions de l'unification du droit pénal matériel sur l'administration de la justice dans les cantons. A la fin, j'avais conclu avec une question: "Pourquoi n'y aurait-il pas un seul code de procédure pénal pour la Suisse?" Alors, le professeur m'a appelé et m'a dit: "Mon cher ami, tu as raison, mais il faut attendre le siècle prochain." Je constate une fois de plus que le professeur François Clerc ne s'est pas trompé.

J'ai aussi eu l'honneur de présider la Société suisse de droit pénal - je crois que c'était à la fin des années 1980 - et là encore, dans les discussions que j'avais avec les collègues, il m'apparaissait évident que vouloir unifier la procédure pénale signifiait déclencher une bagarre formidable dans laquelle on pouvait seulement perdre. Et voilà qu'aujourd'hui, en toute tranquillité, sans polémiques, avec très peu de propositions de minorité, on approuve ce code.

Je crois que c'est une réflexion intéressante dans le sens qu'elle permet de voir comment dans notre pays les choses doivent vraiment être assimilées à tous les niveaux pour qu'ensuite une réforme en profondeur soit possible. Peut-être que demain on adhérera à l'Union européenne sans discussion, tout tranquillement! Qui le sait? Maintenant, quelqu'un dira tout de suite: "Au siècle prochain!" En tout cas, on verra.

Il faut quand même dire une chose, et là l'Europe a quelque chose à voir, c'est que cette unification a été facilitée d'une façon formidable par une unification matérielle qui a été en grande partie réalisée par la Cour européenne des droits de l'homme de Strasbourg - une jurisprudence qui, j'avoue, quand j'étais procureur, m'a souvent irrité. Aujourd'hui, je la vois naturellement avec des yeux un peu différents. Mais il est évident que la Cour de Strasbourg, jugement après jugement, a pratiquement unifié tous les principes fondamentaux

AB 2006 S 988 / BO 2006 E 988

du procès pénal. Et cela a grandement facilité ce travail d'unification.

La deuxième réflexion concerne le modèle que l'on a choisi. On veut "un ministère public fort". Je pense que c'est la meilleure solution parmi celles proposées. Lorsqu'on parle d'un ministère public fort, ça ne veut pas dire "trop fort". Et plutôt que "fort", j'aimerais pour ma part dire "un ministère public qui a plus de responsabilités", c'est-à-dire un ministère public plus responsable.

Que se passait-il avec le système précédent, que j'ai connu, pour la réforme duquel j'ai lutté, et que l'on a fini par changer au Tessin? C'est que ce partage de responsabilités entre juge d'instruction et procureur conduisait à une certaine déresponsabilisation, alors que maintenant, vous avez un procureur qui est maître et directeur de la procédure dès le premier jour jusqu'à ce qu'il se présente devant le juge. Il ne pourra plus dire - comme on l'a souvent vu et entendu dans les salles de justice: "C'est le juge d'instruction qui a fait cet acte, c'est le juge d'instruction qui a ordonné cette perquisition, qui a reconduit cet interrogatoire." Non! Maintenant, au tribunal, on aura quelqu'un qui répond lui-même de la conduite de l'enquête. Et cela, selon moi, est une garantie importante pour le prévenu et pour le déroulement correct du procès pénal.

Je dis au passage que l'institution de l'avocat de la première heure ne me convainc pas totalement. Je n'ai pas voté contre; je n'ai pas formulé de proposition de minorité; mais je dois dire que les doutes qui ont été exprimés par les organisations des fonctionnaires de police ne sont pas dénués de tout fondement. Et s'il est vrai que certains cantons font de bonnes expériences avec ce principe, je me permets de rappeler qu'il ne s'agit pas nécessairement des cantons qui ont la plus grande expérience en matière de lutte contre la criminalité organisée. Mais peut-être reviendra-t-on plus tard sur ce sujet.

Dernière observation, au sujet du principe de la célérité: c'est un principe fondamental. Je dirai que c'est un principe qui fait partie de la justice même: une justice tardive est par définition une injustice. Mais je ne crois pas que seule la procédure pénale puisse contribuer à la célérité de la justice. Il faut aussi des moyens: il faut des magistrats et des enquêteurs en nombre suffisant. Et, comme l'a dit Monsieur Stadler, il faut aussi des juges de qualité - non seulement des bons juristes, mais des gens qui savent assumer leurs

der gesagt hat, das müsse rasch abgelöst werden. Ich bin froh, dass die Geschäftsprüfungskommission und Ihre Kommission jetzt auch dieser Meinung sind, denn das war noch 2003 umstritten. Ich glaube, heute sehen alle ein, dass das keine Lösung ist und dass das auf der Stufe des Bundes zu grossen Verzögerungen bei den Verfahren führt.

Zur Verhinderung einer zu grossen Machtkonzentration bei der Staatsanwaltschaft - und darum können wir diese Kreise beruhigen - setzt der Entwurf Gegengewichte. Zu nennen sind die Einrichtung eines Zwangsmassnahmengerichtes, wie erwähnt worden ist, die Möglichkeit von Beschwerden gegen Handlungen der Staatsanwaltschaft sowie die Möglichkeit des Beizuges eines Anwalts bereits bei der ersten Einvernahme. Das sind die Gegengewichtsmassnahmen gegen eine zu grosse Machtfülle des Staatsanwaltes. Insgesamt stellt der Entwurf eine ausgewogene Regelung dar. Diese beruht auf dem in den Kantonen Bewährten, man hat möglichst auf die Kantone geachtet, hat sich dem Neuen aber nicht verschlossen; man hat auch die neuen Tendenzen berücksichtigt.

Ich möchte an dieser Stelle Ihrer Kommission für die erstens gründliche und zweitens sehr speditive Bearbeitung danken, die es ermöglicht hat, dass wir diese Vorlage bereits heute, in der Wintersession, behandeln können und damit Gewähr geboten ist, dass man die Behandlung in dieser Legislatur abschliessen könnte.

Es ist uns klar, dass es nach dem Abschluss einer solchen Neuordnung jeweils sehr lange geht, bis die Kantone ihre Gesetze entsprechend angepasst bzw. all ihre Einführungsgesetze gemacht haben. Darum behandeln wir, parallel zu diesem Gesetz, bereits jetzt die Einführungsgesetze für die Kantone, sodass wir, namentlich wenn der Entscheid im Ständerat so eindeutig sein sollte wie in der Kommission, dann sehen, in welche Richtung es läuft. Im Idealfall - ich kann es jetzt nicht genau voraussagen, weil es auf die Kantone ankommt - liegen Ende 2007 die Einführungsgesetze für die Kantone in den Entwürfen vor, dann, wenn wir das Gesetz hier verabschieden. Dies, damit wir nicht immer erleben, dass wir ein Gesetz verabschieden und dann drei, vier Jahre warten müssen, bis die Kantone die Einführungsgesetze machen. Das Hintereinanderschalten führt einfach zu grossen Verzögerungen, wie wir sie erlebt haben.

Die Jugendstrafprozessordnung werden wir, wie der Kommissionspräsident gewünscht hat, jetzt selbstverständlich speditiv überarbeiten. Sie ist etwas zu expertenlastig ausgefallen und hat namentlich auf die Bedürfnisse und Sorgen der kleineren Kantone zu wenig Rücksicht genommen. Wir werden das also zuhänden Ihrer Kommission tun.

Nun zum französischen Text: Ich möchte mich entschuldigen. Der ursprüngliche Text war deutsch, und er ist anscheinend schlecht übersetzt worden. Wir müssen uns da auch überlegen, ob wir für Übersetzungsarbeiten von solchen Gesetzen spezialisierte französischsprachige Juristen beiziehen können sollten, die das korrekt machen würden. Ich bin also froh, dass Herr Berset gesagt hat, dass diese beiden Texte übereinstimmen. Das ist ja selbstverständlich und muss ja sein; nicht nur für uns Deutschschweizer muss der französische Text lesbar sein, sondern auch für die Vertreter der welschen Schweiz. Mit den meisten der von Ihrer Kommission vorgenommenen Änderungen hat die Qualität des bundesrätlichen Entwurfes noch gewonnen. Wir werden uns Ihrer Kommission an etlichen Stellen anschliessen und von unserem eigenen Entwurf abweichen, weil die neue Fassung besser ist. Damit bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und sie in diesem Sinne zu behandeln.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

1. Schweizerische Strafprozessordnung 1. Code de procédure pénale suisse

Detailberatung - Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Antrag Schmid-Sutter Carlo

Abs. 1

.... allein dem Recht verpflichtet.

Art. 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Schmid-Sutter Carlo

Al. 1

.... qu'aux règles du droit.

Schmid-Sutter Carlo (C, AI): Artikel 4 behandelt den Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit. Wie die Botschaft selbst zu Recht sagt, ist dieser an sich bereits in höherrangigem Recht, d. h. in der Bundesverfassung, verankert, und hier wird eigentlich noch etwas dazu gesagt, wie diese Unabhängigkeit zu verstehen ist. Unabhängigkeit ist dann gegeben, wenn der Richter sich an nichts anderem orientieren muss als am Recht und, wie die Vorlage besagt, auch an der Gerechtigkeit. Ich habe drei Gründe, die mich dazu geführt haben, den Begriff der Gerechtigkeit zu streichen.

Der erste Grund ist historischer Natur. Soweit ich gesehen habe, ist weder in einer anderen, jetzt noch bestehenden Strafprozessordnung der Eidgenossenschaft noch im Strafgesetzbuch der Rekurs auf die Gerechtigkeit jemals bemüht worden; dies zu Recht, denn zweitens - das ist ein stilistischer Grund - haben wir mit solchen Rekursen eigentlich erst mit der Revision der Bundesverfassung begonnen. Da sind wir ins Literarische abgeglitten und haben relativ wenig normative Neuerungen, aber sehr viele blumige, schöne Begriffe eingeführt, die - drittens - in der Sache mehr Verwirrung stiften, als dass sie Klarheit bringen. Mir genügt es, und ich bin schon "gottenfroh", wenn sich die Richter und die Polizei an das Recht halten. (*Heiterkeit*) Was nämlich Gerechtigkeit ist, darüber lässt sich streiten, das ist ein philosophischer Begriff, und der hat für mich, je nachdem, woher ich komme, welche kulturelle Prägung ich habe, welche zivilisatorischen Umstände gerade bestehen, ob ich reich oder arm, ob ich Europäer oder Asiater bin, eine völlig andere Bedeutung. Gerechtigkeit hat für mich als Gesetzgeber eine bestimmte Bedeutung, und zwar für mich als Person, welche am Gesetzgebungsprozess beteiligt ist. Es ist meine ureigene Vorstellung von Gerechtigkeit, die mich dazu führt, ein Gesetz so oder anders mitzutragen oder abzulehnen oder zu gestalten. Es ist das gesetzte Recht, das der Ausdruck einer allgemeinen oder mehrheitlichen Gerechtigkeitsauffassung ist. Wo kämen wir hin, wenn wir dem einzelnen Polizeibeamten, dem einzelnen Staatsanwalt, dem einzelnen Richter seine Gerechtigkeit liessen?

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Artikel 8, "Verzicht auf Strafverfolgung". Wenn Staatsanwaltschaft und Gerichte nur an das Recht gebunden sind, dann ist Artikel 8 für den Verzicht auf die Strafverfolgung massgebend. Jetzt sagen Sie mir, was der Begriff der Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang soll. Wenn sich das Gericht oder die Staatsanwaltschaft nebst dem Recht auch noch auf die Gerechtigkeit berufen darf, dann kann sie Artikel 8 ausdehnen. Das ist wohl nicht Ihre Auffassung. Es geht mir nicht darum, ein ungerechtes System einzuführen, aber ich halte den Begriff der Gerechtigkeit auf dieser Stufe für nicht mehr sachgerecht. Gerechtigkeit ist ein philosophischer Hintergrund, der uns solche Gesetze machen lässt, solches Recht setzen lässt, die wir als gerecht erachten. Mehr steckt nicht dahinter, aber wenn das dahintersteckt, ist es sehr viel.

Ich bitte Sie daher auch aus philosophischen Gründen, meinem Antrag zuzustimmen.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wir haben uns in unserer Kommission sehr tiefenschürfend über die Strafe, die Strafverfolgung und das Recht unterhalten. Aber solch tiefenschürfende Überlegungen, wie sie uns Herr Kollega Schmid jetzt unterbreitet hat, haben wir nicht gemacht; wir haben uns nicht rechtsphilosophisch mit dem Begriff "Gerechtigkeit" auseinandergesetzt. Man merkt bei Herrn Kollega Schmid seine philosophisch-humanistische Bildung. Wir wissen um die verschiedenen Kategorien der Gerechtigkeit, wir haben sie nach Aristoteles - oder dann je nach Richtung - gelernt; ich könnte Ihnen da auch noch etwas vorführen, aber ich halte mich zurück.

Ich komme auf das schweizerische Recht, auf die Bundesverfassung zurück und möchte eine Bemerkung machen: Es stimmt natürlich nicht, dass, wie Herr Schmid gesagt hat, wegen der neuen Bundesverfassung dieses und jenes passiert ist. Das ist nicht wegen der Bundesverfassung geschehen, sondern wegen der Gesetze, die das Parlament erlässt; dort liegt der Grund.

Nun aber zurück zur Bundesverfassung: Es ist richtig, dass Artikel 5 Absatz 1 unter dem Titel "Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns" besagt: "Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht." Wir haben aber einen weiteren Artikel, Artikel 29, "Allgemeine Verfahrensgarantien", und da heisst es in Absatz 1: "Jede Person hat in Verfahren vor Gerichts- und Verwaltungsinstanzen Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung sowie auf Beurteilung innert angemessener Frist." Ich gehe davon aus, dass der Gesetzesredaktor und auch der Bundesrat davon ausgegangen sind, dass man hier eigentlich die

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Die neue schweizerische Strafprozessordnung ist dem Offizialprinzip verpflichtet, so, wie dies grundsätzlich alle zurzeit geltenden schweizerischen Strafprozessgesetze sind. Das heisst: Die Strafverfolgung ist Sache des Staates, und die Strafbehörden müssen den staatlichen Strafanspruch von Amtes wegen durchsetzen.

Absatz 2 übernimmt im Wesentlichen Artikel 347 Absatz 2 der neuen Fassung des StGB beziehungsweise die heute geltende Regelung in Artikel 366 Absatz 2 Buchstabe b StGB. Wir müssen beim Immunitätsrecht zwischen den Buchstaben a und b unterscheiden. Bei Buchstabe a geht es um die eigentliche Immunität, bei Buchstabe b geht es darum, dass eine politische Behörde die Ermächtigung für die Verfolgung von Gerichts- und Vollziehungsbehörden erteilen kann. Buchstabe a zielt auf Äusserungen im Parlament, im Plenum oder in Kommissionen ab. Bei Buchstabe b geht es darum, dass das kantonale Recht für die Strafverfolgung bei Vollziehungs- und Gerichtsbehörden eine Ermächtigung voraussetzen kann, wie dies auch beim Bund vorgesehen ist.

Im Übrigen hat Ihre Kommission bei Buchstabe a die Immunitätsbestimmung nicht auf die obersten Vollziehungs- und Gerichtsbehörden beschränkt. Sie will, dass auch den unteren Behörden das Immunitätsrecht gewährt werden kann.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Fassung Ihrer Kommission erweitert den Spielraum für die Kantone. Die Kantone können vorsehen, dass die Strafverfolgung aller Mitglieder der Vollzugs- und Gerichtsbehörden von der Ermächtigung einer nichtrichterlichen Behörde abhängt. Der bundesrätliche Entwurf schränkt das ein, nämlich auf die Mitglieder der obersten derartigen Behörde, und übernimmt die geltende Regelung von Artikel 366 Absatz 2 Buchstabe b des Strafgesetzbuches. Aber wir können uns natürlich auch mit der Fassung der Kommission einverstanden erklären. Das ist eine Ermessenssache, und falls das - wie das geltend gemacht worden ist - den Kantonsregelungen besser entspricht, dann sind wir damit einverstanden.

Angenommen - Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 2

....

d. Streichen

Abs. 2bis

Sofern nicht überwiegende Interessen der Privatklägerschaft entgegenstehen, können sie von der Strafverfolgung absehen, wenn die Straftat bereits von einer ausländischen Behörde verfolgt oder die Verfolgung an eine solche abgetreten wird.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 8

Proposition de la commission

Al. 1

Le Ministère public et les tribunaux renoncent à toute poursuite pénale, lorsque le droit fédéral le prévoit, notamment lorsque

Al. 2

....

d. Biffer

Al. 2bis

Ils peuvent renoncer à engager une poursuite pénale si aucun intérêt prépondérant de la partie plaignante ne s'y oppose et si l'infraction fait déjà l'objet d'une poursuite de la part d'une autorité étrangère ou si la poursuite est déléguée à une telle autorité.

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wir beantragen Ihnen, Absatz 2 Buchstabe d zu streichen und einen neuen Absatz 2bis einzufügen. Damit wird die Muss-Vorschrift in Bezug auf Straftaten, die bereits von einer ausländischen Behörde verfolgt werden, in eine Kann-Vorschrift umgewandelt.

Art. 13

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 14

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 14

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 4, 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Ils peuvent instituer un premier procureur ou un procureur général.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hier zeigt sich der Gestaltungsfreiraum, den die Kantone auch bei einer Vereinheitlichung der Strafprozessordnung geniessen. Die Kantone legen fest, welche Strafbehörden die in den Artikeln 12 und 13 vorgegebenen Aufgaben übernehmen. Sie können auch bestimmen, welche Bezeichnungen diese Behörden tragen sollen. Sie können auch die Funktionen der Staatsanwaltschaft einem Untersuchungsrichteramt oder einem Verhöramt, jene des erstinstanzlichen Gerichtes einem Amts-, Kreis- oder Bezirksgericht zuweisen. Sie können das Berufungsgericht als Kantons-, Ober- oder Appellationsgericht bezeichnen. Sie können auch festlegen, dass ein Kriminalgericht für den ganzen Kanton tätig sein soll. Weiter können sie mehrere Zwangsmassnahmengerichte vorsehen, die eine sowohl örtlich wie sachlich verschiedene Zuständigkeit aufweisen können. Der Gestaltungsspielraum ist jedoch dadurch begrenzt, dass die Kantone und der Bund nur eine Beschwerdeinstanz und nur ein Berufungsgericht haben dürfen. Es ist dies die einzige Einschränkung.

Eine erhebliche Freiheit kommt den Kantonen auch bei der Organisation der Staatsanwaltschaften zu. Gemäss Absatz 3 können sie Ober- und Generalstaatsanwaltschaften vorsehen. Für grössere Kantone wird so eine stark hierarchische Gliederung der Staatsanwaltschaft ermöglicht. Die nötige Flexibilität ist gegeben, um je nach Grösse der Kantone und auch unter Berücksichtigung der historischen Strukturen die geeignete Behördenorganisation zu schaffen. Grundsätzliche Freiheit geniessen Bund und Kantone auch bei der Regelung der Aufsicht über die Strafbehörden. Hinsichtlich der Staatsanwaltschaften ist etwa eine Aufsicht über die Exekutive, durch die gerichtlichen Behörden oder durch Gerichte und Exekutive möglich. In diesem Zusammenhang ist auch auf Artikel 191b Absatz 2 der Bundesverfassung hinzuweisen, wo ausdrücklich vorgesehen ist, dass die Kantone gemeinsame richterliche Behörden einsetzen können. Verschiedene kleinere Kantone könnten z. B. gemeinsame Wirtschaftsgerichte oder gemeinsame Jugendgerichte vorsehen.

Angenommen - Adopté

Art. 15

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Antrag der Minderheit

(Berset, Bonhôte, Leuenberger-Solothurn)

Abs. 2

Die Polizei ermittelt Straftaten in dringlichen oder leichten Fällen aus eigenem Antrieb

Art. 15

Proposition de la majorité

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Lorsqu'une affaire pénale est pendante devant un tribunal, celui-ci peut donner des instructions et des mandats à la police.

2. Je crois qu'il s'agit là d'une question essentielle, qui doit poser de façon aussi précise que possible la relation entre le Ministère public et la police.

Alors on ne doit évidemment pas considérer seulement l'article 15, parce que plus loin dans le projet, aux articles 305 et 306, on précise les modalités de la collaboration entre le Ministère public et la police. L'article 305 indique que c'est le rôle de la police de mener les enquêtes; et l'article 306 indique que "la police informe sans délai le Ministère public sur les infractions graves, ainsi que sur tout autre événement sérieux. Les Ministères publics de la Confédération et des cantons peuvent édicter des directives détaillées sur l'obligation d'informer." C'est très bien ainsi. Je crois qu'on a assez bien précisé les choses aux articles 305 et 306. Mais enfin, il faut être conscient qu'en tout cas la rédaction de l'article 15 laisse une marge de manoeuvre extrêmement importante à la police, dans un domaine sensible, celui de l'information du Ministère public, celui surtout du moment à partir duquel le Ministère public doit être informé.

Et c'est là que je reviens à l'article 15 alinéa 2, qui consacre le rôle de la police comme autorité de poursuite pénale. La proposition de la minorité vise en fait à clarifier autant que possible la relation entre la police et le Ministère public.

J'aimerais encore attirer votre attention sur le message du Conseil fédéral, qui dit que le rôle de la police est principalement d'enquêter sur des infractions, en d'autres termes de mettre en sûreté les traces et d'appréhender l'auteur dès sa première intervention. On voit bien qu'il s'agit là d'interventions à très court terme, dès le moment où l'on a connaissance d'un cas. Il est ensuite indiqué plus loin qu'il importe que la police soit "soumise à la surveillance et aux instructions du Ministère public". Et pour pouvoir être soumise à ces instructions, il faut naturellement que le Ministère public soit informé aussi vite que possible des cas qui se présentent.

Cette question a fait l'objet d'une assez large discussion en commission. La proposition de la minorité a évolué au gré de la discussion pour tenir compte de son contenu. Je vous propose maintenant de dire que "la police enquête sur des infractions de sa propre initiative dans les cas urgents" - c'est bien naturel, on ne va pas imaginer que dans les cas urgents, on doive d'abord téléphoner au Ministère public avant de pouvoir agir - et puis aussi dans les cas "de peu de gravité", une série de cas à définir précisément pour lesquels la police doit pouvoir agir toujours de sa propre initiative sans informer directement le Ministère public. Enfin, pour les autres cas, le principe de l'annonce immédiate devrait prévaloir, et là l'idée de la minorité est de mettre en conformité l'article 15 alinéa 2 avec les articles 305 et 306 dont je vous ai parlé tout à l'heure. Voilà les raisons pour lesquelles la minorité vous propose d'adopter cette petite modification à l'article 15 alinéa 2.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Die Kommission hat diesen Minderheitsantrag mit 6 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Mehrheit ist also dagegen, dass die selbstständige Ermittlungstätigkeit sich nur auf dringliche oder leichte Fälle zu beschränken hat, wie dies die Minderheit verlangt.

Die selbstständige Ermittlungstätigkeit der Polizei entspricht dem Interesse einer effizienten Strafverfolgung und auch praktischen Bedürfnissen. Dank ihrer Kenntnisse und ihrer Nähe zum Geschehen muss die Polizei erste Ermittlungen vornehmen können. Es sind jedoch verschiedene Sicherungen gegen eine zu starke Ausdehnung dieser Ermittlungstätigkeit eingefügt, so die grundsätzliche Pflicht zur sofortigen Rapportierung, das jederzeitige Weisungsrecht der Staatsanwaltschaft im Einzelfall, dann die Bindung der Polizei an die Vorschriften über die Untersuchung. Dazu kommen die Regeln über die Beweismittel und die Zwangsmassnahmen, das Beschwerderecht der Parteien gegen zu starke Eingriffe und die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft, nach Eingabe des Reports sofort zu prüfen, ob sich die Eröffnung einer Untersuchung unter ihrer Leitung rechtfertigt.

AB 2006 S 994 / BO 2006 E 994

Unsere Kommission ist also in der Mehrheit klar der Meinung, es sei dem ursprünglichen Text des Bundesrates zuzustimmen und der Minderheitsantrag sei abzulehnen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich möchte zuerst auf die Bemerkung von Frau Heberlein eingehen: Es ist nicht so, dass hier die Regelung vorgesehen ist, die Sie beschrieben haben und die dem Wunsch der Polizeikreise entspricht. Der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, räumt der Polizei wichtige Befugnisse ein, insbesondere durch die sogenannten selbstständigen polizeilichen Ermittlungen. Diese sind speziell in den Artikeln 305 und 306 festgehalten. Sie finden vor der Eröffnung der Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft statt und erlauben es der Polizei, aus eigenem Antrieb, vor allem aufgrund von Anzeigen und eigenen Feststellungen, Sachverhaltsabklärungen vorzunehmen. Aber es handelt sich nicht um eine Befugnis der Polizei als Behörde mit einem sicherheitspolizeilichen Auftrag, sondern um eine Befugnis der Polizei als Strafverfolgungsbehörde. Eine solche Ermittlung, eine solche eigene Tätigkeit der Polizei, ist zum Zweck der Strafverfolgung vorgesehen. Darum untersteht die Polizei auch in diesem Bereich der Staatsanwaltschaft, auch wenn sie nicht mit einer besonderen Verfügung handelt. Nun, es wird natürlich auch hier unterschieden zwischen solcher Tätigkeit und jener, wo die Staatsanwaltschaft selber ermitteln will. Dort muss sie den Kantonspolizeien in der Regel einen speziellen Auftrag zur Ermittlung geben; das ist dann die besondere Ermittlungstätigkeit.

Zwangsmassnahmengericht bildet in der eidgenössischen Strafprozessordnung ein Gegengewicht zu Polizei und Staatsanwaltschaft. Vorläufer bildet in gewisser Weise die Institution des Haftrichters, wie sie heute in den meisten kantonalen Prozessordnungen bekannt ist.

Es steht Bund und Kantonen weitgehend frei, welchem Gericht die Funktion des Zwangsmassnahmengerichtes zugewiesen wird. Es ist zum Beispiel eine dezentrale Organisation mit Ansiedlung auf der Stufe der erstinstanzlichen Gerichte möglich. Für kleinere Kantone wird eine zentrale Organisation eher im Vordergrund stehen.

Angenommen - Adopté

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich danke Herrn Bundesrat Blocher für die heutige Anwesenheit. Wir werden ihn morgen früh um acht Uhr für die Weiterberatung dieser Vorlage wiederum hier treffen. Ich wünsche Ihnen schöne Ausflüge in den Kanton Aargau und - was mich besonders freuen würde - in meinen Kanton Zug!

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich begrüsse Herrn Bundesrat Blocher. Er wird den ganzen Morgen versuchen, mit uns die Beratung dieser grossen Gesetzesvorlage mit über 400 Artikeln zu Ende zu führen.

**1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse**

Art. 19

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Leuenberger-Solothurn, Berset, Sommaruga Simonetta)

Abs. 2

....

b. eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr einen Freiheitsentzug von mehr als einem Jahr beantragt.

Art. 19

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Leuenberger-Solothurn, Berset, Sommaruga Simonetta)

Al. 2

....

b. une peine privative de liberté supérieure à un an ou une privation de liberté totale de plus d'un an lors

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Da ich als Erster sprechen darf, nehme ich gerne die Gelegenheit wahr, Ihnen, Herr Ständeratspräsident, der Gemeinde Hünenberg und dem Stande Zug für den herzlichen Empfang gestern zu danken. Ich danke Ihnen auch für den sehr gediegenen Abend in Hünenberg. Zu Artikel 19: Hier geht es um das erstinstanzliche Gericht. Gemäss Absatz 2 können Bund und Kantone zur Entlastung ihrer Kollegialgerichte auch Einzelgerichte als erstinstanzliche Gerichte einsetzen. Es ist eine Kann-Vorschrift. Die Mehrheit schliesst sich dem bundesrätlichen Entwurf an. Der Bundesrat hat darauf hingewiesen, dass auch die Erhöhung der Spruchkompetenz von Einzelgerichten dem Ziel eines effizienten Verfahrens dient. Die Grenze einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, die Sie hier sehen, wurde in Anlehnung an Artikel 42 Absatz 1 des neuen StGB festgesetzt, wo die Grenze für die Möglichkeit eines bedingten Strafvollzuges ebenfalls bei einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren liegt.

2. Kapitel Titel

Antrag der Kommission
Sachliche Zuständigkeit

Chapitre 2 titre

Proposition de la commission
Compétence matérielle

1. Abschnitt Titel

Antrag der Kommission
Abgrenzung der

Section 1 titre

Proposition de la commission
Délimitation des compétences entre

Art. 22

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 23

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 23

Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... Tribunal pénal fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu den Artikeln 22 bis 28: Im 1. Abschnitt des 2. Kapitels, "Sachliche Zuständigkeit", geht es um die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und Kantonen. Diese Bestimmungen übernehmen zum grössten Teil die bisherige, zuletzt im Rahmen der Effizienzvorlage geänderte Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen sowie die mit dem Strafgerichtsgesetz modifizierten Regeln bei Übertragung der Gerichtsbarkeit.

Angenommen - Adopté

Art. 24

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
.... die Staatsanwaltschaft des Bundes eine Untersuchung eröffnen, wenn:
....
Abs. 3
Die Eröffnung einer Untersuchung nach Absatz 2

Art. 24

Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... peut ouvrir une instruction:
....
Al. 3
L'ouverture d'une instruction au sens

Proposition de la commission

Titre

Principe de l'unité de la procédure

Al. 1

Les infractions sont poursuivies et jugées simultanément:

- a. si un prévenu a commis plusieurs infractions; ou
- b. en cas de pluralité d'auteurs ou de participation.

Al. 2

Lorsque des infractions relèvent en partie de la compétence de la Confédération ou ont été commises dans des cantons différents et par plusieurs personnes, les dispositions des articles 25 et 31 à 36 priment.

Art. 28ter

Antrag der Kommission

Titel

Ausnahmen

Text

Die Staatsanwaltschaft und die Gerichte können aus sachlichen Gründen Strafverfahren trennen oder vereinen.

Art. 28ter

Proposition de la commission

Titre

Exceptions

Texte

Si des raisons objectives le justifient, le Ministère public et les tribunaux peuvent ordonner la jonction ou la disjonction de procédures pénales.

Art. 29

Antrag der Kommission

Abs. 1-3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Streichen

Art. 29

Proposition de la commission

Al. 1-3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Biffer

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Es ist richtig, was Herr Bundesrat Blocher zum 2. Abschnitt, Artikel 28bis und Artikel 28ter, erklärt hat. Nach verschiedenen Fragen grundsätzlicher Art und Diskussionen über die Systematik hat uns der Vorsteher des EJPD die neuen Artikel 28bis und 28ter anstelle von Artikel 29 Absatz 4 vorgeschlagen. Die Kommission stimmte dieser klareren Fassung zu.

Angenommen - Adopté

Art. 30-33

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 34

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 34

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 41

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 41

Proposition de la commission

Al. 1

Les dispositions du présent chapitre s'appliquent à l'entraide judiciaire en matière pénale que s'accordent les autorités de la Confédération et des cantons, en faveur des Ministères publics, des autorités pénales compétentes en matière de contraventions et des tribunaux de la Confédération et des cantons.

Al. 2-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 42

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 42

Proposition de la commission

.... l'entraide judiciaire lorsqu'il s'agit de poursuivre et de juger des infractions prévues par le droit fédéral, en application du présent code.

Art. 43, 44

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 45

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 45

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... condamnées au paiement des frais.

Art. 46

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 46

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... et de canton

Art. 47

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Wir behandeln die Artikel 41 bis 47 gemeinsam. Berichterstatter ist nun

suiivante: "Dans la mesure du possible" C'est une locution, permettez-moi de le dire, peut-être pas très élégante dans un texte juridique, car jusqu'à preuve du contraire nul n'est tenu à l'impossible. Le remplacement d'"überstellen" par "zuführen" dans le texte allemand est de nature rédactionnelle. On veut dire clairement qu'il ne s'agit pas seulement de la remise de responsabilité mais aussi de la personne physiquement.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es handelt sich unseres Erachtens um eine redaktionelle Änderung. Es wird statt von der Überstellung von der Zuführung gesprochen. Wir sind damit einverstanden.

Angenommen - Adopté

Art. 49

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Cet article concerne la participation des conseils juridiques des parties aux actes de procédure exécutés sur requête d'une autorité pénale dans un autre canton. Le problème de la participation des avocats aux premières phases de la procédure préoccupe les organisations de fonctionnaires de police, comme nous le verrons plus loin. Cette question est en effet réglée à l'article 144 et sera traitée par Monsieur Berset.

L'article 49 ne fait que reprendre le principe pour l'appliquer dans le cadre de l'entraide.

Angenommen - Adopté

Art. 50

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 50

Proposition de la commission

Al. 1

.... des cantons et de la Confédération sont habilités

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 51

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 52

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 53

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

cas - lien avec l'une des parties -, et seulement jusqu'au deuxième degré dans l'autre cas.
Il convient aussi de rappeler la lettre e qui indique une cause de récusation, de toute personne exerçant une fonction au sein d'une autorité pénale, qui pourrait être souvent plus importante qu'un lien de famille, soit: "lorsque d'autres motifs, notamment un rapport d'amitié étroit ou d'inimitié personnelle avec une partie ou son conseil juridique, sont de nature à la rendre suspecte de prévention".

Blocher Christoph, Bundesrat: In diesem Kapitel geht es ja um den Ausstand. Bei Artikel 54 geht es insbesondere um die Ausstandsgründe. Der Bundesrat legt Ihnen eine Formulierung vor, wie sie im Bundesgerichtsgesetz steht. Die Kommission legt Ihnen eine etwas weiter gefasste Formulierung vor, nämlich eine Formulierung, die der heutigen Regelung im Bundesrechtspflegegesetz ähnlich ist. Es ist zuzugeben, dass die Fassung des bundesrätlichen Entwurfs, die für das Bundesgericht gilt und weiterhin gelten soll, für die Kantone etwas zu einschränkend ist, da namentlich in kleinen Kantonen häufiger eine Personenverwandtschaft bis zum dritten Grade über mehrere Instanzen hinaus anzutreffen ist. Es ist in einem Kanton also zum Beispiel häufiger so, dass ein Onkel irgendwo in einer unteren Instanz entschieden hat und der Neffe in einer oberen Instanz, was im Extremfall dazu führen würde, dass man im Kanton gar keine Leute finden würde, welche die Erfordernisse erfüllen würden. Darum sind wir mit einer zweiteiligen Lösung einverstanden: Für die Kantone gilt die von der Mehrheit beantragte Ausstandspflicht, für das Bundesgericht - dort sind natürlich viel mehr Möglichkeiten vorhanden - gilt eine andere. Buchstabe b können wir eigentlich erst behandeln, wenn wir Artikel 317 zum Thema Mediation beschlossen haben. Von der Kommissionsmehrheit wird hier der Mediator ausgeschlossen, weil sie beantragt, kein obligatorisches Mediationsverfahren vorzusehen. Je nachdem müssten wir also darauf zurückkommen, wenn wir Artikel 317 behandelt haben.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich stelle fest, dass sich der Bundesrat vorbehaltlich Buchstabe b im Hinblick auf Artikel 317 der Kommission anschliessen kann. Nach dem Entscheid über Artikel 317 werden wir allenfalls auf Artikel 54 Buchstabe b zurückkommen.

Bst. b - Let. b
Verschoben - Renvoyé

Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées

Art. 55
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 56
Antrag der Kommission
Abs. 1
.... Verfahrensleitung ohne Verzug ein entsprechendes Gesuch
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 56
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Alors, pour une fois, ce qui est tout à fait exceptionnel, la modification ne concerne que le texte allemand. Le terme allemand "unverzüglich" est remplacé par "ohne Verzug", ce qui correspond bien aux termes français "sans délai". Cela veut clairement dire que la partie doit faire valoir le motif de récusation aussitôt qu'elle en a eu connaissance. Elle ne peut pas le faire valoir à un moment choisi, selon le déroulement de la procédure.

Art. 61

Proposition de la commission

Al. 1-3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Si une partie est exclue de l'audience, la procédure

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Cette disposition concerne la police des audiences. L'alinéa 4 établit que: "Si une partie est exclue de l'audience, la procédure se poursuit malgré tout." Le texte français a été légèrement corrigé d'un point de vue rédactionnel.

Que se passe-t-il si c'est l'avocat du prévenu qui se fait expulser de la salle d'audience? Il est évident que le droit de se faire assister par un conseil juridique doit être sauvegardé. Dans l'hypothèse envisagée, l'audience doit être suspendue et la direction de la procédure doit prendre les mesures nécessaires pour que le prévenu soit aussitôt assisté par un avocat, à moins qu'il s'agisse d'un cas où l'on estime que l'absence d'un conseil juridique n'affecte nullement les droits de la défense - cette dernière décision sera certainement prise avec beaucoup de circonspection.

Par contre, il est évident que si le prévenu, à cause de son comportement, doit être éloigné, l'audition peut continuer.

Angenommen - Adopté

Art. 62

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Le terme "amende d'ordre" - "Ordnungsbusse" - a deux significations: d'une part, les amendes d'ordre prévues dans le domaine de la circulation routière et du droit cantonal et, d'autre part, les amendes qui peuvent être infligées comme mesure disciplinaire à l'encontre des personnes qui troublent le déroulement de la procédure. C'est de ces dernières qu'il s'agit bien évidemment ici.

Angenommen - Adopté

Art. 63

Antrag der Kommission

Abs. 1

Hat die Verfahrensleitung eines Kollegialgerichtes vor der Hauptverhandlung verfahrensleitende Anordnungen getroffen, so kann sie das Gericht von Amtes wegen oder auf Antrag ändern oder aufheben.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 63

Proposition de la commission

Al. 1

.... peuvent être modifiées ou annulées d'office ou sur demande par le tribunal.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: La modification apportée à l'alinéa 1 de l'article 63 a été suggérée par le Tribunal pénal fédéral et acceptée par l'administration. Le texte étant suffisamment clair, je peux renoncer à d'autres explications.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die von der Kommission geänderte Fassung in Absatz 1 ändert den Sinn des

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1bis

Lorsque, dans ces cas, les parties ont renoncé à un prononcé en audience publique ou qu'une ordonnance pénale a été rendue, les personnes intéressées peuvent consulter les jugements et les ordonnances pénales.

Al. 2

....

a. la procédure préliminaire, les communications des autorités

....

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Biffer

Proposition de la minorité

(Hess Hans, Germann, Wicki)

Al. 1bis

Lorsque, dans ces cas, les parties ont renoncé à un prononcé en audience publique ou qu'une ordonnance pénale a été rendue, les personnes qui justifient d'un intérêt légitime peuvent consulter les jugements et les ordonnances pénales.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Il s'agit de la disposition qui concrétise le principe de la publicité, publicité dans le sens de "Öffentlichkeit"; un principe consacré aussi bien par la Constitution à l'article 30 alinéa 3 que par l'article 6 paragraphe 1 de la Convention européenne des droits de l'homme.

Le principe de la publicité des débats devant les tribunaux est clairement consacré et constitue une garantie fondamentale que nul ne saurait contester aujourd'hui. Le principe de la publicité a cependant des limites, justement lorsque d'autres intérêts, notamment ceux du prévenu ou d'autres parties, méritent une protection supérieure à celle du droit de l'opinion publique d'être informée sur certains aspects particuliers du procès. Comme nous allons le voir, il n'est pas toujours facile de tracer ces limites. La commission s'est d'ailleurs partagée sur ce sujet.

L'alinéa 1 établit: "Les débats devant le tribunal de première instance et la juridiction d'appel de même que la notification orale des jugements et des décisions de ces tribunaux sont publics, à l'exception des délibérations." Par contre, l'alinéa 2 indique les exceptions au principe de la publicité. A la lettre d, cet alinéa rappelle une règle déjà en vigueur aujourd'hui auprès de tous les cantons selon laquelle la procédure de l'ordonnance pénale, en allemand "Strafbefehl", n'est pas publique.

Je rappelle que l'ordonnance pénale réglée aux articles 355 et suivants, ordonnance pénale qui est aussi connue sous le nom de mandat de répression - en italien "decreto di accusa" - permet au Ministère public de liquider lui-même la procédure en infligeant une peine privative de liberté pouvant aller jusqu'à six mois au plus.

Je reviens à l'article 67. A l'alinéa 4, il est indiqué que les jugements et les décisions pénales rendus en procédure écrite, notamment dans le cadre de la procédure de l'ordonnance pénale, peuvent être consultés par les personnes intéressées.

Le message précise, à propos de ces personnes intéressées, qu'"il n'est pas nécessaire de justifier véritablement d'un intérêt légitime" (FF 2006 1130). Cela ne veut pas dire que n'importe qui peut le faire, mais une personne intéressée le peut. On doit faire valoir cet intérêt, mais pas le prouver.

Cette disposition a donné lieu à une discussion intéressante au sein de la commission. Pour les uns, il faut restreindre l'accès au jugement rendu à la suite d'une ordonnance pénale: la publicité donnée, disent-ils, causerait au prévenu un dommage souvent plus grand que la peine prononcée. Pour les autres en revanche, il convient de respecter le principe fondamental de la publicité, sanctionné par la Constitution, la Convention européenne des droits de l'homme ainsi que par le Pacte ONU II relatif aux droits civils et politiques, des textes qui garantissent la plus grande transparence possible dans l'administration de la justice pénale, une transparence indispensable pour assurer le contrôle et la crédibilité de la justice ainsi que le principe fondamental précité.

Sur un point au moins, majorité et minorité sont du même avis: la question ne doit pas être réglée à l'alinéa 4, mais bien dans un nouvel alinéa 1bis. La majorité reprend, dans une rédaction un peu différente, la solution du Conseil fédéral: "... les personnes intéressées peuvent consulter les jugements et les ordonnances pénales". La minorité est beaucoup plus restrictive puisqu'elle ne voudrait accorder l'accès aux ordonnances pénales qu'aux "personnes qui justifient d'un intérêt légitime".

La commission était partagée: 4 voix pour la proposition défendue par la majorité, 3 pour celle défendue par la minorité et 1 abstention. Et, si je comprends bien, une grande partie des membres - soit 5 - n'ont pas participé au vote.

Je propose de donner la parole au représentant de la minorité pour qu'il puisse défendre sa proposition.

la publicité.

Cinquième raison: je comprends les préoccupations de la minorité qui craint les abus de la presse, abus dont on connaît, hélas! plusieurs exemples. En fait, on ne peut pas combattre ces abus éventuels en rendant la justice secrète ou presque, car on tomberait dans un autre abus bien plus grave. Pour faire face à ces phénomènes déplorables d'atteinte aux droits de la personne, il faut en revanche recourir, à mon avis, au droit de la presse et aux dispositions du Code civil suisse, notamment aux articles 27 et suivants sur la protection de la personnalité. Le fait d'avoir subi une condamnation n'autorise pas les médias à faire n'importe quoi. Si on agissait plus souvent sur la base de l'action civile plutôt qu'avec des plaintes pénales, je suis sûr que l'on obtiendrait de meilleurs résultats; mon expérience parle dans ce sens. Pour toutes ces raisons, je vous invite à soutenir la proposition de la majorité.

Blocher Christoph, Bundesrat: In Artikel 67 wird der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gerichte, der Gerichtsurteile, behandelt. Es ist ein ausserordentlich wichtiges Anliegen des freiheitlichen Rechtsstaates, dass die Urteile öffentlich sind. Ich habe letzte Woche im Zusammenhang mit einem Rückübernahmeabkommen den Staat Chile besucht, der jetzt das Öffentlichkeitsprinzip anwenden muss. Sie bauen grosse Gerichtsgebäude, damit erstmals die Öffentlichkeit teilnehmen kann. Bis jetzt hat das Gerichtswesen darunter gelitten, dass die Urteile nicht öffentlich waren und damit ein grosses Misstrauen gegenüber den Gerichten um sich gegriffen hat. In Artikel 67 wird also das Thema Öffentlichkeit festgehalten, und im bundesrätlichen Entwurf wird in Absatz 4 auch gesagt, dass interessierte Personen in Urteile und Strafsentscheide, die im schriftlichen Verfahren ergangen sind - wo es ja keine Öffentlichkeit gibt -, Einsicht nehmen können. Das hat die Mehrheit der Kommission jetzt neu in Artikel 1bis festgehalten; sie will dafür Absatz 4 streichen. Zwischen der Fassung der Mehrheit und der bundesrätlichen Fassung gibt es keinen Widerspruch; es ist das Gleiche und einfach anders gefasst. Damit können wir einverstanden sein. Das übergeordnete Recht - die Bundesverfassung, aber auch die Europäische Menschenrechtskonvention und der Uno-Pakt über bürgerliche und politische Rechte sind genannt worden - verlangt, dass Strafurteile öffentlich verkündet werden müssen. Es stellt sich bloss folgende Frage: Wie ist es, wenn die Öffentlichkeit von den Gerichtsverhandlungen ausgeschlossen ist? Es gibt ja diese Ausnahmen, die hier erwähnt sind. Dann ist die Urteilsverkündung grundsätzlich öffentlich durchzuführen. Jetzt stellt sich die Frage, wie es ist, wenn das auch nicht passiert. Eine Ausnahme ergibt sich vor allem dann, wenn das Urteil nicht sofort gefällt werden kann und die Urteilseröffnung in einer neu angesetzten Hauptverhandlung nachgeholt werden muss. In diesem Fall können die Parteien gemäss Artikel 82 Absatz 3 auf die öffentliche Urteilsverkündung verzichten. Allerdings kann das Gericht dann selbst eine öffentliche Urteilsverkündung anordnen, wenn es dies als notwendig erachtet. Sie sehen, es geht immer in Richtung der Nichtgeheimhaltung von Urteilen, eine öffentliche Verkündung muss immer wieder vorgesehen werden. Nun geht es um Folgendes: Der Anspruch auf öffentliche Urteilsverkündung steht nicht allein den Parteien zu. Das Öffentlichkeitsprinzip ist etwas, was nicht für die Parteien allein, sondern für die Öffentlichkeit im Sinne der Kontrolle der Justiz, des Urteils, der gerechten Urteile, der Verhinderung von Schummeleien usw. gemacht worden ist. Das ist der Hintergrund, warum die Urteile zu veröffentlichen sind. Darum braucht es eben kein nachgewiesenes besonderes Interesse, um Einsicht nehmen zu können. Ich teile die Auffassung von Herrn Wicki: Das bezieht sich auf alle. Wer Einsicht nehmen will, ist daran interessiert, sonst würde er es nicht wollen, aber er muss kein besonderes Interesse nachweisen. Deshalb vermag ein Verzicht der Parteien auf eine öffentliche Urteilsverkündung nicht jede Publizität des Urteils auszuschliessen, vielmehr müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden, um diesem Anspruch der Öffentlichkeit Genüge zu tun. Wir betrachten es auch als ein wichtiges Mittel für das Vertrauen in die Justiz und die Rechtsprechung, dass die Urteile einsehbar sind. Diesem Zweck dient Artikel 67 Absatz 1bis der Mehrheit, der sich mit der bundesrätlichen Fassung von Absatz 4 deckt. Das ist nicht strittig. Die Minderheit anerkennt das auch und sagt: Ganz geheim soll es denn auch nicht sein, aber die Person, die Einblick nimmt, muss ein berechtigtes Interesse glaubhaft machen. Die Frage ist dann, was das ist. Es ist gefragt worden, ob ein Journalist ein berechtigtes Interesse an der Einsichtnahme habe, wenn er etwas veröffentlichen wolle, ob das glaubhaft genug sei oder nicht. Sie sehen, dass sich hier die Frage

AB 2006 S 1004 / BO 2006 E 1004

des Ermessens stellt. Wenn der Wille da ist, ein Urteil geheim zu halten, wird man natürlich sehr weit gehen müssen, bis ein Interesse so glaubhaft gemacht ist, dass das Urteil veröffentlicht wird. Darum sind wir der Auffassung, dass wir von der Fassung der Minderheit, die eine so eingeschränkte Form für die Publizität vorsieht, indem ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht werden muss, absehen sollten. Die Fassung der Mehrheit ist die bessere: Interessierte Personen können Einsicht in die Urteile und Strafbefehle nehmen, wenn die Parteien auf eine öffentliche Urteilsverkündung verzichtet haben.

Ich bitte Sie, bei Absatz 1bis der Fassung der Mehrheit zuzustimmen. Er ersetzt Absatz 4.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 22 Stimmen

Angenommen - Adopté

Art. 70

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 71

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... zur Kenntnis gelangt sind. (Rest des Absatzes streichen)

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 71

Proposition de la commission

Al. 1

.... leur activité officielle. (Biffer le reste de l'alinéa)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 72, 73

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Les articles 71 à 73 règlent l'obligation de garder le secret pour les membres des autorités pénales.

A l'alinéa 1 de l'article 71, le projet est modifié pour souligner plus clairement le principe du maintien du secret. Les exceptions qui justifient une information du public sont indiquées à l'article 72, et l'article 73 règle l'information d'autorités.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir können uns der Fassung der Kommission anschliessen. Es ist tatsächlich so, dass sich bei der Beurteilung die von uns vorgesehene Unterscheidung, ob an der Geheimhaltung ein öffentliches oder privates Interesse besteht, oft kaum vornehmen lässt. Die Regelung der Kommission ist klarer und eindeutiger. Wir würden sie also unterstützen.

Angenommen - Adopté

Art. 74

Antrag der Kommission

Abs. 1-3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

.... Verfahrenshandlungen zusätzlich zur schriftlichen Protokollierung ganz oder teilweise

AB 2006 S 1005 / BO 2006 E 1005

Art. 74

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: A l'article 74 alinéa 4, la modification ne concerne que le texte allemand. Il est précisé que la direction de la procédure "peut ordonner que les actes de procédure soient intégralement ou partiellement enregistrés sur support-son ou support-image, en plus d'être consignés par écrit". Cela signifie que ces enregistrements ne se substituent pas au procès-verbal, mais éventuellement le

Proposition de la minorité
(Berset, Bonhôte, Sommaruga Simonetta)
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abs. 2 - Al. 2

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Le projet du Conseil fédéral prévoit à l'article 76 alinéa 2 que le procès-verbal soit rédigé dans la langue de la procédure, précisant toutefois que, dans la mesure du possible, les dépositions essentielles soient consignées dans la langue utilisée par la personne entendue. La majorité de la commission estime que cette consignation des dépositions essentielles dans la langue de la personne entendue est excessivement compliquée et peut donner lieu à toutes sortes de discussions et de problèmes. Elle vous propose, par conséquent, de biffer ce passage à l'alinéa 2. Je propose de donner la parole au représentant de la minorité.

Berset Alain (S, FR): La minorité de la commission vous recommande, dans cette affaire, de suivre le Conseil fédéral.

Que nous dit le Conseil fédéral? Il pose d'abord un principe à l'alinéa 2: "Le procès-verbal est rédigé dans la langue de la procédure." Il précise ce principe en indiquant que, dans la mesure du possible, les dépositions qui sont essentielles doivent être consignées dans la langue utilisée par la personne entendue. Cette proposition me paraît tout à fait mesurée.

C'est une version qui serait conforme à ce que vous avez décidé et accepté à l'article 65, qui prévoit la possibilité d'avoir des dérogations pour la langue officielle. Le message du Conseil fédéral précise aussi que ce mode de procéder ne serait praticable que pour les langues les plus courantes: dans un pays comme le nôtre, les langues les plus courantes sont d'abord les langues nationales. Cette manière de procéder s'appliquerait donc d'abord à l'allemand dans les parties francophone et italophone du pays, au français dans la partie germanophone et italophone du pays et puis à l'italien dans la partie germanophone et francophone du pays. Le message mentionne expressément encore deux autres langues qui pourraient être prises en compte parce qu'elles sont suffisamment courantes: l'espagnol et l'anglais. Il s'agit de ne pas avoir ici une disposition qui pose des difficultés dans la procédure parce qu'on pourrait demander que les dépositions essentielles soient retranscrites dans une langue pour laquelle on ne trouve personne qui soit capable de le faire.

Il faut aussi voir qu'aux articles 65 et 66 que nous avons déjà traités et qui se rapportent aux questions de langue, il est précisé que les autorités cantonales fixent la langue de leur travail, mais qu'on fait appel automatiquement à un traducteur lorsque c'est nécessaire.

Alors, au moment d'unifier la procédure pénale dans notre pays, je crois que nous avons le devoir de nous préoccuper sérieusement de ces questions linguistiques. Imaginez une personne de Zurich ne comprenant pas le français qui est renversée par un chauffard à Lausanne et qui dépose ensuite comme partie en allemand: avec la proposition de la majorité de la commission, tout le procès-verbal sera rédigé en français, même si la victime n'y comprend rien, y compris ses dépositions essentielles, qui ne seront pas mentionnées en allemand dans le procès-verbal.

Je vous rappelle la proposition de la minorité et celle du Conseil fédéral: "Dans la mesure du possible" - une
AB 2006 S 1006 / BO 2006 E 1006

limitation très claire - "les dépositions essentielles sont consignées dans la langue utilisée par la personne entendue." Je crois que c'est aussi une affaire de cohésion confédérale. Quand nos collègues Pfisterer ou Schiesser font une intervention essentielle au Conseil des Etats, elle est consignée en allemand dans le compte rendu des délibérations; quand un collègue francophone fait une intervention essentielle au Conseil des Etats, elle est consignée en français.

Ce sont d'abord le français, l'allemand et l'italien qui sont touchés par cet alinéa.

Je vous propose, avec ces arguments, d'en revenir au projet du Conseil fédéral, qui me paraît, dans un pays multilingue, beaucoup plus approprié.

Pfisterer Thomas (RL, AG): Ich meine, innerhalb der Schweiz müsse es möglich sein, die Aussagen in den Landessprachen - ich benutze dieses Wort bewusst - aufzunehmen. Der Text ist zurückhaltend formuliert. Es geht ja nur um die "wesentlichen Aussagen"; nicht alles muss so aufgenommen werden. Für mich ist das schon auch ein kleiner Baustein für die nationale Kohäsion. Es geht aber auch ganz spezifisch darum, dass die Rechte der Parteien gewahrt werden und dass die Überprüfung durch die höhere Instanz erleichtert wird. Der Text des Bundesrates ist sorgfältig formuliert; man sagt nur "soweit möglich". Damit werden meines Erachtens seltene Sprachen aus entfernten Ländern durchaus ausgeschlossen. Ich meine, dass der Zweirat

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Les articles 78 et suivants règlent la forme et le contenu des décisions de justice. Ici aussi nous sommes allés assez dans le détail, toujours avec le souci de réaliser une véritable unification, compte tenu de la diversité des solutions cantonales actuelles.

Angenommen - Adopté

Art. 79

Antrag der Kommission
Abs. 1, 3, 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2

....
d. bei Urteilen die Schlussanträge der Parteien.

Art. 79

Proposition de la commission
Al. 1, 3, 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2

....
d. s'agissant d'un jugement, les conclusions finales des parties.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: A l'article 79 alinéa 2, on a renoncé à prévoir impérativement que le texte de l'acte d'accusation soit reproduit dans l'introduction au jugement. Toutes les parties reçoivent l'acte d'accusation et celui-ci fait de toute façon partie du dossier.

Blocher Christoph, Bundesrat: Nach dem Beschluss Ihrer Kommission braucht die Einleitung des Urteils den Text der Anklageschrift nicht mehr zu enthalten. Diese Änderung scheint uns in der Sache richtig, denn einerseits sind diese Anklageschriften oft sehr umfangreich, und andererseits findet sich die Anklageschrift ohnehin bei den

AB 2006 S 1007 / BO 2006 E 1007

Akten, sodass man darauf verzichten kann. Das ist eine Erleichterung.
Wir sind also hier für den Antrag der Kommission und weichen von unserer Fassung ab.

Angenommen - Adopté

Art. 80

Antrag der Kommission
Abs. 1
Das erstinstanzliche Gericht verzichtet auf eine schriftliche Begründung, wenn:

- a. es das Urteil mündlich begründet; und
- b. nicht eine Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren, eine Verwahrung nach Artikel 64 StGB, eine Behandlung nach Artikel 59 Absatz 3 StGB oder, bei gleichzeitig zu widerrufenden bedingten Sanktionen, ein Freiheitsentzug von mehr als zwei Jahren ausgesprochen worden ist.

Abs. 2-4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 80

Proposition de la commission
Al. 1

Le tribunal de première instance renonce à une motivation écrite du jugement:
a. s'il motive le jugement oralement; et

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Les articles 82 et suivants concernent la notification et la communication des prononcés. On a repris les principes généralement reconnus en droit procédural ainsi que, dans la mesure du possible, les dispositions de la loi sur le Tribunal fédéral. Ici aussi, on tend à assurer une certaine harmonisation avec la future procédure civile unifiée.

A l'article 82 alinéa 4, il est prévu que si le tribunal doit motiver son jugement, il doit le faire dans les 60 jours. On dit aussi "exceptionnellement dans les 90 jours": ce terme exceptionnel de 90 jours est prévu pour tenir compte des cas de très grande complexité.

Pensons par exemple aux cas de criminalité économique très compliqués. Ce terme, la loi le précise bien et il est bien de le préciser ici aussi, est exceptionnel et il doit le rester. Les tribunaux ne devront y recourir que dans des situations très particulières et les 90 jours ne sauraient devenir la règle. Si tel devait être le cas, on serait en présence d'une violation manifeste de la volonté du législateur.

Par ailleurs, la modification apportée à cet article sur le dépliant ne concerne que le texte français.

Angenommen - Adopté

Art. 83

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 83

Proposition de la commission

Al. 1, 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Les autorités pénales communiquent leurs notifications par lettre recommandée postale ou par tout autre mode de

AB 2006 S 1008 / BO 2006 E 1008

communication impliquant un accusé de réception, notamment par l'entremise de la police.

Angenommen - Adopté

Art. 84

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 85

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 85

Proposition de la commission

Al. 1

Toute communication doit être notifiée au domicile, au lieu de résidence habituelle ou au siège du destinataire.

Al. 2-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 86

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Cet article traite de la restitution du délai lorsqu'une partie a été empêchée de l'observer et qu'elle est de ce fait exposée à un préjudice important. Le Conseil fédéral prévoit la restitution du délai lorsque aucune faute n'est imputable à la partie, mais aussi en cas de faute légère. La commission a estimé que dans ce domaine il fallait qu'il y ait une clarté totale. La notion de "faute légère" est susceptible d'engendrer des problèmes d'interprétation. Il est dès lors préférable d'y renoncer. A l'alinéa 2, la modification ne concerne que le texte français.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Kommission hat hier eine strengere Fassung als wir vorgeschlagen. Sie sehen, dass wir der Meinung sind, wenn eine Frist versäumt wurde und daraus ein erheblicher, unersetzlicher Rechtsverlust erwachsen würde, dass die Wiederherstellung der Frist verlangt werden kann, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die Partei an der Säumnis kein oder nur ein leichtes Verschulden trifft. Die Frage ist eben, was man als leichtes Verschulden nimmt. Ausschlaggebend für uns war - ich will keinen Casus Belli daraus machen -, dass uns ein Fall aus der Praxis geschildert wurde: Einem Anwalt, der am Abend die Unterlagen für die Hauptverhandlung vom folgenden Tag hätte abliefern sollen, fiel der Drucker aus. Der Anwalt konnte der Frist nicht rechtzeitig nachkommen. Die Staatsanwaltschaft hat dies als ein Verschulden betrachtet. Ein Anwalt müsse einen Ersatzdrucker bereithalten - so ist die Begründung -, um eben solche terminlichen Probleme bewältigen zu können. Das Gericht hingegen hat darin ein leichtes Verschulden gesehen. Nun könnte man auch sagen, dass es kein Verschulden des Anwaltes sei. Wir haben an solche Fälle gedacht. Wenn das Gericht jetzt vielleicht aufgrund der Fassung der Kommission entschieden hätte, hätte es gesagt, dass es kein Verschulden sei. Weil aber in der entsprechenden Strafprozessordnung stand, dass auch ein leichtes Verschulden die Möglichkeit zur Wiederherstellung bietet, hat das Gericht auf ein leichtes Verschulden getippt. Wahrscheinlich wollte der Richter einfach sagen, dass es in solchen Fällen möglich sein müsse, die Frist zu verlängern. Darum machen wir keinen Casus Belli hieraus. Wir hoffen auf vernünftige Richter, was die Kommission wahrscheinlich auch tut.

AB 2006 S 1009 / BO 2006 E 1009

Darum können wir auch mit der Fassung der Kommission leben.

Angenommen - Adopté

Art. 93

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Les articles 93 et suivants se réfèrent à la question du traitement des données. La protection des données constitue un sujet sensible, nous le savons, auquel on donne de plus en plus d'importance. Dans le code de procédure pénale, on ne règle pas l'ensemble de la matière, car plusieurs dispositions sont contenues dans des normes spéciales, comme par exemple dans la législation sur la surveillance téléphonique. Les principes inscrits dans cette partie ont été largement repris de l'actuel article 29bis de la procédure pénale fédérale.

Angenommen - Adopté

Art. 94

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 95

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

assurer l'existence d'un dossier contenant les pièces de la procédure selon un certain ordre, mais également à empêcher la tenue d'un dossier parallèle et secret. Quant aux normes sur la consultation du dossier, on doit la plupart du temps peser les différents intérêts en présence, notamment ceux de la défense ainsi que ceux de la recherche de la vérité.

Angenommen - Adopté

Art. 102

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Je commence par signaler que ces dispositions n'ont pas donné lieu à de grandes discussions. Il convient également de rappeler que le terme de "parties" n'a pas le même sens qu'en procédure civile. Le terme plus approprié, comme l'indique par ailleurs le message, serait celui de "participants à la procédure". Pour simplifier et rendre les textes plus lisibles, on a choisi avec raison d'utiliser quand même la notion de "parties". Sont ainsi parties, au sens de la procédure pénale, le prévenu, la partie plaignante et, pour les débats et la procédure de recours, le Ministère public. On renonce à reconnaître la qualité de parties à des associations qui défendent certains intérêts déterminés, comme cela a été demandé dans le passé, par exemple à des associations antiracistes dans des procédures pour des infractions impliquant la discrimination raciale. On estime que dans le procès pénal, ces intérêts sont représentés par le Ministère public. Par contre, le code indique quels sont les autres participants à la procédure.

Angenommen - Adopté

Art. 103

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

AB 2006 S 1010 / BO 2006 E 1010

Art. 104

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Eine handlungsunfähige Person wird durch ihre gesetzliche Vertretung vertreten.

Art. 104

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Une personne qui n'a pas l'exercice des droits civils est représentée par son représentant légal.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: A l'article 104 alinéa 2, on a préféré simplifier la terminologie sans anticiper celle qui pourrait être demain la terminologie du droit de la tutelle.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich bin einverstanden. Es ist die bessere Formulierung, denn alle in der Fassung des Bundesrates genannten Personen sind ja gesetzliche Vertreter.

Angenommen - Adopté

Nous vous proposons donc, avec l'accord du département, de tout simplement biffer l'alinéa 3 de l'article 118.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir sind mit der Fassung der Kommission einverstanden. Das Streichen von Absatz 3 ist jetzt ein Beitrag zur Beschränkung der doch vielleicht etwas zu weitgehenden Normierung im Entwurf. Wir können uns also damit einverstanden erklären.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: J'ai fait une erreur tout à l'heure. A l'article 108, j'ai parlé de l'article 118. Ce que j'ai dit tout à l'heure vaut pour l'article 118.
A l'article 108, la commission propose de biffer la disposition qui veut que "les requêtes sur support-papier doivent être adressées en un exemplaire à l'autorité pénale et en autant d'exemplaires qu'il y a de partie", car cela n'a pas sa place dans le Code.
Il n'est d'ailleurs pas clair si cette disposition prévue par le projet a un caractère impératif dont la violation entraînerait la nullité de l'acte ou s'il s'agit simplement d'une indication d'ordre, comme le pense la commission. Il est partant plus simple de biffer l'alinéa 3.
La modification de l'alinéa 4 ne concerne que le texte français.

Angenommen - Adopté

Art. 109

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 110

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 110

Proposition de la commission

Al. 1-3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2006 S 1011 / BO 2006 E 1011

Al. 4

.... d'une personne physique que d'une entreprise, les procédures peuvent être jointes.

Angenommen - Adopté

Art. 111-113

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 114

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 114

Proposition de la commission

Al. 1

On entend par victime le lésé qui, du fait d'une infraction, a subi une atteinte directe à son intégrité physique, psychique ou sexuelle.

Denken Sie an einen Ladendiebstahl. Da wird eine Strafanzeige gemacht, aber der Betreffende will nicht auch noch am Verfahren beteiligt sein und alle Schriften bekommen. Mit der restriktiveren Fassung, wie sie der Entwurf vorsieht, wäre das die Folge. Darum schliessen wir uns der Kommission an. Das hat dann auch Änderungen bei den Artikeln 433 und 434 zur Folge.

Angenommen - Adopté

Art. 119

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 120

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 120

Proposition de la commission

Al. 1

Comme partie plaignante, le lésé peut faire valoir des conclusions civiles déduites de l'infraction par adhésion dans la procédure pénale.

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

... elle peut à nouveau faire valoir ses conclusions civiles par la voie civile.

Angenommen - Adopté

Art. 121, 122

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 123

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 123

Proposition de la commission

Al. 1

... civiles si:

a. elle n'a ni domicile ni siège en Suisse;

b. elle paraît insolvable ...

c. il y a lieu ...

Al. 2

... la requête. Elle arrête ...

AB 2006 S 1012 / BO 2006 E 1012

Al. 3

... une banque ou une compagnie d'assurance établie ...

Angenommen - Adopté

Art. 124

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Al. 3

.... ne sont valables qu'à condition que le prévenu renonce à en répéter l'administration.

Angenommen - Adopté

Art. 130

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

....

a. Streichen

....

Antrag der Minderheit

(Bonhôte, Berset, Sommaruga Simonetta)

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 130

Proposition de la majorité

Al. 1, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

....

a. Biffer

....

Proposition de la minorité

(Bonhôte, Berset, Sommaruga Simonetta)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Les articles 130 à 133 règlent les cas dans lesquels l'Etat, à travers la direction de la procédure, peut et doit commettre un défenseur d'office du prévenu.

L'article 130 alinéa 1 lettre b impose un défenseur commis d'office "si le prévenu ne dispose pas des moyens nécessaires et si l'assistance d'un défenseur est justifiée pour sauvegarder ses intérêts." Que veut dire "sauvegarder ses intérêts"? C'est ce que précise l'alinéa 2. Selon la lettre a de cette disposition, le défenseur d'office doit impérativement être désigné "lorsque la détention provisoire, y compris l'arrestation provisoire, a duré trois jours". Vous vous rappelez que tout à l'heure, nous avons décidé, à l'article 128, que tout prévenu doit obligatoirement être assisté d'un défenseur si la détention préventive a duré plus de dix jours. Ici, pour le prévenu démuné de moyens, ce délai, à l'alinéa 2 lettre a, est ramené à trois jours. La commission estime, par 6 voix contre 2 et 1 abstention, que cette disposition est trop rigide et crée trop de problèmes pratiques. Une proposition de minorité a été présentée. Comme je l'ai dit, la majorité estime que cette disposition est excessivement rigide et introduit un automatisme déresponsabilisant. Le principe fondamental doit être que la direction de la procédure doit imposer un avocat d'office dès que le prévenu n'est manifestement pas à même de sauvegarder ses intérêts, ce qui ressort de l'article 128 lettre c. Cela peut être fait dès la première heure de l'interrogatoire, bien avant donc les trois jours de détention. En tout cas, si le prévenu est en prison, après dix jours au plus tard, il devra de toute façon être assisté par un défenseur.

L'alinéa 2 lettre b indique d'autre part que le défenseur d'office doit être obligatoirement commis "lorsque l'affaire n'est pas de peu de gravité et qu'elle présente, sur le plan des faits ou du droit, des difficultés que le prévenu seul ne pourrait pas surmonter". Une proposition tendant à indiquer expressément les difficultés d'ordre linguistique a été rejetée, étant donné que cela tombait de toute façon sous la disposition de l'article 128 que je viens de citer. J'ajoute que la

AB 2006 S 1013 / BO 2006 E 1013

commission a également rejeté une proposition tendant à ramener la durée de la peine privative de liberté, pour les cas de peu de gravité au sens de l'alinéa précédent, de quatre à trois mois. La limite de quatre mois est, comparée aux dispositions actuellement en vigueur dans les cantons, particulièrement basse.

Bonhôte Pierre (S, NE): Comme je l'ai relevé hier lors du débat d'entrée en matière, l'acceptabilité du modèle Ministère public II est liée à la garantie de droits étendus de la défense, qui doivent faire contrepoids au Ministère public fort que nous instituons. Je suis d'avis que ce projet présente globalement un bon

wenn die Untersuchungshaft einschliesslich einer vorläufigen Festnahme drei Tage gedauert hat.
Ich bitte Sie, diesen Absatz zu streichen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 27 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 8 Stimmen

Art. 131, 132

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 133

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 2

Die Staatsanwaltschaft oder das urteilende Gericht legen die Entschädigung am Ende des Verfahrens fest.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Wird die beschuldigte Person zu den Verfahrenskosten verurteilt, so ist sie, sobald es ihre wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, verpflichtet:

AB 2006 S 1014 / BO 2006 E 1014

a. dem Bund oder dem Kanton die Entschädigung zurückzuzahlen;

b. der Verteidigung die Differenz zwischen dem amtlichen und dem vollen Honorar zu erstatten. Der Anspruch des Bundes

Art. 133

Proposition de la commission

Al. 1

Le défenseur d'office est indemnisé conformément au tarif des avocats de la Confédération ou du canton du for du procès.

Al. 2

Le Ministère public ou le tribunal qui statue au fond fixent l'indemnité à la fin de la procédure.

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Lorsque le prévenu est condamné à supporter les frais de procédure, il est tenu de rembourser dès que sa situation financière le permet:

a. à la Confédération ou au canton les frais d'honoraires;

b. au défenseur la différence entre les honoraires qu'il a touchés comme défenseur d'office et ceux qu'il aurait touché comme défenseur privé.

La prétention ...

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: A l'article 133 alinéa 1, la modification ne concerne que le texte français.

A l'alinéa 2, on a repris une suggestion du Tribunal pénal fédéral: c'est le tribunal dans son ensemble qui doit décider, et pas seulement son président.

A l'alinéa 4, il s'agit d'une amélioration rédactionnelle.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Änderung bei Artikel 133 Absatz 2 ist das Ergebnis der Korrektur eines Fehlers in der bundesrätlichen Fassung. Es muss das urteilende Gericht sein - nicht die Verfahrensleitung -, welches die Entschädigung am Ende des Verfahrens festlegt. Wir sind also hier für den Antrag der Kommission.

Die Änderung in Absatz 4 ist eine redaktionelle Änderung.

dit que la première preuve est exploitable à certaines conditions.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Fassung der Kommission ist klarer und beseitigt verschiedene Unklarheiten der bundesrätlichen Fassung. Ihr gebührt deshalb der Vorzug.

Angenommen - Adopté

Art. 140

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 140

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... des témoins sur mandat du Ministère public.

Angenommen - Adopté

Art. 141

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

AB 2006 S 1015 / BO 2006 E 1015

Art. 141bis

Antrag der Kommission

Titel

Einvernahme per Videokonferenz

Abs. 1

Staatsanwaltschaft und Gerichte können eine Einvernahme per Videokonferenz durchführen, wenn das persönliche Erscheinen der einzuvernehmenden Person nicht oder nur mit grossem Aufwand möglich ist.

Abs. 2

Die Einvernahme wird in Ton und Bild festgehalten.

Art. 141bis

Proposition de la commission

Titre

Audition par vidéoconférence

Al. 1

Le Ministère public ou le tribunal compétent peut ordonner une audition par vidéoconférence, si la personne à entendre est dans l'impossibilité de comparaître personnellement ou ne peut comparaître qu'au prix de démarches disproportionnées.

Al. 2

L'audition est enregistrée sur support-son ou support-image.

Berset Alain (S, FR), pour la commission: Ici la commission vous propose d'introduire la possibilité de mener une audition par vidéoconférence dans certains cas particuliers. Je ne vais pas m'étendre sur toutes les raisons qui ont poussé la commission à faire cette proposition. Je voudrais simplement vous rappeler que l'adoption de cette possibilité a une conséquence à l'article 76 alinéa 5bis, ce que Monsieur Marty, rapporteur, a indiqué tout à l'heure.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir sind damit einverstanden, dass man Artikel 141bis einführt. In den kantonalen Strafprozessordnungen ist das zwar nicht bekannt. Darum ist es hier bei der Erarbeitung nicht aufgenommen worden. Aber die Möglichkeit der Einvernahme per Videokonferenz ist heute sogar in

Art. 150

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 150

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Une confrontation avec le prévenu ne peut être ordonnée contre la volonté de la victime que si le droit du prévenu d'être entendu ne peut être garanti autrement.

Angenommen - Adopté

Art. 151

Antrag der Kommission

Abs. 1-3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

....

b. ganzen Verfahrens in der Regel nicht mehr als

....

d. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

....

Art. 151

Proposition de la commission

Al. 1-3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

....

b. l'enfant ne doit en principe pas être soumis

....

d. Si aucune confrontation n'est organisée, l'audition fait l'objet d'un enregistrement sur support-son et support-image;

....

AB 2006 S 1016 / BO 2006 E 1016

Berset Alain (S, FR), pour la commission: A l'alinéa 4 lettre b, la commission a indiqué que l'enfant ne doit "en principe" pas être soumis à plus de deux auditions sur l'ensemble de la procédure. C'est également la formulation que prévoit la loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions (LAVI), qui mentionne également ce "en principe". La modification proposée par la commission permet donc de mettre le code de procédure pénale en conformité avec la LAVI et avec la pratique. Une exception est possible lorsqu'une audition supplémentaire présente un intérêt évident dans la recherche de la vérité, mais il est bien clair qu'il y a lieu d'agir ici avec toute la retenue requise.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Kommission hat in Absatz 4 Buchstabe b eine Änderung vorgenommen. Diese gibt etwas mehr Flexibilität. Der Entwurf des Bundesrates sieht vor, dass Kinder, welche Opfer sind, nie mehr als zweimal einvernommen werden dürfen. Das ist eine Schutzbestimmung für Kinder. Aber wir haben bereits beim Opferhilfegesetz auch eine Ausnahme gemacht und dort gesagt, in der Regel sei es so. Es kann natürlich durchaus auch im Interesse der Kinder sein, dass es manchmal auch eine dritte solche Einvernahme geben kann. Die Fassung des Bundesrates ist klar, es gibt keinen Interpretationsspielraum. Der Nachteil Ihrer Regelung ist, dass es einen Spielraum gibt. Aber er gibt doch in der Praxis die Möglichkeit, von einem etwas zu starren Rahmen abzuweichen. Darum geben wir der Fassung Ihrer Kommission den Vorzug.

Angenommen - Adopté

sein und Fragen stellen kann.

Abs. 2

Die Geltendmachung dieses Rechtes gibt keinen Anspruch auf Verschiebung der Einvernahme.

Abs. 3

Bei polizeilichen Einvernahmen einer vorläufig festgenommenen Person hat diese zudem das Recht, mit ihrer Verteidigung frei zu verkehren.

Art. 156

Proposition de la commission

Titre

Auditions par la police dans la procédure d'investigation

Al. 1

Lors des auditions effectuées par la police, le prévenu a le droit à ce que son défenseur soit présent et puisse poser des questions.

Al. 2

Celui qui fait valoir ce droit ne peut prétendre obtenir l'ajournement de l'audition.

Al. 3

En cas d'auditions par la police d'une personne qui fait l'objet d'une arrestation provisoire, celle-ci a, en outre, le droit de communiquer librement avec son défenseur.

Berset Alain (S, FR), pour la commission: Il s'agit d'une innovation importante du code de procédure pénale: l'avocat de la première heure. A l'article 156 alinéa 1, il est énoncé que le prévenu a droit à la présence de son défenseur dès le début de la procédure. L'alinéa 2 prévoit que "celui qui fait valoir ce droit ne peut prétendre obtenir l'ajournement de l'audition".

C'est une innovation importante, mais aussi une composante essentielle du code de procédure pénale.

L'avocat de la première heure renforce les droits de la défense et offre un contrepoids à l'importance accrue du Ministère public dans la procédure. La commission a discuté très largement de ce point lors de plusieurs séances différentes. Elle a procédé à des auditions, notamment à l'audition de représentants de la Fédération suisse des fonctionnaires de police, qui se sont opposés à l'introduction de l'avocat de la première heure, ainsi qu'à l'audition d'un représentant du canton de Soleure, un canton qui connaît déjà l'institution de l'avocat de la première heure.

Les arguments qui s'opposent à l'avocat de la première heure ont été présentés, je l'ai dit, par les représentants de la Fédération suisse des fonctionnaires de police, qui ont fait valoir que cette innovation risquait d'augmenter les coûts pour l'Etat, de ralentir les procédures, de provoquer un changement d'attitude du prévenu, de conduire à une justice à deux vitesses et à une "américanisation de la justice". Les représentants de la Fédération suisse des fonctionnaires de police ont également fait valoir d'autres éléments qui, de leur

AB 2006 S 1017 / BO 2006 E 1017

point de vue, permettent de remplacer l'avocat de la première heure, comme le droit du prévenu de se taire ou encore la confirmation des affirmations du prévenu devant les ministères publics. Il faut relever ici que les craintes proviennent avant tout de policiers actifs dans des cantons qui ne connaissent pas encore l'institution de l'avocat de la première heure.

La commission, pour sa part, a estimé que l'institution d'un avocat de la première heure était tout à fait justifiée dans ce projet. Je l'ai dit, le renforcement du rôle du ministère public est une composante essentielle de ce projet. La commission a également estimé, après avoir très largement et très longuement discuté de tout cela, après avoir sopesé chacun des arguments, que cela ne représentait ni un quelconque danger, ni une limitation du rôle de la police. Au contraire, la présence de l'avocat de la première heure doit mener à une préparation accrue des auditions, à une meilleure efficacité de celles-ci, et donc en aucun cas à un allongement des procédures et à une augmentation des coûts. De plus, le fait qu'une procédure parte d'emblée sur de bonnes bases, en garantissant les meilleurs droits aussi pour la défense, est gage de rapidité et de contrôle des coûts. Il faut aussi souligner - et cela a été fait en commission - que la présence d'un avocat dès les premières auditions donne certainement un poids accru aux auditions menées par la police, auditions qui auront probablement du même coup aussi un poids plus important dans la suite de la procédure. Il s'agit donc d'une meilleure valorisation du travail qui est effectué dès les débuts d'une procédure.

La commission a également estimé que, puisque le projet prévoit que l'absence d'un avocat ne permet pas l'ajournement de l'audition, on répond ici à l'une des principales critiques qui pouvait être faite à l'égard de cette institution.

C'est avec ces considérations que la commission vous recommande d'accepter l'article 156 dans la version qui a été retravaillée en commission.

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 160

Proposition de la commission

Al. 1

.... par rapport à l'objet de l'audition.

Al. 2

Toute personne capable de témoigner a l'obligation

Angenommen - Adopté

Art. 161

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 162

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 162

Proposition de la commission

Al. 1

.... l'article 292 CP, à effectuées et sur leur objet.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

L'injonction peut être donnée dans la citation du témoin à comparaître.

Angenommen - Adopté

Art. 163, 164

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 165

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

AB 2006 S 1018 / BO 2006 E 1018

Art. 165

Proposition de la commission

Al. 1

....

d. les frères et soeurs ainsi que les demi-frères et soeurs du prévenu, leur épouse ou époux;

e. les frères et soeurs ainsi que les demi-frères et soeurs du conjoint du prévenu, leur épouse ou époux;

....

Al. 2-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 166

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

(Schiesser, Bürgi, Hess Hans, Schweiger, Stadler, Wicki)

Al. 4

La loi fédérale du 23 juin 2000 sur la libre circulation des avocats est réservée.

Berset Alain (S, FR), pour la commission: Je vous propose de traiter cet article alinéa par alinéa, dans la mesure où il y a une majorité et une minorité au sujet d'un éventuel alinéa 4.

Pour ce qui concerne l'alinéa 2, il s'agit d'une modification rédactionnelle pour indiquer que le renvoi à l'article 321 chiffre 2 du Code pénal vaut aussi bien pour la délivrance du secret par le maître du secret que par l'autorité compétente.

Pour ce qui concerne l'alinéa 3, la commission a précisé que seul l'intérêt du maître du secret peut l'emporter sur l'intérêt à la manifestation de la vérité. Cette nouvelle formulation exclut donc que ce soit l'intérêt du détenteur au maintien du secret qui l'emporte. Cette règle se fonde sur deux prémisses. Premièrement, le secret professionnel sert la protection de la clientèle. Celle-ci peut donc en principe déterminer elle-même lorsqu'elle n'en a plus besoin. Deuxièmement, ce point est en relation avec la proposition qui se trouve à l'alinéa 4: on peut imaginer des situations dans lesquelles l'intérêt de la clientèle à ce que le professionnel témoigne aille à l'encontre de l'intérêt de ce dernier à garder le silence, par exemple lorsque le professionnel craint que ses déclarations ne nuisent à sa bonne réputation. Et dans la mesure où le secret professionnel protège uniquement l'intérêt de la clientèle, sa volonté doit dans ce cas primer sur celle du professionnel. Voilà la raison pour laquelle vous avez une nouvelle formulation à l'alinéa 3.

Pour ce qui concerne l'alinéa 4, il y a une proposition de minorité qui vous suggère l'introduction d'un nouvel alinéa. Sur ce point, je propose d'entendre d'abord la motivation du porte-parole de la minorité.

AB 2006 S 1019 / BO 2006 E 1019

Schiesser Fritz (RL, GL): Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, Herr Präsident. Nach der Entscheidung zu Absatz 4 hätte ich gerne noch einmal kurz das Wort für eine allgemeine Bemerkung zu Artikel 168, die ich jetzt nicht anbringen will, weil ich nicht zwei Probleme miteinander vermischen möchte. Aber ich hätte gerne nachher noch eine Feststellung zuhänden der Materialien gemacht.

Nun zu meinem Minderheitsantrag zu Absatz 4: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir uns bei Artikel 168 im Bereich des Zeugnisverweigerungsrechtes befinden. Es geht also nicht um irgendwelche Aussagen, sondern es geht um Zeugenaussagen oder eben um das Recht, solche Aussagen aufgrund einer entsprechenden Interessenabwägung oder Güterabwägung verweigern zu können.

Nach der bundesrätlichen Vorlage haben Personen, die ein Berufsgeheimnis haben, dieses Geheimnis gemäss Artikel 321 StGB unter Strafandrohung von Gefängnis oder Busse im Widerhandlungsfall zu wahren. Der Täter ist dann nicht strafbar, wenn er das Geheimnis mit Einwilligung des Berechtigten oder aufgrund einer Entscheidung der zuständigen Instanz offenbart. Es muss sich dabei um die vorgesetzte Behörde bzw. die Aufsichtsbehörde gemäss Artikel 321 des Schweizerischen Strafgesetzbuches handeln.

Artikel 168 des bundesrätlichen Entwurfes der Strafprozessordnung folgt dieser Regelung. Danach können Personen mit entsprechendem Berufsgeheimnis das Zeugnis in einem Strafprozess verweigern. Sie haben indessen auszusagen, wenn sie von diesem Geheimnis durch den Geheimnisherrn oder eben von der zuständigen Stelle entbunden worden sind. In Absatz 3 wird eine Ausnahme von dieser Ausnahme statuiert: Die Aussage ist dann nicht zu machen, wenn glaubhaft gemacht wird, dass das Geheimhaltungsinteresse das Interesse an der Offenlegung bzw. an der Wahrheitsfindung überwiegt. In Absatz 1 ist der Kreis derjenigen Personen umschrieben, die zu diesen Geheimnisträgern von Berufes wegen gehören. Dazu gehören auch die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte.

Der Bundesrat argumentiert in der Botschaft, es sei nicht einzusehen, dass ein Anwalt oder eine Anwältin nicht aussagen müsse, wenn der Geheimnisherr einverstanden sei oder die Aufsichtsbehörde ihn oder sie vom Berufsgeheimnis entbunden habe, und dass dies, wie es heute der Fall ist, vielmehr ihrem Entscheid überlassen wird. Es sei nicht verständlich, warum Anwältinnen und Anwälte hier anders behandelt werden sollten als beispielsweise ein Arzt.

Mit dieser Argumentation wird meines Erachtens ein Element - ein wichtiges Element! - übersehen. Im Bereich der Verteidigung könnte ein Anwalt nach der Version des Bundesrates dazu veranlasst werden, etwas auszusagen, was er von der zu verteidigenden Person - insbesondere wenn er nicht mehr deren Anwalt ist - erfahren hat. Er müsste das Erfahrene dann offenlegen, wenn das Interesse an der Wahrheitsfindung gemäss Absatz 3 überwiegt. Gemäss Absatz 2 könnte sich der betreffende Anwalt nicht dagegen wehren, sondern würde, wenn er sich weigerte, diese Aussage zu machen, mit entsprechender Strafe bedroht. Anwälte müssen sich aber, anders als Ärzte, dessen bewusst sein, dass unter Umständen von ihrer Aussage die Bestrafung des Täters abhängt. Wenn das Gesetz sagt: "Wenn du vom Anwaltsgeheimnis entbunden bist, dann kannst du nicht mehr - wie das heute der Fall ist, ich möchte das noch einmal ganz deutlich betonen - auch noch selber entscheiden, ob die Aussage gerechtfertigt ist oder nicht", dann ist auszusagen! Glauben Sie, dass unter derartigen Verhältnissen Angeklagte einem Anwalt noch sagen, was die Wahrheit ist? Ich glaube nicht daran.

Ich gehe davon aus, dass der Verteidiger oder auch sein Umfeld - es geht mir besonders um dieses Umfeld -

Eintreten gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, die Bundesstrafprozessregelung von heute solle Bewährtes aus den Kantonen übernehmen und dort fortführen, wo jetzt eigentlich bereits Erfolg damit erzielt worden sei. Das ist hier der Fall!

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit zu folgen.

Schweiger Rolf (RL, ZG): Herr Kollege Schiesser hat Ihnen die rechtsdogmatischen und rechtspolitischen Gründe, Herr Kollege Hess nun die rechtshistorischen Überlegungen umfassend und richtig dargelegt. Ich möchte primär gewisse Hinweise machen, die mich als Praktiker treffen.

Bei jedem Anwaltsgespräch, bei dem sensible Dinge zu besprechen sind, kommt jeder Klient fast unwillkürlich auf folgenden Punkt zu sprechen: "Ich kann es Ihnen schon alles sagen, aber Sie dürfen dann sicher nichts weitererzählen." Wir können heute gegenüber allen Klienten sagen: "Sie können absolut vergewissert sein, was auch immer Sie mir hier in diesem Zimmer anvertrauen, ich werde dies nie, und auch wirklich nie, irgendwem weitererzählen." Wenn nun diese Bestimmung aber Recht würde, hätten alle Anwälte eine Aufklärungspflicht. Wenn uns der Klient fragen würde - oder selbst dann, wenn er uns nicht fragen würde -, was das Anwaltsgeheimnis bedeutet und wie rigoros es gilt, müssten wir den Klienten darauf hinweisen, dass es Situationen geben kann, wo wir ihm nicht mehr sagen können, dass unser Anwaltsgeheimnis vollumfänglich gilt. Wir müssten ihm sagen, dass Situationen eintreten könnten, bei denen die Aufsichtsbehörde eine andere Entscheidung trifft und wir dann zur Aussage verpflichtet wären. Dann wird die Frage des Klienten kommen: "Wann wird dann die Aufsichtsbehörde Sie von dieser Geheimnispflicht entbinden?" Und wir müssten sagen: "Ich kann Ihnen dies mit letzter Sicherheit nicht sagen." Kurz, die Quintessenz unseres Gespräches mit dem Klienten müsste dann sein: "Wir können Ihnen nicht mehr vollumfänglich und voraussetzungslos garantieren, dass das Anwaltsgeheimnis hält." Das müssten wir dem Klienten sagen. Die Reaktion der überwiegenden Zahl der Klienten wird sein, dass dann daran gezweifelt wird, ob man dem Anwalt wirklich alles sagen kann, was zu sagen ist - im Gegenteil, es wird dann unwillkürlich eine Komponente der Vorsicht und des "Den-Anwalt-nicht-mehr-vollumfänglich-Informierens" in ein Anwaltsgespräch hineinkommen. Genau solche Situationen sind es, die prozessual zu einer bedeutenden Schwierigkeit werden könnten, wenn wir Anwälte nicht mehr wissen, was Sache ist. Dann eine Verteidigung oder generell eine Vertretung zu übernehmen wird schwierig werden.

Präsident (Brändli Christoffel, erster Vizepräsident): Herr Berset versucht, die feststehenden Meinungen nochmals zu beeinflussen.

Berset Alain (S, FR), pour la commission: S'il me reste au moins le droit de parler, je crois que c'est déjà quelque chose d'assez important!

Cet article 168 est clair. A l'alinéa 1, il établit la liste des professions qui peuvent bénéficier du secret professionnel et dont les membres peuvent fonder sur le secret professionnel un refus de témoigner.

L'alinéa 2 dit qu'il y a une exception à ce principe en cas d'obligation de dénoncer ou alors si le détenteur du secret - un avocat, un médecin, un dentiste, un notaire - est délié du secret lui-même par écrit par l'autorité compétente, ou par le maître du secret.

Ensuite, à l'alinéa 3, il y a une disposition qui permet encore une exception à cette exception - c'est ce que disait Monsieur Schiesser tout à l'heure -, mais uniquement dans l'intérêt du maître du secret. Et c'est la question fondamentale. A partir de quand la discussion que nous avons maintenant prend-elle son sens? Elle ne prend son sens qu'à partir du moment où il y a contradiction entre les intérêts du maître du secret et ceux de l'avocat. Elle ne prend son sens qu'à partir du moment où, d'un côté, le maître du secret a un intérêt à ce que son avocat témoigne, et il le délie du secret pour qu'il puisse témoigner, mais que, de l'autre, l'avocat n'a pas tellement intérêt à témoigner pour différentes raisons, par exemple parce qu'il serait obligé de se montrer, dans son témoignage, sous un jour qui n'est pas absolument favorable.

Ce que le code de procédure pénale, dans la version du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, veut absolument protéger, ce sont les intérêts du maître du secret et pas ceux du détenteur du secret s'il estime qu'être obligé de témoigner pourrait nuire à sa réputation, à son image. Ce n'est que dans ce cas-là que le problème se pose. Dans tous les autres cas, le problème ne se posera pas, soit parce que le maître du secret ne délie pas l'avocat du secret, soit parce que l'alinéa 3 s'applique vu qu'il est dans l'intérêt du maître du secret que l'avocat ne témoigne pas.

Entre l'alinéa 1, l'alinéa 2 et l'alinéa 3, vous avez une version qui me paraît suffisamment claire et qui permet de dire que quand il y a intérêts contradictoires, c'est l'intérêt du client, c'est-à-dire celui du maître du secret, qui doit absolument l'emporter. Le fait que la loi sur la libre circulation des avocats ait été discutée ici - nous avons même entendu des citations - en 1999 et en 2000 n'y change rien. La question que l'on doit se poser aujourd'hui est la suivante: qu'est-ce qui doit primer s'il y a un intérêt contradictoire entre un prévenu, par exemple, et son avocat?

L'alinéa 1 regroupe plusieurs professions. Avec l'alinéa 4, nous ferions une exception pour les avocats et je

wenn es in seinem Interesse ist. Zweitens besteht eine Pflicht zur Aussage, wenn die Aufsichtsbehörde ein vom Anwalt eingereichtes Gesuch um Entbindung von der Geheimnispflicht gutheisst.

Herr Schweiger, es ist nicht so, dass die Staatsanwaltschaft dann zur Aufsichtsbehörde gehen kann; nur der Klient oder der Anwalt selbst kann dies. Aber auch im Fall der Entbindung vom Berufsgeheimnis können Anwälte trotzdem von der Aussagepflicht befreit werden, wenn sie glaubhaft machen, dass das Geheimhaltungsinteresse der Klientschaft das Interesse an der Wahrheitsfindung überwiegt. Wenn also ein Anwalt von der Aussagepflicht entbunden wird und findet, dass er nicht aussagen möchte - es könnte ja im Interesse des Klienten sein, weil er nicht alles überblickt -, und wenn er das geltend machen kann, dann kann er von der Aussagepflicht auch noch befreit werden, wenn er sagt, dass der Schutz seines Klienten jetzt das Interesse an der Wahrheitsfindung überwiegt.

Die Minderheit möchte nun, dass Anwältinnen und Anwälte im Falle einer Entbindung von der Aussagepflicht selber darüber entscheiden können, ob sie aussagen wollen oder nicht; das ist der Unterschied. Selbst wenn sie von der Aussagepflicht entbunden werden, könnten also die Anwälte immer noch entscheiden, ob sie aussagen oder nicht. Diese Auffassung verkennt den Sinn und den Schutzzweck des Zeugnisverweigerungsrechtes von Anwältinnen und Anwälten. Herr Bürgi hat das klar gesagt: Der Schutz des Anwaltes ist im Interesse des Klienten - und für sonst gar nichts. Darum ist nach Fassung der Mehrheit der Schutz des Klienten gegeben; aber es kann eben auch andere Gründe geben, sich auf das Anwaltsgeheimnis zu berufen, und hier macht das Strafprozessrecht eine Ausnahme.

Das Zeugnisverweigerungsrecht dient - übrigens auch bei anderen Berufen - dem Schutz eines besonderen Vertrauensverhältnisses, das auch Voraussetzung für die Ausübung der Anwaltstätigkeit ist; das anerkennen wir. Die Klientschaft soll sich ihren Anwältinnen oder Anwälten anvertrauen können, ohne befürchten zu müssen, dass dabei Preisgegebenes an Dritte weitergegeben wird.

Nie muss ein Anwalt als Zeuge aussagen, wenn er nicht von der Geheimnispflicht entbunden wird. Nur unter dieser Voraussetzung kann ja ein Mandat optimal geführt werden, wie das Herr Schweiger betont hat. Zu beachten ist nun aber, dass das Anwaltsgeheimnis ausschliesslich den Interessen der Klientschaft dient, nicht aber jenen der Anwälte. Das zeigt sich schon dadurch, dass nur der Anwalt bestraft wird, wenn er Tatsachen weitergibt, die ihm von seiner Klientschaft anvertraut worden sind. Gibt dagegen der Klient vom Anwalt anvertraute Tatsachen weiter, so ist das straflos. Diesem Umstand trägt die Position der Minderheit nicht Rechnung.

Hinzu kommt ein praktisches Problem: Ein Klient kann ein eminentes Interesse daran haben, dass ein Anwalt als Zeuge aussagt - das sagen, Herr Schiesser, die Leute aus dem Strafvollzug; das sind eben die negativen Erfahrungen aus der Praxis. Wenn der Anwalt auch bei Entbindung durch den Klienten das Zeugnis verweigern kann, so kann er dies auch aus sachfremden Motiven tun, die gar nicht dem Schutze des Klienten dienen, z. B. um Dritte oder sich selbst zu schützen; so etwa, wenn er durch das, was er als Zeuge aussagen sollte, in einem schlechten Licht erscheinen würde. Das kann es natürlich geben. Dafür ist aber das Anwaltsgeheimnis nicht gegeben. Solches Verhalten eines Anwaltes könnte nicht einmal sanktioniert werden, weil ja durch das Recht zu schweigen auch die Motive für die Geltendmachung des Zeugnisverweigerungsrechtes im Dunkeln bleiben würden.

Ich glaube, man muss auch schauen, dass man die Sache nicht allzu sehr idealisiert; wir sind ja unter Menschen. In der Minderheit befinden sich lauter Rechtsanwälte; ich begreife, dass sie ihre Interessen vertreten, das ist ja legitim. Man muss sehen: So ganz genau wird das dann auch nicht in allen Teilen genommen.

AB 2006 S 1022 / BO 2006 E 1022

Ich habe gehört, Herr Schiesser, dass Sie sagen, Sie seien Präsident einer Aufsichtsbehörde. Soweit es dort um die Einforderung von Honoraren geht, lassen sich Anwälte von ihrer Geheimhaltungspflicht entbinden und machen von dieser Entbindung dann ohne weiteres Gebrauch. Dafür habe ich Verständnis; aber die Einforderung des Honorars ist dann im eigenen Interesse und nicht im Interesse des Klienten. Damit soll nicht gesagt sein, diese Praxis sei falsch. Das Beispiel zeigt aber, dass die Überlegungen der Minderheit nicht so kohärent sind, wie es jetzt Herr Bürgi ausgeführt hat. Mit Verlaub sei das gesagt.

Gegen die Regelung des Entwurfes liesse sich hier anführen, dass das Anwaltsgesetz erst seit dem Jahr 2000 in Kraft ist. Sie haben ja über die Wehen bei der Entstehung gesprochen. Gerade diese Bestimmung war höchst umstritten. Es ist aus dieser Debatte zitiert worden. Herr Hess hat den damaligen Ständerat Samuel Schmid zitiert; er war damals noch Rechtsanwalt, also ist es natürlich kohärent. Aber gerade Ihr Rat hat die Bestimmung des Nationalrates erst in der Differenzvereinbarung angenommen. Der damalige Kommissionssprecher hat damals Folgendes ausgeführt - darum waren wir nämlich verpflichtet, das aufzunehmen -: Er hat das Departement, also damals Frau Bundesrätin Metzler, aufgefordert, "à étudier à fond le problème du secret professionnel et du refus de témoigner dans le cadre de l'unification des procédures civiles et pénales et, si nécessaire, à ne pas hésiter à modifier la norme que nous adoptons aujourd'hui à contrecœur". (AB 2000 S 398) Sie haben damals ausgeführt: Es ist allgemein zwar richtig, und wir wollen es hier haben; aber bei einem besonderen Erlass, und zwar ausdrücklich beim Strafprozessrecht, soll man dann tiefer gehen und eben diese Bestimmung, die Sie gemäss Zitat "à contrecœur" angenommen haben, als Ausnahme hier aufnehmen. Das war der Kommissionssprecher, nicht irgendein Redner. Ich nehme an, er hat im Namen der Kommission gesprochen; es war Herr Marty.

Wir haben diesen Auftrag ernst genommen, und darum bitte ich Sie, hier der Mehrheit zuzustimmen. Wir waren ja sehr froh, dass die Rechtsanwälte in der Kommission so zahlreich waren, sie haben viel mehr

Präsident (Brändli Christoffel, erster Vizepräsident): Herr Schiesser hat noch einmal das Wort zu Artikel 168 insgesamt gewünscht.

Schiesser Fritz (RL, GL): Ich möchte noch eine Bemerkung zu einem Problem machen, das zwar in der Kommission angesprochen worden ist, aber nicht ausdiskutiert werden konnte und das für den Standort Schweiz von einiger Bedeutung sein könnte. Ich wäre dankbar, wenn der Zweirat das aufnehme und der Bundesrat sich allenfalls auch dazu äussern könnte. Es geht um das Berufsgeheimnis von Unternehmensjuristen und um dessen Behandlung im angelsächsischen Recht.

Im angelsächsischen Recht, also insbesondere in den Vereinigten Staaten, wird das Berufsgeheimnis der Unternehmensjuristen umfassend geschützt. Das ist das sogenannte "attorney-client privilege". Dieses Privileg ist vor dem Hintergrund des amerikanischen Prozessrechtes zu sehen. Es kennt das sogenannte "pre-trial discovery"-Verfahren, demzufolge die klagende und die beklagte Partei verpflichtet sind, einander im Vorfeld eines Prozesses sämtliche relevanten Fakten und Informationen offenzulegen. Das

AB 2006 S 1023 / BO 2006 E 1023

"attorney-client privilege" soll diese Offenlegungsverpflichtung eingrenzen. Bezüglich Dokumenten und vertraulicher Kommunikation mit ihren unternehmensinternen Klienten sind die Unternehmensjuristen dann nicht zur Zeugenaussage und Edition verpflichtet.

Amerikanische Prozessanwälte hätten demnach keinen Zugriff auf vertrauliche Informationen, die sich bei einem im amerikanischen Rechtskreis tätigen Unternehmensjuristen befinden - jetzt können Sie sich bereits ausrechnen, wo man diese Informationen dann sucht. Es lässt sich in letzter Zeit vermehrt feststellen, dass amerikanische Prozessanwälte versuchen, Beweismittel im Rahmen der "pre-trial discovery" bei Unternehmen in Jurisdiktionen zu erlangen, in denen Unternehmensjuristen keinem Berufsgeheimnis unterworfen sind. Unter anderem aufgrund dieser Tatsache wird offenbar in Frankreich zurzeit ein neues Gesetz zum Schutz des Berufsgeheimnisses für Unternehmensjuristen diskutiert. In Deutschland hat, nach meinem Kenntnisstand, ein Urteil des Landgerichtes Berlin vor kurzem den Unternehmensjuristen einen solchen Verweigerungsschutz zuerkannt.

Ohne Berufsgeheimnis für Unternehmensanwälte mit Anwaltspatent könnte es deshalb sein, dass Unternehmen in der Schweiz einer wesentlich höheren Gefahr ausgesetzt sind, in amerikanische Prozesse hineingezogen zu werden. Angesichts der damit einhergehenden negativen Auswirkungen für die Unternehmen gilt es zu vermeiden, dass Einfallstore bestehen, die den amerikanischen Prozessanwälten ein Umwegverfahren über die Schweiz erlauben könnten. Der Gefahr, im Rahmen einer "pre-trial discovery" Beweismittel herausgeben zu müssen, unterliegen also insbesondere schweizerische Tochtergesellschaften von amerikanischen Unternehmen. Der Schutz des Berufsgeheimnisses solcher Juristen in der Schweiz wäre in diesem Umfang einmal zu prüfen und hat damit natürlich auch, falls die Frage dahingehend zu beantworten ist, dass solche Gefahren bestehen, ein erheblich standortpolitisches Element. Ich bitte also den Bundesrat und namentlich den Zweirat, dieser Problematik nachzugehen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir nehmen das selbstverständlich mit. Wir möchten zur Problematik aber doch noch sagen: Es handelt sich hier im ersten Fall um ein Problem des Zivilverfahrens. Keine Herausgabepflicht haben Unternehmensjuristen, soweit sich vertrauliche Dokumente einer Unternehmung bei ihrem Rechtsdienst befinden. Unabhängig davon, ob sie Anwälte sind, brauchen sie der Gegenpartei nichts herauszugeben. Im Strafverfahren ist es jetzt so, dass selbstverständlich das Landesrecht gilt und nicht das amerikanische Recht. Aber ein besonderes Problem besteht bezüglich dessen, was dann innerhalb dieses Konzerns geht, wenn es ein amerikanisches Unternehmen mit Sitz in der Schweiz ist. Wir werden das mitnehmen und schauen, ob im Strafprozess etwas notwendig ist. Im Zivilprozess ist die Problematik grösser als im strafprozessualen Teil, weil eben dort andere Regeln gelten und die Amerikaner sie auch in Konzernbetrieben geltend machen, diese aber an sich nicht zutreffen, weil der Konzernbetrieb in der Schweiz liegt. Aber wir werden es aufnehmen und das prüfen, auch für die nationalrätliche Behandlung.

Art. 169

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 169

Proposition de la commission

Al. 1

.... peuvent refuser de témoigner sur l'identité de l'auteur ou sur le contenu et la source de leurs informations.

Al. 2

Let. g
Biffer

Berset Alain (S, FR), pour la commission: Je n'ai pas de remarques particulières au sujet des lettres c et d.
Les

AB 2006 S 1024 / BO 2006 E 1024

modifications ne concernent que le texte français. Par contre, j'ai une remarque à la lettre g.
La commission propose de modifier le projet du Conseil fédéral et de biffer la lettre g, qui indique qu'une personne accusée par le prévenu de l'avoir calomnieusement dénoncée ou d'avoir fait un faux témoignage est entendue en qualité de personne appelée à donner des renseignements et ne peut plus être appelée en qualité de témoin. En vertu de la lettre g, il suffirait donc à un prévenu d'accuser une personne de l'avoir dénoncée calomnieusement pour l'écarter comme témoin dans la procédure, ce que la commission a jugé inacceptable.

Voilà la raison pour laquelle la commission vous propose de biffer la lettre g.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir sind mit der Fassung der Kommission einverstanden.

Angenommen - Adopté

Art. 176

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 176

Proposition de la commission

Al. 1

La police interroge, en qualité de personnes appelées à donner des renseignements, les personnes qui n'entrent pas en considération comme prévenus.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 177-181

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 182

Antrag der Kommission

Abs. 1-4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

Bei Erhebungen durch die sachverständige Person können die beschuldigte Person und, im Umfang ihres Verweigerungsrechtes, Personen, die zur Aussage- oder Zeugnisverweigerung berechtigt sind, die Mitwirkung oder Aussage verweigern. Die sachverständige Person weist die betroffenen Personen zu Beginn der Erhebungen auf dieses Recht hin.

Art. 182

Proposition de la commission

Al. 1-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

Si l'expert procède à des investigations, le prévenu et les personnes qui ont le droit de refuser de déposer ou de témoigner peuvent, dans les limites de ce droit, refuser de collaborer ou de faire des déclarations. L'expert informe les personnes concernées de leur droit au début des investigations.

Verschoben - Renvoyé

*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

AB 2006 S 1025 / BO 2006 E 1025

Art. 184

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen - Adopté

Art. 185

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)*

Art. 185

*Proposition de la commission
.... et leur fixe un délai pour formuler leurs observations.*

Angenommen - Adopté

Art. 186-189

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen - Adopté

Art. 190

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)*

Art. 190

*Proposition de la commission
Al. 1-3, 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 4*

Les inspections sont documentées par des enregistrements sur support-son et support-image, des plans, des dessins, des descriptions ou de toute autre manière appropriée.

Angenommen - Adopté

Art. 191

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)*

Art. 191

*Proposition de la commission
Al. 1, 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... intérêt public ou privé prépondérant au maintien du secret ne s'y oppose.*

Angenommen - Adopté

Art. 192-196

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission*

Art. 202

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 202

Proposition de la commission

Al. 1

.... séjour, ni y être soumise à d'autres mesures entraînant une privation de liberté.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

AB 2006 S 1026 / BO 2006 E 1026

Art. 203

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 203

Proposition de la commission

Al. 1-3, 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

.... une autorité pénale compétente en matière de contraventions ou un tribunal, peut être puni d'une amende d'ordre

Angenommen - Adopté

Art. 204-209

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 210

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 210

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... que la peine privative de liberté prévisible.

Angenommen - Adopté

Art. 211

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Bonhôte, Berset, Sommaruga Simonetta)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 211

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Bonhôte, Berset, Sommaruga Simonetta)

dem

AB 2006 S 1027 / BO 2006 E 1027

Bundesrat nicht. Sie müssen einfach entscheiden, ob Sie eine bundesrechtliche Regelung wollen oder nicht. Es ist natürlich nicht so, dass dieses Instrument in den Kantonen ohne gesetzliche Regelung gebraucht werden kann; eine gesetzliche Regelung muss vorhanden sein. Der bundesrätliche Entwurf sagt nur, unter welchen Voraussetzungen man eine Fesselung zu strafprozessualen Zwecken vornehmen kann. Es geht nur um diese Art Fesselung; beim Zwangsanwendungsgesetz geht es um eine andere Fesselung, bei polizeilichen Massnahmen erfolgt sie aus anderen Gründen.

Die meisten Kantone haben es so geregelt. Wenn man es nicht zentral regelt, gilt einfach in jedem Kanton eine abweichende Vorschrift. Wir sind der Meinung gewesen, dass es bei grenzüberschreitenden Massnahmen und bei der Überprüfung durch die Verteidigung, ob das richtig sei oder nicht, einfacher sei, wenn man das vereinheitlicht. Ihre Kommission hat die Befürchtung geäussert, dass die bundesrätliche Regelung - wie Sie jetzt vorhin gehört haben - auch zu wenig praxistauglich ist. Aus all den Kantonen, die das so geregelt haben, sind uns keine Beanstandungen bekannt. Wenn Sie es streichen wollen, gilt einfach in jedem Kanton eine andere Praxis, was eigentlich nicht im Sinne der Vereinheitlichung ist.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 17 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 12 Stimmen

Art. 212

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 213

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 213

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... l'autorité pénale en informe les services sociaux compétents.

Angenommen - Adopté

Art. 214-216

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 217

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... vorläufig festzunehmen, wenn:

a sie diese bei einem Verbrechen oder Vergehen auf frischer Tat ertappt oder unmittelbar nach der Begehung einer solchen Tat angetroffen haben; oder

b. die Öffentlichkeit zur Mithilfe bei deren Fahndung aufgefordert worden ist.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 217

Proposition de la commission

Al. 1

Art. 221

Proposition de la commission

Al. 1

Le prévenu peut recourir devant l'autorité de recours contre les décisions du tribunal des mesures de contrainte ordonnant:

- a. la mise en détention provisoire ou sa prolongation;
- b. la mise en détention pour des motifs de sûreté;
- c. le rejet de sa demande de mise en liberté.

Al. 2

Biffer

Berset Alain (S, FR), pour la commission: La commission vous propose ici de retourner le projet du Conseil fédéral. Il s'agit d'une proposition importante, dans le sens que le projet du Conseil fédéral ne prévoyait pas de possibilité de recours contre la mise en détention durant les trois premiers mois. La commission a décidé que cette mise en détention provisoire devait au contraire être sujette à recours. Cette décision a été prise pour plusieurs raisons.

La première raison, c'est que la mise en détention est une mesure dure. Il doit être possible de déposer un recours pour vérifier la pertinence de la mesure qui est prise, y compris durant les trois premiers mois de détention. Autrement dit, il ne doit pas être possible de placer une personne trois mois en détention sans aucune possibilité de recours.

La deuxième raison, c'est qu'en réalité, la possibilité d'un recours direct au Tribunal fédéral existe, aussi pour les détentions de moins de trois mois. Or il serait quand même surprenant que le Parlement souhaite décharger le Tribunal fédéral - plusieurs décisions, plusieurs projets nous ont fait aller dans ce sens ces derniers mois et ces dernières années - et qu'en même temps il prenne le risque de voir le nombre de recours directs au Tribunal fédéral augmenter. Voilà encore une raison qui a poussé la commission à modifier cet article.

Je termine en précisant que la modification apportée par la commission à l'article 221 a des conséquences techniques aux articles 183 et 198. Je vous propose donc de décider en bloc sur ces articles.

Blocher Christoph, Bundesrat: Artikel 221 ist im Zusammenhang mit Artikel 183 zu sehen. Ihre Kommission hat das Konzept des Entwurfes über die Anfechtbarkeit von Haftentscheiden grundlegend geändert. Ich bitte Sie, obwohl kein Minderheitsantrag vorliegt, hier an der Fassung des Bundesrates festzuhalten.

Gemäss unserem Entwurf soll die beschuldigte Person Entscheide des Zwangsmassnahmengerichtes - das führen wir ja jetzt neu ein - über Untersuchungs- oder Sicherheitshaft nur dann mittels Beschwerde weiterziehen können, wenn die Haft bereits drei Monate gedauert hat. Somit ist der Entscheid des Zwangsmassnahmengerichtes über die erstmalige Anordnung von Haft nicht anfechtbar. Nicht angefochten werden können auch Entscheide, mit denen die Haft verlängert oder ein Haftentlassungsgesuch abgelehnt wird; es sei denn, hier habe die Haft bereits drei Monate gedauert. Die Beschränkung der Anfechtbarkeit ist von grosser Bedeutung, weil Sie, wenn Sie das öffnen, diese langen Verfahren haben werden, welche wir bekämpfen möchten.

Diese Beschränkung der Anfechtbarkeit hat aber folgende Gründe: Die Anordnung von Haft erfolgt immer durch ein Gericht; es ist nicht mehr eine ausserhalb des Gerichtes stehende Person. Es bedarf somit keines Gesuches der beschuldigten Person, damit sich eine richterliche Instanz mit der Frage befasst, ob Haft gerechtfertigt sei. Wir haben ja das Zwangsmassnahmengericht als Gegengewicht zum Staatsanwalt geschaffen. Es ist also immer ein Gericht, das diesen Entscheid fällt. Diese Regelung entspricht jener in gewissen Kantonen, die bereits das Staatsanwaltschaftsmodell haben. Es sind keinerlei Klagen oder Beanstandungen von diesen Kantonen bekannt - es hat sich also bewährt.

Die Regelung verhindert eine übermässige Belastung der Beschwerdeinstanz. Wenn jeder Entscheid über Haft angefochten werden kann, dann wird die Beschwerdeinstanz wesentlich stärker belastet und natürlich die Prozessdauer so verlängert. Zum anderen dürfte daraus auch ein prozessualer Leerlauf resultieren, denn häufig wird die Haft bereits beendet sein, wenn die Sache bei der Beschwerdeinstanz zu entscheiden ist. Die Ausdehnung der Anfechtungsmöglichkeit belastet auch die Staatsanwaltschaft stärker, denn sie wird im Verfahren vor der Beschwerdeinstanz zum Begehren der beschuldigten Person schriftlich Stellung nehmen müssen. Es ist anders als dort, wo man keine Zwangsmassnahmengerichte hat. Wo man solche hat, sollte man der Fassung des Bundesrates zustimmen, sonst gibt es eine unverhältnismässige Verlängerung der Prozesse, was zu einem Missstand führt, den wir mit dieser Prozessordnung eigentlich bekämpfen wollen. Ich ersuche Sie, hier dem Entwurf des Bundesrates zu folgen.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Der Bundesrat hält an seinem Konzept fest.

zweite Etappe gilt - umgekehrt geht es nicht, sonst nimmt ja jemand etwas vorweg, dessen Umfang er noch nicht kennt.

Wir können der Kommissionsfassung zustimmen.

Angenommen - Adopté

Art. 224

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 224

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 4, 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Celui qui, pour des motifs valables, ne se présente

Angenommen - Adopté

Art. 225

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 225

Proposition de la commission

Al. 1-3, 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

....

a. fixer la durée maximale de la détention provisoire;

....

Angenommen - Adopté

Art. 226

Antrag der Kommission

Abs. 1

Läuft die vom Zwangsmassnahmengericht festgesetzte Dauer der Untersuchungshaft ab, so kann die Staatsanwaltschaft ein Haftverlängerungsgesuch stellen. Hat das Zwangsmassnahmengericht die Haftdauer nicht beschränkt, so ist das Gesuch vor Ablauf von drei Monaten Haft zu stellen.

Abs. 2-4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 6, 7

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 226

Proposition de la commission

Al. 1

A l'expiration de la durée de la détention provisoire fixée par le tribunal des mesures de contrainte, le Ministère public peut demander la prolongation de la détention. Si le tribunal des mesures de contrainte n'a pas limité la durée de la détention, la demande doit être présentée avant l'expiration de trois mois de détention.

Al. 2-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

.... de procédure ou ordonner une mesure de substitution.

Al. 6, 7

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 234

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 234

Proposition de la commission

Al. 1-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

.... leurs droits de recours

Angenommen - Adopté

Art. 235

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 235

Proposition de la commission

Al. 1-3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

Dès qu'il entre dans l'établissement d'exécution, le prévenu commence à exécuter la peine ou la mesure et est soumis au régime de l'exécution, à moins que le but de la détention provisoire ou de la détention pour des motifs de sûreté ne s'y oppose.

Angenommen - Adopté

Art. 236-239

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 240

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 240

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Lorsqu'il y a péril en la demeure, la police peut ordonner l'examen des orifices et des cavités du corps qu'il est impossible d'examiner sans l'aide d'un instrument ainsi qu'effectuer, sans mandat, des perquisitions; elle en informe sans délai l'autorité pénale compétente.

Al. 4

.... de personnes.

Angenommen - Adopté

Art. 241, 242

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 243

Antrag der Kommission

Angenommen - Adopté

Art. 253

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 253

Proposition de la commission

.... d'un cadavre ou l'ouverture d'une urne funéraire.

Angenommen - Adopté

Art. 254

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 254

Proposition de la commission

Al. 1

....

b. de celles du prévenu;

....

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 255-259

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 260

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 260

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... des personnes qui n'ont pas le statut de prévenu doivent être détruites

Angenommen - Adopté

Art. 261

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 262

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

den Zusatz, welchen diese Präzisierung verlangt.

Berset Alain (S, FR), pour la commission: La commission a également discuté de cette question et je crois pouvoir dire qu'elle partage entièrement l'avis exprimé par Monsieur Schwaller dans son développement. La commission est d'avis que l'article 263 alinéa 1 lettre c vaut "quel que soit le lieu où se trouvent ces objets et quel que soit le moment où ils ont été produits". Et je souhaite ici donner l'avis et la position claire et indiscutable de la commission.

La commission a malgré tout renoncé à inscrire expressément cela dans le texte. Elle ne veut pas donner l'impression qu'il faudrait l'interpréter différemment dans d'autres lois où cela ne serait peut-être pas aussi expressément indiqué qu'à cet article. Il a semblé préférable à la commission de dire très clairement quelle était la volonté indiscutable du législateur à la lettre c, mais en renonçant à l'écrire de manière formelle, faute de quoi il faudrait alors vérifier les textes dans lesquels se posent des questions similaires et également les modifier afin de garantir l'unité de fonctionnement.

Voilà pour ce qui concerne les considérations de la commission, qui partage donc entièrement les préoccupations de notre collègue Schwaller, mais qui, par contre, ne partage pas l'avis qu'il faille l'inscrire expressément dans le code de procédure pénale.

Avec ces arguments et puisque la commission en a discuté, je vous recommande de rejeter la proposition Schwaller, non pas sur le fond, mais sur la forme.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wie die Kommissionssprecher bereits gesagt haben, ist dieser Antrag in der Kommission auch vorgelegen, ein gleichlautender Antrag zumindest. Er ist dann zurückgezogen worden. Der Rückzug erfolgte vor allem deshalb, weil wir in Aussicht gestellt haben, im Rat klar zu erklären, dass das, was Sie vorschlagen, jetzt in der Vorlage enthalten ist. Wir haben ja keinerlei Differenzen zwischen Ihrer und unserer Auffassung; das ist im Zeugnisverweigerungsrecht von Berufspersonen so enthalten und muss so sein. Es ist ein Unterschied zu gewissen kantonalen Strafprozessordnungen, die etwas anderes vorsehen, aber hier ist der Fall klar: Dieser Schutz muss auch ungeachtet dessen bestehen, ob die Informationen aus dem Vertrauensverhältnis schriftlich oder mündlich ausgetauscht werden, und im Falle der Schriftlichkeit ungeachtet dessen, wo sich das Schriftstück befindet. Das ist Ihr erstes Anliegen.

Aber auch das zweite Anliegen ist überflüssig, weil es in der Vorlage enthalten ist. Sie sagen jetzt, wenn man etwas selbstverständlich finde, könne man es auch festhalten. Es gibt zwei Gründe, warum ich Sie bitte, davon abzusehen.

1. Wenn Sie am einen Ort Selbstverständliches festhalten, kommt die Frage auf, warum dann am anderen Ort etwas nicht festgehalten ist, was auch selbstverständlich ist, warum es dort nicht gilt. Darum haben wir jetzt das Konzept umgesetzt, wonach wir das Selbstverständliche nicht festhalten. Dann weiss man, dass es trotzdem so ist, und dort, wo es unklar ist, kann man eine solche Erklärung abgeben.

2. Es ist noch zu bedenken, dass Ihre beantragte Änderung zu Unklarheiten führen würde. Denn nicht nur Buchstabe c müsste ergänzt werden, sondern auch Buchstabe a. Andernfalls wäre nicht klar, ob die Ergänzung auch für die Verteidigungskorrespondenz gelten würde, weil diese sowohl in Buchstabe a als auch in Buchstabe c erfasst wird. Man müsste es dann noch ändern.

Ich bitte Sie aber vielleicht doch, dass wir es nach diesen doch klaren Äusserungen bei der Fassung des Bundesrates und der Kommission bewenden lassen, es ist vielleicht doch besser.

Schwaller Urs (C, FR): Mir ging es um die Präzisierungen, auf dass man sie hier im Rate noch einmal anbringt. Sie sagen, mein Anliegen sei enthalten. Das genügt mir. Ich kann den Antrag zurückziehen. Sie haben Recht: Redaktionell hätte ich es herausnehmen müssen, damit es sowohl für Litera a wie für Litera c gilt.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Der Antrag Schwaller ist zurückgezogen worden.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission*

Art. 264

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Die Inhaberin oder der Inhaber ist verpflichtet, Gegenstände und Vermögenswerte, die beschlagnahmt werden sollen, herauszugeben.

Abs. 1bis

Keine Herausgabepflicht haben:

rôle d'entité prévenue, doivent pouvoir faire valoir les mêmes droits de procédure que les prévenus qui sont des personnes physiques. C'est la raison pour laquelle la commission vous propose d'ajouter à l'article 264 un alinéa 1bis qui inscrit ce droit dans le code de procédure pénale.

Je peux mentionner encore ici que la discussion que nous avons maintenant sur l'article 264 est intimement liée à la discussion que nous devons aussi avoir sur l'article 284. Je vous propose donc, pour simplifier un peu notre débat et ne pas mener deux fois la même discussion, que nous traitions les articles 264 et 284 ensemble, en tout cas pour ce qui concerne la décision. Il y a également une proposition de minorité à l'article 284.

Bonhôte Pierre (S, NE): Comme Monsieur Berset vient de le dire, c'est à moi qu'il appartient de développer la proposition de la minorité dont il est l'auteur puisqu'il en est temporairement empêché par ses fonctions de rapporteur.

Comme l'a proposé Monsieur Berset, mon développement concernera cette proposition-ci ainsi que celle qui figure à l'article 284 qui porte sur une question tout à fait similaire et qui a trait à l'obligation ou non, pour les banques, de livrer des informations relatives à des clients. La problématique est tout à fait la même et porte sur les mêmes principes. Je ne réinterviendrai donc pas à l'article 284.

Si je vous demande de biffer les dispositions qui ont été prévues par la majorité de la commission et donc de vous rallier à la version du Conseil fédéral, c'est qu'il me paraît que ces dispositions nouvelles, qui ont été introduites par la majorité de la commission, sont néfastes, voire même un peu absurdes, ou peuvent avoir un effet pervers. Pourquoi sont-elles néfastes à mon sens? Parce que l'on vise à appliquer à des personnes morales un droit qui est reconnu aux personnes physiques: le droit de ne pas s'incriminer soi-même.

Certes, notre nouveau Code pénal a mis les personnes morales sur le même pied que les personnes physiques, en prévoyant que les personnes morales peuvent être tenues pour pénalement responsables de leurs actes. Dès lors, il est logique d'imaginer que l'on puisse invoquer les mêmes droits pour la personne morale que pour la personne physique puisqu'elle a, en principe, les mêmes types de responsabilités pénales.

Toutefois, cela ne me paraît pas être fondamentalement justifié dans la mesure où le droit à la protection contre l'auto-incrimination me semble plutôt relever du domaine des droits de l'homme - ou des droits humains, suivant comment on les appelle -, alors qu'une personne morale ne peut pas se prévaloir des droits de l'homme. Cela dit, et Monsieur Berset l'a évoqué tout à l'heure, il apparaît que, dans le cadre de l'application de la Convention européenne des droits de l'homme, une certaine extension aux personnes morales du droit à la protection contre l'auto-incrimination ait été admise. Je peux dès lors comprendre que ce soit l'avis qui soit majoritaire dans cette salle.

Je vais donc essayer de vous démontrer que la disposition introduite est inutile ou qu'elle peut avoir un effet pervers pour les entreprises concernées.

On le sait, selon les dispositions de notre procédure pénale, un prévenu a le droit de se taire, c'est-à-dire qu'il a un droit qui est plus étendu que la non-auto-incrimination. Un témoin par ailleurs ne peut pas se taire, sauf s'il peut invoquer le fait qu'il risque de s'incriminer lui-même. Admettons maintenant qu'un témoin ou une personne susceptible d'être soumise à séquestre soit une personne physique. Celle-ci décide de se taire ou de ne pas déposer de valeurs patrimoniales (cf. art. 284) en faisant valoir le risque d'auto-incrimination selon l'article 166. Le Ministère public peut à ce moment-là se dire: "Si ce témoin ne veut pas parler ou déposer de valeurs, c'est parce qu'il a quelque chose à se reprocher, puisqu'il invoque le risque d'auto-incrimination." Donc le Ministère public peut se dire: "Est-ce que j'ai intérêt à inculper cette personne pour obtenir les renseignements qu'elle ne veut pas me donner en tant que témoin?"

Dans le cas d'une personne physique, le Ministère public n'aura pas intérêt à l'inculper parce que, en tant que prévenue, elle a aussi le droit de se taire ou de s'opposer au séquestre des valeurs. Dès lors, le dispositif fonctionne et le Ministère public n'a pas intérêt à procéder à l'incrimination, puisque ce qu'il cherche à obtenir du témoin est avant tout un témoignage oral ou des renseignements.

Maintenant, admettons que le témoin ou la personne appelée à remettre des valeurs dans le cadre d'un séquestre soit une personne morale. Si elle décide de se taire ou de ne pas déposer les valeurs patrimoniales ou les objets en faisant valoir le droit à la non-auto-incrimination tel qu'on nous propose de l'introduire ici, le Ministère public va de nouveau se dire: "Ce témoin, cette personne morale en l'occurrence, a quelque chose à se reprocher, puisqu'elle invoque le droit de non-auto-incrimination." A ce moment-là, le Ministère public peut avoir intérêt à inculper l'entreprise, car il peut obtenir vraisemblablement beaucoup plus d'informations en ayant inculpé la personne morale, parce que cela lui permet de procéder par voie de perquisition. En effet, dans le cas d'une personne morale, ce qui peut intéresser le Ministère public, ce sont avant tout des pièces écrites, des documents, et ceux-ci sont accessibles par voie de perquisition sans que la personne morale puisse s'y opposer.

C'est l'article 243 qui règle la question des perquisitions. Ce qui nous montre que les dispositions prévues ici et à l'article 284 peuvent être dangereuses pour l'entreprise, c'est qu'elles pourraient conduire le Ministère public à se dire: "Cette entreprise refuse de donner certains éléments, donc elle craint l'auto-incrimination; c'est ce qu'elle a invoqué, donc il est intéressant de l'inculper pour pouvoir accéder par perquisition à des pièces." Donc, on voit que la protection que confère cet article ou l'article 284 à la personne morale n'est de

Für den Antrag der Minderheit 10 Stimmen

Art. 265-267

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 268

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 268

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

....

f. loi du 3 octobre 1951 sur les stupéfiants: article 19 chiffre 1 deuxième phrase et 2, et article 20 chiffre 1 deuxième phrase;

....

Angenommen - Adopté

Art. 269

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 270

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

.... sie dürfen nicht verwertet werden.

Art. 270

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... elles ne peuvent pas être exploitées.

Berset Alain (S, FR), pour la commission: A l'article 270, il s'agit de la sauvegarde du secret professionnel en cas de surveillance de personnes. A l'alinéa 3, la commission a souhaité modifier la fin de l'alinéa pour prévoir que les informations sur lesquelles une des personnes mentionnées aux articles 167 à 170 pourrait refuser de témoigner, "doivent être retirées du dossier de la procédure pénale et immédiatement détruites". Le projet du Conseil fédéral disait: "Elles

AB 2006 S 1035 / BO 2006 E 1035

ne peuvent pas être utilisées dans le cadre de cette procédure."

La commission a souhaité préciser cela en disant que ce n'est pas seulement dans le cadre de cette procédure, c'est dans le cadre d'aucune procédure; en fait, ces informations sont purement et simplement inexploitable, "elles ne peuvent pas être exploitées". Voilà le sens de la modification que vous propose la commission.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir sind mit dieser Fassung einverstanden; es handelt sich um eine

duré un mois, sa poursuite requiert l'autorisation du Ministère public". Le projet du Conseil fédéral prévoit un délai de deux semaines seulement. La commission a choisi de retenir le délai d'un mois, d'abord parce que les employés de police ont fait valoir qu'un délai de deux semaines était trop court pour leur permettre d'effectuer leur travail et que cela pouvait les entraîner effectivement à demander très souvent des autorisations. Il a aussi été relevé dans la commission que les détectives privés ne sont soumis à aucune obligation; et il a été répondu qu'on ne peut pas tout à fait comparer le travail d'un détective privé avec celui de la police.

Finalement on peut dire que c'est une solution de compromis qui a émergé des travaux de la commission, qui propose le délai d'un mois. Il faut voir que nous nous situons dans un domaine qui ne représente pas, entre le choix de deux semaines et d'un mois, une attaque frontale contre un droit fondamental. Il faut voir également que la police doit demander l'autorisation au Ministère public; on se situe peut-être plus près d'une sorte d'obligation d'annonce et de réception d'une autorisation que d'un véritable examen de l'opportunité de mener de telles observations.

Ce sont les considérations qui ont poussé la commission à modifier l'alinéa 2 pour allonger ce délai à un mois.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ihre Kommission hat die Dauer von vierzehn Tagen für polizeiliche Observation auf einen Monat ausgedehnt. Das ist die Observation vor der Genehmigung durch die Staatsanwaltschaft und ist ein Entgegenkommen gegenüber der heutigen Polizeipraxis. Wir haben hier nichts dagegen einzuwenden und können das ohne weiteres gutheissen.

Angenommen - Adopté

Art. 282

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Die Mitteilung wird aufgeschoben oder unterlassen, wenn:

....

Art. 282

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

La communication est différée ou il y est renoncé:

....

Angenommen - Adopté

Art. 283

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 284

Antrag der Mehrheit

Abs. 1-3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1bis

Die Bank oder das bankähnliche Institut haben keine Informationen oder Dokumente zu liefern, wenn sie sich durch die Herausgabe selbst derart belasten würden, dass sie strafrechtlich verantwortlich gemacht werden könnten oder

AB 2006 S 1036 / BO 2006 E 1036

dass sie zivilrechtlich verantwortlich gemacht werden könnten, und das Schutzinteresse das Strafverfolgungsinteresse überwiegt.

Antrag der Minderheit

Art. 287

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 287

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... laquelle il comparaît à titre de personne appelée à donner des renseignements ou de témoin.

Angenommen - Adopté

Art. 288

Abs. 1-3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 6

.... Durch die verdeckte Ermittlung gewonnene Erkenntnisse dürfen nicht verwertet werden.

Art. 288

Proposition de la commission

Al. 1-3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

....

a. d'établir ou de modifier

....

Al. 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 6

.... détruits. Les informations recueillies dans le cadre de l'investigation secrète ne peuvent être exploitées.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich habe keine Bemerkungen ausser zu Artikel 288 Absatz 6. Da hat Ihre Kommission eine andere Fassung gewählt. Wir können uns dieser anschliessen. Es ist eine redaktionelle Änderung.

Angenommen - Adopté

Art. 289-297

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 298, 299

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Kommissionsberichterstatter ist Herr Wicki.

Art. 304

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hier geht es um die Information des Opfers über seine Rechte. Die Polizei oder die Staatsanwaltschaft haben das Opfer und seine hinterbliebenen Angehörigen bei der ersten Einvernahme umfassend über die Rechte und die Pflichten aufzuklären. Dieser Artikel knüpft an das Opferhilfegesetz an.

Angenommen - Adopté

Art. 305

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 305: Da geht es um die Aufgaben der Polizei. Als Vorbemerkung möchte ich darauf hinweisen, dass der Verband Schweizerischer Polizeibeamter an unsere Kommission gelangt ist und verschiedene Änderungsvorschläge zu diversen Artikeln unterbreitet hat. Zudem haben wir auch ein Schreiben der Vereinigung der Schweizerischen Kriminalpolizeichefs erhalten, in dem verschiedene Anregungen enthalten sind. Wir haben diese Vorschläge und Anregungen dem EJPD unterbreitet und haben auch zwei Vertreter des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter angehört. Zudem haben wir eine Anhörung mit dem Kriminalpolizeichef und designierten Chef der Kantonspolizei Solothurn durchgeführt, der sich einerseits in einer Arbeitsgruppe der Kriminalpolizeichefs mit dem Entwurf der eidgenössischen Strafprozessordnung beschäftigt hat und andererseits Mitglied der Arbeitsgruppe Strafreform im Kanton Solothurn war. Diese Anhörungen zeigten der Kommission die Probleme und Lösungen der Praxis und führten dazu, grundsätzlich die Vorschläge des Bundesrates zu übernehmen, jedoch mit einigen Straffungen und Vereinfachungen.

Angenommen - Adopté

Art. 306

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 306

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... le Ministère public procède lui-même, dans la mesure du possible, aux premières auditions essentielles.

Al. 3

.... les transmet immédiatement après ses investigations au Ministère public

Al. 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 307

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 307

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... mündliche Anweisungen, die sich auf konkret umschriebene Abklärungen beschränken.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 312

Proposition de la commission

Al. 1

.... complémentaires. Il lui donne à cet effet des directives écrites, verbales en cas d'urgence, qui sont limitées à des actes

Al. 2

.... à la procédure jouissent des droits accordés

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hier hat die Kommission das Wort "einzelne" gestrichen; dies auf Empfehlung der Verwaltung. Damit haben wir eine analoge Regelung zur französischsprachigen Fassung.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir können uns der Fassung der Kommission anschliessen. Das ist eine redaktionelle Änderung und für einmal eine Anpassung an den französischen Text.

Angenommen - Adopté

Art. 313

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 313

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... de frais par la partie plaignante l'administration de preuves qui servent en premier à étayer les conclusions civiles.

Angenommen - Adopté

Art. 314

Antrag der Kommission

Abs. 1

....

c. ein Vergleichsverfahren hängig ist

....

Abs. 2-5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 314

Proposition de la commission

Al. 1

....

c. d'une procédure de conciliation dont il paraît

....

Al. 2-5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 315

Antrag der Kommission

Le médiateur est chargé de rechercher une solution librement négociée entre les personnes en litige.

Al. 3

Le médiateur est tenu de garder le secret. Les dispositions de l'article 168 lui sont applicables.

Al. 4

Les cantons fixent les modalités applicables à la désignation des médiateurs habilités à intervenir dans le cadre des procédures pénales.

Al. 5-8

Biffer

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wir kommen zum 3. Abschnitt, "Vergleich und Mediation". Die Kommission hat sich eingehend mit den Artikeln 316, "Vergleich", und 317, "Mediation", befasst. Bei Antragsdelikten hängt das Strafverfahren vom formell gestellten Antrag ab; dieser ist eine Voraussetzung. Für diese Antragsdelikte sehen bereits heute zahlreiche kantonale Gesetzgebungen ein Vergleichs- oder Sühneverfahren vor. Dabei versucht die Verfahrensleitung, eine Einigung zwischen der antragstellenden und der beschuldigten Person herbeizuführen mit dem Ziel, dass der Antrag zurückgezogen wird und damit die Strafverfolgung dahinfällt. Dies wird nun auch in Artikel 316 vorgesehen. Ein Vergleich ist auch gemäss Absatz 2 von Artikel 316 möglich, dies im Rahmen einer Wiedergutmachung gemäss Artikel 53 des neuen StGB, wo vorgesehen ist, dass von der Strafverfolgung abgesehen werden kann, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, der Täter den Schaden deckt und alle zumutbaren Anstrengungen unternommen hat, um das von ihm bewirkte Unrecht auszugleichen.

Artikel 317 enthält eine ausserordentlich lange Bestimmung betreffend die Mediation. Es ist eine der umfangreichsten Bestimmungen in diesem Gesetzentwurf. Gemäss der Vorlage des Bundesrates wären Bund und Kantone verpflichtet, die Modalitäten für den Einsatz von Mediatoren im Strafverfahren zu bestimmen, die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen festzulegen und Bestimmungen über die Berufsregeln, die Registereintragung und die Aufsicht zu erlassen. Dies hätte zur Folge, dass die Kantone entsprechende Einrichtungen schaffen müssten und demzufolge auch mit den entsprechenden Kosten belastet würden.

Im Zivilprozess, wo sich zwei Personen gegenüberstehen, kann die Mediation durchaus Sinn machen. Auch im Jugendstrafverfahren kann die Mediation sicher etwas bringen. Im Erwachsenenstrafrecht haben wir, wie dies in Artikel 2 der Vorlage statuiert ist, das Strafjustizmonopol des Staates. Die Strafverfolgung ist allein Angelegenheit des Staates, wir sprechen daher von Officialdelikten. Nur wenige strafbare Handlungen sind Antragsdelikte. Der Anwendungsbereich der Mediation im Strafrecht ist daher äusserst klein. Denn es wäre das Ziel der Mediation, eine zwischen dem Täter oder der Täterin und dem Opfer frei verhandelte Lösung zu fördern.

Aus diesen Gründen hat die Kommission mit 7 zu 4 Stimmen entschieden, die Streichung von Artikel 317 betreffend die Mediation zu beantragen. Der Bundesrat erklärte, er opponiere nicht gegen den Streichungsantrag, und er wies darauf hin, dass bei Strafverfahren zu Officialdelikten eine Mediation kaum möglich sei. Es gehe ja darum, dass ein Täter verurteilt oder ein Nichttäter freigesprochen werde. Bei den Antragsdelikten sei ein Vergleichsverfahren gemäss Artikel 316 nach wie vor möglich. Auch anerkannte der Bundesrat die Einwände betreffend die Kostenbelastung des Staates und vor allem der Kantone.

Ich bitte Sie daher, der Mehrheit zuzustimmen und Artikel 317 zu streichen.

Wir haben zwei Minderheitsanträge: Die Minderheit I möchte die Fassung des Bundesrates aufnehmen, die Minderheit II möchte es den Kantonen im Sinne eines Eventualantrages ermöglichen, ein solches Mediationsverfahren einzuführen.

Bonhôte Pierre (S, NE): Lorsque survient un conflit international, on envoie en principe les diplomates avant d'envoyer l'armée. Pourquoi n'est-ce pas selon le même principe que l'on travaille dans le domaine de la justice? C'est un peu la question que pose l'article 317, que la majorité de la commission propose de biffer. Nous nous situons peut-être là sur une ligne de démarcation culturelle. Je ne trahirai pas de grand secret en disant que, au sein de la commission, la décision concernant cet article a suivi un clivage Latins/Alémaniques. Ce n'est certainement pas par hasard, dans la mesure où c'est dans le monde francophone que la médiation est apparue et s'est le plus largement développée. La médiation a une origine au Québec, où elle est largement pratiquée. Elle est très largement développée en Belgique, et elle existe également dans la procédure pénale française. Toutefois, la médiation a aussi franchi des frontières linguistiques, puisqu'il existe une certaine forme de médiation en Allemagne, avec le "Täter-Opfer-Ausgleich" qui est prévu à l'article 155a du Strafprozessordnung allemand. La médiation est parfois, ou souvent, ressentie comme une perte de pouvoir du juge, ou une perte de pouvoir de l'Etat dans la procédure. C'est certainement ce qui a conduit la majorité de la commission à biffer cet article. A mon avis, cela s'est fait sur la base d'un malentendu.

AB 2006 S 1040 / BO 2006 E 1040

La médiation n'est en effet pas un ersatz de justice, c'en est un complément. C'en est un complément qui répond à un certain nombre de principes et de conditions. Tout d'abord, il faut que les faits ne soient pas

de criminalité économique et d'erreurs ou d'infractions comptables.

La médiation est une procédure différente, car elle n'est pas centrée sur le contenu, comme la conciliation, mais sur la relation entre la victime et l'auteur. Il existe donc un rapport horizontal entre les parties. La médiation est donc, j'en suis persuadé, un outil utile qui a fait ses preuves et qui est déjà appliqué dans un certain nombre de cantons; ce n'est pas une invention de juristes en mal d'expérimentations. Il correspond parfaitement à notre culture helvétique du consensus. Son inscription dans notre code de procédure pénale constituerait donc, à mon sens, un réel progrès.

Je vous invite donc à voter selon le projet du Conseil fédéral, même si ce dernier semble tout à coup ne plus tellement y tenir. J'espérais que le Conseil fédéral défende un tant soit peu cette médiation. Apparemment, c'est à moi de me faire l'avocat de son projet, ce que j'espère avoir fait suffisamment pour vous convaincre d'adopter la proposition de la minorité et d'en rester à la version de l'article 317 telle qu'elle est proposée par le Conseil fédéral.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Ich möchte nochmals betonen, dass das Mediationsverfahren, wie es ursprünglich vom Bundesrat in Artikel 317 vorgeschlagen wurde, bei Strafverfahren, wo es um Officialdelikte geht, praktisch keinen Platz hat. Deshalb ist es auch verständlich, wenn sich die Kantone gegen die Verpflichtung wehren, eine solche Institution einführen zu müssen. Die Kantone wehren sich auch gegen diese grosse Kostenbelastung, die mit dieser Einrichtung auf sie zukommen würde. Sie können das diesem langen Artikel 317 selbst entnehmen.

AB 2006 S 1041 / BO 2006 E 1041

Schliesslich möchte ich doch auch nochmals sagen, dass im Rahmen des normalen Strafverfahrens die Möglichkeit besteht, wenn es sich um einen besonderen Fall handelt und es sinnvoll erscheint, eine aussenstehende Person im Sinne eines Sachverständigen beizuziehen. Der Staatsanwalt kann eine solche aussenstehende Person, sei es nun ein Mediator oder eine diesbezüglich geschickte Person, beiziehen, um allenfalls in den verhandelbaren Punkten eine Lösung zu finden. Was die verschiedenen Kulturen anbetrifft, welche genannt worden sind, kann ich Folgendes festhalten - das haben wir auch in der Kommission diskutiert -: Das Verfahren, wie es heute im Kanton Freiburg ist und das Herr Berset damals erwähnt hat, kann gemäss Artikel 316 weiterhin bestehen bleiben.

Vielleicht noch eines: Es wurden da verschiedene Vergleiche mit ausländischen Strafprozessordnungen und ausländischen Verhältnissen gemacht. Ich möchte hier mit Klarheit festhalten, dass es keinen Platz für amerikanische Verhältnisse hat, wie wir sie etwa aus dem Fernsehen, aus den Filmen kennen; das geht nicht. Es hat auch keinen Platz für das System, wie wir es bis vor kurzem in Deutschland erlebt haben; ich verweise auf den berühmten Paragraphen 153 der deutschen Strafprozessordnung, der die Möglichkeit gibt, dass ein Ermittlungsverfahren oder Strafprozess mit Zustimmung aller Beteiligten gegen Auflagen eingestellt werden kann und der Angeklagte dann eben nicht verurteilt wird und als unschuldig gilt - obwohl, Sie kennen das aus dem Mannesmann-Verfahren, es nicht so klar ist. Dies hat in der Strafprozessordnung der Schweiz keinen Platz.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Marty Dick (RL, TI): Je crois, Monsieur Wicki, qu'il ne s'agit nullement d'introduire des méthodes à l'américaine, ou même à l'allemande, comme on l'a vu tout récemment. Non, il s'agit tout simplement d'essayer de recomposer un certain rapport entre l'auteur du délit et la victime, là où c'est possible et là où les parties sont d'accord. Quant à moi, je sais gré au Conseil fédéral d'avoir proposé cela. C'est une nouvelle approche et je crois que c'est très important pour éviter des récidives. En effet, la plupart des infractions sont dues à des rapports très troublés entre victime et auteur et je crois que, souvent, une procédure pénale ne fait qu'exacerber les choses. Si nous avons une médiation, qui ne se substitue jamais à la procédure pénale mais qui, peut-être, lui donne un autre sens et qui est comprise d'une façon différente par le prévenu, je crois que nous ferions un grand travail de prévention de la criminalité. Il vaut la peine de tenter cela.

Si l'on ne veut pas soutenir la proposition de la minorité I, je crois qu'il faudrait au moins adopter celle de la minorité II. Je pense qu'on doit avoir le courage d'être innovateur aussi dans ce domaine.

Leuenberger Ernst (S, SO): Wenn ich die Diskussion richtig verstehe, so würde die Mehrheitsfassung bedeuten, dass es den Kantonen grundsätzlich untersagt ist, dieses neue Verfahren mit Mediation anzuwenden. Nur war ich in der Kommission Stellvertreter und habe dort gehört, dass es offenbar heute bereits Kantone gibt, die dieses Verfahren anwenden. Meine Sorge im Moment ist folgende: Herr Wicki hat argumentiert, man könne die Kantone doch nicht verpflichten, etwas zu tun. Ich frage nun: Können wir es den Kantonen verbieten, hier etwas zu tun? Das scheint mir die zentrale Frage zu sein. Denn für mich hat Föderalismus auch jene Seite, dass man jenen Kantonen, die vielleicht neue Wege gehen können, dabei keine Steine in den Weg legt.

der Mehrheit anschliessen. Es gab eine Diskussion, und ich habe dem Bundesrat auch dargelegt, warum wir das tun sollten; der Bundesrat wehrt sich nicht dagegen.

Erste Abstimmung - Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 19 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 10 Stimmen

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Das Wort hat nun Herr Bonhôte zum Eventualantrag der Minderheit II.

Bonhôte Pierre (S, NE): J'ajoute deux mots concernant ma proposition subsidiaire. Si l'on peut admettre, comme il en a été décidé au plénum, que l'on n'impose pas aux cantons qui ne le veulent pas le processus de médiation, je trouverais particulièrement malheureux que l'on interdise aux cantons qui connaissent déjà ce processus de médiation - qui est à mon avis un apport supplémentaire à la procédure pénale - de le maintenir. Le canton de Genève connaît cette procédure, le canton de Vaud également. Dans le canton de Zurich, la procédure est à l'essai, cela a été dit. Elle existe également dans le canton de Fribourg. Je pense donc qu'il faut laisser ces cantons poursuivre leur expérience de la médiation en la réglant de manière minimale dans ce code de procédure pénale.

Nous avons admis, dans ce code de procédure pénale, qu'il existait pour les cantons une certaine liberté en matière d'organisation judiciaire. Je pense que nous sommes ici à la limite de ce qui concerne la procédure et l'organisation et que l'on peut admettre qu'il subsiste de ce point de vue de petites différences entre cantons. Nous avons aussi admis tout à l'heure que la manière de régler l'usage des menottes pouvait rester de la compétence des cantons. On peut aussi, je pense, le faire pour ce qui concerne la médiation.

Zweite Abstimmung - Deuxième vote

Für den Eventualantrag der Minderheit II 15 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 14 Stimmen

Art. 54 Bst. b - Art. 54 let. b

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich danke Ihnen für das Ausharren und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr

La séance est levée à 13 h 00

AB 2006 S 1043 / BO 2006 E 1043

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

**1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse**

Art. 318

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 319

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 319

Proposition de la commission
Al. 1, 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
Il ne peut écarter des réquisitions de preuves que si elles exigent l'administration de preuves

Angenommen - Adopté

Art. 320

Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Streichen
Abs. 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 320

Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
Biffer

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 326, "Inhalt der Anklageschrift": In Absatz 1 Buchstabe f wurde auf Vorschlag des Bundesstrafgerichtes eine Ergänzung angebracht. Die Anklageschrift hat sich nicht nur über die Art der Tatausführung, sondern auch über die Folgen der Tatausführung zu äussern. Dies ist eine sinnvolle Ergänzung, geht es

AB 2006 S 1044 / BO 2006 E 1044

doch beispielsweise darum, dass man den Deliktsbetrag in der Anklageschrift angibt.

Angenommen - Adopté

Art. 327

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 327

Proposition de la commission

Al. 1

....

a. le nom des parties plaignantes ainsi que leurs éventuelles conclusions civiles;

....

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 328

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 328

Proposition de la commission

Al. 1

....

b. aux parties plaignantes;

....

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 329

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 330

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 330

Proposition de la commission

Al. 1-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

.... la décision de classement peut être rendue en même temps que le jugement.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Darf ich der Klarheit halber festhalten, dass die soeben erfolgte Bemerkung unseres Bundesrates Artikel 333 zur Mediation betraf? Ich gehe davon aus, dass Artikel 332 in der Fassung unserer Kommission unbestritten ist.
In Artikel 333 Absatz 2 ist eine redaktionelle Änderung enthalten, die als Folge der Streichung von Artikel 317 erfolgt. Hierzu passt dann die Bemerkung von Herrn Bundesrat Blocher.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich halte zuhanden des Amtlichen Bulletins fest, dass sich Herr Bundesrat Blocher bei Artikel 332 zu Artikel 333 geäußert hat.

Angenommen - Adopté

Art. 334

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 334

Proposition de la commission

Titre

Modification et compléments de l'accusation

AB 2006 S 1045 / BO 2006 E 1045

Al. 1

Le tribunal donne au Ministère public la possibilité de modifier l'accusation lorsqu'il estime que les faits exposés dans l'acte d'accusation pourraient réunir

Al. 2

.... de compléter l'accusation.

Al. 3

Il est exclu de compléter l'accusation si

Al. 4

Le tribunal ne peut fonder son jugement sur une accusation modifiée ou complétée que si les droits

Angenommen - Adopté

Art. 335, 336

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 337

Antrag der Kommission

Titel

Beschuldigte Person, amtliche und notwendige Verteidigung

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Die amtliche und die notwendige Verteidigung haben

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

Bleibt die amtliche oder die notwendige Verteidigung

Art. 337

Proposition de la commission

Titre

Prévenu, défense d'office et défense obligatoire

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

En cas de défense d'office ou de défense obligatoire, le défenseur est tenu de participer personnellement aux débats.

Erscheint die Privatkügerschaft oder der von einer beantragten Einziehung betroffene Dritte nicht persönllich, so kann sie oder er sich vertreten lassen oder schriftliche Anträge stellen.

Art. 338bis

Proposition de la commission

Titre

Partie plaignante et tiers

Al. 1

A la demande de la partie plaignante, la direction de la procédure peut la dispenser de comparaître personnellement, lorsque sa présence n'est pas nécessaire.

Al. 2

Le tiers concerné par une mesure de confiscation a le droit de ne pas comparaître personnellement.

Al. 3

Si la partie plaignante ou le tiers visé par une mesure de confiscation ne comparaissent pas personnellement, ils peuvent se faire représenter ou présenter des propositions écrites.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Privatkügerschaft und Dritte: Diese Änderung geht auf eine Anregung des Bundesstrafgerichtes zurück. Es hat nämlich festgestellt, dass die Fassung gemäss Entwurf dazu führen würde, dass die Privatkügerschaft, weil sie Partei ist, immer persönllich erscheinen müsste, weil keine Dispensationsmöglichkeit erwähnt ist. Das ist tatsächlich nicht sinnvoll, da die Teilnahme der Privatkügerschaft und einer von der Einziehung betroffenen Drittperson, die nicht als Zeuge oder Auskunftsperson

AB 2006 S 1046 / BO 2006 E 1046

vorgeladen ist, nicht unbedingt erforderlich ist. Deshalb unser Vorschlag.

Blocher Christoph, Bundesrat: Auch hier handelt es sich um eine Verbesserung. Wir können uns diesem Kommissionsantrag anschliessen.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Noch eine Zusatzbemerkung zu Artikel 338bis: Die Privatkügerschaft, die im Verfahren zwar Partei ist, aber nicht als Zeuge oder Auskunftsperson vorgeladen ist und nicht einvernommen werden soll, kann sich deshalb von der Teilnahme an der ganzen Verhandlung oder Teilen davon dispensieren lassen. Dritten soll das Erscheinen gänzlich freigestellt werden. Dies zur Klarheit.

Angenommen - Adopté

Art. 339

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 340

Antrag der Kommission

Titel

Fortgang der Verhandlung (Rest streichen)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 2

Nach der Behandlung allfälliger Vorfragen eröffnet die Verfahrensleitung die Anträge der Staatsanwaltschaft, falls die Parteien nicht darauf verzichten.

Art. 340

Proposition de la commission

Titre

Poursuite des débats (biffer le reste)

des parties dans la procédure ont été sauvegardés; ou

b. lorsque les faits en cause ne sont pas pertinents, sont notoires, connus du tribunal ou déjà suffisamment prouvés.

c. Biffer

Al. 3, 4

Biffer

Art. 345

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 345

Proposition de la commission

Biffer

Art. 346, 347

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wir kommen zum dritten Abschnitt, Beweisverfahren, Artikel 341 bis 347. Wie in der Botschaft richtig ausgeführt, gehört zu den zentralen Punkten einer Strafprozessordnung die Frage, ob sich das urteilende Gericht seine Überzeugung aufgrund eigener Anschauung in der Hauptverhandlung zu bilden hat - das ist das Unmittelbarkeitsprinzip - oder ob es sich auf die im Vorverfahren erhobenen Beweise abstützen darf; das ist das Mittelbarkeitsprinzip. Im übergeordneten Recht verlangen weder die Bundesverfassung noch die EMRK noch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte ein

AB 2006 S 1047 / BO 2006 E 1047

unmittelbares Verfahren vor dem urteilenden Gericht; also das übergeordnete Recht verlangt das nicht. Es ist zulässig, Urteile auf Beweise zu stützen, die im Vorverfahren erhoben worden sind.

Aus dem Hearing mit den Kantonsvertretern wie auch aus Eingaben verschiedener kantonaler Gerichte zeigt es sich, dass es als entscheidend betrachtet wird, dass im System der neuen Bundesstrafprozessordnung die Hauptverhandlung nicht verlangsamt werden sollte, indem ein ausgeprägtes Unmittelbarkeitsprinzip angewendet wird. So erklärte u. a. der Vertreter der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren, wenn für einen grossen Prozess schon vom erstinstanzlichen Gericht mehrere Prozesstage veranschlagt werden müssten, so sei dies nicht nur für die Angeklagten eine Belastung, sondern es binde auch viele Ressourcen der Justiz. Es sollte deshalb nicht so weit kommen, sonst gehe der zeitliche Gewinn, der mit dem Wechsel vom zweistufigen Verfahren zum Staatsanwaltschaftsmodell erzielt werde, wieder verloren.

Diese Bedenken wurden auch von Ihrer Kommission aufgenommen. Daher wird Ihnen in Bezug auf das Beweisverfahren in den Artikeln 341 bis 345 ein gestraffteres Verfahren vorgeschlagen. In diesem Vorschlag wird die Unterscheidung von ordentlichem Beweisaufnahmeverfahren und vereinfachter Beweisaufnahme aufgehoben, und die beiden Bestimmungen werden zusammengeführt. Mit dem neuen Vorschlag wird grundsätzlich das Prinzip einer beschränkten Unmittelbarkeit durchgesetzt. Es müssen nicht alle Beweise noch einmal abgenommen werden.

Daher gibt es die Regelung in Artikel 344 Absatz 1, wonach das Gericht Beweise neu abnehmen kann, entweder von sich aus oder auf Antrag. Wenn sich das Gericht der Glaubwürdigkeit eines Zeugen noch einmal versichern will, dann soll es den Beweis noch einmal abnehmen. In Absatz 2 wird zusätzlich aufgezählt, in welchen Fällen ohne weiteres von einer Wiederholung einer Beweisaufnahme abgesehen werden kann.

Zu den Artikeln 341 bis 347 gibt es keine weiteren Bemerkungen. Zu Artikel 341 ist lediglich noch zu erwähnen, dass diese Bestimmung überflüssig ist, denn diese Regelung ist bereits in den allgemeinen Pflichten der Verfahrensleitung in Artikel 60 enthalten.

Blocher Christoph, Bundesrat: Zu Artikel 341: Dieser kann gestrichen werden. Das ist eine überflüssige Bestimmung. Bereits in Artikel 60 ist das geregelt. Wir sind mit der Fassung der Kommission einverstanden. Ebenfalls können wir uns einverstanden erklären mit der Neufassung von Artikel 344 gemäss Kommission. Die von der Kommission beschlossene Regelung ist sehr flexibel und verdient den Vorzug gegenüber jener des Entwurfes, die etwas starr ist und vielleicht nicht in allen Fällen ein richtiges Vorgehen vorschreibt. Wir sind also mit der Fassung der Kommission einverstanden.

in gewissen Kantonen bekannt. Andere Kantone sind es gewöhnt, beide Taten in einer Verhandlung zu beurteilen. Es rechtfertigt sich also nicht vorzuschreiben, dass die Widerrufsverhandlung in einem separaten Verfahren durchzuführen ist.

Im Übrigen ist in diesem Zusammenhang auf Artikel 327 Absatz 1 Buchstabe g hinzuweisen, wonach die Staatsanwaltschaft zusammen mit der Anklage die Anträge auf Widerruf stellt. Auch kann ein Hinweis auf Artikel 79 Absatz 4 Buchstabe d gemacht werden.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wie der Kommissionssprecher ausgeführt hat, hat die Fassung des Entwurfes des Bundesrates Nachteile. Eine getrennte Führung der Verfahren für die neue Tat und für den Widerruf lässt es etwas künstlich erscheinen, eine solche Mischrechnung zu machen und erschwert sie, weshalb die Kommission zu Recht beschlossen hat, dass die Verhandlung über den Widerruf zusammen mit der Verhandlung über die neue Tat

AB 2006 S 1048 / BO 2006 E 1048

stattfinden soll. Das gilt dann auch in Bezug auf weitere Artikel, etwa Artikel 356.

Angenommen - Adopté

Art. 355

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Maissen

Abs. 1

... oder ist dieser anderweitig ausreichend geklärt, so wird ein Strafbefehl erlassen, wenn die Staatsanwaltschaft unter Einrechnung ...

Abs. 1bis

Die Zuständigkeit zum Erlass des Strafbefehls bestimmen die Kantone.

Art. 355

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Maissen

Al. 1

... ou que ceux-ci sont établis, une ordonnance pénale est rendue, si le Ministère public, en incluant une éventuelle révocation d'un sursis ou d'une libération conditionnelle, estime suffisante l'une ...

Al. 1bis

Les cantons désignent l'autorité chargée de rendre l'ordonnance pénale.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Vorerst eine generelle Bemerkung zum Strafbefehlsverfahren und zum Übertretungsstrafverfahren, also zu den Artikeln 355 bis 364. Zuerst zum 1. Kapitel, "Strafbefehlsverfahren": Im bundesrätlichen Entwurf ist in den Artikeln 355 bis 360 das Strafbefehlsverfahren geregelt. Das ist ein Verfahren, das in den Kantonen bekannt ist. Die Kantone haben von dieser Möglichkeit in jüngster Vergangenheit in zunehmendem Mass Gebrauch gemacht. In diesen Verfahren - auch Strafmandat, Strafverfügung oder Strafbescheid genannt - wird der Straffall durch die Untersuchungs- und Anklagebehörde selbst mit einer Erkenntnis abgeschlossen, welche die Parteien annehmen oder mit einer Einsprache zur gerichtlichen Beurteilung bringen können. Mit dieser Verfahrensart wird eine Verfahrensbeschleunigung in Fällen leichterer Kriminalität erzielt; und es ist richtig, dass diese Verfahrensart auch in die vereinheitlichte schweizerische Strafprozessordnung aufgenommen wird.

Aufgrund der Diskussionen in Ihrer Kommission hat die Verwaltung angekündigt, den bundesrätlichen Entwurf betreffend das Befehlsverfahren im Zusammenhang mit den Artikeln 361 bis 364, in denen besondere Bestimmungen über das Übertretungsstrafverfahren enthalten sind, nochmals zu überprüfen. Ihre Kommission hat den neuen Vorschlag der Verwaltung aufgenommen. Sie sehen die Änderungen in den Artikeln 355 bis 359 sowie in den Bestimmungen des neuen Artikels 360bis betreffend das Übertretungsstrafverfahren und in der damit verbundenen Streichung des 2. Kapitels, also der Artikel 361 bis 364. Gemäss dem jetzigen Vorschlag werden das Strafbefehlsverfahren und das Übertretungsstrafverfahren zusammengelegt. Es gibt nur noch ein ordentliches Strafbefehlsverfahren, das zum Zug kommt, egal, ob die Staatsanwaltschaft oder eine Übertretungsstrafbehörde das Übertretungsstrafverfahren durchführen. Dies hat zur Folge, dass die Kantone keine separaten Verwaltungsbehörden für Übertretungsstrafverfahren einsetzen müssen und trotzdem von den vorgesehenen Verfahrenserleichterungen profitieren können. Das

unbedeutend, weil es sich teilweise um empfindliche Strafen handelt, welche Betroffenheit auslösen. Da ist es besser, wenn ein gewählter Richter und nicht ein anonymes Beamten in der Zentrale das Mandat ausstellt. Ich finde es persönlich sowieso rechtsstaatlich und staatspolitisch bedenklich, wenn ein und dieselbe Person untersucht und anklagt und dann auch noch urteilt. Ein solches Gerichtswesen entspricht nicht unserem Staatsverständnis, wie es in Graubünden und sicher auch in anderen Kantonen ausgestattet ist; es wird erwartet, dass das Urteil von einem freien, unabhängigen und gewählten Richter gefällt wird.

Dazu kommt noch ein regionalpolitischer Aspekt: Mit dem Wegfall dieser Kompetenzen bei den Kreisgerichten entfallen auch Arbeitsplätze in den Talschaften und in den Regionen. Es findet eine weitere Zentralisierung im Hauptort Chur statt. Das steht im Widerspruch zu den Überlegungen der neuen Regionalpolitik. Es gilt die Erfahrung, dass es einfacher ist, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, als neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dazu kommt, dass mit jeder Zentralisierung auch Kompetenz aus den Talschaften und Regionen abwandert. Die Leute, welche heute diese richterlichen Funktionen zum Teil teilzeitlich ausüben, haben in dieser Region eine Bedeutung als Träger von Kompetenz. Wenn diese Arbeit für sie wegfällt, müssen sie möglicherweise wegziehen.

Für mich ist auch die Frage offen, ob diese Kompetenzverschiebung, wie sie hier vorgesehen ist, dem Geist der neuen Bundesverfassung entspricht. Wir haben dort in Artikel 123 Absatz 1 festgelegt, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Strafprozessrechtes Sache des Bundes sei. Es gibt dann aber einen Absatz 2, wo es heisst: "Für die Organisation der Gerichte, die Rechtsprechung in Strafsachen sind die Kantone zuständig" - das ist der Grundsatz. Es ist dann allerdings angehängt, das ist zuzugeben: "... soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht." Aber aus dieser Reihenfolge geht klar hervor, dass die Priorität bezüglich Organisation und Rechtsprechung in die Zuständigkeit der Kantone fallen soll. Wenn dies funktioniert, sollte an dieser Zuständigkeit nichts geändert werden.

Ich bin zudem überzeugt, dass mit dieser von mir vorgeschlagenen Regelung kein Einbruch in die Vereinheitlichung des Prozessrechtes erfolgt. Der Bundesrat hat selber in Artikel 361 vorgeschlagen, dass bei Übertretungsstrafverfahren die Kantone die Verwaltungsbehörden bestimmen können. Man hat das nun allerdings geändert, indem die Kommission diesen Artikel streicht und neu einen Artikel 360bis eingefügt hat, in dem das Übertretungsstrafverfahren geregelt wird. Ich gehe aber davon aus, dass es auch hier den Kantonen möglich ist, beim Übertretungsstrafverfahren selber die zuständige Behörde zu bestimmen. Es ist deshalb nicht einsichtig, weshalb es beim Übertretungsstrafverfahren geht, dass die Kantone die Kompetenz haben, und beim Strafbefehlsverfahren nicht.

Zum Schluss noch einmal: Die Kernfrage ist: Wollen wir den Kantonen vorschreiben, dass ein Urteil durch einen Beamten erfolgen soll, oder wollen wir den Kantonen nicht die Möglichkeit lassen, dass die Urteile von einem vom Volk gewählten Richter erlassen werden können? Dieser Idee von Demokratie auch im Bereich der Justiz steht das gegenüber, was auch der Kommissionspräsident gesagt hat: mehr Effizienz, schnelle Verfahren.

Ich bin überzeugt, dass sich der Ständerat in Abwägung zwischen Interessen der Effizienz und der Demokratie für die Demokratie und für den Föderalismus entscheiden sollte. Das System, wie es heute in vielen Kantonen, auch in Graubünden, gehandhabt wird, ist effizient. Die Aufgaben werden erfüllt, das System ist funktionsfähig und hat sich bewährt.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Brändli Christoffel (V, GR): Ich möchte Sie doch bitten, den Antrag Maissen zu unterstützen, auch wenn ich weiss, dass hier in dieser Debatte alles so rund läuft - fast zu rund. Der Kommissionspräsident hat ja ein sehr interessantes Einführungsreferat gehalten. Er hat auf die Notwendigkeit und die Vorteile der Vereinheitlichung der Strafprozessordnung hingewiesen. Daneben hat er auch - und das scheint mir sehr wichtig zu sein - darauf hingewiesen, dass die Kantone in Bezug auf die Organisation weiterhin frei sein sollen, sofern "die Vereinheitlichung nicht absolut notwendig ist". Es wurden diese Worte verwendet, und das wurde natürlich auch in Würdigung dessen gesagt, was in der Verfassung steht.

Nun, eine einheitliche Lösung bei der Strafprozessordnung ist unbestritten. Aber ist es Aufgabe des Bundes zu verfügen, wer Strafbefehle erlässt? Diese Zentralisierung ist ein Eingriff in eine bewährte und vom Volk beschlossene Gerichtsstruktur, zumindest im Kanton Graubünden. Zu beantworten ist die Frage, ob in Zukunft ein Beamter in Chur diese Strafbefehle erlassen oder ob dies in den Regionen weiterhin der vom Volk gewählte Richter tun soll. Dies sollte nach unserer Meinung den Kantonen überlassen werden. Man kann jetzt schon von Effizienz reden, aber ich kann Ihnen sagen: Das Urteil eines vom Volk gewählten Richters wird in einer Region eher akzeptiert als ein Strafbefehl, der von einem Beamten in Chur erlassen wird. Sie haben dann einfach Folgeverfahren, die insgesamt wahrscheinlich auch bezüglich der Effizienz nicht sehr viel bringen.

Herr Kollega Maissen schreibt in seinem Antrag, die Kantone sollten frei bestimmen können. Das hätte zur Folge, dass alle Kantone dies tun müssten. Das ist nicht zwingend die Absicht dieses Antrages. Man könnte beispielsweise auch eine Formulierung wählen, wonach wir die Lösung so lassen, wie sie die Kommission vorschlägt, den Kantonen aber die Möglichkeit geben, aufgrund besonderer Strukturen eben andere Zuständigkeiten festzulegen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission 29 Stimmen

Für den Antrag Maissen 4 Stimmen

Art. 356

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 356

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen - Adopté

Art. 357

Antrag der Kommission

Abs. 1

....

e. die Sanktion;

....

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 357

Proposition de la commission

Al. 1

....

e. la sanction;

....

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: In Absatz 1 Buchstabe e wird die Verpflichtung, eine kurze Begründung für das Strafmass in den Strafbefehl aufzunehmen, weggelassen.

Angenommen - Adopté

Art. 358

Antrag der Kommission

Abs. 1

....

b. Streichen

....

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 358

Proposition de la commission

Al. 1

Peuvent former opposition contre l'ordonnance pénale par écrit devant le Ministère public, dans les dix jours:

....

b. Biffer

....

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Blocher Christoph, Bundesrat: Der Entwurf des Bundesrates sieht vor, dass auch die Privatklägerschaft Einsprache gegen den Strafbefehl erheben kann. Dies ist jedoch nicht gerechtfertigt, denn in Strafbefehlen

est un crime ou un délit, elle transmet le cas au Ministère public.

2. Kapitel Titel, Art. 361-364

Antrag der Kommission

Streichen

Chapitre 2 titre, art. 361-364

Proposition de la commission

Biffer

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu den Artikeln 359 bis 360bis und zu den Artikeln 361 bis 364 verweise ich auf die bereits gemachten Ausführungen bei Artikel 355.

Blocher Christoph, Bundesrat: Der Entwurf des Bundesrates sieht in den Artikeln 361 bis 364 besondere Bestimmungen für das Übertretungsstrafverfahren vor. Es geht vor allem darum, es auch Verwaltungsbehörden zu ermöglichen, als Übertretungsstrafbehörden tätig zu sein und hierfür ein erleichtertes Verfahren vorzusehen. Diese erleichterten Bestimmungen kommen aber nur dann zur Anwendung, wenn die Kantone tatsächlich solche besonderen Übertretungsstrafbehörden vorsehen. Dies führt zu einem impliziten Zwang zur Schaffung solcher Behörden, was nicht der Sinn der bundesrätlichen Fassung war und auch nicht gerechtfertigt wäre.

Ihre Kommission hat deshalb die Streichung dieser besonderen Bestimmungen in den Artikeln 361 bis 364 beschlossen und zugleich mit Artikel 360bis sichergestellt, dass die Schnittstellen und Besonderheiten, die sich bei einem allfälligen Einsatz besonderer Übertretungsstrafbehörden ergeben, geregelt werden.

Wir sind mit dieser Fassung einverstanden.

Angenommen - Adopté

Art. 365

Antrag der Kommission

Abs. 1

... und die Zivilansprüche, insoweit sie nicht auf den Zivilweg verwiesen werden, zumindest

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 365

Proposition de la commission

Al. 1

... peut, pour autant que la partie plaignante ne soit pas renvoyée à agir par la voie civile, demander

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 366

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 367

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 2

Streichen

Abs. 3

Stimmt die beschuldigte Person innert einer ihr anzusetzenden Frist von zehn Tagen der Anklageschrift zu

Art. 367

Proposition de la commission

nimmt, ohne dass jedes Detail abgeklärt wird.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir möchten hier ausnahmsweise an der Fassung des Bundesrates festhalten. Warum? Bei der Beratung der Bestimmungen über das abgekürzte Verfahren sieht Ihre Kommission zwei Probleme:

1. Die Voraussetzung dafür, dass das abgekürzte Verfahren nur durchgeführt wird, wenn die beschuldigte Person alle Zivilansprüche zumindest dem Grundsatz nach anerkennt, ist in Artikel 365 Absatz 1 enthalten. Hier befürchtet man, die beschuldigte Person könnte gezwungen sein, auch solche Forderungen zu anerkennen, die offensichtlich gar nicht bestehen, nur um in den Genuss des abgekürzten Verfahrens zu kommen.

2. Die Kommission hat Bedenken bezüglich des Erfordernisses, dass die Privatküglerschaft der Einigung zwischen der Staatsanwaltschaft und der beschuldigten Person zustimmen muss, wie das Artikel 367 Absatz 2 vorschreibt. Hier wurde die Befürchtung geäussert, in Fällen mit zahlreichen Privatküglern - das hat vor allem Ständerat Schweiger dargelegt -, also z. B. bei Serienbetrüglern mit sehr vielen Geschädigten, könne die Durchführung eines abgekürzten Verfahrens am Widerstand einer einzigen Privatküglerschaft scheitern. Zur Behebung dieser Punkte hat Ihre Kommission Änderungen bei den Artikeln 365 Absatz 1 und Artikel 367 Absätze 2 und 3 beschlossen. Die vorgenommenen Änderungen lösen die Probleme aber nur scheinbar und schaffen vor allem weitere Probleme. Die Bedenken, wie Sie sie vorgetragen haben, sind ernst zu nehmen, diese haben wir aufgenommen. Aber wenn man es ändert, sollte man nicht wieder neue Probleme schaffen. Was meine ich damit?

So stimmt der in Artikel 365 Absatz 1 von der Kommission eingefügte Vorbehalt der Verweisung der Zivilklage auf den Zivilweg mit der Regelung von Artikel 124 nicht überein. Zum einen zählt diese Bestimmung nämlich die Fälle abschliessend auf, in denen eine Verweisung auf den Zivilweg erfolgt. Nur in diesen Fällen kann auf den Zivilweg verwiesen werden. Zum andern sieht die Strafprozessordnung vor, dass nur der urteilende Richter, nicht aber die Staatsanwaltschaft Zivilansprüche auf den Zivilweg verweisen kann; jemand anders kann es nicht tun. Aber diese Instanz fällt ja dann weg. Sodann ist es zirkulär, wenn die Durchführung des abgekürzten Verfahrens an die Voraussetzung geknüpft wird, dass die Zivilforderung in diesem Verfahren auf den Zivilweg verwiesen worden ist. Damit setzt die Durchführung dieses Verfahrens voraus, dass in ebendiesem Verfahren bereits eine Verweisung auf den Zivilweg angeordnet worden ist. Noch schwerwiegender aber sind die Folgen der Änderungen von Artikel 367 Absätze 2 und 3. Nach dem Willen Ihrer Kommission bedarf es im abgekürzten Verfahren der Zustimmung der Privatküglerschaft zur Vereinbarung zwischen der beschuldigten Person und der Staatsanwaltschaft nicht mehr. Nach dem Konzept des Bundesrates bedeutet die Zustimmung der Parteien zur Vereinbarung immer auch den Verzicht auf Rechtsmittel. Kann und muss nun die Privatküglerschaft der Vereinbarung nicht mehr zustimmen, so lässt sich daraus auch nicht mehr ein Rechtsmittelverzicht ableiten. Somit kann die Privatküglerschaft das abgekürzte Verfahren zwar nicht mehr verhindern, indem sie nicht zustimmt, sie kann aber eine Verlängerung des Verfahrens bewirken, indem sie Rechtsmittel ergreift. Das wollte man ja gerade verhindern. Dies stellt den Hauptzweck des abgekürzten Verfahrens überhaupt infrage, möglichst rasch und einfach zu einem endgültigen Urteil zu gelangen.

Aus diesen Gründen scheinen die Änderungen, welche die Kommission beschlossen hat, als eine Modifikation, die vielleicht etwas übereilt erfolgt ist. Sie vermögen die angeblichen Probleme nicht wirklich zu beheben. Demgegenüber ist die Regelung des Bundesrates in sich geschlossen und führt nicht zu Widersprüchen. Sie hat aber den Nachteil, dass natürlich bei vielen Klüglern einer etwas verhindern kann. Wir haben uns auch überlegt, ob man alle Nachteile beseitigen könnte, also die Ihres Vorschlages und die unseres Entwurfes. Das ist bis jetzt aber nicht gelungen.

Da Sie keinen Minderheitsantrag stellen, stimmen Sie der Kommission vielleicht zu. Wir werden es aber dann auf jeden Fall noch einmal im Zweitrat anschauen müssen.

Ich beharre jetzt deshalb auf dem bundesrätlichen Entwurf, weil er weniger Widersprüche enthält als Ihre Fassung.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 365: Die Kommission hat sich mehrmals mit dieser Bestimmung auseinandergesetzt. Die Kommission war sich mit dem Bundesrat im Grundsatz einig, dass das abgekürzte Verfahren in die eidgenössische Strafprozessordnung aufzunehmen ist. Diskutiert wurde dann vor allem die Frage, inwieweit im abgekürzten Verfahren die Zustimmung der Privatküglerschaft erforderlich ist. In der Eingabe der Obergerichtspräsidentenkonferenz der Zentralschweiz wurde beispielsweise erklärt:

AB 2006 S 1053 / BO 2006 E 1053

"Auf die Zustimmung des Privatküglers sollte unbedingt verzichtet werden. Im Kanton Zug bestehen positive Erfahrungen mit dem abgekürzten Verfahren, ausgenommen, dass dieses häufig am Widerstand von Privatküglern scheitert. Zum Beispiel bei Wirtschaftsverfahren mit über 3000 Klüglern genügt dann der Widerstand eines einzigen."

Nach der Prüfung von ganz verschiedenen Varianten geht nun der Antrag unserer Kommission bei Artikel 365 Absatz 1 davon aus, dass die Zivilansprüche, wenn sie bestritten sind, auf den Zivilweg verwiesen

Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
.... présenté, de manière fautive, aux débats.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: In Absatz 3 wurde eine redaktionelle Anpassung angebracht; dies aufgrund einer Anregung des Bundesstrafgerichtes und gemäss einem Vorschlag der Verwaltung.

Angenommen - Adopté

Art. 376

Antrag der Kommission

Abs. 1

Sind die Voraussetzungen für eine neue Beurteilung voraussichtlich erfüllt, so setzt die Verfahrensleitung eine neue Hauptverhandlung an. An dieser entscheidet das Gericht über das Gesuch um neue Beurteilung und fällt gegebenenfalls ein neues Urteil.

Abs. 2-5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 376

Proposition de la commission

Al. 1

S'il apparaît vraisemblable que les conditions permettant de rendre un nouveau jugement sont réunies, la direction de la procédure fixe de nouveaux débats. Lors de ceux-ci, le tribunal statue sur la demande de nouveau jugement et rend, le cas échéant, un nouveau jugement.

Al. 2-5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Auch hier wurde ein berechtigter Einwand des Bundesstrafgerichtes aufgenommen. Nach Absatz 1 des bundesrätlichen Entwurfes könnte erst dann zu einer neuen Hauptverhandlung angesetzt werden, wenn das Gesuch um Neubehandlung bewilligt ist. Dies würde ausschliessen, das Gesuch um Neubehandlung zu beurteilen und gleich anschliessend die neue Hauptverhandlung durchzuführen. Aus prozessökonomischen Gründen ist von einer zwingenden Zweiteilung des Verfahrens abzusehen. In vielen Fällen dürfte es möglich sein, über das Gesuch um Neubeurteilung zu entscheiden und, wenn dieses Gesuch bewilligt wird, über die materielle Neubehandlung in der gleichen Verhandlung zu entscheiden.

Blocher Christoph, Bundesrat: Auch hier sind wir einverstanden.

Angenommen - Adopté

Art. 377-379

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 380

Antrag der Kommission

Abs. 1

Die Staatsanwaltschaft befragt die beteiligten Personen und übermittelt anschliessend die Akten dem

AB 2006 S 1054 / BO 2006 E 1054

Zwangsmassnahmengericht. Dieses ordnet die in Artikel 66 StGB genannten Massnahmen an. Gegen die Anordnung von Haft kann die betroffene Person bei der Beschwerdeinstanz Beschwerde führen.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 383

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... civiles sont rendues sous la forme d'un jugement.

Angenommen - Adopté

Art. 384

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 385

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 385

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... confiscation; il donne à la personne concernée l'occasion de s'exprimer.

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

.... Le prononcé du tribunal est rendu sous la forme

Angenommen - Adopté

Art. 386

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 387-389

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Berichtstatter ist nun Herr Marty.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Nous sommes dans le domaine des voies de recours. Il y a fondamentalement trois recours qui sont décrits dans cette partie: le recours - "Beschwerde" -, l'appel et la révision. Il faut dire que cela apporte une simplification considérable par rapport à l'état

AB 2006 S 1055 / BO 2006 E 1055

actuel où les cantons ont des solutions très différentes les unes des autres.

Angenommen - Adopté

Art. 390

Antrag der Kommission

Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2

....
c. inopportunité.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: A l'article 401, nous sommes donc dans la partie qui concerne le recours - "Beschwerde" - et parmi les motifs, la commission en ajoute un, celui de la "Unangemessenheit" qui est traduit par "inopportunité". C'était d'ailleurs déjà prévu dans l'avant-projet et ce motif a certainement été éliminé par inadvertance. Je signale que la même modification intervient aussi à l'article 406 concernant l'appel. Donc, tant pour le recours que pour l'appel, on ajoute le motif de l'inopportunité.

Blocher Christoph, Bundesrat: In Artikel 401 Absatz 2 unseres Entwurfes ist die Unangemessenheit als Rügegrund nicht ausdrücklich erwähnt. Aber in der Botschaft ist sie erwähnt. Sie führen sie nun ausdrücklich auf, was die Sache natürlich eindeutig macht. Wir sind damit einverstanden; der Sinn ist der gleiche.

Angenommen - Adopté

Art. 402

Antrag der Kommission

....
c. Streichen

Art. 402

Proposition de la commission

....
c. Biffer

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Nous proposons de biffer la lettre c de l'article 402. Il s'agit ici manifestement d'une inadvertance. Comme le tribunal des mesures de contrainte n'est plus l'instance de recours en matière de recours comme prévu dans l'avant-projet, il s'impose de biffer cette lettre.

Angenommen - Adopté

Art. 403-405

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 406

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

....
c. Unangemessenheit.

Abs. 4

.... der Berufung nur geltend gemacht werden, das Urteil sei rechtsfehlerhaft oder die Feststellung des Sachverhaltes sei offensichtlich unrichtig oder beruhe auf einer Rechtsverletzung. Neue Behauptungen und Beweise können nicht vorgebracht werden.

Abs. 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 406

Proposition de la commission

Wird die Berufung zurückgezogen oder wird auf sie nicht eingetreten, so fällt auch die Anschlussberufung dahin.

Art. 408bis

Proposition de la commission

Titre

Appel joint

Al. 1

L'article 407 alinéas 3 et 4 s'applique par analogie à l'appel joint.

Al. 2

L'appel joint n'est pas limité à l'étendue de l'appel principal, sauf si celui-ci porte exclusivement sur les conclusions civiles du jugement.

Al. 3

Si l'appel principal est retiré ou fait l'objet d'une décision de non-entrée en matière, l'appel joint est caduc.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Concernant l'article 408, c'est seulement une systématique différente. La commission a estimé nécessaire de le séparer en, d'une part, l'article 408, "Examen préalable", et, d'autre part, l'article 408bis, "Appel joint". Mais le contenu en tant que tel n'est pas changé.

Angenommen - Adopté

Art. 409-412

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 413

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 413

Proposition de la commission

Al. 1

....

d. si seuls des frais, des indemnités, la réparation du tort moral sont attaqués;

....

Al. 2

....

b. lorsque l'appel est dirigé contre des jugements rendus par un juge unique.

Al. 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Je voudrais préciser que dans cette partie, j'ai renoncé à signaler les modifications qui concernent seulement la version française.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Wir nehmen das so zur Kenntnis.

Angenommen - Adopté

Art. 414

Antrag der Kommission

Abs. 1

....

a. der mündlichen Berufungsverhandlung schuldhaft fernbleibt

b. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 420

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 420

Proposition de la commission

Al. 1, 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Si elle constate que

Angenommen - Adopté

Art. 421-424

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 425

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 425

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

.... conformément aux principes de la responsabilité en droit civil.

Angenommen - Adopté

Art. 426, 427

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 428

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 428

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Elle peut fixer les frais de manière anticipée dans:

....

Angenommen - Adopté

Art. 429

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Kosten der Strafrechtspflege insbesondere auch von der Ausgestaltung der Behörden abhängig sind. So wird ein mit Berufsrichtern besetztes erstinstanzliches Kollegialgericht in einem bestimmten Kanton wahrscheinlich höhere Kosten verursachen als ein Laiengericht in einem anderen Kanton. Ihre Kommission hat unseres Erachtens zu Recht beschlossen, dass die Gebühren von Bund und Kantonen festgelegt werden, für die Verfahren, die in ihrer jeweiligen Kompetenz stehen: also vom Bund für Bundesverfahren und von den Kantonen für die kantonalen Verfahren. Dies entspricht einem ausdrücklichen Anliegen der Kantone. Diese Regelung ist zudem analog im Entwurf zu einer schweizerischen Zivilprozessordnung vorgesehen, den wir Ihrem Rat bereits überwiesen haben und den Ihre Kommission ja im neuen Jahr behandeln wird.

Wir finden die Fassung der Kommission besser und konsequenter.

Angenommen - Adopté

Art. 432

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 432

Proposition de la commission

.... un sursis pour le paiement

Angenommen - Adopté

Art. 433

Antrag der Kommission

Titel

Kostentragungspflicht der beschuldigten Person und der Partei im selbstständigen Massnahmeverfahren

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

....

c. Streichen

Abs. 4

Die Kosten für die unentgeltliche Verbeiständung der Privatklägerschaft trägt die beschuldigte Person nur, wenn

Abs. 5

.... sinngemäss für die Partei im selbstständigen Massnahmeverfahren, wenn der

Art. 433

Proposition de la commission

Titre

Frais à la charge du prévenu et des parties dans le cadre d'une procédure indépendante en matière de mesures

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

....

c. Biffer

Al. 4

Les frais de l'assistance judiciaire gratuite de la partie plaignante ne peuvent être mis à la charge du prévenu que si celui-ci bénéficie d'une bonne situation financière.

Al. 5

Les dispositions ci-dessus s'appliquent par analogie aux parties dans une procédure indépendante en matière de mesures, lorsque la décision est rendue à leur détriment.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Le titre, comme vous pouvez aisément le constater, est modifié et rendu beaucoup plus précis. A l'alinéa 3 lettre c, d'après le projet du Conseil fédéral, le prévenu ne supporte pas les frais lorsque ceux-ci sont disproportionnés. Dans le message, on cherche vainement une définition des frais disproportionnés et, prise à la lettre, cette disposition pourrait signifier qu'une personne très fortunée ne serait plus tenue à supporter les frais de la procédure, même si elle est coupable, du simple fait de leur montant, et que ceux-ci tomberaient donc à la charge de l'Etat. Nous estimons cela choquant et nous

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: En fait, je n'ai pas d'observation à l'article 435. Effectivement, j'en avais à l'article 434, mais le Conseil fédéral les a anticipées. Il s'agit d'une adaptation à la modification que nous avons apportée à l'article 118.

Angenommen - Adopté

Art. 436

Antrag der Kommission
Streichen

Art. 436

Proposition de la commission
Biffer

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: L'article 436 doit être biffé, comme conséquence de l'extension de la légitimation à recourir de la partie plaignante, extension que nous avons décidée avec la nouvelle formulation à l'article 390.

Angenommen - Adopté

Art. 437, 438

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 439

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 439

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... imputée sur des sanctions prononcées

Al. 3

....

b. dont la durée dépasse celle de la détention provisoire ou de la détention pour des motifs de sûreté qu'il a subie.

Angenommen - Adopté

Art. 440

Antrag der Kommission

Titel

Ansprüche gegenüber der Privatklägerschaft und der antragstellenden Person

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Obsiegt die beschuldigte Person bei Antragsdelikten im Schuldpunkt, so können die antragstellende Person, sofern diese mutwillig oder grob fahrlässig die Einleitung des Verfahrens bewirkt oder dessen Durchführung erschwert hat, oder die Privatklägerschaft verpflichtet werden, der beschuldigten Person die Aufwendungen für die angemessene Ausübung ihrer Verfahrensrechte zu ersetzen.

Abs. 3

Art. 445

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 3

.... werden mit ihrer Ausfällung rechtskräftig.

Art. 445

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

L'entrée en force prend effet à la date à laquelle la décision a été rendue.

Al. 3

.... entrent en force le jour où elles sont rendues.

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: Ce sera ma dernière observation. A l'alinéa 3, la commission propose une formulation plus précise, c'est-à-dire "entrent en force le jour où elles sont rendues".

Blocher Christoph, Bundesrat: Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Wir sind der Meinung, dass man das übernehmen kann.

Wir haben keine Bemerkungen mehr bis zu Artikel 464.

Angenommen - Adopté

Art. 446

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 446

Proposition de la commission

Al. 1

.... décision en constate

Al. 2-4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 447-452

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 453

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Berichterstatter ist nun wiederum Herr Wicki.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu Artikel 464, zu Referendum und Inkrafttreten: Hinsichtlich des Inkrafttretens habe ich mich bereits in meinem Eintretensvotum geäußert. Im Übrigen wird der Prozess der Umgestaltung der kantonalen Behördenorganisation von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren begleitet und in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement erfolgen können, wie uns das Herr Bundesrat Blocher zugesichert hat.

Angenommen - Adopté

**Aufhebung und Änderungen bisherigen Rechts
Abrogation et modification du droit en vigueur**

Ziff. I

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. I

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. II Einleitung, Ziff. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II introduction, ch. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Generell kann ich zu den Änderungen der unter Ziffer II angeführten Bundesgesetze festhalten, dass es sich in vielen Fällen lediglich um redaktionelle Anpassungen handelt. Vor allem verweisen zahlreiche Gesetze auf das Bundesgesetz über die Bundesrechtspflege. Diese Bestimmungen sind anzupassen, indem nunmehr auf die entsprechenden Normen in der Strafprozessordnung verwiesen wird.

Aufhebungen ergeben sich zudem durch die ganze oder teilweise Überführung von Bundesgesetzen in die Strafprozessordnung. So werden die prozessualen Bestimmungen des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs - mit der schönen Abkürzung "Büpf" - in die Strafprozessordnung überführt, was einerseits zur Aufhebung der entsprechenden Bestimmungen im Büpf und andererseits zur Ergänzung des Militärstrafprozesses führt. Gleiches gilt für das Bundesgesetz über die verdeckte Ermittlung, das ganz aufgehoben wird. Aufgehoben werden können auch die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, welche in die Strafprozessordnung überführt werden, etwa jene über die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und Kantonen.

Zu den Bundesgesetzen gemäss den Ziffern 1 bis 7 - diese sind dann auf Seite 274 - habe ich keine Bemerkungen.

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Ch. II ch. 3

Proposition de la commission

.... 5 et 7 (nouveau), et alinéa 2

....

Angenommen - Adopté

Art. 66ter al. 4; 100quinquies; 340-343

Abroger

Titre précédant l'art. 345

Titre quatrième: Entraide en matière de police

Art. 345-351

Abroger

Art. 351bis titre

1. Système de recherche informatisée de police (Ripol)

Art. 351ter titre

2. Collaboration avec Interpol

a. Compétence

Art. 351quater titre

b. Tâches

Art. 351quinquies titre

c. Protection des données

Art. 351sexies titre

d. Aides financières et indemnités

Art. 351septies titre

3. Collaboration à des fins d'identification de personnes

Art. 351octies titre

4. Système informatisé de gestion et d'indexation de dossiers et de personnes de l'Office fédéral de la police

Art. 351novies titre

5. Collaboration avec Europol

Art. 352-357, 358bis, 365, 366 al. 2, 367

Abroger

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hier wurde der Artikel 66ter StGB an die Terminologie der Strafprozessordnung angepasst. Statt von "vorläufig einstellen" ist von "sistieren" die Rede. Bei den Artikeln 351ff. - das ist auf Seite 276 - ist der Entwurf des Bundesrates insofern unrichtig, als er die Regelungen über Interpol und Ripol aufhebt, obschon diese Normen nicht in die Strafprozessordnung überführt werden. Das ist ein offensichtlicher Irrtum, den unsere Kommission korrigiert hat.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich bin damit einverstanden.

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 9

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II ch. 9

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Ch. II ch. 10

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral, à l'exception de:

Art. 78 al. 1

.... Confédération, retirer le prononcé pénal

Art. 89 al. 1

La révision des jugements exécutoires rendus par les tribunaux cantonaux ou par le Tribunal pénal fédéral est régie par les articles 387 à 400 et 417 à 422 CPP.

Ch. II ch. 15-28

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 29

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Ziff. II ch. 29

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral, à l'exception de:
Art. 2 al. 1
.... sont tenus de garder le secret

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 30

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II ch. 30

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 31

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Schiesser, Bürgi, Hess Hans, Schweiger, Stadler, Wicki)
Art. 13 Abs. 1
Unverändert

Ch. II ch. 31

Proposition de la majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Schiesser, Bürgi, Hess Hans, Schweiger, Stadler, Wicki)
Art. 13 al. 1
Inchangé

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Antrag der Mehrheit und der Antrag der Minderheit ergeben sich aus der Diskussion und den Anträgen zu den Artikeln 168ff. der Strafprozessordnung. Nachdem Sie bei Artikel 168 Absatz 3 den Minderheitsantrag angenommen haben, ist es eine logische Folgerung, dass Sie auch hier dem Minderheitsantrag folgen und daher diese Bestimmung des Anwaltsgesetzes nicht aufheben.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ist es richtig, dass hier dem Antrag der Minderheit zugestimmt wird?

Blocher Christoph, Bundesrat: Auch wenn wir anderer Meinung sind, sind wir der Meinung, es sei richtig so. (Heiterkeit)

sagen, dass von Lausanne aus bereits bestimmte Warnungen an uns gerichtet worden sind. In einem Papier, das den Parlamentsdiensten vorliegt, hat ein Bundesrichter Folgendes geschrieben: "Die europäische Rechtsprechung in diesen Fragen" - Grundrechtsschutz, Verfahrensgarantien usw. - "wird sich weiterentwickeln. Wenn das Bundesgericht Bestimmungen der neuen Strafprozessordnung nicht anwendet, die dem internationalen Recht widersprechen, ist in diesem Bereich faktisch eine Verfassungsgerichtsbarkeit eingeführt worden. Wenn das Bundesgericht aber nicht so weit geht und sich auf den Standpunkt stellt, dass es sich gemäss Artikel 191 der Verfassung an die Beschlüsse des Parlamentes halten müsse, wird schliesslich Strassburg zum Rechten sehen." So weit die Worte des Schweizerischen Bundesgerichtes.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wenn ich diesen Auszug aus einem Votum - wie ich annehme - eines Bundesrichters höre, so ist das vielleicht die Meinung eines Bundesrichters; aber man müsste den Zusammenhang kennen. Bei dieser eidgenössischen Strafprozessordnung, wie wir Sie Ihnen aufgrund der Empfehlungen der Expertenkommission, aufgrund eines sehr eingehenden Vernehmlassungsverfahrens, aufgrund der Vorlage des Bundesrates und aufgrund unserer Abklärungen mit der Praxis vorgeschlagen haben, bin ich der Auffassung, dass das ein Werk ist, das auch gegenüber Strassburg Bestand hat. Selbstverständlich ist es in der Anwendung durchaus möglich, dass man im konkreten Fall ein Verfahren wählt, das allenfalls gegen eine solche Vorschrift der EMRK verstösst. Dann ist das selbstverständlich anfechtbar. Aber diese eidgenössische Strafprozessordnung selbst hält stand.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir haben diesen Entwurf natürlich eingehend darauf geprüft, ob er mit dem jetzigen verbindlichen internationalen Recht, mit der Menschenrechtskonvention und mit anderen Konventionen in Übereinstimmung steht. Die Frage, die Herr Schmid aufgeworfen hat, was daraus gemacht wird, kann ich nicht beantworten. Natürlich entwickelt sich auch dieses Recht weiter, aber wir sollten schauen, dass wir wenigstens bei diesem doch historisch wichtigen Werk, mit dem jetzt alle heutigen 27 Erlasse zusammengefasst werden, keine Zweifel offenlassen, ob das überhaupt gilt oder nicht. Ich bin der Meinung: Wenn dem so wäre, wenn Zweifel beständen, müsste man jetzt Einwände erheben - dann könnten wir noch etwas ändern. Ich kann auch nicht sehen, wie weit die Entwicklung geht und dass das Unrecht sein soll, was wir hier legiferieren. Ich kann nur sagen: Was die Prüfung von unserer Seite her anbelangt, sind keinerlei Zweifel vorhanden. Ich hoffe auch, dass das Bundesgericht bei der Auslegung die Gesetzestreue berücksichtigt.

Schmid-Sutter Carlo (C, AI): Ich wollte damit nur eines zeigen: Dass das Volk unter dem Damoklesschwert eines Richterspruches steht.

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 39 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(2 Enthaltungen)

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich möchte der Kommission für Rechtsfragen - insbesondere den Kommissionsberichterstatern und dem Kommissionspräsidenten, Herrn Wicki - ganz herzlich für die grosse Arbeit danken, die hier geleistet worden ist. Es ist uns gelungen, die Vorlage in drei Tagen durchzuberaten.

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Ordnungsantrag - Motion d'ordre

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir kommen nun zum Ordnungsantrag Stamm. Herr Stamm beantragt, die Einreichung von Anträgen zum Geschäft 05.092 zuzulassen, bis wir mit der Behandlung der Vorlage beginnen.

Stamm Luzi (V, AG): Der Antrag ist eigentlich nicht weltbewegend. Aber Sie wissen, dass wir ein Jahrhundertwerk vor uns haben - wie die Juristen sagen -, weil alle kantonalen Strafprozessordnungen zugunsten einer einheitlichen Lösung eliminiert werden; so gesehen ist das tatsächlich ein sehr wichtiges Geschäft. Da ist es ja schon problematisch genug, dass wir das in relativ kurzer Zeit durchpeitschen müssen. Aber jetzt ist am letzten Mittwoch auch noch der Entscheid gefallen, dass man Anträge bis Donnerstag eingereicht haben müsse. Hierzu sehe ich keinen Grund. Wir könnten die Dinge so handhaben, wie wir das sonst immer gehandhabt haben, dass man nämlich Anträge noch so spät stellen kann, dass einfach genügend Zeit bleibt, um sie noch zu übersetzen.
Kurz, ich stelle folgenden Ordnungsantrag: Man soll noch Anträge stellen und schriftlich begründen können, bis dieses Geschäft beginnt - dass also nicht, wie angekündigt, die Türe seit letzten Donnerstag geschlossen ist. Man soll noch Anträge stellen können, bis die Behandlung dieses Geschäftes beginnt. Das entspricht dem Normalen; so haben wir es normalerweise gehandhabt. Ich sehe keinen Grund, davon abzuweichen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Als Vorsitzende des Büros kann ich Ihnen gleich selber antworten. Sie haben den Antrag für einen Kategorienwechsel ja zurückgezogen. Es geht nun um die Frage, ob jetzt noch Einzelanträge eingereicht werden können. Wir haben diese Frage wie bei allen grossen Vorlagen gehandhabt: Ich habe Ihnen hier im Rat am Mittwoch letzter Woche mitgeteilt, dass die Anträge bis Donnerstag um 13 Uhr einzureichen seien. Am Donnerstagmorgen habe ich Ihnen das noch einmal mitgeteilt. Um 13 Uhr habe ich dann festgestellt, dass die Frist abgelaufen sei.

Studer Heiner (E, AG): Ich gehöre zu denjenigen, die zeitgerecht Einzelanträge eingereicht haben. Ich finde es nicht gut, wenn wir dem Antrag Stamm zustimmen, weil wir dann auch Einzelanträge in der Kategorie IV haben, die man ja nicht begründen kann. Und auch Verwaltung und Kommission konnten sich überhaupt nicht vorbereiten. Mit den bis letzten Donnerstag eingereichten Einzelanträgen konnten sich Verwaltung und Kommissionssprecher mindestens auseinandersetzen. Nachdem das ja nicht der letzte Schritt ist, möchte ich bitten, nicht von der Regel abzuweichen. Sie wurde damals nicht kritisiert, als sie hier in diesem Saal von der Präsidentin eingebracht wurde.

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Zweitrat - Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Moret)

Rückweisung an den Bundesrat
mit dem Auftrag:

- eine Alternative in Form des Untersuchungsrichtermodells vorzuschlagen; oder
- die Kohärenz des Staatsanwaltschaftsmodells zu verbessern, indem der Grundsatz der Unmittelbarkeit des Verfahrens gestärkt wird, die Befugnisse der Polizei im Vorverfahren eingeschränkt und die Rechte der beschuldigten Person und ihrer Verteidigung verbessert werden, um die übermässige Macht der Bundesanwaltschaft im Anklageverfahren abzuschwächen und die Waffengleichheit zwischen Anklage und Verteidigung zu gewährleisten.

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Moret)

Renvoi au Conseil fédéral
avec mandat:

- de proposer une alternative sous la forme du modèle Juge d'instruction; ou
- d'améliorer la cohérence du modèle Ministère public en renforçant le principe de l'immédiateté de la procédure; en limitant le pouvoir de la police dans l'enquête préliminaire; en renforçant les droits du prévenu et de son défenseur, de manière à atténuer le pouvoir disproportionné accordé au ministère public dans la procédure accusatoire, et garantir l'égalité des moyens entre l'accusation et la défense.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Die einheitliche Strafprozessordnung ist Teil der grössten Justizreform, welche die Schweiz seit der Gründung des Bundesstaates durchführt. Die Justizreform besteht zum einen aus der Reform der Gerichtsorganisation, die - mit dem neuen Bundesstrafgericht in Bellinzona, dem neuen Bundesverwaltungsgericht, das nach St. Gallen ziehen wird, sowie dem seit 2007 fusionierten Bundesgericht, bestehend aus Lausanne und Luzern - auf Bundesebene abgeschlossen ist. Die Justizreform besteht zum anderen aus der Vereinheitlichung des Prozessrechtes. Der Ständerat hat bereits am 11. Dezember 2006 als Erstrat die neue Strafprozessordnung mit 39 Stimmen bei 2 Enthaltungen verabschiedet und die neue Zivilprozessordnung am letzten Donnerstag als Erstrat behandelt. Das materielle Strafrecht ist in der Schweiz seit 1942 mit dem Strafgesetzbuch vereinheitlicht. Nach wie vor gibt es

AB 2007 N 934 / BO 2007 N 934

aber in unserem Land 29 verschiedene Strafprozessordnungen, 26 kantonale und 3 des Bundes. Diese Zersplitterung im Bereich des Verfahrensrechtes ist nicht mehr zeitgemäss. Im Jahre 2000 haben Volk und

in dem Sinne beschlossen, dass jene Kantone, welche die Mediation im Strafverfahren wollen, eine solche haben können. In der Folge ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass auf die Mediation im Strafprozess, anders als im Zivilprozess, ganz zu verzichten sei. Ihre Kommission für Rechtsfragen ist dieser Auffassung mit 13 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung gefolgt. Weil ein Minderheitsantrag zu Artikel 317 vorliegt, werden wir darauf zu sprechen kommen.

Zum Schluss nur noch kurz zu zwei weiteren Abweichungen: Zum einen hat Ihre Kommission für Rechtsfragen den kantonalen Fachstellen für Tierschutz die Parteirechte im Strafprozess zuerkannt - das wird zu reden geben; zum anderen hat sich Ihre Kommission eingehend zur Frage des Zeugnisverweigerungsrechtes für Unternehmensjuristen befasst. Die Mehrheit der Kommission war sich einig, dass Regelungsbedarf besteht. Sie ergänzte aber nicht den Gesetzentwurf, sondern legte eine Motion vor, die zusammen mit diesem Geschäft behandelt wird.

Namens der Kommission ersuche ich Sie um Eintreten und danach um Ablehnung des Rückweisungsantrages der Minderheit Menétrey-Savary.

Pagan Jacques (V, GE), pour la commission: Dans la foulée de la révision totale de la Constitution fédérale et des changements qu'elle annonçait, le peuple et les cantons ont largement accepté, le 12 mars 2000, la réforme de la justice. Celle-ci transfère dorénavant à la Confédération la compétence de légiférer en matière de procédure pénale, alors qu'elle disposait déjà de la compétence de légiférer en matière de droit pénal matériel depuis le 1er janvier 1942 et qu'elle était par ailleurs au bénéfice de trois lois réglant la procédure pénale au niveau fédéral - en l'occurrence la loi fédérale du 15 juin 1934 sur la procédure pénale, la loi fédérale du 22 mars 1974 sur le droit pénal administratif et la loi fédérale sur la procédure pénale militaire du 23 mars 1979.

AB 2007 N 935 / BO 2007 N 935

La Confédération s'est assurée une même mainmise en matière de procédure civile. On signalera à ce sujet que le Conseil des Etats est entré jeudi dernier en délibération sur le projet de Code de procédure civile suisse (06.062).

Les cantons demeurent souverains pour ce qui concerne l'organisation judiciaire et l'administration de la justice pénale et civile en tant que le droit fédéral n'en dispose pas autrement. On peut à cet égard parler de compétence résiduelle en ce qui les concerne. Je vous renvoie à ce sujet aux articles 122 et 123 de la Constitution fédérale. La réforme de l'organisation judiciaire fédérale récemment adoptée complète cette refonte du droit de procédure de la Confédération.

L'adoption d'un Code de procédure pénale suisse constitue l'étape logique de la votation populaire du 12 mars 2000. Ce point est mentionné au titre des objectifs 2005 du Conseil fédéral, sous la rubrique "Institutions de l'Etat". Ce même Conseil fédéral a salué dans son rapport de gestion pour la même année, ainsi que dans son rapport sur les points essentiels de la gestion de l'administration, l'approbation en temps utile, soit en date du 21 décembre 2005, de son message 05.092 relatif à l'unification du droit de la procédure pénale.

Ce message, envoyé aux membres de notre conseil à fin février 2007, comprend deux volets: le premier contient le projet de Code de procédure pénale suisse, le second le projet de loi fédérale sur la procédure pénale applicable aux mineurs. Seul le premier volet nous intéressera, le second étant appelé à être soumis ultérieurement à l'attention du Parlement.

Le Conseil des Etats a été le premier saisi du projet de Code de procédure pénale suisse. Sa Commission des affaires juridiques l'a traité durant ses séances des 24 et 25 avril, 4 juillet et 12 septembre 2006. Le conseil a eu à en connaître en date des 6, 7 et 11 décembre 2006. L'entrée en matière n'a pas été contestée et le vote sur l'ensemble a été acquis par 39 voix contre 0 et 2 abstentions. Préalablement à cela, le texte proposé par le Conseil fédéral avait été amendé sur quelque 200 points, dont un grand nombre de nature formelle seulement.

La Commission des affaires juridiques de votre conseil s'est pour sa part saisie de l'objet traité à sa séance des 25 et 26 janvier 2007. L'entrée en matière n'ayant pas été combattue sans opposition, la discussion par article s'est poursuivie les 22 et 23 février, 26 avril, 10, 11 et 31 mai 2007. A cette dernière date, toute récente, puisqu'elle remonte à un peu moins de trois semaines, le projet a été adopté au vote sur l'ensemble par 19 voix contre 0 et 3 abstentions. Durant toutes ses délibérations, la commission a bénéficié du soutien scientifique des collaborateurs et collaboratrices de l'Office fédéral de la justice, qui n'ont pas épargné leur peine pour que les commissaires puissent élaborer dans les délais un texte de qualité. Qu'ils et qu'elles en soient ici remerciés.

S'agissant des délais, le président de la commission n'a jamais caché le fait que le projet retenu devait impérativement être soumis à l'attention du plénum lors de la session d'été 2007, de telle sorte que les divergences avec le Conseil des Etats puissent être éliminées au cours de la session d'automne, qui se tiendra du 17 septembre au 5 octobre prochain. Vu la longueur du texte proposé, lequel comprend 464 dispositions légales, sans compter celles des lois fédérales qu'il y a lieu de modifier, quatre rapporteurs ont été mandatés pour rendre compte successivement dans leur langue respective du résultat des travaux en commission, notamment pour ce qui concerne les 49 propositions de minorité répertoriées à ce jour, auxquelles s'ajoutent 15 propositions qui viennent de nous être remises. Aux fins d'éviter d'interminables

La commission vous propose de vous rallier purement et simplement à ses conclusions dans la discussion de détail qui suivra, puisque l'entrée en matière ne sera vraisemblablement pas combattue. Les membres de la commission, et tout particulièrement les rapporteurs du projet soumis à votre attention, ne sont pas pour autant - malgré le travail approfondi en commission - devenus des spécialistes aguerris des quelque 464 articles de loi constituant ce très volumineux code - dont le Conseil des Etats a dit qu'il était le projet du siècle, même s'il n'est pas entièrement novateur.

Nous vous demandons - je m'aperçois de nouveau que le temps est l'ennemi des juristes - de faire confiance à la commission et à ses travaux, dont les conclusions sont largement les mêmes que celles de la commission et du plénum du Conseil des Etats.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Je ne sais pas si c'est l'affaire du siècle, mais en tout cas c'est un monument! Les experts qui l'ont édifié ont d'abord choisi le modèle que je défends, le modèle Juge d'instruction; ensuite, 15 cantons ont préféré l'autre et du coup le projet a été modifié. Ensuite, les oppositions se sont perdues dans le silence et la résignation. Au Conseil des Etats, personne n'a remis ce choix en cause. Il n'y a eu aucune discussion sur ce sujet.

Trois raisons nous poussent maintenant à maintenir cette proposition de renvoi. Premièrement, il n'est pas bon de construire un monument sur de la résignation. Deuxièmement, des esprits critiques se manifestent aujourd'hui et même s'ils se réveillent un peu tard, il vaut la peine de les entendre. Troisièmement - et c'est la raison la plus importante -, le projet, tel qu'il est sorti des délibérations, n'est pas satisfaisant. J'aimerais vous expliquer pourquoi.

Choisir de confier au seul ministère public la tâche de mener l'instruction, de soutenir l'accusation, de juger par des ordonnances pénales, mais aussi de se prononcer sur des recours contre ces mêmes ordonnances ou encore de proposer des conciliations, tout cela chez le même homme, la même autorité pénale, c'est prendre le risque d'une procédure partielle où l'égalité des armes n'est pas garantie. Là où le juge d'instruction indépendant enquêtait à charge et à décharge, le procureur est, lui, à la fois juge et partie. Il représente l'accusation du début à la fin de la procédure. Il faut donc des contrepoids à son pouvoir, tout le monde en convient, et le projet d'ailleurs y pourvoit.

Le problème, c'est qu'après avoir défini ces principes - avocat de la première heure, tribunal des mesures de contrainte ou immédiate -, le projet s'ingénie à s'en écarter: enquête préliminaire relativement autonome de la police; juge unique; procédures simplifiées; absence de recours contre les détentions préventives. Tous ces aspects, sur lesquels nous reviendrons au cours de l'examen des articles - si jamais vous rejetez ma proposition de minorité de renvoi -, mettent en péril l'équilibre entre les droits du prévenu et les pouvoirs du procureur.

Nous nous trouvons en quelque sorte devant une alternative: ou bien nous respectons à la lettre les principes liés au modèle Ministère public "pur" - et c'est probablement plus cher et plus long; ou bien nous restreignons les droits de la défense. C'est malheureusement cette deuxième option que suit ce projet, qui multiplie les assouplissements possibles et diversifie les procédures selon la gravité des délits. Aux yeux des membres de la minorité, c'est un grave déficit de cohérence.

De toute façon, selon certains experts, le modèle Ministère public coûtera plus cher. C'est en tout cas ce qu'affirme l'Ordre judiciaire vaudois, qui s'attend à une augmentation de 50 pour cent des frais d'instruction et à de grandes complications, alors que le but ultime de ce projet était bien d'accélérer, d'alléger, de simplifier et - maître mot - d'économiser.

J'aimerais encore ajouter que l'opposition de cantons tels que le mien, le canton de Vaud, a été passablement caricaturée au cours des débats. On a dit par exemple que les cantons qui s'opposaient au nouveau modèle étaient ceux qui tenaient à leurs vieilles habitudes, comme par incapacité d'évoluer. Ce n'est pas le cas. Ainsi, le canton de Vaud ne demande pas la poursuite de son propre système. Il reconnaît que celui-ci présente des défauts, avec des procédures quasi inquisitoriales et des juges d'instruction qui font la pluie et le beau temps. Il se déclare donc prêt à évoluer, mais pas dans le sens du projet! Ainsi, ma proposition de minorité ne doit pas être prise comme émanant du dernier carré des résistants au progrès, mais comme une invitation à pousser plus loin une réflexion qui, jusqu'ici, n'est pas aboutie.

C'est pourquoi je vous demande de soutenir ma proposition de minorité de renvoi au Conseil fédéral.

Thanei Anita (S, ZH): Im Namen einer grossen Mehrheit der SP-Fraktion bitte ich Sie, auf diese Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag Menétrey-Savary abzulehnen.

Eine Vereinheitlichung der Strafprozessordnungen ist ein Gebot der Rechtssicherheit und -gleichheit und dient der effizienten Verbrechensbekämpfung, vor allem bei kantons- und landesgrenzenüberschreitenden Straffällen. Die heute bestehende Rechtszersplitterung ist schlichtweg überholt. Deshalb befürworten wir einstimmig die Vereinheitlichung der Strafprozessordnungen. Wir befürworten mehrheitlich auch das gewählte Staatsanwaltschaftsmodell II. Es verschleiert die Parteistellung im Verfahren viel weniger als das Untersuchungsrichtermodell. Die Verantwortung ist klar geregelt, von Anfang bis Ende.

Wir fordern jedoch als Gegengewicht respektive Korrektiv zur Quasi-Allmachtsstellung der Staatsanwaltschaft eine Stärkung der Position der beschuldigten Person im Vorverfahren durch eine

limitation de certaines prérogatives de la police dans l'enquête préliminaire, le renforcement de l'immédiateté de la procédure sont également des objectifs à atteindre pour redonner un équilibre à la procédure.

Or, force est de constater que les diverses propositions formulées par les représentants socialistes dans ce sens en commission ont été systématiquement rejetées. C'est ce qui explique le nombre important de propositions de minorité. C'est au vu de l'accueil que ce conseil réservera à ces propositions de minorité, sur lesquelles nous aurons l'occasion de revenir et que ma collègue Madame Thanei a déjà esquissées, que les membres du groupe socialiste décideront du soutien qu'ils apporteront in fine au projet d'unification de la procédure pénale.

Enfin, il est opportun de rappeler, en réponse aux déclarations faites à la presse, qu'il ne saurait être question pour les socialistes de céder à la pression de la police qui s'est invitée au débat politique, alors que cela n'est pas de son ressort. Comme l'armée, la police doit rester une grande muette. Le droit des prévenus ne saurait être sacrifié sur l'autel de la prétendue efficacité policière. L'avocat de la première heure ne saurait être supprimé sans remettre en question l'équilibre du projet qui nous est soumis. Les tristes affaires policières qui ont récemment défrayé les chroniques cantonales, surtout romandes, montrent clairement qu'il est judicieux que le prévenu puisse disposer de droits de défense forts.

Huber Gabi (RL, UR): Die Vereinheitlichung des Strafprozessrechtes ist ein Meilenstein für die Schweizer Justiz und wird der Rechtszersplitterung im Bereich des Verfahrensrechtes ein Ende setzen, was insbesondere mit Blick auf den Wirtschaftsstandort Schweiz absolut notwendig ist. Für die Vereinheitlichung sprechen insgesamt drei Gründe, nämlich Effizienz, Rechtsgleichheit und Erhöhung der Rechtssicherheit. Die neue vereinheitlichte Strafprozessordnung (StPO) wird den Rechtsalltag der Bürgerinnen und Bürger massgeblich beeinflussen. Die FDP-Fraktion hat denn auch bereits in ihrer Vernehmlassung vom Februar 2002 dem Vorentwurf zu einer schweizerischen StPO zugestimmt.

Die eidgenössische StPO wurde im Prinzip bereits in der Volksabstimmung vom 12. März 2000 über die Justizreform beschlossen. Mit dem seinerzeit gutgeheissenen Artikel 123 Absatz 1 der Bundesverfassung wurde die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Strafrechtes und des Strafprozessrechtes dem Bund übertragen. Die StPO hat die Form eines Bundesgesetzes und wird, gestützt auf Artikel 190 der Bundesverfassung, für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend sein. Künftige Abstimmungen mit der EMRK sowie Anpassungen an internationale Standards werden durch eine Revision des Bundesgesetzes über die schweizerische StPO erfolgen müssen. Nicht vereinheitlicht wird die Gerichtsorganisation, welche nach wie vor grundsätzlich den Kantonen überlassen bleibt.

Die FDP-Fraktion begrüsst die Vorlage und ist einstimmig für Eintreten. Den Rückweisungsantrag der aus der Waadt stammenden Minderheit lehnt sie ab. Die zweiköpfige Minderheit kann sich insbesondere nicht mit dem vorgeschlagenen Untersuchungsrichtermodell abfinden. Über die heute in

AB 2007 N 938 / BO 2007 N 938

der Schweiz praktizierten Untersuchungsrichtermodelle gibt die Botschaft ausführlich Auskunft. Das nun vorgeschlagene Staatsanwaltschaftsmodell II fand bei gut 60 Prozent der Vernehmlasser und bei insgesamt fünfzehn Kantonen Zustimmung. Mit ihm lassen sich neben der Vereinheitlichung am meisten Reformziele umsetzen. Eine Beschleunigung des Verfahrens als zentrales Ziel der Reform des Strafprozessrechtes ist nur dann möglich, wenn das einstufige Verfahren eingeführt und auf einen Handwechsel zwischen Untersuchungsrichter und Staatsanwalt verzichtet wird.

Das vorgeschlagene Staatsanwaltschaftsmodell II lässt sich in der Praxis flexibel ausgestalten und handhaben. Insbesondere muss sich die Staatsanwaltschaft in einem kleineren Kanton, anders als jene in einem grossen Kanton, nicht gleich strukturieren. Denn mit der Möglichkeit der Einsetzung einer Ober- oder Generalstaatsanwaltschaft wird es Bund und Kantonen freigestellt, ihre Strafverfolgungsbehörde so aufzubauen, dass sie ihren Bedürfnissen Rechnung trägt.

Die FDP-Fraktion wird sich in der Detailberatung mit zwei Ausnahmen der Kommissionsmehrheit anschliessen und gedenkt auch nicht, sich zu allen Minderheitsanträgen zu Wort zu melden. In diesem Sinne sind wir für Eintreten und beantragen Ablehnung des Rückweisungsantrages.

Vischer Daniel (G, ZH): Alle betonen die Wichtigkeit dieses Geschäftes, die Notwendigkeit der Bundeslegiferierung im Strafprozessrecht. Wir fragen uns: Wie war es möglich, dass es 2007 werden musste, bis dieses Geschäft auf den Tisch dieses Hauses kam, nachdem bereits am Ende des 19. Jahrhunderts erstmals die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung angemeldet wurde? Offenbar ist manchmal in drei, vier Jahren möglich, was während Jahrzehnten nicht möglich war, weil etwas als absolutes Hoheitsgebiet der Kantone galt - ich sage dies auch als Fingerzeig für andere Bereiche.

Die Strafprozessordnung ist die Visitenkarte eines Landes bezüglich seiner Liberalität. In einer Strafprozessordnung wird geregelt, inwieweit auch gegenüber dem schwersten Verbrecher die Grundrechte des Verfahrens eingehalten werden. Eine Strafprozessordnung hat sich im Fall einer einfachen Verkehrsvergehen wie auch im Fall eines schwerwiegenden Vergewaltigungsdeliktes zu bewähren. Sie basiert auf Unbestechlichkeit, sie muss normieren, sagen, was immer gilt, sodass nicht plötzlich gesagt werden kann: Ja, hier haben wir eine Ausnahme; ja, in diesem Fall gilt die Unschuldsvermutung nicht; ja, in

modèle Juge d'instruction, aussi, comme l'a relevé l'auteur de la proposition de la minorité, parce que les coûts risquent d'être impressionnants. Je serai intéressé de voir cette frange de l'assemblée, à ma main droite, s'intéresser ici pour une fois aux coûts de la justice, car ce sont aussi des coûts qui pèsent sur l'Etat. Je vous prie donc d'entrer en matière, comme par exemple le réclamaient déjà il y a bientôt dix ans les Juristes démocrates de Suisse, et de soutenir ensuite la proposition de la minorité Menétrey-Savary de renvoi au Conseil fédéral.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Mein Jus-Studium habe ich in der ersten Hälfte der Sechzigerjahre absolviert. Schon damals hörten wir Studenten aus professoralem Munde, dass man zwar noch die Zürcher Zivilprozessordnung und die Zürcher Strafprozessordnung als Prüfungsstoff im Studienplan habe, dass aber schon in absehbarer Zukunft die 25 kantonalen - den Kanton Jura gab es damals noch nicht -, recht unterschiedlichen Prozessordnungen durch ein Eidgenössisches Strafprozess- und ein Bundeszivilprozessrecht vereinheitlichen werde. Nun, es hat etwas länger gedauert, als der gute Professor Bader damals dachte, aber erfreulicherweise sind wir heute nach über vierzig Jahren sehr nahe am Ziel. Es besteht die gute Aussicht, dass wir es im laufenden Jahr noch schaffen, dieses Ziel zu erreichen. Denn der Gesetzentwurf des Bundesrates verfolgt grundsätzlich eine gute Linie, welcher wir weitgehend zustimmen können.

Die Vereinheitlichung nach dem Motto "Aus 26 mach 1" bringt mehr Rechtsgleichheit und höhere Rechtssicherheit, erhöht die Effizienz und spart nach meiner Einschätzung wohl erheblich Kosten ein. In unserem kleinräumigen Land ist es ein absoluter, in der heutigen Zeit zudem nur noch schwer begründbarer Luxus, dass wir uns 26 verschiedene Verfahren leisten, sowohl im Straf- als auch im Zivilrecht. Die Rechtszersplitterung mit all ihren negativen Folgen dient wohl niemandem mehr ernsthaft.

Das Staatsanwaltschaftsmodell, welches nunmehr schweizweit eingeführt werden soll, hat sich dort, wo es bereits in der Praxis erprobt worden ist, bewährt. Es ist geeignet, Doppelspurigkeiten in den Verfahren zu vermeiden und die Strafverfolgung zu beschleunigen. Dies liegt sowohl im Interesse des Staates - geringere Kosten -, als auch im Interesse von Rechtsstaat und Gesellschaft, denen langwierige Untersuchungsverfahren keinen Dienst erweisen; es liegt aber auch im Interesse der Angeschuldigten. Ihnen ist in aller Regel mit einem raschen Urteilsspruch mehr gedient als mit Verfahren, die sich über viele Jahre dahinschleppen und sich entsprechend lähmend und belastend auf die Angeschuldigten und ihre Tätigkeiten auswirken. Zusätzliche Massnahmen wie beispielsweise die Einführung des Strafbefehlsverfahrens ergeben weitere Vereinfachungen und Beschleunigungen. Diese sind hochoberwünscht und werden von uns unterstützt. Auch sie sparen wiederum Kosten und Zeit.

Die Beratung des Gesetzentwurfes in der Kommission ist unter einem grossen zeitlichen Druck gestanden. Das Ziel war, mit dem Geschäft in der Sommersession in den Rat zu kommen, um es, einschliesslich der Differenzbereinigung, noch in der laufenden Legislatur abschliessen zu können. Für dieses Ziel haben wir Verständnis. Obwohl versucht worden ist, alle Probleme möglichst umfassend auszudiskutieren, hat der Zeitdruck doch dazu geführt, dass allzu viele Fragen und das Nach- und Hinterfragen einzelner Bestimmungen in der Kommission etwas zu kurz gekommen sind. Wir haben auf die heutige Beratung hin das Resultat der Kommissionsarbeit nochmals genauer angeschaut, und dabei sind wir darauf gestossen, dass mindestens einige Punkte, über die die Kommission ohne grossen Kommentar hinweggegangen ist, nochmals zur Diskussion gestellt werden müssen. Entsprechend hat Kollege Heiner Studer zu fünf Bestimmungen je einen Antrag eingereicht, um hier einfach nochmals die Diskussion zu ermöglichen, die uns aufzeigen soll, ob wir an den betreffenden Orten richtig gelegen haben oder ob allenfalls doch am einen oder anderen Ort noch etwas nachzubessern wäre.

Noch ein Wort zur vielgenannten Waffengleichheit oder zu den gleich langen Spiessen zwischen Strafverfolgung einerseits und Angeschuldigtem bzw. Verteidigung andererseits: Die Verteidigungsrechte sind mit dieser Vorlage in mehrfacher Hinsicht gestärkt worden, und es werden ja noch Minderheitsanträge gestellt, die diese Rechte noch weiter ausbauen möchten. Nach unserem Geschmack reicht das, was Ihnen die Kommissionsmehrheit vorschlägt, bei Weitem. Es steht nämlich nicht einfach nur die Balance zwischen den Mitteln der Anklage und jenen der Angeschuldigten zur Diskussion, vielmehr ist auch der Anspruch der Gesellschaft zu beachten, dass die Sachverhalte, die Anlass zu Strafverfahren geben, möglichst umfassend aufgeklärt und gegebenenfalls eben mit den entsprechenden Sanktionen belegt werden.

Der Wahrheitsfindung sollen daher nicht mit zu weit gehenden Verteidigungsrechten zu hohe Hürden in den Weg gelegt werden. Alles in allem können wir aber feststellen, dass die Kommission nun eine gute Spur gelegt hat, der wir auch in der Detailberatung weitgehend folgen werden.

Die EVP/EDU-Fraktion wird somit auf die Vorlage eintreten. Sie lehnt den Rückweisungsantrag der Minderheit Menétrey-Savary ab, die sich mit der grundlegenden Weichenstellung hin zum Staatsanwaltschaftsmodell nicht abfindet. Unsere Fraktion ist indessen in Übereinstimmung mit den Erfahrungen der Praktiker von den Vorteilen dieses Modells überzeugt.

In diesem Sinne möchten wir eintreten und dafür votieren, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Hochreutener Norbert (C, BE): Die CVP-Fraktion stimmt für Eintreten auf diese Vorlage und lehnt den

freien Fuss gesetzt, dann wieder erwischt und wieder freigelassen werden. Wir haben ähnliche Probleme bei den Gewaltdelikten, von Fussballspielen bis zu den 1.-Mai-Ausschreitungen. Wir stellen fest, dass gegen solche Delinquenten das Strafprozessrecht offenbar nicht genügend greift, dass man zum Beispiel bei Fussballrowdys zwar auf Film festgehalten hat, wer die Täter sind, und trotzdem nichts oder sehr wenig unternommen wird. Der Strafprozess greift dort nicht. Wir geben bei einem Anlass wie der Euro 2008 pro verkauftes Ticket 250 Franken - oder wie viel auch immer - für die Sicherheit aus, aber wir haben nicht im Griff, was an der Front passiert.

Das Strafprozessrecht, das wir jetzt aufgleisen, bringt für das Vorgehen an der Front meines Erachtens keine Besserung. Ich muss Ihnen sagen, dass ich einen Strafprozess in Paris miterlebt habe, wo es die sogenannten Schnellgerichte gibt. Da wird ein Delinquent, der zum Beispiel in einem Laden eingebrochen ist und ein Videogerät gestohlen hat, über Nacht inhaftiert und am folgenden Tag mit einem unabhängigen Anwalt in Verbindung gebracht. Dann kriegt er am selben Tag oder zwei, drei Tage später ein gerichtliches Verfahren. Er wird abgeurteilt - oder freigesprochen, selbstverständlich -, und es gibt nach zwei, drei Tagen ein erstinstanzliches Urteil. Wir sind in der Schweiz meilenweit von einem solch effizienten System entfernt. Wir haben jetzt ein System - das ist der letzte Punkt meiner Kritik an diesem System, das wir jetzt einführen -, das teilweise nicht einmal ich verstehe, obwohl ich Spezialist bin und an der Gesetzesentwicklung mitbeteiligt war. Ich muss Ihnen sagen, dass ich bis jetzt nicht verstanden habe, was der Anwalt der ersten Stunde konkret bedeutet. Ich bitte Sie, an ein Beispiel wie das folgende zu denken: Angenommen, die Polizei macht am Abend eine Razzia und hat 35 Verhaftete. Ich sehe Artikel 48 Absatz 2, der lautet: "Die ersuchte Behörde überstellt festgenommene Personen wenn möglich innert 24 Stunden." Dazu halte ich hier übrigens zuhause des Amtlichen Bulletins fest, dass in der Kommission gesagt wurde, die 24 Stunden seien nicht fix, es heisse hier ja "wenn möglich". Jetzt haben wir also Vorschriften darüber, wie lange inhaftiert werden darf - im Grundsatz nur 24 Stunden -, und wir haben gleichzeitig Vorschriften darüber, dass der Anwalt der ersten Stunde gelten soll: Was machen Sie jetzt mit diesen 35 Inhaftierten, wenn alle 35 nach einem Anwalt rufen? Wie soll die Einvernahmepraxis in Zukunft aussehen? Die Praxis wird sich entwickeln müssen, und es bleibt zu befürchten, dass das Bundesgericht über die Bedeutung dessen entscheiden muss, was wir hier im Gesetzestext zuwenig konkret festhalten.

Ich komme langsam zum Schluss. Ich habe gesagt: Wir sind jetzt meilenweit von den schnellen Verfahren in Frankreich weg, die ich Ihnen kurz geschildert habe. Wir haben jetzt das Staatsanwaltschaftsmodell gewählt; das kann man so machen. Aber vom Tempo her würde ich sagen: Es ist völlig Hans was Heiri, ob man das Staatsanwaltschaftsmodell oder das Untersuchungsrichtermodell nimmt; vom Tempo her macht das meines Erachtens keinen Unterschied. Ich glaube, dass man sich in diesem Punkt zu stark von den Erfahrungen auf Bundesebene hat leiten lassen. Man hat auf Bundesebene gesehen, dass dieses Untersuchungsrichtermodell nicht klappt, und hat deshalb gesagt, dass man das Staatsanwaltschaftsmodell wolle. Aber ich kenne Kantone, in denen das System des Untersuchungsrichters ausserordentlich gut geklappt hat. Meines Erachtens ist das kein Tempoproblem. Man kann hier von mir aus machen, wie man will, aber wichtig wäre, dass die Verfahren endlich effizienter würden.

Ein letzter Punkt: Es bleibt für mich die in einem gewissen Sinne desillusionierende Feststellung: Wenn ein Gesetz nach der Vernehmlassung durch die Verwaltung einmal aufgegleist ist, ist es selbst für uns Parlamentarier, die Legislative, ausserordentlich schwierig, ihm noch einen anderen Dreh zu geben. Nur ein Beispiel: Uns wurde nun ein sehr umfangreiches Projekt auf den Tisch gelegt. Es wäre absolut unpraktikabel zu sagen, diese Gesetzesfassung mit diesen vielen Artikeln sei zu lang, sie sei zu kürzen. Es wäre gar nicht praktikabel, das Gesetz zu kürzen. Wie hätten Sie in den Kommissionen Anträge stellen sollen, um schlankere Formulierungen durchzubringen? Wie soll das praktikabel sein? Wir haben nun rund vierzig Minderheitsanträge von weitgehend denselben Personen auf dem Tisch. Sie werden

AB 2007 N 941 / BO 2007 N 941

abgewiesen werden, das ist absehbar - genauso wie die Einzelanträge, die - da schriftlich eingegeben - ohnehin chancenlos bleiben. Das heisst: Was jetzt aus der Verwaltung via Ständerat zu uns gekommen ist, wird fast unbesehen übernommen werden, obwohl wir als Kommission und jetzt auch als Rat eigentlich die Gesetzgeber sind und viel Zeit darauf verwendet haben.

Die Gerichtspraxis wird in wichtigen Punkten, vor allem für die ersten Tage nach der Verhaftung, zeigen müssen, was schlussendlich wie gelten wird. Trotzdem: Die Vorlage ist jetzt so aufgegleist, man sollte nicht grundsätzlich opponieren. Deshalb schliesse ich - genau innerhalb der vorgegebenen Zeit - mit den Worten, die ich schon zu Beginn meines Votums abgegeben habe: Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich glaube, die meisten Leute im Land sind sich nicht bewusst, dass wir in einer Justizreform stecken, welche die umfassendste Reform seit Gründung des Bundesstaates 1848 ist. Wir haben im ersten Teil die ganzen Gerichte neu organisiert: Sie haben das Bundesgerichtsgesetz, das Verwaltungsgerichtsgesetz, das Strafgerichtsgesetz beschlossen; die beiden erstgenannten sind seit 1. Januar dieses Jahres in Kraft, und die entsprechenden Gerichte sind in Betrieb. Nun geht es um den zweiten Teil, die Vereinheitlichung des Prozessrechtes. Hier gehen wir mit dem Strafprozess und auch mit dem Zivilprozess voran. Herr Vischer hat es gesagt: Was lange währt, wird

des Opportunitätsprinzips, das bringt eine Beschleunigung, zweitens eine Ausweitung der Möglichkeit des Erlasses von Strafbefehlen - es bringt natürlich eine Beschleunigung, wenn es über den Strafbefehl läuft - und ein abgekürztes Verfahren. Alle drei Massnahmen dienen auch der Kostensenkung, denn es sind drei wesentlich kostengünstigere Massnahmen. Denken Sie an die Swissair: Das ist ja ein ausserordentlich komplexer Bereich, und Sie sehen, was die Nichtvereinheitlichung des

AB 2007 N 942 / BO 2007 N 942

Strafprozessrechtes zur Folge haben kann. Die Untersuchung geht natürlich in andere Kantone und in andere Länder hinein. Bei allem Willen zur Steigerung der Effizienz mussten natürlich auch die Verteidigungsrechte im Auge behalten werden.

Welches sind nun die Hauptstreitpunkte, die noch kommen? Meine Meinung über die Mediation werde ich Ihnen dann dort darlegen. Der Bundesrat hat im Entwurf ursprünglich die Mediation im Strafverfahren vorgeschlagen; in der Beratung im Ständerat sind wir jedoch auf grosse Schwierigkeiten gestossen, weil die Kantone fürchten, sie müssten nun Mediationseinrichtungen schaffen. Wir haben unterdessen auch die Ergebnisse des Versuches aus Zürich vorliegen - in Ihrer Kommission haben wir auch Informationen darüber bekommen -, sodass der Bundesrat nochmals über die Bücher ging und nun der Meinung ist, bei der Mediation im Strafprozess sollte man den Kantonen keine obligatorischen oder fakultativen Massnahmen vorgeben.

Auf das Zeugnisverweigerungsrecht von Anwälten werden wir noch kurz kommen; es ist keine so weltbewegende Angelegenheit. Man hat die Frage damals vom Anwaltsgesetz auf diese Vorlage verschoben. Weiter ist auch die Frage der Unternehmensjuristen - das ist ein spezielles Problem im Rahmen des internationalen Verkehrs - noch einer der umstrittenen Punkte, über die sich der Rat aber, glaube ich, einigen kann.

Die Vorlage ist relativ dick - mit 464 Artikeln. Es ist klar: Wenn Sie vereinheitlichen wollen, müssen Sie relativ detailliert regeln; denn wenn Sie zu viele Lücken lassen, haben Sie keine Vereinheitlichung mehr. Ich möchte Sie aber insofern beruhigen, als die Vorlage eine Rationalisierungsmassnahme besonderer Art ist, denn Sie machen aus 27 Gesetzen eines. Oder, wenn Sie so wollen: Die heutigen Strafprozessordnungen haben 3,2 Millionen Buchstaben, hier haben wir nur noch 240 000. Sie sehen also: Die Vorlage bringt eine erhebliche Rationalisierung. Oder, wenn Sie es in Wörtern oder Paragraphen wünschen: statt 530 000 Wörter noch 37 000 Wörter, und statt 8000 Artikel noch 464 Artikel. Das möge Sie etwas über den Umfang dieses Paketes hinwegtrösten, wobei ich Ihnen auch sage: es sind viele Artikel, aber es braucht jetzt für die Vereinheitlichung eine relativ detaillierte Regelung.

Ich ersuche Sie, auf dieses schlanke Gesetz einzutreten.

Die Frage, wo denn die Abgrenzung zwischen der sicherheitspolizeilichen Tätigkeit und der gerichtspolizeilichen Tätigkeit sei, ist von den Rednern aufgeworfen worden. Die Polizei handelt ja erstens unter der Leitung der Staatsanwaltschaft und zweitens aus sicherheitspolizeilichen Gründen. Es ist klar, dass die Polizei sicherheitspolizeilich nicht der Staatsanwaltschaft untersteht. Aber sobald der Tatverdacht vorliegt, gelten die Bestimmungen der Strafprozessordnung, und es ist kein Raum mehr für andere polizeiliche Tätigkeiten. Aber es ist auch klar, dass eine Grauzone zwischen der sicherheitspolizeilichen Arbeit und dem Beginn des Tatverdachts besteht. Wo beginnt der Tatverdacht? Das ist nicht ganz einfach zu klären. Da kann man nicht haarscharf sagen, wie es ist.

Vischer Daniel (G, ZH): Herr Bundesrat, ich möchte an Ihre letzten Ausführungen anknüpfen; sie scheinen mir zentral zu sein. Sind Sie der Meinung, dass nach Inkrafttreten der StPO auf Kantonsebene eine Kompetenz für sogenannte Vorfeldermittlungen besteht? Woraus leiten Sie eine entsprechende Kompetenz auf Bundesebene ab? Diese Frage spielt ja auch beim Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) eine Rolle. Wie begründen Sie das Verhältnis zwischen StPO, Vorfeldermittlung, Kanton und BWIS?

Blocher Christoph, Bundesrat: Zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit: Es ist klar, dass auch dort alles, was gemacht wird, bevor konkrete Anhaltspunkte für eine konkrete Straftat einer bestimmten Person bestehen, sicherheitspolizeiliche Ermittlungen sind. Sobald der Verdacht gegeben ist und die Staatsanwaltschaft in die Untersuchung eintritt, steht die Polizei unter Führung des Staatsanwaltes. Die Polizei ist somit nicht bei ihrer gesamten Tätigkeit der Staatsanwaltschaft unterstellt, das muss man einfach auch wissen. Auszugehen ist von der Überlegung, dass die Entstehung und Verdichtung eines Tatverdachtes ein ständiger Prozess ist und dass es keine scharf definierte Trennlinie zwischen sicherheitspolizeilicher und kriminalpolizeilicher Tätigkeit gibt. Es gibt also immer einen Graubereich, in dem nicht eindeutig bestimmt werden kann, ob die Polizei bereits als Strafverfolgungsbehörde oder noch im Rahmen ihrer sicherheitspolitischen Tätigkeit handelt. Die Tätigkeit der Polizei in der Phase, bevor ein für eine Strafverfolgung genügender Tatverdacht vorliegt, Herr Vischer, wird oft als Vorermittlungstätigkeit bezeichnet. Eine solche ist natürlich nach wie vor möglich, aber sobald die Staatsanwaltschaft dabei ist - und sie tritt dazu, sobald der Verdacht da ist -, handelt die Polizei unter der Führung der Staatsanwaltschaft. Weil dann die Strafprozessordnung gilt, haben die Kantone auch hier keine Möglichkeit mehr, davon

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 18:34:31

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemand	+	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	*	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	*	C	SO
Banga	+	S	SO
Barhassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	=	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Buchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis Ignazio	+	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	+	S	FR
Chevrier	o	C	VS
Daquet	+	S	BE
Darbella	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	=	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	+	G	FR
Fassler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	=	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH

Fehr Mario	+	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Fohn	*	V	SZ
Freysinger	=	V	VS
Frosch	o	G	BE
Fuglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	+	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	*	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	+	S	TG
Gross Andreas	+	S	ZH
Guisan	*	R	VD
Gunter	*	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	*	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hämmerle	+	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	*	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE

Kleiner	*	R	AR
Kohler	+	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	*	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Markwalder Bar	+	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kalin	+	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	=	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Muri	+	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	*	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	o	C	TI

Rossini	+	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	=	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	+	S	VD
Schelbert Louis	o	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlüter	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	*	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	+	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Suter	=	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponnez	+	R	BE
Tschümperlin Andy	+	S	SZ
Vanek	=	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	+	G	ZH
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Wafler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	*	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	+	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	+	C	AG
Zisyadis	=	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	23	2	26	39	4	48	1	143
nein / non / no	0	8	6	6	0	1	3	24
enth. / abst. / ast.	2	2	0	0	0	0	0	4
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	3	2	7	7	1	6	2	28
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

- + ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast
 % excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Ménétrey-Savary (=Rückweisung an den BR)

29, garantit une procédure équitable. L'équité est une notion absolument centrale de tout ce projet. Alors, s'il vous plaît, ne la faites pas disparaître et votez pour le projet du Conseil fédéral.

Hubmann Vreni (S, ZH): Die SP-Fraktion wird der Minderheit Menétrey-Savary zustimmen. Es geht hier um die Unabhängigkeit der Strafbehörden. In der Botschaft können wir nachlesen: "Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sind gewährleistet, wenn sich die Tätigkeit der Strafbehörde nur nach Recht und Gerechtigkeit orientiert und keinen sachfremden Einflüssen und keinen Weisungen anderer staatlicher Behörden unterliegt." Recht und Gerechtigkeit gehören zusammen wie die Vorder- und die Rückseite einer Münze, wie die Vorder- und die Rückseite einer Medaille. Die eine bedingt die andere, sie können nicht getrennt werden. Das war übrigens auch die Meinung des Bundesrates. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Menétrey-Savary zu unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Minderheit beantragt, dem Entwurf des Bundesrates zu folgen. Wir haben uns im Ständerat auch für diese Formulierung ausgesprochen. Es ist dort die Diskussion erfolgt: Ist neben dem Recht auch noch die Gerechtigkeit zu erwähnen? Wir haben uns beim Bundesgerichtsgesetz und bei allen neuen Gesetzen darauf geeinigt, dass wir diese mit dem immer gleichen Ausdruck "Recht" einschliessen. Damit ist eigentlich das Anliegen der Minderheit abgedeckt. Wenn man in verschiedenen Gesetzen verschiedene Formulierungen braucht, obwohl man das Gleiche meint, ist das eigentlich nicht zweckmässig. Darum bitten wir Sie, entgegen dem Entwurf des Bundesrates hier der Mehrheit zuzustimmen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Der Ständerat hat den Begriff "Gerechtigkeit" mit 16 zu 13 Stimmen aus Artikel 4 Absatz 1 gestrichen. Unsere Kommission für Rechtsfragen übernahm diese Fassung und hat den jetzigen Minderheitsantrag Menétrey-Savary mit 12 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Es geht darum, ob Verfassungsgrundsätze auf Gesetzesstufe zu wiederholen sind. Artikel 4 Absatz 1 wiederholt den Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit - verankert ist dieser Grundsatz auf Verfassungsstufe in Artikel 191c der Bundesverfassung, wo es heisst: "Die richterlichen Behörden sind in ihrer rechtsprechenden Tätigkeit unabhängig und nur dem Recht verpflichtet." Unter dem Titel "Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns" heisst es weiter vorne in Artikel 5 Absatz 1 der Bundesverfassung: "Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht." Daraus ergibt sich der strafrechtliche Grundsatz "nulla poena sine lege", ohne Gesetz keine Strafe. Unter dem Titel "Allgemeine Verfahrensgarantien" heisst es dann in Artikel 29 Absatz 1 der Bundesverfassung: "Jede Person hat in Verfahren vor Gerichts- und Verwaltungsinstanzen Anspruch auf gleiche und" - hier kommt's: - "gerechte Behandlung sowie auf Beurteilung innert angemessener Frist." Ich ersuche Sie, der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen. Sollte der Minderheitsantrag durchkommen, kann er nur so verstanden werden, dass die Gerechtigkeit in doppelter Hinsicht zu verstehen ist: erstens im Sinne von gerechter Behandlung gemäss den allgemeinen Verfahrensgarantien nach Artikel 29 Absatz 1 der Bundesverfassung und zweitens im Sinne von Gerechtigkeit als Leitsatz für die Strafbehörden, wo ihnen das positive Recht einen Beurteilungsspielraum einräumt.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif: Beilage - Annexe 05.092/4428)

Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 58 Stimmen

Art. 5-13

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 4, Abs. 1

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 18:42:55

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	*	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	=	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	*	-	ZH
Beck	*	R	VD
Berberat	*	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	*	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	*	V	SG
Brunschwig Graf	*	R	GE
Buchler	+	C	SG
Bugnon	*	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	+	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevner	+	C	VS
Daquet	=	S	BE
Darbellay	+	C	VS
De Buman	=	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	*	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	*	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH
Fehr Jacqueline	*	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Fohn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	=	G	BE
Füglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	*	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	=	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	*	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	*	S	BS
Haberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hammerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	*	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	*	R	AR
Kohler	=	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	*	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kälin	*	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	=	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	=	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Mörgeli	*	V	ZH
Müller Gen	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Muri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehrli	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	*	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	=	C	TI

Rossini	*	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	o	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schluer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	*	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	*	R	LU
Triponoz	+	R	BE
Tschumperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	=	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	*	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	=	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Waffer	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	*	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	=	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	18	0	29	0	4	44	1	96
nein / non / no	6	10	0	39	0	0	3	58
enth. / abst. / ast.	0	1	0	0	0	0	0	1
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	4	3	10	13	1	11	2	44
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Ménétrey-Savary (=gemäss BR)

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 14, Abs. 4

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 18:45:50

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	*	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	*	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	*	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	*	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	*	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	*	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frosch	=	G	BE
Füglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	*	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glanzmann	*	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	=	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	*	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	*	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hammerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	*	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	*	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	*	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Näf	+	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	*	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	*	R	AR
Kohler	+	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	*	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bar	+	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kälin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	*	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	*	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	*	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	*	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	*	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	*	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Scheibert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schluer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	*	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	o	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	*	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponoz	+	R	BE
Tschumperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	=	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	*	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	=	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Wafler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	=	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	21	0	26	0	4	46	1	98
nein / non / no	0	11	0	38	0	0	3	52
enth. / abst. / ast.	1	0	0	0	0	0	0	1
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	6	3	13	14	1	9	2	48
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Kommission
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag Vischer

Proposition de la minorité

(Thanei, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Gyr, Hämmerle, Hubmann, Roth-Bernasconi, Vischer, Widmer)

Al. 2

.... Dans ce cadre, elle est soumise à la surveillance et aux instructions du ministère public. Exception faite de la première intervention, elle n'agit que sur mandat du ministère public.

Thanei Anita (S, ZH): Ein Vorteil des Staatsanwaltschaftsmodells ist es, dass die Verantwortung für die ganze Untersuchung bei einer Person liegt. Das heisst, die Untersuchung soll von A bis Z unter den Fittichen der Staatsanwaltschaft liegen. Nun sieht die Vorlage im Vorverfahren jedoch zwei Stufen vor: erstens das Ermittlungsverfahren durch die Polizei, zweitens die formelle Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft. Die Minderheit beantragt Ihnen, von diesem zweistufigen Vorverfahren abzusehen und der Polizei nur den ersten Zugriff zu überlassen. Weshalb tut sie das? Es sollen dadurch Doppelspurigkeiten vermieden werden. Irgendwann eröffnet die Staatsanwaltschaft die formelle Untersuchung gemäss Artikel 308 StPO; nach der Vorlage des Bundesrates und dem Antrag der Mehrheit Ihrer Kommission kann der Zeitpunkt von der Staatsanwaltschaft ziemlich beliebig gewählt werden.

Generell sollen gewisse Unzulänglichkeiten der polizeilichen Ermittlungen ausgeschlossen werden. Einzelne Parteirechte bestehen erst ab der Eröffnung der formellen Strafuntersuchung durch die Staatsanwaltschaft. Zudem gilt es darauf hinzuweisen, dass die Protokollpflicht der Polizei ziemlich rudimentär geregelt ist; ich verweise auf Artikel 306 Absätze 3 und 4 des Entwurfs.

Die Argumente gegen den Antrag der Minderheit sind nicht stichhaltig: Selbstverständlich kann die Polizei auch mit der gewünschten Fassung von Artikel 15 Personenkontrollen durchführen. Zudem kann sie - auf Antrag der Staatsanwaltschaft - auch weitere Ermittlungen durchführen. Sinn und Zweck ist es jedoch, dass die Staatsanwaltschaft die Verantwortung und die Leitung der Untersuchung hat, und zwar vom Anfang bis zum Ende.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Comme Madame Thanei vient de le dire, le gain d'efficacité du nouveau Code de procédure pénale est attribué au fait qu'une seule personne mène l'enquête et qu'on évite ainsi des doublons ou des navettes entre le juge d'instruction et le procureur.

Pourtant, ce principe n'est pas appliqué d'une manière rigoureuse car on se retrouve en fait ici avec une procédure en deux temps, soit une enquête préliminaire menée avec une certaine autonomie par la police, puis l'instruction sous la direction du ministère public. La répartition des rôles entre ces deux autorités n'est pas toujours très claire et le gain d'efficacité est finalement assez aléatoire. On ne sait pas exactement où s'arrête la compétence de la police et où commence l'enquête proprement dite.

Le but de la proposition de minorité qui est faite à l'article 15, de même que celles des articles 218, 298, 299, 306 et 308 déposées par Madame Thanei et moi-même - et que je traite d'une seule fois -, visent toutes le même but: réduire cette autonomie et remettre la conduite de l'enquête entre les mains du ministère public. Cela ne signifie pas que la police ne peut plus rien faire de sa propre initiative. En commission, nos propositions ont été caricaturées, comme si un policier qui voit un bandit braquer une banque devait commencer par téléphoner au ministère public pour savoir s'il a le droit de l'arrêter. Ce n'est évidemment pas du tout notre intention. La minorité considère qu'une intervention de la police, ce n'est pas la même chose qu'une enquête de la police judiciaire. Aussi bien le Conseil fédéral, dans son message, que les experts ou les praticiens soulignent le caractère déterminant des premières investigations et des premières auditions de la police. Ce n'est d'ailleurs pas pour rien que la Fédération suisse des fonctionnaires de police réclame avec autant d'insistance qu'on lui laisse une plage de temps libre dans les premières heures d'une enquête, avant l'intervention des avocats. Comme le remarque l'avocat Jacques Meyer dans la "Revue de l'avocat" no 10/2006: "Le poids de l'enquête tend toujours à se déplacer vers la phase durant laquelle les droits des justiciables sont le moins bien garantis, en particulier de l'instruction vers l'enquête préliminaire. Tout, dans ce projet, a été mis en place pour favoriser ce mouvement."

A nos yeux, ce processus est évidemment inquiétant. Des éléments récents viennent d'une certaine manière corroborer cette méfiance: il s'agit de l'enquête faite à Genève - mais c'est une réalité qui existe certainement ailleurs -, autour des mauvais traitements infligés par la police et des défaillances de l'appareil judiciaire. L'enquête signale que, de tous les détenus en détention préventive qui sont concernés par ces mauvais traitements, aucun d'entre eux n'a osé porter plainte. Cela laisse entendre que les possibilités de recours qui figurent dans le projet dont nous discutons ne sont pas suffisantes pour garantir un déroulement sans problème. A cela s'ajoute que l'autonomie de la police est fonction de la gravité du délit. Comme il est dit à l'article 306, la police informe le ministère public sur les "infractions graves". C'est donc à elle d'estimer ce qui est grave et ce qui ne l'est pas. En soi, c'est déjà tout un problème; mais en plus, cela signifie que les cas non considérés comme graves échappent au contrôle du procureur. Or, ces affaires sont généralement jugées par un juge unique - selon l'article 19 -, lequel va essentiellement s'appuyer sur l'enquête préliminaire de la police, au détriment du principe de l'immédiateté de la procédure.

Mehrheit der Kommission zu folgen. Warum?

Nach der Fassung des Bundesrates und der Mehrheit kann die Polizei auch über den sogenannten ersten Zugriff hinaus selbstständig ermitteln. Das ist beim Minderheitsantrag nicht der Fall. Die Polizei untersteht danach immer der Aufsicht und den Weisungen der Staatsanwaltschaft. Die Minderheit, die die Tätigkeit auf den ersten Zugriff beschränken will, beantragt eine Lösung, die vor allem bei der Massendelinquenz zu kaum lösbaren Problemen führen würde. Denken Sie an Strassenverkehrsdelikte: Wenn die Polizei einen zu schnellen Autofahrer fotografiert, dann ist das Radarfoto der erste Zugriff. Nach der Fassung der Minderheit müsste die Polizei danach die Staatsanwaltschaft orientieren, welche ihr ausdrücklich den Auftrag erteilen müsste, die Identität des Lenkers abzuklären. Nach der Fassung der Mehrheit kann die Polizei die Abklärung der Lenkeridentität selber vornehmen.

Sie müssen auch sehen, was das für einen Apparat bedeutet, wenn immer wieder weiterleitende Personen in solche Schritte involviert werden. Nehmen Sie das Betäubungsmittelgesetz: Wenn die Polizei einen Drogenkonsumenten anhält und dabei erfährt, woher er die Drogen hat, müsste sie nach der Fassung der Minderheit den Staatsanwalt orientieren, damit dieser sie auffordert, auch gegen den Verkäufer zu ermitteln. Die Fassung der Minderheit würde in der Praxis zu Leerläufen und vor allem zu einer erheblichen Belastung der Staatsanwaltschaften mit Massendelikten führen. Die Fassung der Mehrheit dagegen ist praxistauglich. Wir haben hier verschiedene Sicherungen eingebaut: Zum einen muss die Polizei nach Artikel 306 Absatz 1 die Staatsanwaltschaft unverzüglich über schwere Straftaten informieren. Zum anderen kann die Staatsanwaltschaft nach Artikel 306 Absatz 2 jedes von der Polizei bearbeitete Verfahren jederzeit an sich ziehen. Und schliesslich ist gegen die Handlungen der Polizei Beschwerde möglich.

Die Fassung der Mehrheit stellt somit sicher, dass die Polizei rasch und ohne Umweg über die Staatsanwaltschaft die notwendigen Abklärungen vornehmen kann. Gleichzeitig bestehen genügend Schutzmechanismen gegen ein zu weit gehendes Handeln der Polizei.

Wir bitten Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Ich ersuche Sie ebenfalls, der Mehrheit zuzustimmen. Ein gleichlautender Antrag wurde bereits in der Kommission gestellt, aber mit 11 zu 9 Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

Zur Begründung: Die neue Strafprozessordnung weist der Polizei in den Artikeln 15 und 305 die Aufgabe zu, aufgrund von Anzeigen, Anweisungen der Staatsanwaltschaft oder eben eigenen Feststellungen Straftaten zu ermitteln und den für die Straftat relevanten Sachverhalt festzustellen. Für die Fälle, in denen die Polizei aufgrund von Anzeigen oder eigenen Feststellungen ermittelt, will die Minderheit Thanei die Einschränkung machen, dass die Polizei im Einzelfall nur beim ersten Zugriff ohne Wissen und konkreten Auftrag der Staatsanwaltschaft tätig sein darf.

Die Mehrheit der Kommission lehnt diese Einschränkung aus fünf Überlegungen ab:

1. Der Begriff des ersten Zugriffs ist unbestimmt.
2. Die von der Minderheit beantragte Einschränkung ist nicht praktikabel.
3. Die Pflicht zur unverzüglichen Information der Staatsanwaltschaft bei schweren Straftaten und schwerwiegenden Ereignissen ist in der Strafprozessordnung verankert.
4. Die Ermittlungstätigkeit der Polizei und damit das Vorverfahren sind durch die Bestimmungen der Strafprozessordnung in dreifacher Hinsicht kontrolliert, nämlich durch die Bestimmungen zur Untersuchung - mit den Parteirechten - sowie jene über die Beweismittel und über die Zwangsmassnahmen.
5. Die Staatsanwaltschaft kann jederzeit ein polizeilich bearbeitetes Verfahren an sich ziehen.

Sinn und Zweck der polizeilichen Ermittlung ist, dass die Polizei zunächst von sich aus abklärt, ob sich der Verdacht einer Straftat erhärtet, und die sofort erforderlichen Abklärungen trifft. Wo die Polizei von sich aus weiss, was an Sachverhalt noch abzuklären ist, soll sie im Einzelfall nicht schon ganz am Anfang auf den konkreten Auftrag und die konkreten Weisungen der Staatsanwaltschaft warten müssen.

Ich ersuche um Zustimmung zum Antrag der Mehrheit.

AB 2007 N 946 / BO 2007 N 946

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4430)

Für den Antrag der Mehrheit 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 58 Stimmen

Art. 16

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats


Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 15, Abs. 2 (gilt für Art. 218, 298 und 299)

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 19:06:35

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	*	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Buchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	+	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevner	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	*	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frosch	=	G	BE
Fuglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	*	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	=	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Gunter	*	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hammerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	*	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	+	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	*	R	AR
Kohler	=	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kalin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	*	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Muri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	*	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	*	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlüer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	*	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponez	+	R	BE
Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	*	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	=	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Wafler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisayadis	=	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	25	0	31	0	4	46	2	108
nein / non / no	1	12	0	43	0	0	2	58
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	2	2	8	9	1	9	2	33
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

 Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Thanei

- l'infraction présumée afin d'identifier et de sanctionner les éventuels responsables;
- de faciliter l'accès à la justice des victimes: il est toujours difficile d'aller se plaindre de la police auprès de la police elle-même, surtout pour des étrangers ou des personnes en situation précaire;
 - de réduire le risque de procédures inéquitables puisque la personne qui mène l'instruction n'a pas à défendre des "collègues";
 - de garantir le droit à une appréciation objective et équitable des preuves;
 - de garantir l'indépendance de la procédure et d'empêcher la police d'intervenir dans la procédure d'instruction comme on l'a vu notamment à Zurich où le juge d'instruction a parfois transmis l'intégralité d'une plainte à la police en lui demandant de prendre position avant même que l'enquête ait été ouverte; conséquence: la brigade incriminée a été réunie par son chef et une version commune des faits a été préparée; lors des interrogatoires, les diverses personnes interrogées ont toutes donné des réponses identiques au mot près aux mêmes questions;
 - de garantir le respect de la procédure. La police tenue de signaler tous les cas au procureur spécial ne serait plus en mesure de "camoufler" des bavures;
 - d'assurer la célérité de la procédure dès son début;
 - de rendre impossible le "maquillage" des procès-verbaux ou d'influencer les déclarations des plaignants et des témoins;
 - de garantir une appréciation équitable et objective des témoignages et des parties.
-

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir bitten Sie, den Antrag Roth-Bernasconi abzulehnen. Meines Erachtens geht er von einer falschen Voraussetzung aus.

Es trifft nicht zu, dass eine Anzeige bei der Polizei eingereicht werden muss. Vielmehr kann sie ohne Rechtsverlust direkt bei der Staatsanwaltschaft deponiert werden. Der Antrag geht davon aus, dass die Polizei und der Staatsanwalt immer unter einer Decke stecken. Ich muss Ihnen sagen: Gerade bei der Beratung des Entwurfes hat sich gezeigt, dass die Polizei in vielen Punkten mehr Autonomie und Handlungsspielraum möchte und dass auch die Staatsanwälte ihren Bereich ausdehnen wollten. Es trifft auch nicht zu, dass die Polizei darüber entscheidet, ob eine Strafverfolgung eröffnet wird oder nicht. In

AB 2007 N 947 / BO 2007 N 947

Artikel 299 der Strafprozessordnung wird vielmehr festgelegt, dass das Vorverfahren schon mit der selbstständigen Ermittlungstätigkeit der Polizei eingeleitet wird. Damit soll sichergestellt werden, dass schon diese Tätigkeiten die strafprozessualen Regeln beachten und nicht im rechtsleeren Raum, ohne Parteirecht und dergleichen, stattfinden. Aber es ist immer die Staatsanwaltschaft Herrin des Verfahrens. Sie kann der Polizei Weisung erteilen oder das Verfahren ganz an sich ziehen.

Weiter steht gegen alle Handlungen und Versäumnisse der Polizei und der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit der Beschwerde offen. Wird ein Verfahren eingestellt, so kann die geschädigte Person dagegen ebenfalls Beschwerde einreichen. Neben den eigentlichen Rechtsmitteln nach Strafprozessrecht stehen die aufsichtsrechtlichen Behelfe, nämlich Aufsichts- und Disziplinarbeschwerde, zur Verfügung. Damit wird dieser Artikel in der Fassung von Frau Roth-Bernasconi überflüssig.

Pagan Jacques (V, GE), pour la commission: Nous avons été saisis, mon collègue et moi, de la proposition Roth-Bernasconi cet après-midi. Bien entendu, cette proposition n'a jamais été soumise à l'attention des membres de votre commission, ce qui fait que je ne puis rien vous dire à son sujet en tant que rapporteur. C'est pour cette raison qu'à titre tout à fait personnel, je vous demanderai de suivre les conclusions du Conseil fédéral et de rejeter cette proposition.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4431)

Für den Antrag Roth-Bernasconi 55 Stimmen

Dagegen 103 Stimmen

Art. 17, 18

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 16a (gilt für Art. 140, Abs. 3 neu und 306, Abs. 2)

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 19:10:54

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	*	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggy	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH

Fehr Mario	*	S	ZH
Flun	+	R	SO
Fohn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	o	G	BE
Füglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	*	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	*	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	*	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Gunter	*	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	*	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hämmerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	+	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	*	R	AR
Kohler	+	C	JU
Kunz	*	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kalin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	*	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Mörgeli	+	V	ZH
Müller Gen	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Muri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehrli	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	*	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbriani	+	C	TI

Rossini	=	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	*	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlüter	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	*	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	*	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponoz	+	R	BE
Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	o	G	ZH
Vollmer	=	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wafler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	=	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	24	0	28	0	5	44	2	103
nein / non / no	1	10	0	42	0	0	2	55
enth. / abst. / ast.	0	2	0	0	0	0	0	2
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	3	2	11	10	0	11	2	39
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

- + ja / oui / si
- = nein / non / no
- o enth. / abst. / ast.
- % entschuldigt gem. Art. 57 Abs 4
- excusé selon art. 57 al. 4 / scusato art. 57 cps. 4
- * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
- # Der Präsident stimmt nicht
- Le président ne prend pas part aux votes
- v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Zustimmung zum Antrag der Kommission
 Bedeutung Nein / Signification de non: Zustimmung zum Antrag Roth-Bernasconi

Kommissionsmehrheit respektive des Bundesrates eine Schranke bei zwei Jahren. Diese Schranke scheint mir absurd zu hoch zu sein. Denn das würde ja heissen, dass der Swissair-Prozess vor einem Einzelgericht stattgefunden hätte, wenn der Kanton Zürich das eingeführt hätte. Das kann ja nicht im Ernst die Meinung sein! Wenn nämlich ein Kanton das einführt, müssen natürlich alle Prozesse nach dieser Massgabe durchgeführt werden. Man kann dann nicht sagen, dass eine Ausnahme gelte, weil ein wichtiges Verfahren vorliege. Es mag sein, dass der Minderheitsantrag Menétrey-Savary zu tief liegt. Ich denke, dass die sinnvolle Höhe bei zwölf Monaten liegt. In diesem Sinne ersuche ich Sie, dem Minderheitsantrag Menétrey-Savary zuzustimmen, damit wir eine Differenz zum Beschluss des Ständerates schaffen. Ich glaube, dass die Formulierung, die die Kommissionsmehrheit vorsieht, zu wenig überdacht ist. Zwei Jahre sind

AB 2007 N 948 / BO 2007 N 948

nicht wirklich begründet. Sechs Monate mögen auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Es hat sich eingebürgert, dass die Schranke der schwerwiegenderen Delinquenz bei zwölf Monaten liegt. Deswegen mache ich Ihnen beliebt, den Minderheitsantrag Menétrey-Savary zu unterstützen, um dann in einem weiteren Schritt zu schauen, ob eine Lösung herauskommt, die besser ist als diejenige der Kommissionsmehrheit.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich ersuche Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen. Es gibt hier eine klare Ordnung: Der Entwurf der Strafprozessordnung sieht vor, dass Strafen bis zu sechs Monaten im sogenannten Strafbefehlsverfahren ausgesprochen werden können. Und das ist natürlich das, was am schnellsten geht, und es kommt ja nur zustande, wenn der Beschuldigte damit einverstanden ist. Die Grenze von zwei Jahren für Verfahren vor dem Einzelrichter ist darum sinnvoll, weil bis zu dieser Grenze nach den Regeln des soeben in Kraft getretenen Strafgesetzbuches der bedingte Strafvollzug gewährt werden kann. Dort, wo man ein Einzelgericht einrichtet, kann also der Einzelrichter so weit gehen, als eben noch die bedingte Strafe möglich ist. Wir haben auch gesehen, dass in den Kantonen, in denen die Kompetenzen der Einzelrichter zunehmend ausgeweitet werden, also über die sechs Monate und auch über ein Jahr hinausgehen, eine Annäherung an die Grenze erfolgt, bis zu der der bedingte Strafvollzug möglich ist. Schliesslich ist zu bedenken, dass die Regelung von Artikel 19 Absatz 2 den Kantonen nur die Möglichkeit gibt, Einzelgerichte vorzusehen. Und das wird dann in den Kantonen die Diskussion geben: Will man einen Einzelrichter, der bis zu dieser Grenze geht? Die Kantone sind frei, überhaupt Einzelgerichte vorzusehen, und es steht ihnen frei, die bundesrechtlich zulässige Spruchkompetenz nicht auszuschöpfen oder Einzelgerichte für bestimmte Delikte auszuschliessen. Diese Freiheit gibt die Strafprozessordnung den Kantonen. Wir bitten Sie, hier der Mehrheit zuzustimmen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Ich habe dem, was Herr Bundesrat Blocher vorgetragen hat, in der Sache nichts beizufügen. Es waren auch die Überlegungen der Kommission für Rechtsfragen. Der Minderheitsantrag Menétrey-Savary lag uns vor und wurde mit 10 zu 7 Stimmen abgelehnt. Die von Kollege Vischer erwähnte Lösung mit zwölf Monaten stand in der Kommission nicht zur Diskussion.

Abstimmung - Vote
(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4432)
Für den Antrag der Mehrheit 100 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 55 Stimmen

Art. 20-28, 28bis, 28ter, 29-37
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 38
Antrag der Kommission
Abs. 1

.... so entscheidet die Ober- oder Generalstaatsanwaltschaft oder, wenn keine solche vorgesehen ist, die Beschwerdeinstanz dieses Kantons endgültig.

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 19, Abs. 2

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 19:21:16

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemand	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrutter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	*	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Buchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscelli	=	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fassler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Fohn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	=	G	BE
Füglister	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	*	G	ZH
Germanier	*	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	*	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Gunter	*	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Haberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hämmerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	+	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	*	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	=	G	NE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	*	R	AR
Kohler	+	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kalin	*	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	*	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Muri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	*	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	+	R	TI
Pernin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	*	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	=	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	*	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schliuer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	*	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	=	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponez	+	R	BE
Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wafler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	*	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	=	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	25	0	27	0	5	41	2	100
nein / non / no	0	12	0	41	0	0	2	55
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	3	2	12	11	0	14	2	44
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Ménétrey-Savary

Art. 55-64

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

AB 2007 N 949 / BO 2007 N 949

Art. 65

Antrag der Kommission

Titel

Verfahrenssprache

Abs. 1

.... die Verfahrenssprachen ihrer

Abs. 2

.... in ihren Verfahrenssprachen durch; die

Art. 65

Proposition de la commission

Titre

Langue de la procédure

Al. 1

.... déterminent les langues dans lesquelles leurs autorités pénales conduisent les procédures.

Al. 2

.... accomplissent tous les actes de procédure dans ces langues; la direction

Angenommen - Adopté

Art. 66-76

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 77

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Über Gesuche um Protokollberichtigung entscheidet die Verfahrensleitung.

Art. 77

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

La direction de la procédure statue sur les requêtes de rectification du procès-verbal.

Angenommen - Adopté

Art. 78-91

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 92

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die FDP-Fraktion und die CVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

AB 2007 N 950 / BO 2007 N 950

Vischer Daniel (G, ZH): Ich ersuche Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Ich glaube, das ist eine elementare Frage. Wann besteht Akteneinsicht? Akteneinsicht ist eine Korrelation zur korrekten Beratung eines Klienten. Der Anwalt der ersten Stunde und die Akteneinsicht bilden wiederum eine Konnexität. In diesem Sinne macht dieser Minderheitsantrag Sinn, weil damit gewährleistet ist, dass die Verteidigung der ersten Stunde tatsächlich ausgeübt werden kann - Frau Hubmann hat darauf hingewiesen. Wäre dem nicht so, müsste ich als Verteidiger sagen: Schweigen Sie einmal, warten wir einmal ab, bis wir Aktenkenntnis haben.

Nun, was heisst Missbrauch? Das ist die entscheidende Frage. Der Antrag der Minderheit Hubmann kennt ja eine Einschränkung, nämlich den Missbrauchsvorbehalt. Der Missbrauchsvorbehalt wäre ja immer dann gegeben, wenn eine Kollusionsgefahr bestünde, das heisst, wenn die Gefahr bestünde, dass die vorhandene Aktenkenntnis, die nicht direkt mit der Verteidigung des eigenen Klienten zu tun hat, zulasten des Verfahrens ausgenützt werden könnte. Insofern verhindert dieser Missbrauchsvorbehalt eigentlich, dass die Verteidigungsrechte in diesem Punkte zu weit gehen und die Polizei ihre legitime eigene Polizeitaktik nicht durchsetzen kann. Im Übrigen muss die Polizei jeweils nur die Akten vorlegen, die im Moment benötigt werden, um beim Haftrichter dannzumal einen Haftantrag durchzubringen. Die Polizei hat durchaus das Recht auf eine gewisse eigene Polizeitaktik. Sie muss keineswegs von Anfang an alle Akten vorlegen, aber sie muss diejenigen Akten vorlegen, bei denen sie davon ausgeht, dass sie für die erste Einvernahme und für die Weiterungen, die die erste Einvernahme nach sich zieht, von Bedeutung sind.

Vor diesem Hintergrund ist nicht einzusehen, warum das von Frau Hubmann stipulierte Einsichtsrecht nicht tatsächlich Eingang in die Strafprozessordnung finden sollte. Man müsste im Gegenteil sagen: Wird es nicht eingeführt, besteht bezüglich Verteidigerrechte eine wesentliche Lücke.

Blocher Christoph, Bundesrat: Die Minderheit will das Akteneinsichtsrecht, das natürlich grundsätzlich gegeben sein muss, für die beschuldigte Person massiv ausweiten, indem diese grundsätzlich - und das ist das Problem - von Beginn der Untersuchung an volles Akteneinsichtsrecht haben soll. Das geht zu weit. Es kann nämlich eben im Interesse der Wahrheitsfindung liegen, dass eine beschuldigte Person einvernommen wird, ohne dass sie vorher die Akteneinsicht gehabt hat; dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn sie mit Aussagen von Zeugen konfrontiert werden soll. Wenn sie das alles von vornherein weiss, kann sie sich natürlich eine Verteidigungsstrategie zurechtlegen. Der beschuldigten Person wäre es ein Leichtes, sich eine solche Strategie zurechtzulegen, wenn sie die Zeugenaussage bereits vor ihrer Einvernahme kennen würde. Denken Sie an die Verfolgung des Drogenhandels, wo häufig der Fernmeldeverkehr der beschuldigten Person aufgezeichnet wird, wo man abgehört hat, bevor man die Person überhaupt dingfest gemacht hat. Hier hätte die von der Minderheit beantragte Änderung zur Folge, dass der beschuldigten Person von Beginn an alle Aufzeichnungen zur Kenntnis gebracht werden müssten, sodass sie bereits eine Verteidigungsstrategie hätte, wie sie diese Protokolle einbauen könnte.

Der von der Minderheit vorgesehene Vorbehalt bezüglich des Missbrauchs hilft nicht weiter. Nach dieser Bestimmung können die Parteirechte, also auch die Akteneinsicht, bei Verdacht auf Missbrauch eingeschränkt werden. Aber es ist dann gar nicht leicht zu erkennen, wo ein solcher Missbrauch vorliegt. Wenn gestützt auf die Akteneinsicht eine Verteidigungsstrategie erfolgt, dann ist das zum Vorteil der Person, aber zum Nachteil der Strafverfolgung. Die Fassung der Minderheit würde die Strafverfolgung wesentlich erschweren, ohne dass wirksame Gegenmassnahmen getroffen werden könnten. Akteneinsicht muss selbstverständlich gewährleistet sein, aber nicht in allen Fällen von Anfang an. Wir bitten Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Dieser Antrag lag der Kommission vor, wurde aber von einem anderen Mitglied gestellt. Die Kommission hat ihn mit 12 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. In der Sache kurz Folgendes: Die Kommission stand und steht zum Grundsatz des Anwaltes der ersten Stunde, im Sinne der Teilnahme an der ersten Einvernahme. Aber dafür ist nach Auffassung der Mehrheit der Kommission die Akteneinsicht ab der ersten Stunde als Äquivalent nicht zwingend erforderlich. Es besteht zugegebenermassen eine Interessenkollision zwischen Polizei und beschuldigter Person. Wenn man in diesem Punkt einseitig zugunsten der beschuldigten Person entscheidet, so muss man sich bewusst sein, dass auf der anderen Seite nicht nur der Staat steht, sondern vielfach eben auch ein Opfer, das Anspruch auf Aufklärung der Straftat hat. Ich ersuche Sie, der Mehrheit zu folgen und den Minderheitsantrag abzulehnen.

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art 99

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 19:35:18

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	*	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Brignasca Attilio	*	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	*	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Buchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscelli	=	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fassler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	*	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	=	G	BE
Füglistaller	*	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	*	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	=	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Haberli	+	C	TG
Haering	*	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hämmerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	*	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	+	R	AR
Kohler	=	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kälin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	*	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Mürli	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	=	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	=	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schliuer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	BS
Schweizer Urs	*	R	SZ
Siegnist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	*	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spühler	+	V	TG
Stahl	*	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponez	+	R	BE
Tschumperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	AG
Zemp	*	C	SG
Zisayadis	=	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	20	0	31	0	5	40	2	98
nein / non / no	1	13	0	43	0	0	2	59
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	7	1	8	9	0	15	2	42
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec art 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

 Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Hubmann

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 1bis

In Verfahren wegen Widerhandlungen gegen das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 (SR 455) kommen der kantonalen Fachstelle für Tierschutz volle Parteirechte zu. Die Kantone können diese Rechte anstelle der Fachstelle für Tierschutz einer anderen Behörde einräumen.

Antrag Scherer Marcel

Abs. 1bis

Streichen

Schriftliche Begründung

Mit dem neu eingebrachten Absatz 1bis der Kommission des Nationalrates wird auf einer weiteren Schiene versucht, den Kantonen eine neue Institution - Tieranwälte - aufzudiktieren.

1. Das Institut eines Tierschutzanwaltes ist in der Schweiz einzig im Kanton Zürich bekannt. In anderen Kantonen ist die Einführung einer solchen Stelle gescheitert (so z. B. im Thurgau und in Solothurn), und auch im Vernehmlassungsverfahren hat sich kein einziger Kanton für die Einführung eines Tierschutzanwaltes ausgesprochen.

Es wäre deshalb nicht sachgerecht, die Kantone zur Einführung eines Institutes zu verpflichten, das kaum bekannt ist und kaum verlangt wird.

2. Der Entwurf zur Strafprozessordnung (E-StPO) bezeichnet lediglich jene Behörden als obligatorisch, die für die Durchführung eines Strafverfahrens zwingend nötig sind. Selbst dort obliegt die nähere Organisation jedoch den Kantonen, weil diesen möglichst grosse Freiheit gelassen werden soll. So schreibt der E-StPO beispielsweise die Staatsanwaltschaft als Behörde vor, ohne den Kantonen jedoch die Einrichtung einer auf Drogen- oder Wirtschaftskriminalität spezialisierten Staatsanwaltschaft vorzuschreiben. Diesem Konzept widerspricht ein Obligatorium für die Einführung einer Stelle, die in Tierschutzsachen Parteistellung hat, grundlegend.

3. Der hohe Grad an Organisationsautonomie zeigt sich auch in Artikel 102 Absatz 3 E-StPO, wonach Bund und Kantone weiteren Behörden, die öffentliche Interessen zu wahren haben, volle oder beschränkte Parteirechte einräumen können. Mit dieser Bestimmung erweist sich die Pflicht, eine besondere Behörde für Tierangelegenheiten vorzusehen, als Einengung der Organisationsautonomie der Kantone, welche sachlich nicht nötig ist: Die Kantone haben die Möglichkeit, die Einhaltung tierschutzrechtlicher Bestimmungen auf besondere Weise sicherzustellen.

Art. 102

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 1bis

Dans le cadre de procédures ouvertes pour infractions à la loi fédérale du 9 mars 1978 sur la protection des animaux (RS 455), la qualité de partie avec tous les droits est reconnue à l'organe cantonal chargé de la protection des animaux. En lieu et place de cet organe, les cantons peuvent reconnaître la qualité de partie à une autre autorité.

Proposition Scherer Marcel

Al. 1bis

Biffer

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich möchte Sie bitten - unabhängig vom Antrag Scherer Marcel -, hier beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Die Kommission beantragt, dass die Kantone in Verfahren wegen Widerhandlungen gegen das Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 einen Tierschutzanwalt bestimmen müssen. Es kann aber auch die kantonale Fachstelle für Tierschutz sein: "Die Kantone können diese Rechte anstelle der Fachstelle für Tierschutz einer andern Behörde einräumen."

Dieser Tierschutzanwalt hat die Kantone stark beschäftigt; sie möchten nicht verpflichtet werden, einen solchen Tierschutzanwalt vorzusehen. Heute hat nur ein Kanton einen Tierschutzanwalt, nämlich der Kanton Zürich.

Der Bundesrat schlägt Ihnen vor, dass Bund und Kantone weiteren Behörden, die öffentliche Interessen zu wahren haben, volle oder beschränkte Parteirechte einräumen können. Aber der Antrag der Kommission, welcher die Kantone verpflichtet, auf ihre Art und Weise einen Tierschutzanwalt zu bestimmen, geht dem Bundesrat zu weit, weil sich die Kantone *expressis verbis* dagegen gewehrt haben.

Darum bitten wir Sie, den Antrag der Kommission zu Absatz 1bis abzulehnen.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Ich bitte Sie im Namen der Kommission, den Antrag Scherer Marcel und den Beschluss des Ständerates abzulehnen. Weshalb? Ihre Kommission hat, nachdem sie

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 102, Abs. 1bis

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 19:45:05

Abate	=	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	+	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	=	V	BE
Aubert Josiane	+	S	VD
Baader Caspar	=	V	BL
Bader Elvira	=	C	SO
Banga	*	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	*	-	ZH
Beck	=	R	VD
Berberat	+	S	NE
Bernhardsgrutter	+	G	SG
Bigger	=	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	=	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	=	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	=	C	LU
Brunner Toni	=	V	SG
Brunschwig Graf	=	R	GE
Büchler	=	C	SG
Bugnon	=	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	=	R	NE
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	=	C	GR
Chappuis	+	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	+	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	*	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	=	R	GE
Engelberger	=	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fassler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	=	V	VD
Favre	=	R	VD
Fehr Hans	=	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH

Fehr Mario	+	S	ZH
Fluri	=	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	=	V	VS
Frösch	+	G	BE
Füglister	*	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	+	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	+	G	ZH
Germanier	=	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	=	C	LU
Glasson	=	R	FR
Glur	=	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher Edith	+	S	TG
Gross Andreas	*	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	=	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	+	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hammerle	+	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	=	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	=	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Huber	=	R	UR
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	+	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	=	R	ZH
Imfeld	=	C	OW
Ineichen	=	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	=	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	+	G	NE
Kaufmann	=	V	ZH
Keller Robert	*	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE

Kleiner	=	R	AR
Kohler	=	C	JU
Kunz	=	V	LU
Lang	+	G	ZG
Laubacher	=	V	LU
Leuenberger Genève	+	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	=	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	o	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kálin	+	S	ZH
Mathys	=	V	AG
Maurer	=	V	ZH
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	=	C	SG
Menétrey-Savary	+	G	VD
Messmer	=	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	=	R	GR
Miesch	*	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Mörgeli	=	V	ZH
Müller Geni	+	G	AG
Müller Philipp	=	R	AG
Müller Thomas	=	C	SG
Müller Walter	=	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Müri	=	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	=	R	ZH
Oehrli	=	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	=	R	TI
Perrin	=	V	NE
Pfister Gerhard	=	C	ZG
Pfister Theophil	=	V	SG
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	+	G	VD
Rennwald	+	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	=	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	+	S	VS
Roth-Bernasconi	+	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	=	V	ZH
Savary	+	S	VD
Schelbert Louis	+	G	LU
Schenk	=	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	=	V	ZG
Schibli	=	V	ZH
Schlüer	=	V	ZH
Schmid Walter	=	V	BE
Schneider	=	R	BE
Schwander	=	V	SZ
Schweizer Urs	=	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Spuhler	=	V	TG
Stahl	*	V	ZH
Stamm Luzi	=	V	AG
Steiner	=	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	=	R	LU
Triponez	=	R	BE
Tschümperlin Andy	+	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	=	R	VD
Veillon	=	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	+	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	=	E	BE
Wafler	=	E	ZH
Walter Hansjörg	=	V	TG
Wandfluh	=	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	=	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	=	V	SO
Wyss Ursula	+	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	+	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	10	13	3	43	3	3	3	78
nein / non / no	12	0	27	0	2	37	1	79
enth. / abst. / ast.	0	0	1	0	0	0	0	1
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	6	1	8	9	0	15	2	41
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Kommission

Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag Scherer Marcel (=gemäss SR und BR)

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Nous abordons ici la question de l'avocat de la première heure. Toute la question est de savoir si le principe de la première heure va être réellement mis en oeuvre ou si on ne va pas finalement assouplir le système pour économiser non seulement les frais d'avocat, mais aussi le temps et la liberté des enquêteurs.

Aux articles 128 et suivants, il s'agit de prévenus qui sont en détention provisoire; ce sont des cas graves ou des procédures particulières qui rendent la défense obligatoire. Le projet propose un délai de dix jours pour se faire assister par un avocat. La minorité estime que ce délai est trop long, même si actuellement, dans les cantons, les délais sont encore plus longs. Pour l'affirmer, la minorité se base sur le message du Conseil fédéral, à la page 1157: "Eu égard à la situation particulière dans laquelle se trouve le prévenu qui a été arrêté et placé en détention provisoire, notamment au début de cette détention, on peut, toutefois, se demander s'il ne serait pas nécessaire d'ordonner une défense obligatoire dans un délai plus court. Une telle disposition serait de nature à inciter l'autorité pénale à user avec retenue de cette mesure de contrainte." Eh bien, à nos yeux, on ne saurait être plus clair et on ne saurait mieux dire.

En effet, il a été plusieurs fois rappelé à quel point les premières heures de détention provisoire ainsi que les premières heures d'audition sont déterminantes. Il paraît que les récidivistes savent qu'ils doivent se taire. Mais les autres peuvent faire des déclarations qui seront retenues contre eux et certains estiment que c'est la seule manière de faire sortir la vérité matérielle, c'est-à-dire d'obtenir des aveux à partir desquels évidemment tout bascule. Pourtant, la présence d'un avocat n'a pas pour objectif de cacher la vérité; elle a plutôt pour objectif de vérifier l'interprétation que le procureur ou le policier fait des propos du prévenu et ce qu'il en retient. Il a aussi été dit en commission que les cantons n'étaient guère favorables à l'intervention précoce du défenseur parce que cela coûte cher et qu'après tout il s'agit juste de savoir si la détention se justifie ou non, comme si cela était une décision anodine.

La minorité que je représente s'insurge contre cette banalisation d'une mesure qui porte fortement atteinte à la liberté personnelle. Il faut bien voir aussi que ces dix jours représentent un délai maximal, mais que les prévenus qui en ont les moyens seront pourvus d'un ou de plusieurs avocats dès les premières heures. C'est pourquoi on peut penser - et cela a été dit déjà de plusieurs côtés - qu'on ouvre ici la porte à une justice à deux vitesses. Cette inégalité de traitement est d'autant plus choquante qu'à l'article 130 alinéa 2 lettre b, le Conseil des Etats a biffé le délai de trois jours dans lequel les détenus sans moyens financiers devaient être pourvus d'un défenseur d'office. Cela signifie maintenant que les démunis devront attendre dix jours, alors que les prévenus aisés, eux, seront défendus dès le départ.

Dans les discussions, on trouve de nombreux signes qui montrent que, derrière les garanties formelles, on veut une justice expéditive qui ne s'encombre pas de précautions inutiles et qui fonctionne sans entraves. Ainsi, la remarque que sans l'avocat, les choses avancent beaucoup plus vite revient souvent. Avancer, oui! mais dans quel sens? Le désastre du procès d'Outreau devrait nous faire réfléchir davantage aux risques auxquels expose une justice expéditive.

Ce sont les raisons pour lesquelles je vous demande de soutenir non seulement la minorité, que je représente, à l'article 128 lettre a, mais aussi la minorité Thanei à l'article 130.

Hubmann Vreni (S, ZH): In Artikel 128 geht es um die Frage, ab welchem Zeitpunkt eine Pflichtverteidigung aufgeboden sein muss. Der Bundesrat schlägt eine Frist von zehn Tagen vor, die Minderheit Menétrey-Savary beantragt fünf Tage. Diese Lösung entspricht auch eher der bundesrätlichen Botschaft, in welcher auf Seite 1178 deutlich gesagt wird, dass man sich fragen müsse, ob nicht bereits früher eine notwendige Verteidigung erforderlich sei. Dies insbesondere angesichts der besonderen Situation, in der sich verhaftete Beschuldigte zu Beginn der Untersuchungshaft befinden. Die Botschaft weist darauf hin, dass nach Artikel 130 Absatz 2 Buchstabe a für mittellose beschuldigte Personen bereits nach drei Tagen eine amtliche Verteidigung angeordnet werden kann. Das Problem aber ist, dass der Ständerat genau diese Passage gestrichen hat.

Die SP-Fraktion wird deshalb dem Antrag der Minderheit Menétrey-Savary zustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die FDP-Fraktion, die CVP-Fraktion und die SVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich halte dies für eine Schlüsselfrage. Es geht darum: Ab wann ist eine Verteidigung notwendig? Bundesrat und Ständerat schlagen vor, dies solle nach zehn Tagen Haft so sein, die Minderheit Menétrey-Savary beantragt fünf Tage. Der Kanton Zürich kennt heute übrigens eine Schranke von vier Tagen.

Worum geht es? Untersuchungshaft ist - unausgesprochen oder ausgesprochen - immer auch eine Möglichkeit der Geständniserschaffung. Deswegen wird sie ja meistens angewandt. Die polizeiliche Untersuchungsführungstaktik geht davon aus: Wenn ein Mensch in Untersuchungshaft ist, führt das zu einer

Regelungen, sehr fortschrittlich, hat aber den Nachteil, dass ein Beschuldigter im Vergleich zu kantonalen Regelungen relativ früh einen Anwalt bestellen muss, den er selbst zu bezahlen hat.

Pagan Jacques (V, GE), pour la commission: Je précise que ce problème a été évoqué au Conseil des Etats, lequel a décidé que le prévenu doit avoir un défenseur si la détention avant jugement a duré plus de dix jours, alors qu'il avait pourtant été saisi d'une demande au sein de sa commission pour fixer ce délai à cinq jours.

Le Conseil des Etats a réfléchi au problème et nous vous proposons d'adopter sa décision, afin que notre conseil soit au même niveau.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4436)

Für den Antrag der Mehrheit 93 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 57 Stimmen

Art. 129

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Hämmerle, Menétrey-Savary, Roth-Bernasconi, Vischer, Widmer)

Abs. 2

... des Vorverfahrens erfüllt, so ist die Verteidigung vor der ersten Einvernahme sicherzustellen.

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Gyr, Menétrey-Savary, Roth-Bernasconi, Vischer, Widmer)

Abs. 3

... Beweise abgenommen, bevor eine Verteidigerin oder ein Verteidiger bestellt worden ist, so sind diese und die daraus gewonnenen weiteren Beweise nur verwertbar, wenn die beschuldigte Person auf ihre Wiederholung verzichtet.

Art. 129

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Hubmann, Hämmerle, Menétrey-Savary, Roth-Bernasconi, Vischer, Widmer)

Al. 2

... de la procédure préliminaire, la défense doit être mise en oeuvre avant la première audition.

AB 2007 N 954 / BO 2007 N 954

Proposition de la minorité

(Hubmann, Gyr, Menétrey-Savary, Roth-Bernasconi, Vischer, Widmer)

Al. 3

Les preuves administrées - et les preuves qui en découlent - avant qu'un défenseur ait été désigné, alors même que la nécessité d'une défense aurait pu être admise, ne sont exploitables qu'à condition que le prévenu renonce à en répéter l'administration.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ich bitte Frau Hubmann, ihre Minderheitsanträge zu den Absätzen 2 und 3 gemeinsam zu begründen.

Hubmann Vreni (S, ZH): In diesem Artikel geht es um die Sicherstellung der notwendigen Verteidigung. Da ein Anspruch auf die Verteidigung der ersten Stunde besteht, muss im Fall einer notwendigen Verteidigung eine solche ebenfalls ab der ersten Einvernahme sichergestellt sein. Deshalb beantrage ich Ihnen, in Absatz 2 das Wörtchen "nach" durch das Wörtchen "vor" zu ersetzen.

Absatz 3 betrifft das Beweisverwertungsverbot für den Fall, dass Beweise abgenommen worden sind, bevor die erkennbar notwendige Verteidigung sichergestellt war. Solche Beweise und auch die daraus gewonnenen weiteren Beweise dürfen nicht verwendet werden, ausser die beschuldigte Person verzichtet auf die Wiederholung der Beweisabnahme.

Ich bitte Sie, diesen Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Roth-Bernasconi
Al. 3

Le procureur spécial au sens de l'article 16a alinéa 1 est seul habilité à mener des auditions dans les procédures engagées contre des membres de la police pour des actes délictueux commis dans l'exercice de leur fonction.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Über den Antrag Roth-Bernasconi wurde bei Artikel 16a entschieden.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 141, 141bis, 142, 143
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 144
Antrag der Mehrheit
Abs. 1, 2, 4
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Abs. 3

Die Partei oder ihr Rechtsbeistand können die Wiederholung der Beweisabnahme verlangen, wenn der Rechtsbeistand oder eine Partei ohne Rechtsbeistand aus zwingenden Gründen an der Teilnahme verhindert waren. Auf eine Wiederholung kann

Antrag der Minderheit
(Thanei, Garbani, Hubmann, Jutzet, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)
Abs. 4
.... dürfen nicht zulasten der Partei verwertet werden, deren Rechte verletzt wurden.

Art. 144
Proposition de la majorité
Al. 1, 2, 4
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Al. 3

La partie ou son conseil juridique peut demander la répétition de l'administration de preuves lorsque celui-ci ou la partie non représentée n'a pas pu y prendre part pour des motifs impérieux. Il peut être renoncé

Proposition de la minorité
(Thanei, Garbani, Hubmann, Jutzet, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)
Al. 4
.... ne sont pas exploitables comme moyens de preuve à la charge de la partie dont les droits ont été violés.

Thanei Anita (S, ZH): Es geht in Artikel 144 um die Teilnahme- und Mitwirkungsrechte bei der Beweisabnahme. Es ist hier insbesondere von Bedeutung, dass die beschuldigte Person oder deren Rechtsbeistand Fragen stellen kann. Das ist wichtig bei Zeuginnen- und Zeugenaussagen, da in diesem Zusammenhang auch die Gestik, das Zögern, langsame Antworten, Nicken usw. wichtig sind und zum Teil zu weiteren Fragen Anlass geben, die allenfalls von der fragenden Person nicht gestellt werden. In Absatz 4 ist ein Beweisverwertungsverbot geregelt, und zwar wie folgt: "Beweise, die in Verletzung der Bestimmungen dieses Artikels erhoben worden sind, dürfen nicht zulasten der Partei verwertet werden, die nicht anwesend war." Das heisst, das Beweisverwertungsverbot greift nur, wenn das Anwesenheitsrecht verletzt ist. Es muss natürlich, um wirklich griffig zu sein, auch gelten, wenn die übrigen Mitwirkungsrechte, also insbesondere das Fragerecht der beschuldigten Person oder dasjenige ihres Rechtsbeistandes, verletzt sind. Deshalb beantragt Ihnen die Minderheit, dass diese Beweise nicht verwertet werden dürfen, wenn die Rechte - und damit sind die Anwesenheits- und Mitwirkungsrechte gemeint - der Partei verletzt sind.

Sommaruga Carlo (S, GE): Il est ici question du droit des prévenus à participer à l'administration des preuves. Le principe posé est que les preuves doivent être administrées en leur présence. L'objectif est de permettre au prévenu ou à son conseil de participer concrètement à l'administration des preuves, par exemple en posant une question au témoin ou, lors d'une perquisition, en proposant des orientations s'il y a des recherches à entreprendre. Si le prévenu n'est pas présent en l'absence de faute de sa part, il est indispensable que l'administration des preuves soit répétée ou que la preuve soit écartée. La preuve doit être écartée puisque les droits de procédure ne sont pas respectés.

La proposition de la minorité Thanei clarifie ce qui doit advenir des preuves administrées en violation des règles de procédure. La minorité veut que la loi dise clairement que la

AB 2007 N 959 / BO 2007 N 959

preuve ne peut être utilisée contre le prévenu qui a vu violés ses droits de procédure.

Certes, en commission il a été dit par l'administration que la proposition de la minorité à l'article 144 alinéa 4 ne faisait que confirmer ce qui découle implicitement de l'article 144 dans son ensemble. Le refus du rajout de l'alinéa proposé par la minorité Thanei est alors incompréhensible, dès lors qu'en procédure pénale, domaine sensible où il convient de préciser les choses plutôt que de les laisser implicites dans les textes, il est opportun d'écrire même ce qui est évident.

Rappelons que l'on met en place un système complexe en matière d'administration des preuves pour tenter de garantir les droits du prévenu. Il serait donc absurde que cette architecture soit affaiblie par une imprécision. Le rappel qu'une preuve ne peut pas être utilisée contre le prévenu si elle est utilisée en violation des règles de procédure apparaît donc ici aussi comme indispensable.

La portée réelle de la minorité Thanei vise à éviter un oreiller de paresse pour le ministère public qui serait tenté de ne pas prêter toute l'attention voulue au respect des règles de procédure. Car, dans certains cas, il pourrait de toute façon utiliser la preuve.

Au nom du groupe socialiste, je vous invite donc à soutenir cette proposition de minorité.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion, die FDP-Fraktion und die CVP-Fraktion teilen mit, dass sie dem Antrag der Mehrheit folgen werden.

Blocher Christoph, Bundesrat: An sich sind wir auch für die Kommissionsmehrheit. Ich bin aber der Auffassung, dass die Zustimmung zum Antrag der Minderheit Thanei eine Differenz zum Ständerat schafft, die eine Klärung ermöglicht. Ich sage Ihnen, warum das so ist: In der Botschaft wird ausgeführt, dass das Teilnahmerecht das Recht auf Anwesenheit und das Recht, einer einvernommenen Person Fragen zu stellen, umfasst; die Anwesenheit ist eben auch dabei. Die Frage, die jetzt Frau Thanei aufgeworfen hat - ob jemand, der zwar anwesend ist, aber kein Recht oder nur teilweise ein Recht bekommen hat, Fragen zu stellen, als abwesend gilt oder nicht -, ist nicht geklärt worden. Ich meine, es wäre richtig, wenn Sie diese Differenz hier schaffen würden. Damit sage ich nicht, dass ich inhaltlich immer zum Antrag der Minderheit stehen werde. Auch wenn Sie jetzt für die Mehrheit waren: Es ist nur die Meinung, hier eine Differenz zu schaffen. Wenn wir eine Strafprozessordnung machen, ist es richtig, dass wir bei jedem Artikel auch sicher sind, dass er stimmt.

Darum bitte ich Sie, hier der Mehrheit zuzustimmen. Die Fraktionen, die mit der Mehrheit auf meiner Seite waren, sollten den Wechsel auch machen, ohne die Gesinnung zu ändern.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Herr Bundesrat, Sie haben gesagt, man solle dem Antrag der Mehrheit zustimmen. Meinten Sie den Antrag der Minderheit?

Blocher Christoph, Bundesrat: Ja, ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit Thanei zuzustimmen.

Pagan Jacques (V, GE), pour la commission: Je suis là pour défendre la commission, qui s'est opposée, par 13 voix contre 8 et 2 abstentions, à la proposition défendue par la minorité, en fonction notamment du fait que la formulation utilisée par Madame Thanei n'était absolument pas claire. Mais enfin, je m'en remets bien entendu - n'ayant pas plus de droit que la commission - à son propre avis, et, comme les membres de la commission se trouvent dans cette salle, c'est à eux de se déterminer sur la base des dernières propositions de Monsieur le conseiller fédéral Blocher.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4441)

Für den Antrag der Minderheit 134 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 3 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 145

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 146

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2, 4-6

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

.... gestatten, sich von einem Rechtsbeistand oder von einer Vertrauensperson begleiten zu lassen.

Art. 146

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 4-6

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

.... peut autoriser les personnes à protéger à se faire accompagner par un conseil juridique ou par une personne de confiance.

Angenommen - Adopté

Art. 147-154

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 155

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Aeschbacher, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Abs. 1

....

e. sie Beweismittel beantragen kann.

Art. 155

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Aeschbacher, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Al. 1

....

e. qu'il peut proposer des moyens de preuve.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): A cet article, la minorité souhaite dire explicitement que les prévenus doivent être informés qu'ils peuvent proposer des moyens de preuve. Il paraît que cela va sans dire et que cela se trouve déjà à l'article 105, mais la minorité estime que cela irait mieux en le mentionnant aussi à l'article 155.

Il nous paraît effectivement important que le prévenu soit averti qu'il n'a pas seulement le droit de se taire, mais qu'il a

AB 2007 N 960 / BO 2007 N 960

le droit de se défendre, qu'il peut aussi être actif, qu'il peut organiser sa défense afin de prouver, le cas échéant, son innocence. Ce peut être un signe adressé au prévenu qu'il peut être l'acteur de son procès et pas seulement la victime de la justice. C'est une manière pour lui de se responsabiliser. Mais pas seulement: l'information donnée au prévenu revêt une grande importance dans le cadre de la Convention européenne des droits de l'homme et de son article 6 qui prévoit que toute personne privée de liberté doit être informée des raisons de cette privation et des droits qui sont les siens.

Parmi ces droits, il y a notamment la réquisition de preuves. Le problème, c'est que d'autres articles de la loi précisent que si ces réquisitions sont refusées, il n'y a pas de recours possible. Certains experts ont, dès lors, émis l'hypothèse que la Cour européenne des droits de l'homme pourrait juger incompatible une condamnation fondée sur des preuves rassemblées unilatéralement par le procureur, alors même que le prévenu n'a pas pu faire valoir les siennes, soit parce que ses réquisitions ont été refusées, soit parce qu'il n'était précisément pas informé qu'il pouvait faire valoir ses moyens de preuve. Cela semble peu de chose, mais c'est important.

Je vous recommande donc d'adopter cette modification.

Hubmann Vreni (S, ZH): Die SP-Fraktion wird auch hier der von der Minderheit Menétrey-Savary beantragten Ergänzung zustimmen. Die in Artikel 155 vorgesehene Rechtsbelehrung ist unvollständig; man unterlässt es vorzusehen, dass die beschuldigte Person auf wichtige Mitwirkungsrechte hingewiesen werden muss, z. B. darauf, dass sie Beweismittel beantragen kann. Der Antrag der Minderheit Menétrey-Savary ist deshalb eine absolut notwendige Ergänzung. Jetzt, wo Herr Bundesrat Blocher den Durchbruch geschafft hat, wird er vielleicht auch hier mithelfen, eine Differenz zu schaffen.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Hier haben wir einen der wenigen Fälle, in denen ich mit der Minderheit in der Kommission gestimmt habe und in dem auch unsere Fraktion mit der Minderheit stimmen wird; dies aus folgenden Gründen: Es geht hier darum zu sagen, was einer Person, gegen die eine Untersuchung eröffnet wird, obligatorisch mitgeteilt werden muss. Die Minderheit verlangt, dass dazu nicht nur die Möglichkeit der Aussageverweigerung, nicht nur die Möglichkeit des Bestellens einer Verteidigung, nicht nur die Möglichkeit des Verlangens einer Übersetzung gehören soll, sondern dass man einer solchen Person auch sagen muss, dass sie Beweismittel beantragen kann. Warum ist dieser Zusatz wichtig? Deshalb, weil unter Umständen einer beschuldigten Person bei einer solchen Eröffnung sofort in den Sinn kommt: Aha, da besteht ja noch irgendwo diese oder jene Verbindung zu dieser oder jener Person. Denken Sie gerade ans Milieu der Betäubungsmittel oder ans Sexmilieu, in denen sich Personen sehr rasch verschieben, wieder im Ausland sind. Es kann unter Umständen für ein Verfahren entscheidend sein, sehr früh auf solche Zeuginnen oder Zeugen zurückgreifen zu können und Personen zu haben oder Sachverhalte festzustellen, die nachher nicht mehr zu haben oder nicht mehr zu eruieren sind.

Aus diesen Gründen macht dieser Minderheitsantrag durchaus Sinn. Es ist das Mindeste, dass wir hier eine Differenz schaffen, um die Chambre de réflexion noch einmal über die Bücher gehen zu lassen. Der Antrag der Minderheit bringt auch keinen Nachteil mit sich, der den grossen Wurf dieser StPO in irgendeiner Form verändern würde. Er zeigt wirklich eine Möglichkeit auf - nicht nur für die Verteidigung, sondern auch für die Anklage, die ja immer belastende und entlastende Momente gleichermaßen erheben soll. Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion, die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

Vischer Daniel (G, ZH): Warum wurde dieser Antrag eigentlich von der Mehrheit abgelehnt? Ich glaube, die Mehrheit hat ihn abgelehnt, weil sie gesagt hat, das sei nicht nötig, Beweismittelanträge könnten eh gestellt werden, das sei selbstverständlich. So habe ich es verstanden, so habe ich es in Erinnerung. Das stimmt, nur: Hier geht es ja nicht darum, ob das so ist, sondern ob jemand bei der ersten Einvernahme auf die


Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 144, Abs. 4

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 20:54:50

Abate	=	R	TI
Aeschbacher	=	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	=	C	VS
Amstutz	=	V	BE
Aubert Josiane	*	S	VD
Baader Caspar	=	V	BL
Bader Elvira	=	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	=	C	GE
Baumann Alexander	o	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	*	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	=	V	SG
Bignasca Attilio	=	V	TI
Binder	=	V	ZH
Borer	=	V	SO
Bortoluzzi	*	V	ZH
Bruderer	*	S	AG
Brun	=	C	LU
Brunner Toni	=	V	SG
Brunschwig Graf	=	R	GE
Büchler	*	C	SG
Bugnon	=	V	VD
Buhrer	*	R	SH
Burkhalter	o	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	=	R	TI
Cathomas	=	C	GR
Chappuis	*	S	FR
Chevrier	=	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	=	C	FR
Donzé	=	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	o	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggy	*	R	GE
Engelberger	=	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fassler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	=	V	VD
Favre	=	R	VD
Fehr Hans	=	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH
Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	=	R	SO
Fohn	+	V	SZ
Freysinger	=	V	VS
Frösch	=	G	BE
Füglister	=	V	AG
Gadient	=	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	=	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	=	C	LU
Glasson	=	R	FR
Glur	=	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	=	S	ZH
Guisan	=	R	VD
Günter	=	S	BE
Gutzwiller	*	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Haberli	=	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hammerle	=	S	GR
Hany Urs	=	C	ZH
Hassler	=	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	=	-	BE
Hochreutener	=	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	=	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	*	C	OW
Ineichen	=	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	*	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	*	G	NE
Kaufmann	*	V	ZH
Keller Robert	*	V	ZH
Kiener Neilen	=	S	BE
Kleiner	=	R	AR
Kohler	*	C	JU
Kunz	=	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	=	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	*	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	=	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bar	o	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kälin	=	S	ZH
Mathys	o	V	AG
Maurer	=	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	o	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	=	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	=	R	GR
Miesch	=	V	BL
Moret Isabelle	o	R	VD
Mörgeli	=	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	=	R	AG
Müller Thomas	*	C	SG
Müller Walter	=	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Müri	=	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	=	R	ZH
Oehri	o	V	BE
Pagan	=	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	=	R	TI
Perrin	=	V	NE
Pfister Gerhard	=	C	ZG
Pfister Theophil	o	V	SG
Rechsteiner Paul	=	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	=	V	GE
Riklin	=	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	=	C	TI
Rossini	=	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	=	V	ZH
Savary	*	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	=	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	=	V	ZH
Schlürer	=	V	ZH
Schmied Walter	=	V	BE
Schneider	=	R	BE
Schwander	o	V	SZ
Schweizer Urs	=	R	BS
Siegrist	=	-	AG
Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	=	V	TG
Stahl	o	V	ZH
Stamm Luzi	=	V	AG
Steiner	=	R	SO
Stöckli	*	S	BE
Studer Heiner	=	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	=	R	BE
Teuscher	*	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	*	R	LU
Triponez	=	R	BE
Tschumperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	=	R	VD
Veillon	=	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Wäfler	=	E	ZH
Walter Hansjörg	=	V	TG
Wandfluh	=	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	*	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	=	V	SO
Wyss Ursula	*	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	*	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	0	0	1	0	0	2	0	3
nein / non / no	16	11	24	41	4	35	3	134
enth. / abst. / ast.	1	0	3	0	0	7	0	11
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	11	3	11	11	1	11	3	51
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Thanei

Möglichkeit aufmerksam gemacht werden muss, dass er diese Anträge stellen kann. Ich denke, dies gehört zum wesentlichen Aufklärungsbestand bei der ersten Einvernahme.

Warum? Damit der Angeschuldigte weiss, dass dies sein Recht ist, und damit er überhaupt weiss, dass es das gibt. Das ist entscheidend. Und noch etwas: Wenn er nicht darauf aufmerksam gemacht wird, dann ist nämlich gar nicht klar, wann der Angeschuldigte weiss, dass es unter Umständen sein kann, dass Beweismittel, die er nicht beantragt hat, nicht erhoben werden. Es gibt also diese zusätzliche Notwendigkeit. Es ist im Interesse des Verfahrens, von Anfang an auch dem Angeschuldigten klarzumachen, dass er dieses Recht hat. Er muss aber auch wissen, dass unter Umständen, wenn er diesen Antrag nicht stellt, diese Beweismittel gar nicht erhoben werden, weil zum Beispiel die Staatsanwaltschaft von sich aus gar nicht auf die Idee kommt.

Ich würde Ihnen auch beliebt machen, hier der Minderheit zuzustimmen.

Es ist eigentlich niemand aus materiellen Gründen dagegen, dass das wirklich aufgenommen wird. Es ist nur der Streit, ob es nötig ist oder nicht, und eine Differenz ist sinnvoll.

Blocher Christoph, Bundesrat: Der Antrag der Minderheit ist nicht sehr einschneidend, aber ich sage Ihnen, warum ich Sie doch bitte, bei der Mehrheit zu bleiben.

Die beschuldigte Person hat zweifellos das Recht, Beweisanträge zu stellen, das ist selbstverständlich. Insofern ist der Antrag der Minderheit unnötig. Aber es ist auch etwas seltsam, Herr Vischer, wenn man die beschuldigte Person in der allerersten Einvernahme, die zum Beispiel der Polizist macht, auf dieses Recht hinweist, dass sie später Beweisanträge stellen kann. Das ist eine etwas seltsame Angelegenheit. Das kommt hier noch nicht. Bei Artikel 155 geht es um die erste Einvernahme. Polizei oder Staatsanwaltschaft eröffnen der beschuldigten Person zum ersten Mal - beim Beginn der ersten Einvernahme - und in einer ihr verständlichen Sprache, dass gegen sie ein Verfahren eingeleitet worden ist und welche Straftaten Gegenstand des Verfahrens bilden. Sie eröffnen ihr, dass sie die Aussage und die Mitwirkung verweigern kann - das muss sie von Anfang an wissen -, dass sie berechtigt ist, eine Verteidigung zu bestellen oder gegebenenfalls eine amtliche Verteidigung zu beantragen und dass sie eine Übersetzerin oder einen Übersetzer verlangen kann. Das sind die anfänglichen Feststellungen. Die Einvernahmen, die dann durchgeführt werden, sind ohne diese Hinweise nicht verwertbar. Wenn Sie jetzt dort ein einzelnes prozessuales Erfordernis einbauen, nämlich sie könne dann später auch Beweismittel beantragen, dann steht das am falschen Ort. Das kommt dann, wenn es um die Beweisabnahmen und um das Verfahren geht und wenn das eingeführt wird. Darum glauben wir, dass dieser Minderheitsantrag hier falsch ist, nicht nur, weil das Gesetz damit länger wird, sondern weil die Bestimmung am falschen Ort eingeführt werden soll. Wir bitten Sie, hier bei der Mehrheit zu bleiben.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Ich ersuche Sie namens der Kommission, der Mehrheit zu folgen. Der Antrag wurde in der Kommission mit 13 zu 10 bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die zentrale Überlegung war die gleiche, die Herr Kollege Vischer angestellt hat: Die Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen hielt diese Ergänzung durch Litera e in Artikel 155 Absatz 1 für nicht erforderlich.

AB 2007 N 961 / BO 2007 N 961

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4442)

Für den Antrag der Mehrheit 94 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 60 Stimmen

Art. 156

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Bei polizeilichen Einvernahmen einer vorläufig festgenommenen Person hat diese zudem das Recht, mit ihrer Verteidigung frei zu verkehren.

Abs. 3

Die Geltendmachung dieser Rechte gibt keinen Anspruch auf Verschiebung der Einvernahme.

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 2

Vor polizeilichen Einvernahmen einer vorläufig festgenommenen Person hat diese zudem das Recht, mit

ihrer Verteidigung frei zu verkehren.

Art. 156

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

En cas d'auditions par la police d'une personne qui fait l'objet d'une arrestation provisoire, celle-ci a, en outre, le droit de communiquer librement avec son défenseur.

Al. 3

Celui qui fait valoir ces droits ne peut prétendre obtenir l'ajournement de l'audition.

Proposition de la minorité

(Thanei, Chappuis, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 2

Avant des auditions par la police d'une personne qui fait l'objet d'une arrestation provisoire, celle-ci a, en outre, le droit de communiquer librement avec son défenseur.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Thanei wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 157-164

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 165

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Das Zeugnisverweigerungsrecht nach Absatz 1 Buchstabe a bzw. Absatz 2 besteht fort, wenn die Ehe oder die eingetragene Partnerschaft aufgelöst wird. Dies gilt auch für Absatz 1 Buchstabe f, wenn bei einer Familienpflege im Sinne der Artikel 4 bis 11 der Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (SR 211.222.338) das Pflegeverhältnis nicht mehr besteht.

Abs. 4

....

b. sich die Tat gegen eine Person richtete, zu der die Zeugin oder der Zeuge nach den Absätzen 1 bis 3 in Beziehung steht.

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Garbani, Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 165

Proposition de la majorité

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

.... enregistré. Il en va de même du cas visé à l'alinéa 1 lettre f, lorsque le placement chez des parents nourriciers au sens des articles 4 à 11 de l'ordonnance du 19 octobre 1977 réglant le placement d'enfants à des fins d'entretien et en vue d'adoption (RS 211.222.338) a pris fin.

Al. 4

....

b. si l'infraction a été commise au détriment d'une personne qui est un proche d'un témoin au sens des alinéas 1 à 3.

Proposition de la minorité


Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 155, Abs. 1, Bst e

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 21:07:56

Abate	+	R	TI	Fehr Mario	=	S	ZH	Kleiner	+	R	AR	Rossini	=	S	VS
Aeschbacher	=	E	ZH	Fluri	+	R	SO	Kohler	*	C	JU	Roth-Bernasconi	*	S	GE
Allemann	=	S	BE	Föhn	+	V	SZ	Kunz	+	V	LU	Ruey	*	R	VD
Amherd	+	C	VS	Freysinger	+	V	VS	Lang	=	G	ZG	Rutschmann	+	V	ZH
Amstutz	+	V	BE	Frosch	=	G	BE	Laubacher	+	V	LU	Savary	*	S	VD
Aubert Josiane	=	S	VD	Füglistaller	+	V	AG	Leuenberger Genève	=	G	GE	Schelbert Louis	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Gadient	+	V	GR	Leutenegger Filippo	*	R	ZH	Schenk	+	V	BE
Bader Elvira	*	C	SO	Gallade	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenker	=	S	BS
Banga	=	S	SO	Garbani	*	S	NE	Levrat	*	S	FR	Scherer Marcel	+	V	ZG
Barthassat	+	C	GE	Genner	=	G	ZH	Loepfe	+	C	AI	Schibli	+	V	ZH
Baumann Alexander	+	V	TG	Germanier	+	R	VS	Lustenberger	*	C	LU	Schlürer	+	V	ZH
Bäumle	*	-	ZH	Giezendanner	*	V	AG	Markwalder Bar	+	R	BE	Schmied Walter	+	V	BE
Beck	*	R	VD	Glanzmann	+	C	LU	Marti Werner	=	S	GL	Schneider	+	R	BE
Berberat	=	S	NE	Glasson	+	R	FR	Marty Kälin	=	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Bernhardsgrütter	=	G	SG	Glur	+	V	AG	Mathys	+	V	AG	Schweizer Urs	+	R	BS
Bigger	+	V	SG	Goll	=	S	ZH	Maurer	+	V	ZH	Siegrist	o	-	AG
Bignasca Attilio	+	V	TI	Graf Maya	=	G	BL	Maury Pasquier	*	S	GE	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Binder	+	V	ZH	Graf-Litscher Edith	=	S	TG	Meier-Schatz	+	C	SG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Borer	+	V	SO	Gross Andreas	=	S	ZH	Menétrey-Savary	=	G	VD	Spühler	+	V	TG
Bortoluzzi	+	V	ZH	Guisan	+	R	VD	Messmer	+	R	TG	Stahl	+	V	ZH
Bruderer	*	S	AG	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	*	C	FR	Stamm Luzi	+	V	AG
Brun	+	C	LU	Gutzwiller	+	R	ZH	Michel	+	R	GR	Steiner	+	R	SO
Brunner Toni	+	V	SG	Gysin Hans Rudolf	*	R	BL	Miesch	*	V	BL	Stöckli	*	S	BE
Brunschwig Graf	+	R	GE	Gysin Remo	=	S	BS	Moret Isabelle	+	R	VD	Studer Heiner	=	E	AG
Büchler	*	C	SG	Haberli	+	C	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Stump	=	S	AG
Bugnon	+	V	VD	Haering	=	S	ZH	Müller Geri	*	G	AG	Suter	+	R	BE
Buhrer	*	R	SH	Haller	*	V	BE	Müller Philipp	+	R	AG	Teuscher	=	G	BE
Burkhaller	+	R	NE	Hämmerle	=	S	GR	Müller Thomas	+	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Carobbio Guscelli	=	S	TI	Hany Urs	+	C	ZH	Müller Walter	+	R	SG	Theiler	*	R	LU
Cassis Ignazio	+	R	TI	Hassler	+	V	GR	Müller-Hemmi	=	S	ZH	Triponoz	+	R	BE
Cathomas	+	C	GR	Hegetschweiler	*	R	ZH	Mün	+	V	LU	Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Chappuis	=	S	FR	Heim Bea	=	S	SO	Nordmann	=	S	VD	Vanek	*	-	GE
Chevrier	+	C	VS	Hess Bernhard	+	-	BE	Noser	+	R	ZH	Vaudroz René	+	R	VD
Daquet	=	S	BE	Hochreutener	+	C	BE	Oehri	+	V	BE	Veillon	+	V	VD
Darbellay	*	C	VS	Hofmann Urs	=	S	AG	Pagan	+	V	GE	Vermot-Mangold	=	S	BE
De Buman	*	C	FR	Huber	+	R	UR	Parmelin	*	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Donzé	=	E	BE	Hubmann	=	S	ZH	Pedrina	=	S	TI	Vollmer	*	S	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD	Huguenin	=	-	VD	Pelli	+	R	TI	Waber Christian	=	E	BE
Dunant	+	V	BS	Humbel Näf	*	C	AG	Perrin	+	V	NE	Wäfler	=	E	ZH
Dupraz	*	R	GE	Hutter Jasmin	*	V	SG	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Walter Hansjörg	+	V	TG
Egerszegi-Obrist	#	R	AG	Hutter Markus	+	R	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Eggly	+	R	GE	Imfeld	+	C	OW	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Wehri	*	C	SZ
Engelberger	+	R	NW	INEichen	+	R	LU	Rechsteiner-Basel	=	S	BS	Weyeneth	+	V	BE
Fasel	*	G	FR	Janiak	*	S	BL	Recordon	=	G	VD	Widmer	=	S	LU
Fässler-Osterwalder	=	S	SG	Jermann	*	C	BL	Rennwald	=	S	JU	Wobmann	+	V	SO
Fattebert	+	V	VD	Joder	*	V	BE	Rey	=	S	VS	Wyss Ursula	*	S	BE
Favre	+	R	VD	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Zeller	*	R	SG
Fehr Hans	+	V	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Riklin	+	C	ZH	Zemp	*	C	AG
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Keller Robert	*	V	ZH	Rime	*	V	FR	Zisyadis	*	-	VD
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Robbiani	+	C	TI	Zuppiger	*	V	ZH

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	17	0	30	0	0	46	1	94
nein / non / no	0	12	0	42	5	0	1	60
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	1	1
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	11	2	9	10	0	9	3	44
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit

Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Ménétrey-Savary

(Thanei, Chappuis, Garbani, Hubmann, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Thanei zu Absatz 4 wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Art. 166, 167

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 168

Antrag der Mehrheit

Abs. 1-3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

Streichen

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Hubmann, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Abs. 1

.... Zahnärztinnen und Zahnärzte, Psychologinnen und Psychologen, Apothekerinnen und Apotheker

Antrag der Minderheit

(Moret, Baumann J. Alexander, Burkhalter, Fluri, Huber, Mathys, Mürli, Pagan, Stamm)

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 168

Proposition de la majorité

Al. 1-3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4

Biffer

AB 2007 N 962 / BO 2007 N 962

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Hubmann, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Al. 1

.... dentistes, psychologues, pharmaciens

Proposition de la minorité

(Moret, Baumann J. Alexander, Burkhalter, Fluri, Huber, Mathys, Mürli, Pagan, Stamm)

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): La question du secret professionnel des psychologues suscitera sans doute beaucoup moins de débats dans cette salle que celle du secret professionnel des avocats. Si les psychologues constituent un lobby - j'en fais partie -, il est incomparablement moins puissant que celui des avocats. Pourtant, les psychologues et les psychothérapeutes sont dépositaires de confidences recueillies dans le cadre d'une relation de confiance qu'il importe de ne pas réduire à néant en leur déniaient le secret professionnel. En effet, sans cette reconnaissance, ils pourraient être contraints de révéler ces secrets mettant en cause non seulement le prévenu mais également des tiers, voire eux-mêmes. On conçoit aisément que la situation des psychologues et des psychothérapeutes, de ce point de vue, est assez différente de celle des dentistes et des pharmaciens, auxquels l'article 168 reconnaît le secret professionnel; elle est aussi assez différente de celle des défenseurs qui figurent aussi à cet inventaire, qui ne sont pas avocats et pas plus non plus dépendants d'un organe de surveillance.

A cet article, on a incontestablement un décalage entre une situation de réalité, de nécessité, qui est celle que je viens de mentionner concernant les psychologues, et une exigence formelle qui veut que le secret professionnel ne soit reconnu que lorsqu'il est inscrit dans le Code pénal et qu'il est garanti par la constitution d'une autorité de surveillance.

Cette non-reconnaissance des psychologues dans la liste de l'article 168 est d'autant plus malvenue que l'inscription du secret professionnel des psychologues dans le Code pénal est en voie de réalisation et que le projet de loi sur les professions de la psychologie en prévoit la reconnaissance.

Donc, pour éviter un décalage entre la nécessité et les exigences formelles, je vous recommande d'accepter ma proposition de minorité et de reconnaître le secret professionnel des psychologues et des psychothérapeutes.

Moret Isabelle (RL, VD): En politique, on n'aime pas les avocats. Pas de chance pour moi! Je déclare mes intérêts: c'est mon métier.

Est-ce que c'est cette défiance à l'égard de cette profession qui a incité la majorité de la commission à restreindre ainsi le secret professionnel de l'avocat? Est-ce que c'est la crainte qu'un avocat ne veuille couvrir, par son secret professionnel, une faute professionnelle? Or ici, ce n'est pas du tout de cela qu'il s'agit.

Le secret professionnel de l'avocat est le coeur même de sa profession. Aujourd'hui, c'est le seul secret professionnel à être absolu. Même si le maître du secret, son client, le délie de son secret professionnel, l'avocat peut refuser de témoigner. C'est ce que prévoit actuellement la loi fédérale du 23 juin 2000 sur la libre circulation des avocats, à l'article 13.

Or le Conseil fédéral et une courte majorité de la commission estiment que ce secret professionnel ne doit plus être absolu. Ce n'est pas l'avis du Conseil des Etats, ni celui de la Fédération suisse des avocats. Ce n'est pas l'avis de l'Allemagne, de la France, de l'Italie, de l'Espagne, des Etats-Unis d'Amérique, qui connaissent aussi une protection absolue du secret professionnel. Ce n'est pas non plus l'avis de la minorité de la commission. Pourquoi?

La protection du secret professionnel est une condition sine qua non de la garantie des droits du justiciable. Ce n'est pas un privilège concédé aux avocats, car il ne vise pas l'avocat, mais son client. En donnant au secret professionnel un caractère absolu, notre ordre juridique prend en compte le fait qu'en certaines circonstances, des intérêts opposés doivent céder le pas devant la relation de confiance qui doit unir l'avocat et son client.

Monsieur le conseiller fédéral Schmid, alors conseiller aux Etats, a expliqué lors des débats du 5 juin 2000 sur le projet de loi fédérale sur la libre circulation des avocats (99.027): "C'est l'idée même d'un Etat de droit. Il faut éviter qu'une catégorie de justiciables qui ne bénéficient pas de la même aide soient défavorisés par rapport à ceux qui savent immédiatement comment se défendre dans ce genre de situation." (BO 2000 E 239; traduction) En effet, le secret professionnel de l'avocat est une institution nécessaire à l'Etat de droit. Il trouve ses fondements dans les règles constitutionnelles relatives à la protection de la sphère privée et aux garanties générales de procédure.

Le Tribunal fédéral a estimé que la profession d'avocat ne pouvait être exercée correctement qu'à partir du moment où le client pouvait placer dans son avocat une confiance absolue en contrepartie d'une garantie inconditionnelle de discrétion.

Si, conformément à la jurisprudence du Tribunal fédéral, l'avocat doit pouvoir compter sur la confiance absolue de son client, il en résulte qu'il a corollairement le droit de refuser de témoigner sur les faits qui lui ont été confiés ou dont il a pu prendre connaissance dans l'exercice de sa profession. Dans le cas contraire, et toujours selon le Tribunal fédéral, le client doit s'attendre à ce que son avocat, à qui il a confié des faits confidentiels, soit un jour contraint à les divulguer, alors même qu'il pourrait quant à lui être en droit de ne pas les révéler.

Le Conseil des Etats a relevé que si la disposition proposée par le Conseil fédéral entrait en vigueur, les avocats seraient soumis à un véritable devoir d'information. Ainsi, lorsque le client demande en quoi consiste le secret professionnel, et si celui-ci est appliqué de manière rigoureuse, l'avocat devrait rendre son client attentif au fait qu'il existe des situations dans lesquelles le secret professionnel n'est pas absolu. La majorité des clients se demanderait alors si l'on peut vraiment tout dire à son avocat. A partir du moment où le client s'interroge sur ce qu'il va pouvoir communiquer à son avocat, cette précaution rend impossible une information intégrale dans la discussion entre le client et son avocat. C'est ce genre de situations qui pose problème en procédure, car l'avocat n'est plus en mesure de connaître les véritables faits constitutifs de l'affaire qu'il doit traiter. Il ne s'agit dès lors plus d'un privilège ou d'une protection de l'avocat, mais d'une nécessité qui permet à l'avocat d'exercer son métier d'une manière professionnelle.

Enfin, réserver à l'avocat le droit de décider souverainement de la divulgation d'un secret est le seul moyen permettant de contrecarrer d'éventuelles tentatives de pression à l'encontre du client, par exemple dans une procédure d'instruction dirigée contre ce dernier. Parallèlement, il y va de la protection du client contre lui-même, qui peut méconnaître les véritables conséquences d'une divulgation, ou considérer à tort que la révélation du secret lui serait bénéfique. Il n'y a pas à craindre non plus que l'avocat refuse de divulguer un secret lorsqu'il y va de l'intérêt du client et qu'il y est autorisé par ce dernier.

En 2000, cette disposition a été introduite par la Commission des affaires juridiques du Conseil national et adoptée par une forte majorité de ce conseil. Aujourd'hui, cette disposition devrait être abrogée sur l'initiative de la même commission; cette situation compromet la confiance accordée au législateur.

Je vous remercie de bien vouloir confirmer votre vote d'il y a sept ans, c'est-à-dire de suivre la proposition de la minorité de la commission à l'alinéa 4 et d'adhérer ainsi à la décision du Conseil des Etats.

Je précise que le groupe radical-libéral partage entièrement cette opinion et vous invite à suivre la minorité.

Recordon Luc (G, VD): A cet article, je vous invite à suivre les deux propositions de minorité, celle défendue par Madame Menétrey-Savary concernant les psychologues et celle défendue par Madame Moret concernant les avocats.

Le secret professionnel - cela a été fort bien dit avant moi ici - est une institution absolument cardinale. Si des personnes de confiance doivent intervenir au procès pénal, et cela vaut autant pour les psychologues que pour les avocats, il

AB 2007 N 963 / BO 2007 N 963

faut qu'elles puissent décider sans aucune pression, de leur propre chef et intégralement, de conserver l'entier du secret sur ce qui leur a été révélé. De cela dépend l'efficacité de leur activité.

Si un psychologue aussi bien qu'un avocat sont inefficaces dans une procédure, c'est extrêmement grave pour le fonctionnement de l'Etat de droit. Cela participe, pour le psychologue, sans doute de l'efficacité du fonctionnement de la justice pénale et parfois des droits de la défense; pour l'avocat, systématiquement des droits de la défense dans le procès pénal.

A tous les excellents arguments qui ont été avancés, notamment le fait qu'un avocat qui n'aurait pas la confiance de son client est un personnage inutile, et qu'un client qui sait que son avocat peut être obligé de révéler des secrets considère que ce n'est plus un conseiller fiable, j'en ajouterai un, et un tout simple. Si on veut vraiment un mécanisme qui permette au client de faire révéler des secrets par son avocat, mais - mon Dieu - pourquoi le client ne révélerait-il pas lui-même directement ses secrets après en avoir débattu avec celui-ci? Pourquoi faut-il imaginer de faire pression sur un avocat pour qu'une autorité le délie? Si le client estime vraiment devoir parler, qu'il parle lui-même et ne fasse pas parler son avocat!

Ce qui a été proposé là par le Conseil fédéral et qui a malencontreusement, il faut le dire, été suivi par la commission, c'est vraiment quelque chose d'aberrant, de contraire à la longue tradition des articles 321 et 321bis de notre Code pénal. Rendez-vous compte, jusqu'ici, on punit les révélations couvertes par le secret professionnel. C'est dire l'importance qu'on y attache. Cela contredit également l'esprit de la toute récente norme de l'article 13 de la loi sur la libre circulation des avocats.

Je vous en conjure, suivez tant les minorités Menétrey-Savary que Moret.

Sommaruga Carlo (S, GE): Je me prononcerai, au nom du groupe socialiste, uniquement sur la minorité Menétrey-Savary. Au-delà des considérations juridiques que Madame Menétrey-Savary a émises, il y a aussi lieu de considérer l'aspect purement pratique et pragmatique de sa proposition.

On le sait, nombre de délinquants, notamment en matière de délits sexuels, lors de conflits de conscience ou lors de difficultés personnelles, ou, de manière générale, les personnes qui ont commis des infractions graves, pour les mêmes conflits ou difficultés, vont recourir aux services de psychiatres ou de psychologues. Lorsque ces personnes recourent au service de ces spécialistes de manière spontanée, elles ne se posent pas du tout la question de savoir si celui-ci ou celui-là est au bénéfice d'un secret professionnel ou non. L'essentiel de la démarche vise avant tout à essayer de régler son problème personnel, dans la mesure où il y a lieu de traiter et de résoudre un problème de culpabilité ou de déviance comportementale.

Il apparaît donc tout à fait judicieux de suivre la minorité Menétrey-Savary puisque cela met finalement sur pied d'égalité le thérapeute, qui dispose des qualités de médecin et donc du secret médical, et le psychologue, qui finalement fait le même type de travail sans avoir certes la qualification médicale, mais dispose de celle de sa profession.

Il s'agit donc de donner les moyens à des spécialistes en matière de "soins à l'âme" de pouvoir être sur un pied d'égalité et de pouvoir protéger leurs patients de la même manière.

Dès lors, je vous invite à suivre la minorité Menétrey-Savary, pour une question d'égalité de traitement et aussi, pragmatiquement, pour l'appui que les psychologues peuvent apporter à leurs patients.

Stamm Luzi (V, AG): Sie können auf Seite 97 der Fahne erkennen, dass die Vertreter der SVP-Fraktion in der Kommission Sie bitten, bei Absatz 1 dieses Artikels für die Mehrheit zu stimmen, hingegen bei Absatz 4 der Minderheit Moret zuzustimmen.

Ich kann mich den Ausführungen von Frau Kollegin Moret vollumfänglich anschliessen. Ich füge nur noch wenig bei. Wenn Sie dieser Minderheit zustimmen, dann gilt die Version des Ständerates. Das bedeutet, dass das Bundesgesetz vom 23. Juni 2000 über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte vorbehalten bleibt. Das bedeutet gleichzeitig, dass ein sehr starker Schutz für die Anwälte besteht, wobei das zu

relativieren ist, denn es ist richtig gesehen kein Schutz für die Anwälte, sondern ein Schutz für die Klienten. Kollege Schweiger hat das im Ständerat treffend formuliert. Er hat anlässlich der Ständeratssitzung vom 7. Dezember 2006 (AB 2006 S 1020) gesagt: "Wenn nun diese Bestimmung aber Recht würde, hätten alle Anwälte eine Aufklärungspflicht. Wenn uns der Klient fragen würde - oder selbst dann, wenn er uns nicht fragen würde -, was das Anwaltsgeheimnis bedeutet und wie rigoros es gilt, müssten wir den Klienten darauf hinweisen, dass es Situationen geben kann, wo wir ihm nicht mehr sagen können, dass unser Anwaltsgeheimnis vollumfänglich gilt." Da liegt tatsächlich ein Problem.

Ich weise auch darauf hin, dass dieses Anwaltsfreizügigkeitsgesetz ein sehr neues Gesetz ist. Es ist erst im Jahr 2000 beschlossen worden. Es gibt keinen Grund, dieses junge Gesetz jetzt bereits abzuändern oder zu relativieren. Man kann es unverändert belassen.

Eine letzte Bemerkung: Die umliegenden Länder, namentlich Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, aber auch die USA kennen den absoluten Geheimnisschutz.

Ich bitte Sie deshalb, hier der Minderheit zuzustimmen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es geht hier um zwei Anträge, die sich mit dem Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund des Berufsgeheimnisses und damit befassen, wie weit dieses Recht ausgedehnt werden kann. Beim Antrag der Minderheit Menétrey-Savary geht es um die Psychologinnen und Psychologen - sie sollen den Ärzten gleichgestellt werden -, und beim Antrag der Minderheit Moret geht es um die Anwälte. Zuerst zum Antrag der Minderheit Menétrey-Savary: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, und zwar deshalb, weil Psychologinnen und Psychologen von Artikel 321 des Strafgesetzbuches nicht erfasst werden. Sie gehören nicht zu den Berufsgruppen, bei denen das Berufsgeheimnis so geschützt ist, wie dies das Strafgesetz vorsieht. Zwar ist durchaus davon auszugehen, dass auch Psychologinnen und Psychologen schutzwürdige Geheimnisse anvertraut werden. Dennoch wird im Entwurf darauf verzichtet, ihnen und weiteren Berufspersonen ein Zeugnisverweigerungsrecht nach Artikel 168 einzuräumen. Denn im Unterschied zu den in Artikel 321 des Strafgesetzbuches aufgeführten und nach Artikel 168 der Strafprozessordnung zur Zeugnisverweigerung berechtigten Personen unterstehen jene Berufspersonen keiner Aufsichtsbehörde im Sinne von Artikel 321. Das ist der Grund für unsere Ablehnung: Alle anderen unterstehen einer Aufsichtsbehörde! Und Sie können nicht Personen dieser Regelung in Bezug auf das Berufsgeheimnis unterstellen, welche keine solche Aufsichtsbehörde haben. Das gäbe im Einzelfall stossende Entscheide.

Darum bitten wir Sie hier, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Zum zweiten Minderheitsantrag, dem Antrag der Minderheit Moret: Es geht dabei um den Anwaltschutzartikel. Es ist so, dass in diesen Gesetzen die Anwälte ihre Interessen bis jetzt am besten gewahrt haben, wesentlich besser als die Ärzte. Als man das Anwaltsgesetz erlassen hat, hat man einen absoluten Schutz des Berufsgeheimnisses für den Anwalt gewährleistet. Man hat damals in den eidgenössischen Räten erklärt, dass man dann bei der Strafprozessordnung regeln solle, in welchen Ausnahmefällen dieser Schutz nicht gelte.

Worum geht es? Der Schutz gilt allgemein. Das Anwaltsgeheimnis ist zu wahren. Der Punkt ist, und das wird immer wieder betont, dass das ein Schutz des Klienten ist und nicht des Anwaltes. Es geht darum, dass man den Klienten schützt; es ist im Interesse des Klienten. Was geschieht nun,

AB 2007 N 964 / BO 2007 N 964

wenn der Klient dem Anwalt ausdrücklich sagt, er entbinde ihn vom Berufsgeheimnis, weil das in seinem Interesse liegt? Wie sieht das bei den Ärzten aus? Wenn er das zu einem Arzt sagt, ist dieser verpflichtet, dieses Berufsgeheimnis zu lockern. Bei den Anwälten gehen wir noch weiter. Er ist auch dann nicht in jedem Fall verpflichtet, das zu tun, auch wenn der Klient es will und sagt, es sei in seinem Interesse. Denn die Anwälte sagen, es gebe Klienten, die gar nicht überblicken könnten, ob das in ihrem Interesse sei oder nicht. In diesem Fall muss er das Anwaltsgeheimnis nicht preisgeben, wenn er belegen kann, dass es zum Nachteil des betreffenden Klienten wäre. In diesem Ausnahmefall entscheidet der Richter. Ich glaube, weiter kann man nicht gehen; sonst wird das Anwaltsgeheimnis ein Schutz für die Anwälte, denn es gibt Fälle, in denen die Anwälte eben aus eigenem Interesse das Anwaltsgeheimnis nicht preisgeben werden. Das ist vor allem dann der Fall, wenn sie Fehler gemacht haben. Das gilt für die Ärzte natürlich auch, aber die Ärzte müssen das Berufsgeheimnis preisgeben.

In diesen Ausnahmefällen sollte der Anwalt das Amtsgeheimnis lüften können. Man muss auch aufpassen, dass man das Anwaltsgeheimnis nicht so weit hochstilisiert, dass der Klient völlig ausgeschlossen ist. Es ist interessant, dass die Anwälte vor der Aufsichtskommission verlangen können, dass sie auch gegen den ausdrücklichen Willen des Klienten vom Anwaltsgeheimnis entbunden werden, wenn es um Salärstreitigkeiten geht. Sie sehen, da geht man dann plötzlich sehr weit. Mit dieser Ausnahmeregelung haben wir, glaube ich, etwas statuiert, was für die Anwälte zumutbar ist. Wenn man das nicht tut, dann ist es in Extremfällen zum Nachteil eines Klienten, der will, dass der Anwalt im Prozess aussagt. Wenn es zu seinem Nachteil wäre, ist es immer noch möglich, dass der Anwalt es nicht preisgeben muss.

Darum bitten wir Sie, hier dem Mehrheitsantrag zuzustimmen. Ich bin etwas erstaunt, Herr Stamm, dass Sie sagen, es sei die Fraktion gewesen - es waren die Anwälte in der Fraktion, und in der SVP-Fraktion stellen diese, glaube ich, noch nicht die Mehrheit. (*Heiterkeit*)

Abs. 1 - Al. 1

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4444)

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 54 Stimmen

Abs. 4 - Al. 4

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4445)

Für den Antrag der Minderheit 102 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 49 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 168a

Antrag der Minderheit

(Baumann J. Alexander, Brun, Burkhalter, Huber, Mathys, Moret, Müller Thomas, Pagan, Stamm)

Titel

Zeugnisverweigerungsrecht von Unternehmensjuristen

Abs. 1

Von einem Unternehmen angestellte Juristen können das Zeugnis über Informationen verweigern, die ihnen aufgrund ihrer rechtsberatenden Tätigkeit für das Unternehmen oder eine verbundene Konzerngesellschaft anvertraut worden sind oder die sie bei deren Ausübung wahrgenommen haben, sofern diese Informationen das Unternehmen oder eine verbundene Konzerngesellschaft betreffen. Dem Zeugnisverweigerungsrecht unterstehen auch ihre Hilfspersonen.

Abs. 2

Sie haben auszusagen, wenn sie vom Unternehmen von der Geheimhaltung entbunden sind.

Art. 168a

Proposition de la minorité

(Baumann J. Alexander, Brun, Burkhalter, Huber, Mathys, Moret, Müller Thomas, Pagan, Stamm)

Titre

Droit de refuser de témoigner pour les juristes d'entreprise

Al. 1

Les juristes employés par une entreprise peuvent refuser de témoigner sur les informations qui leur ont été confiées en vertu de leur fonction de conseiller juridique pour l'entreprise ou pour une société qui lui est apparentée, ou dont ils ont eu connaissance dans l'exercice de cette fonction, si ces informations concernent l'entreprise ou une société qui lui est apparentée. Le droit de refuser de témoigner vaut également pour leurs collaborateurs.

Al. 2

Ils doivent témoigner s'ils sont déliés du secret par l'entreprise.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Hier liegt ein Antrag der Minderheit Baumann J. Alexander vor. Herr Baumann hat mir signalisiert, dass er im Fall einer Annahme der inhaltlich gleichen Motion 07.3281 seinen Minderheitsantrag zurückziehen würde.

Baumann J. Alexander (V, TG): Ich erlaube mir hier, doch noch vorzutragen, worum es mir geht, was das Anliegen ist. Ich spreche für die Minderheit, die Artikel 168a über ein Zeugnisverweigerungsrecht von Unternehmensjuristen in die Bundesstrafprozessordnung aufnehmen will. Warum erachten wir die gesetzliche Verankerung eines Zeugnisverweigerungsrechtes von Unternehmensjuristen für notwendig? Wir wollen die Grundlage für eine wirkungsvolle Compliance in den Unternehmungen schaffen. Ob und wie weit Unternehmensjuristen einen Geheimnisschutz analog dem "legal privilege" ihrer angloamerikanischen Kollegen beanspruchen können, ist eine Frage, welche die In-house Counsels in der Schweiz schon lange beschäftigt. Das Inkrafttreten des revidierten Kartellgesetzes mit der Einführung der direkten Sanktionen und der damit einhergehenden Verpflichtung der Unternehmung zu

einer wirkungsvollen Compliance hat diese Frage aktualisiert. Unter Compliance versteht man das Bestreben, durch interne präventive Massnahmen Verstösse gegen Vorschriften und Regeln zu vermeiden, zu deren Einhaltung die Unternehmung verpflichtet ist. Eine wirkungsvolle Compliance können die Unternehmen nur wahrnehmen, wenn ihnen das entsprechende Instrumentarium zur Verfügung steht. Dazu gehört, dass im schweizerischen Recht ein Zeugnis- und Editionsverweigerungsrecht von Unternehmensjuristen verankert wird. Compliance-Verpflichtungen bestehen aber nicht nur im Kartellrecht, sondern müssen von den Unternehmungen in immer mehr Geschäftsbereichen wahrgenommen werden: Korruptionsbekämpfung, Vermeidung von Geldwäscherei usw. Das Anliegen ist daher für eine grosse Anzahl von Unternehmungen aus allen Wirtschaftsbereichen von Bedeutung.

Unternehmen sind zur Compliance gesetzlich verpflichtet. Es sind die Unternehmen, welche im Rahmen der Selbstregulierung zur Ausübung der Compliance-Funktion am besten geeignet sind. Schliesslich kennen sie ihre eigene Organisation und die innerbetrieblichen Schwachstellen am besten. Andererseits kann ein Unternehmen Compliance nur dann wirkungsvoll betreiben, wenn es in einem rechtlichen Umfeld agieren kann, welches Selbstregulierung auch effektiv zulässt. Mit anderen Worten: Zur Erfüllung dieser Aufgabe müssen dem Unternehmen auch die dafür notwendigen Mittel zugestanden werden.

Die Schaffung eines Zeugnisverweigerungsrechtes für Unternehmensjuristen ist in dieser Hinsicht grundlegend. Denn solange die Gefahr besteht, dass die bei Unternehmensjuristen zusammenlaufenden Informationen ohne Weiteres durch die Strafverfolgungsbehörden behändigt und gegen das Unternehmen oder einzelne Mitarbeiter verwendet

AB 2007 N 965 / BO 2007 N 965

werden können, werden das Anliegen und die Pflicht des Unternehmens, dafür zu sorgen, dass seine Juristen ungefilterte Informationen über innerbetriebliche Missstände erhalten, unterlaufen. Ohne solche Informationen sind die Juristen nur schwer in der Lage, Missstände aufzudecken, zu beheben und künftigen Fehlern vorzubeugen. Es kann nicht sein, dass von Unternehmen einerseits und in Übereinstimmung mit ihren eigenen Interessen verlangt wird, Korruption, Geldwäscherei und anderen Verbrechen intern vorzubeugen sowie diese zu ahnden, und ihnen andererseits die dafür notwendigen Mittel, nämlich die geschützte Kommunikation, nicht zur Verfügung gestellt werden.

Zudem geht es uns um die Beseitigung der Benachteiligung von schweizerischen Unternehmen in Verfahren in den USA, in den angelsächsischen Ländern. Denn das Begehren nach einem Geheimnisschutz für Unternehmensjuristen hat dadurch zusätzliche Brisanz erhalten, dass nach neuester US-amerikanischer Rechtsprechung Unternehmen prozessual benachteiligt werden, wenn sie aus Ländern stammen, in denen kein explizites Zeugnis- und Editionsverweigerungsrecht für Unternehmensjuristen besteht. Damit daraus kein Standortnachteil für die Schweizer Unternehmen entsteht, ist Handlungsbedarf auch unter diesem Aspekt gegeben. Gemäss einem kürzlich ergangenen US-amerikanischen Urteil eines New Yorker Gerichtes sind Schweizer Unternehmen in US-amerikanischen Verfahren verpflichtet, die Korrespondenz ihrer Schweizer Unternehmensjuristen offenzulegen, nur weil in der Schweiz im Gegensatz zu den USA kein explizites Zeugnis- und Editionsverweigerungsrecht für Unternehmensjuristen besteht. Mit der Verankerung eines Geheimnisschutzes für die Unternehmensjuristen kann diese Benachteiligung von Schweizer Unternehmen vermieden werden.

Es gibt auch eine standortpolitische Bedeutung: Immer mehr amerikanische Unternehmen siedeln ihre Zwischenholdings in der Schweiz an. Ich denke an Philip Morris, Kraft Foods und Wal-Mart. Die Firmen sind in der Schweiz. Sie bezahlen hier Steuern, beschäftigen Leute, bauen, und wir müssen schauen, dass sie an diesem Standort glücklich und nicht benachteiligt sind.

Ich komme zum Schluss und sage, warum das Anliegen als prozessrechtliche Materie geregelt werden muss. In Artikel 168 Absatz 2 wird ja auf Artikel 321 StGB Bezug genommen, dessen Ziffer 3 den Regelungen in den verschiedenen Prozessordnungen den Vorrang gewährt. Unter dogmatischen Gesichtspunkten ist es somit folgerichtig, das Zeugnisverweigerungsrecht für Unternehmensjuristen auf verfahrensrechtlicher Ebene festzuschreiben. Dieser Artikel bezieht sich auf die genannten Berufskategorien, und so ist es konsequent, für die von Artikel 321 StGB nicht erfassten Unternehmensjuristen einen separaten Artikel 168a in der Bundesstrafprozessordnung zu schaffen. Damit geraten wir auch den Rechtsanwältinnen nicht ins Gehege.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Herr Baumann, Sie haben mir vorhin gesagt, dass Sie im Falle einer Annahme der Motion Ihren Minderheitsantrag zurückziehen würden. Die Motion wird nicht bestritten; sie wäre also angenommen.

Baumann J. Alexander (V, TG): Ich möchte einfach noch betonen, dass es bei der Motion ein Anliegen ist, dass eine umfassende Lösung erarbeitet wird, die nicht zulasten der Rechtsanwältinnen geht. Am Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte soll nicht geschraubt werden. Wir sollten nicht verkennen, dass zwischen den Tätigkeitsbereichen von Rechtsanwältin und Unternehmensjurist wesentliche Unterschiede bestehen, die wir nicht verwischen dürfen und auch nicht verwischen wollen. Da die Motion angenommen wird, kann ich meinen Minderheitsantrag zurückziehen.

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 168, Abs. 1

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 21:32:33

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemand	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	*	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	*	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	*	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	*	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	+	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	o	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	o	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fassler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	*	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Föhn	+	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frosch	=	G	BE
Füglister	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	*	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	o	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	*	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	=	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	=	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	*	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hämmerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Näf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	*	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	+	R	AR
Kohler	*	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Mart Werner	=	S	GL
Marty Kälin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	*	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Muri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	=	C	TI

Rossini	=	S	VS
Roth-Bernasconi	*	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	*	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlüer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	*	R	LU
Tréponoz	+	R	BE
Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Waller	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	*	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisayadis	*	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	17	0	31	0	4	45	2	99
nein / non / no	1	12	0	40	0	0	1	54
enth. / abst. / ast.	0	0	2	0	0	1	0	3
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	10	2	6	12	1	9	3	43
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

 Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Ménétrey-Savary


Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 168, Abs. 4

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 21:33:25

Abate	=	R	TI	Fehr Mario	+	S	ZH	Kleiner	=	R	AR	Rossini	=	S	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fluri	=	R	SO	Kohler	*	C	JU	Roth-Bernasconi	*	S	GE
Allemann	=	S	BE	Föhn	=	V	SZ	Kunz	=	V	LU	Ruey	=	R	VD
Amherd	+	C	VS	Freysinger	=	V	VS	Lang	=	G	ZG	Rutschmann	+	V	ZH
Amstutz	=	V	BE	Frösch	=	G	BE	Laubacher	=	V	LU	Savary	*	S	VD
Aubert Josiane	=	S	VD	Füglistaller	=	V	AG	Leuenberger Genève	=	G	GE	Schelbert Lous	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Gadient	=	V	GR	Leutenegger Filippo	*	R	ZH	Schenk	=	V	BE
Bader Elvira	*	C	SO	Gallade	*	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenker	+	S	BS
Banga	=	S	SO	Garbani	*	S	NE	Levrat	*	S	FR	Scherer Marcel	+	V	ZG
Barthassat	=	C	GE	Genner	=	G	ZH	Loepfe	=	C	AI	Schibli	=	V	ZH
Baumann Alexander	=	V	TG	Germanier	=	R	VS	Lustenberger	*	C	LU	Schlürer	+	V	ZH
Bäumle	*	-	ZH	Giezendanner	*	V	AG	Markwalder Bar	=	R	BE	Schmied Walter	+	V	BE
Beck	o	R	VD	Glanzmann	+	C	LU	Marti Werner	=	S	GL	Schneider	=	R	BE
Berberat	=	S	NE	Glasson	=	R	FR	Marty Kälin	+	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Bernhardsgrütter	=	G	SG	Glur	=	V	AG	Mathys	=	V	AG	Schweizer Urs	=	R	BS
Bigger	+	V	SG	Goll	=	S	ZH	Maurer	+	V	ZH	Siegrist	+	-	AG
Bignasca Attilio	=	V	TI	Graf Maya	*	G	BL	Maury Pasquier	=	S	GE	Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Binder	+	V	ZH	Graf-Litscher Edith	+	S	TG	Meier-Schatz	=	C	SG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Borer	=	V	SO	Gross Andreas	=	S	ZH	Menétrey-Savary	=	G	VD	Spuhler	+	V	TG
Bortoluzzi	+	V	ZH	Guisan	=	R	VD	Messmer	=	R	TG	Stahl	+	V	ZH
Bruderer	*	S	AG	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	*	C	FR	Stamm Luzi	=	V	AG
Brun	+	C	LU	Gutzwiller	=	R	ZH	Michel	=	R	GR	Steiner	=	R	SO
Brunner Toni	+	V	SG	Gysin Hans Rudolf	=	R	BL	Miesch	*	V	BL	Stöckli	*	S	BE
Brunschwig Graf	=	R	GE	Gysin Remo	*	S	BS	Moret Isabelle	=	R	VD	Studer Heiner	+	E	AG
Buchler	*	C	SG	Haberli	+	C	TG	Morgeli	*	V	ZH	Stump	+	S	AG
Bugnon	=	V	VD	Haering	=	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Suter	=	R	BE
Buhrer	*	R	SH	Haller	*	V	BE	Müller Philipp	=	R	AG	Teuscher	=	G	BE
Burkhalter	=	R	NE	Hämmerle	=	S	GR	Müller Thomas	=	C	SG	Thanei	+	S	ZH
Carobbio Guscelli	=	S	TI	Hany Urs	=	C	ZH	Müller Walter	=	R	SG	Theiler	*	R	LU
Cassio Ignazio	=	R	TI	Hassler	+	V	GR	Müller-Hemmi	+	S	ZH	Triponez	=	R	BE
Cathomas	+	C	GR	Hegetschweiler	*	R	ZH	Müri	+	V	LU	Tschumperlin Andy	*	S	SZ
Chappuis	+	S	FR	Heim Bea	+	S	SO	Nordmann	=	S	VD	Vanek	*	-	GE
Chevrier	=	C	VS	Hess Bernhard	+	-	BE	Noser	=	R	ZH	Vaudroz René	=	R	VD
Daguet	=	S	BE	Hochreutener	+	C	BE	Oehrii	=	V	BE	Veillon	=	V	VD
Darbellay	*	C	VS	Hofmann Urs	+	S	AG	Pagan	=	V	GE	Vermot-Mangold	=	S	BE
De Buman	=	C	FR	Huber	=	R	UR	Parmelin	*	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Donzé	+	E	BE	Hubmann	+	S	ZH	Pedrina	=	S	TI	Vollmer	*	S	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD	Huguenin	=	-	VD	Pelli	+	R	TI	Waber Christian	*	E	BE
Dunant	=	V	BS	Humbel Näf	*	C	AG	Perrin	=	V	NE	Wafler	+	E	ZH
Dupraz	*	R	GE	Hutter Jasmin	*	V	SG	Pfister Gerhard	=	C	ZG	Walter Hansjörg	+	V	TG
Egerszegi-Obrist	#	R	AG	Hutter Markus	o	R	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	*	V	BE
Eggly	=	R	GE	Imfeld	=	C	OW	Rechsteiner Paul	*	S	SG	Wehrli	*	C	SZ
Engelberger	=	R	NW	Ineichen	=	R	LU	Rechsteiner-Basel	+	S	BS	Weyeneth	=	V	BE
Fasel	*	G	FR	Janiak	*	S	BL	Recordon	=	G	VD	Widmer	=	S	LU
Fässler-Osterwalder	+	S	SG	Jermann	*	C	BL	Rennwald	=	S	JU	Wobmann	=	V	SO
Fattebert	=	V	VD	Joder	*	V	BE	Rey	=	S	VS	Wyss Ursula	*	S	BE
Favre	=	R	VD	John-Calame	=	G	NE	Reymond	=	V	GE	Zeller	*	R	SG
Fehr Hans	*	V	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Riklin	+	C	ZH	Zemp	*	C	AG
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	Keller Robert	=	V	ZH	Rime	*	V	FR	Zisayadis	*	-	VD
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Robbiani	=	C	TI	Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	7	0	1	16	4	19	2	49
nein / non / no	11	12	30	23	0	25	1	102
enth. / abst. / ast.	0	0	2	0	0	0	0	2
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	10	2	6	13	1	11	3	46
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art 57 Abs 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit (=streichen)

Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Moret (=gemäss SR)

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ich stelle fest, dass der Antrag der Minderheit Baumann J. Alexander zurückgezogen wurde. Die Motion 07.3281 verfolgt dasselbe Anliegen.

Art. 169-180

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 181

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2, 4-7

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

... und zu den Fragen zu äussern und dazu eigene Anträge zu stellen. (Rest des Absatzes streichen)

Antrag Suter Marc

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Schriftliche Begründung

Es gibt Untersuchungen, die vorgegeben sind und zu keiner Kontroverse Anlass geben, beispielsweise die Bestimmung des Blutalkoholgehaltes bei Fiaz-Delikten.

Art. 181

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 4-7

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

... s'exprimer sur le choix de l'expert et sur les questions qui lui sont posées et de faire leurs propres propositions. (Biffer le reste de l'alinéa)

Proposition Suter Marc

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir unterstützen den Antrag Suter inhaltlich nicht, möchten Sie aber trotzdem bitten, ihm zuzustimmen, um hier eine Differenz zum Ständerat zu schaffen. Unseres Erachtens kann dem Anliegen von Herrn Suter durch eine differenzierte Lösung, die ihm weitgehend gerecht wird, entgegengekommen werden. So, wie der Antrag formuliert ist, können wir ihn nicht unterstützen, aber hier eine Differenz zu schaffen lohnt sich. In diesem Sinne bitte ich Sie, für den Antrag Suter zu stimmen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Ich danke Herrn Bundesrat Blocher für dieses Votum. Mein Votum geht in die gleiche Richtung. Die Kommission hat ihre Formulierung mit 13 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen verabschiedet. Die Einschränkung, wie sie der Gesetzentwurf vorgesehen hat, macht für Routinegutachten, wie z. B. Blutalkoholbestimmungen, Sinn und kann sachgerecht sein. Bei anderen Gutachten aber ist die Einschränkung, wie sie der Antrag Suter wiederaufnehmen will, nicht sachgerecht, auch wenn die sachverständige Person und die Fragen vorgegeben sind. Ich wiederhole, was ich in der Kommission für Rechtsfragen gesagt habe. Nicht alle rechtsmedizinischen Institute sind gleich gut, insbesondere jene nicht, die mit dem Strassenverkehrsrecht zu tun haben. Das Ergebnis des Gutachtens kann in diesem Fall ganz eng mit der politischen Grundauffassung des Gutachters zusammenhängen. Ein vorsichtiger Untersuchungsrichter räumt den Parteien die Gelegenheit ein, Anträge zu stellen. Es ist im Übrigen auch besser, wenn vorgängig geprüft wird, ob ein Gutachter geeignet ist und nicht mit vorgefasster Meinung an die Arbeit geht.

AB 2007 N 966 / BO 2007 N 966

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie es bei der Differenz zum Ständerat belassen und wir die Lösung für die Routinegutachten in der Differenzbereinigung finden können.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4447)

Für den Antrag der Kommission 99 Stimmen

Für den Antrag Suter 48 Stimmen

Art. 182

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 183

Antrag der Kommission

Abs. 1, 4, 5

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 183

Proposition de la commission

Al. 1, 4, 5

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 184-209

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Hier gibt es wieder einen Wechsel der Berichtstatterinnen: Frau Moret löst Frau Thanei ab.

Art. 210

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Garbani, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 3

.... als die zu erwartende Freiheitsstrafe. Die Möglichkeit der bedingten Entlassung ist dabei mit zu berücksichtigen.

Art. 210

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Garbani, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 3

.... que la peine privative de liberté envisagée. Il est tenu compte de la possibilité d'une libération conditionnelle.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Thanei ist zurückgezogen

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 181, Abs. 3

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 21:46:46

Abate	=	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	+	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	+	S	VD
Baader Caspar	*	V	BL
Bader Elvira	*	C	SO
Banga	+	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	*	V	TG
Bäumle	*	-	ZH
Beck	=	R	VD
Berberat	*	S	NE
Bernhardsgrütter	+	G	SG
Bigger	=	V	SG
Bignasca Attilio	=	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	=	V	SO
Bortoluzzi	=	V	ZH
Bruderer	*	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	=	R	GE
Buchler	*	C	SG
Bugnon	=	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	=	R	NE
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis Ignazio	+	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	+	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	*	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	=	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	*	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	=	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	*	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH

Fehr Mario	+	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Fohn	=	V	SZ
Freysinger	=	V	VS
Frösch	+	G	BE
Füglistaller	=	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	*	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	+	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	o	R	FR
Glur	=	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf Maya	*	G	BL
Graf-Litscher Edith	+	S	TG
Gross Andreas	+	S	ZH
Guisan	=	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	*	S	BS
Häberli	=	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hammerle	+	S	GR
Hany Urs	=	C	ZH
Hassler	=	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	=	-	BE
Hochreutener	=	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Huber	+	R	ZH
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	+	-	VD
Humbel Näf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	=	C	OW
Ineichen	=	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	*	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	+	G	NE
Kaufmann	=	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE

Kleiner	=	R	AR
Kohler	*	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	+	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	+	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	=	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	=	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kälin	+	S	ZH
Mathys	=	V	AG
Maurer	=	V	ZH
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	+	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	*	V	BL
Moret Isabelle	=	R	VD
Mörgeli	=	V	ZH
Müller Geri	+	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Müri	=	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	=	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	=	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	+	G	VD
Rennwald	*	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	=	V	GE
Rikli	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	+	S	VS
Roth-Bernasconi	*	S	GE
Ruey	=	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	+	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	=	V	ZH
Schlüer	=	V	ZH
Schmid Walter	*	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	=	V	SZ
Schweizer Urs	=	R	BS
Siegrist	o	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	=	V	ZH
Stamm Luzi	=	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Suter	=	R	BE
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	*	R	LU
Triponoz	=	R	BE
Tschümperlin Andy	+	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	+	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Waffer	=	E	ZH
Walter Hansjörg	=	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	=	V	SO
Wyss Ursula	*	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	*	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	12	11	16	38	3	18	1	99
nein / non / no	6	1	14	0	1	25	1	48
enth. / abst. / ast.	0	0	1	0	0	0	1	2
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	10	2	8	14	1	12	3	50
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

Bedeutung Ja / Signification de oui: Zustimmung zum Antrag der Kommission (=gemäss SR und BR)

Bedeutung Nein / Signification de non: Zustimmung zum Antrag Suter

worden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Art. 211

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen - Adopté

Art. 212-217

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Angenommen - Adopté

Art. 218

*Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates*

Antrag der Minderheit

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Jutzet, Menétrey-Savary, Vischer)

Abs. 2

Anschliessend befolgt die Polizei die Weisungen der Staatsanwaltschaft und:

- a. befragt die festgenommene Person und trifft unverzüglich die geeigneten Abklärungen, um den Tatverdacht und die weiteren Haftgründe zu erhärten oder zu entkräften; oder
- b. führt die festgenommene Person weisungsgemäss der Staatsanwaltschaft zu.

Abs. 4

Spätestens nach 48 Stunden ist die festgenommene Person zu entlassen oder beim Zwangsmassnahmengericht Antrag auf Anordnung der Untersuchungshaft zu stellen.

Art. 218

*Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Proposition de la minorité

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Jutzet, Menétrey-Savary, Vischer)

Al. 2

La police se conforme ensuite aux instructions du ministère public, et:

- a. soit elle interroge la personne arrêtée et procède immédiatement aux investigations nécessaires pour confirmer ou écarter les soupçons et les autres motifs de détention;
- b. soit elle amène selon les instructions la personne arrêtée devant le ministère public.

Al. 4

Après 48 heures au plus, soit la personne arrêtée est libérée, soit il est requis auprès du tribunal des mesures de contrainte une décision ordonnant la mise en détention provisoire.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Art. 219, 220

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats*

Angenommen - Adopté

Art. 221

*Antrag der Mehrheit
Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... Haftverlängerung durch das Zwangsmassnahmengericht bei der Beschwerdeinstanz Beschwerde

AB 2007 N 967 / BO 2007 N 967

Antrag der Minderheit

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Vischer)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 221

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... la prolongation de sa détention par le tribunal des mesures de contrainte

Proposition de la minorité

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Vischer)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Minderheit wird durch Herrn Vischer vertreten.

Vischer Daniel (G, ZH): Es geht hier um die Frage, ob wir dem Ständerat folgen, der ein Beschwerdeverfahren vorsieht - bei Anordnung und Verlängerung der Untersuchungshaft, bei Anordnung der Sicherheitshaft, bei Abweisung eines Haftentlassungsgesuches durch den erstinstanzlichen Richter -, oder ob wir in Haftsachen kein Beschwerdeverfahren wollen. Letzteres ist die Meinung des Bundesrates und der Mehrheit der nationalrätlichen Kommission.

Ich ersuche Sie, der ständerätlichen Fassung, also dem Minderheitsantrag, zuzustimmen.

Zwangsmassnahmen gegen eine Person - Haft, Haftverlängerung, Sicherheitshaft usw. - sind schwerwiegende Eingriffe in das Recht der persönlichen Freiheit. Es genügt meiner Meinung nach nicht, wenn nur eine Instanz dafür zuständig ist. Ich weiss, es gibt Kantone, die bis heute kein Haftprüfungsverfahren durch eine obere Instanz vorsehen, und es gibt solche, die das vorsehen. Ich denke aber, dass es gute Gründe gibt, diese Fälle als weiterziehbar zu deklarieren. Es ist jedenfalls ein Rechtsbereich, der für die Betroffenen derart schwerwiegend ist, dass es entscheidend ist, dass eine obere Instanz solche Entscheide überprüft.

Ich bin aber auch aus einem andern Grund für die Beschwerdemöglichkeit. Dass das Beschwerdeverfahren, das Prinzip der "double instance" - das ja ein Rechtsprinzip ist, das in allen wesentlichen Rechtsfragen zu gelten hat -, beim schwersten Eingriff in das Recht der persönlichen Freiheit, also bei der Haft, nicht gelten soll, ist ohnehin nicht einsichtig. Wenn Sie aber auf kantonaler Ebene das Beschwerdeverfahren einführen, entlasten sie auch das Bundesgericht. Wenn es nämlich keine zweite Instanz im Kanton gibt, ist die betroffene Person gezwungen, direkt ans Bundesgericht zu gelangen, mittels dem, was man früher staatsrechtliche Beschwerde nannte. Das kann aber nicht sinnvoll sein: Das Bundesgericht soll sich nicht mit derart vielen Einzelfällen befassen müssen. Es ist auch sinnvoll, dass sich auf kantonaler Ebene eine einheitliche Praxis herausbildet.

Deswegen ersuche ich Sie, der Minderheit zuzustimmen. Stimmen Sie der Minderheit zu, muss zudem übrigens der Vorbehalt in Artikel 198 gestrichen werden.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Fluri Kurt (RL, SO): Die Argumentation von Herrn Vischer ist an sich in diesen Fällen sicher richtig, aber es gilt eine Abwägung der Vor- und Nachteile vorzunehmen. Unserer Fraktion liegt daran zu betonen, dass gemäss Artikel 219 Absatz 1 die Anordnung der Untersuchungs- und Sicherheitshaft durch ein Zwangsmassnahmengericht zu erfolgen hat. Dieses ist in Artikel 18 definiert. Diese Massnahme wird nicht durch die Polizei oder die Ermittlungsbehörden angeordnet, sondern, wie gesagt, durch ein Gericht. In vielen Kantonen läuft das heute so ab wie hier vorgesehen. Die Anordnung dieser Haft ist nicht anfechtbar, wird aber durch ein Gericht erlassen.

Wenn wir nun hier eine Anfechtungsmöglichkeit geben, dann wissen wir, dass daraus zwar keine Suspensivwirkung entsteht, aber doch eine sehr grosse Belastung für die Beschwerdeinstanzen.

Nun gilt es zwischen der Argumentation von Herrn Vischer und dieser Mehrbelastung abzuwägen. Wir sind der Auffassung, dass in Anbetracht der Tatsache, dass doch die meisten der allgemeinen Untersuchungen

vor Ablauf von drei Monaten abgeschlossen werden können, diese Beschwerdemöglichkeit gar nicht relevant wird. Deswegen sind wir der Auffassung, dass die Ausnahmefälle, von denen Herr Vischer gesprochen hat, weniger schwer zu gewichten seien als der grosse Vorteil, der aus dem Ablauf entsteht, wie ihn die Mehrheit beantragt.

Deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, der Mehrheit zu folgen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich ersuche Sie, hier der Kommissionsmehrheit und damit dem Entwurf des Bundesrates zu folgen. Nach dem Willen der Minderheit sollen alle Entscheide des Zwangsmassnahmengerichtes betreffend Haft mit Beschwerde angefochten werden können. Die Mehrheit sieht dagegen vor, dass Haftentscheide des Zwangsmassnahmengerichtes grundsätzlich nicht anfechtbar sind, es sei denn, die Haft habe drei Monate gedauert. Diese Beschränkung der Anfechtbarkeit hat folgende Gründe: Die Anordnung von Haft erfolgt immer durch ein Gericht. Es bedarf somit keines Gesuches der beschuldigten Person, dass sich eine gerichtliche Instanz mit der Frage befasst, ob Haft gerechtfertigt sei. Denn es hat ein Gericht entschieden und nicht der Staatsanwalt. Diese Regelung entspricht dem Verfahren, das sich in einigen Kantonen bewährt hat. Die Regelung verhindert eine übermässige Belastung der Beschwerdeinstanz. Wenn jeder Entscheid über Haft, der neu durch ein Zwangsmassnahmengericht angeordnet werden muss, dann noch weitergezogen werden könnte, würde das die Beschwerdeinstanz wesentlich stärker belasten. Zum anderen dürfte auch ein prozessualer Leerlauf resultieren. Denn häufig wird die Haft bereits beendet sein, wenn die Sache von der Beschwerdeinstanz zu entscheiden ist. Die Ausdehnung der Anfechtungsmöglichkeit belastet den Staatsanwalt, die Gerichte und den Apparat und erhöht damit die Kosten des Staates, ohne dass es etwas bringt. Der Schutz, den wir hier eingebaut haben, ist das Zwangsmassnahmengericht, also ein Gericht, das entscheidet. Im Verfahren vor der Beschwerdeinstanz würde das zu Begehren der beschuldigten Personen führen, auch um die ganze Sache zu verlängern und hinauszuziehen.
Wir bitten Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Moret Isabelle (RL, VD), pour la commission: Par sa version, le Conseil des Etats crée en réalité quatre instances: le ministère public, le tribunal des mesures de contrainte, l'autorité de recours, puis le Tribunal fédéral. La commission, par 9 voix contre 8 et aucune abstention, a préféré la version du Conseil fédéral, qui ne prévoit un recours contre les décisions du tribunal des mesures de contrainte qu'après trois mois de détention. Il convient de souligner que, contrairement à la situation actuelle dans plusieurs cantons, le tribunal des mesures de contrainte est un véritable tribunal indépendant, qui garantit déjà les droits du justiciable.

Je vous remercie de suivre la majorité.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4449)

Für den Antrag der Mehrheit 86 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 53 Stimmen

Art. 222-224

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2007 N 968 / BO 2007 N 968

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 225

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Garbani, Hubmann, Thanei)

Abs. 4

In seinem Entscheid:

- a. legt es die Dauer der Untersuchungshaft auf maximal einen Monat fest;
- b. kann es die Staatsanwaltschaft anweisen

c. kann es anstelle der

Art. 225

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Garbani, Hubmann, Thanei)

Al. 4

Dans sa décision:

a. il fixe la durée de la détention provisoire, au maximum un mois;

b. il peut astreindre

c. il peut ordonner une mesure

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Je vais faire vite, mais il faut reconnaître que c'est un point important, puisqu'il s'agit de la durée de la détention préventive.

Pour ce qui me concerne, c'est un vieux combat de plus de trente ans. Il y a trente ans, au Parlement vaudois, je me souviens d'être intervenue souvent contre les abus commis en matière de détention préventive. Trente ans plus tard, la situation est même probablement encore pire. Récemment, une enquête, toujours genevoise, suscitée par la situation explosive dans les secteurs de la prison de Champ-Dollon réservés à la détention préventive - mais je m'empresse de dire que la situation n'est certainement pas meilleure à la prison du Bois-Mermet à Lausanne -, a révélé un usage immodéré de la détention préventive. On a même parlé de détention de "confort", confort du juge, naturellement, qui s'accorderait ainsi le temps d'étudier tranquillement ses dossiers.

La critique porte sur la facilité avec laquelle on recourt à ces méthodes et sur la durée de la détention. Les chiffres sont éloquentes; ils illustrent d'abord les disparités cantonales dans l'usage de la détention préventive: 49 pour cent des affaires en attente de jugement à Genève contre 10 pour cent dans le canton de Vaud et 34 pour cent à Zurich. Quant à la durée, les chiffres varient aussi, mais les séjours d'un à trois mois sont la majorité et c'est parfois plus d'une année. Quant au tribunal d'accusation, il reconnaît entériner les mises en détention dans 98 pour cent des cas.

Il faut savoir aussi que les détentions dans les prisons préventives sont pires que dans les pénitenciers à cause du surpeuplement, de la promiscuité, de l'absence d'occupation. On se rend compte qu'en fait, l'abus de la détention préventive est un véritable scandale.

Cette situation a encore un autre effet pervers. En effet, le projet de Code de procédure pénale dispose que le juge tiendra compte de la durée de la détention préventive pour fixer la durée de la peine. Or, il arrive que ce soit exactement l'inverse qui se passe, c'est-à-dire qu'on va allonger la peine pour tenir compte d'une durée de détention préventive exagérée.

Je dois encore préciser que cette question n'a pratiquement pas provoqué de discussions en commission. Pour moi, ce silence illustre le décalage déjà observé entre la forme et le fond, entre les règles de procédure et les conditions difficiles de la poursuite pénale. Au fond, la procédure pénale, c'est comme un étang: c'est tout lisse à la surface, mais ça brasse fort en profondeur!

Cette réalité difficile ne peut pas être modifiée par cette loi. D'ailleurs, c'est probablement une affaire de moyens financiers mis à la disposition de la justice. Mais la minorité estime qu'il est indispensable de mettre au moins une limite de temps à la détention préventive. C'est pourquoi elle propose une limite d'un mois au lieu de trois mois, ces trois mois étant prévus à l'article 226. C'est évidemment une mesure plutôt symbolique, puisque l'article 226 permet de prolonger cette détention. Mais, tout de même, c'est un signal pour mettre si possible un terme à ce scandale de l'abus de la détention préventive.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir ersuchen Sie, hier der Kommissionsmehrheit zu folgen. Nach dem Willen der Minderheit soll die Dauer der Untersuchungshaft immer auf höchstens einen Monat festgelegt werden können. Demgegenüber muss nach Auffassung des Bundesrates und damit der Kommissionsmehrheit die Untersuchungshaft alle drei Monate überprüft werden, sofern das Zwangsmassnahmengericht keine kürzere Höchstdauer festlegt. Es muss also eine Höchstdauer festgelegt werden, aber diese muss nicht immer einen Monat betragen. Denken Sie daran, dass wir alle 26 Prozessordnungen zusammenlegen müssen; die beantragte Regelung entspricht etwa dem Mittel der heutigen kantonalen Regelungen. Soweit die Haft von einer richterlichen Behörde angeordnet wird - das ist nicht in allen Kantonen so -, sind dort Höchstdauern von einem Monat bis zu sechs Monaten vorgesehen. Gewisse Kantone sehen überhaupt keine Höchstdauer vor, sodass eine unbegrenzte Haft angeordnet werden kann. Eine Verkürzung dieser Frist auf einen Monat würde für die Zwangsmassnahmengerichte eine grosse Mehrbelastung bedeuten, ohne dass für die beschuldigte Person ein Mehrwert resultieren würde. Es gibt nämlich durchaus Fälle, in denen ohnehin klar ist, dass die Haft länger als einen Monat dauern wird. Hier würde die Pflicht zur Überprüfung nach einem Monat zu einem Leerlauf führen.

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 221

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 21:57:48

Abate	+	R	TI	Fehr Mano	=	S	ZH	Kleiner	+	R	AR	Rossini	=	S	VS
Aeschbacher	*	E	ZH	Fluri	+	R	SO	Kohler	*	C	JU	Roth-Bernasconi	*	S	GE
Allemann	=	S	BE	Föhn	+	V	SZ	Kunz	+	V	LU	Ruey	=	R	VD
Amherd	+	C	VS	Freysinger	+	V	VS	Lang	=	G	ZG	Rutschmann	+	V	ZH
Amstutz	+	V	BE	Frösch	=	G	BE	Laubacher	+	V	LU	Savary	=	S	VD
Aubert Josiane	=	S	VD	Füglistaller	+	V	AG	Leuenberger Genève	=	G	GE	Schelbert Louis	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Gadient	+	V	GR	Leutenegger Filippo	*	R	ZH	Schenk	+	V	BE
Bader Elvira	*	C	SO	Gallade	*	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenker	=	S	BS
Banga	=	S	SO	Garbani	*	S	NE	Levrat	*	S	FR	Scherer Marcel	+	V	ZG
Barthassat	+	C	GE	Genner	=	G	ZH	Loepfe	*	C	AI	Schibli	+	V	ZH
Baumann Alexander	+	V	TG	Germanier	=	R	VS	Lustenberger	*	C	LU	Schluer	+	V	ZH
Baumle	*	-	ZH	Giezendanner	*	V	AG	Markwalder Bar	+	R	BE	Schmied Walter	+	V	BE
Beck	+	R	VD	Glanzmann	*	C	LU	Marti Werner	=	S	GL	Schneider	+	R	BE
Berberat	*	S	NE	Glasson	+	R	FR	Marty Kalin	=	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Bernhardsgrotter	=	G	SG	Glur	+	V	AG	Mathys	+	V	AG	Schweizer Urs	+	R	BS
Bigger	+	V	SG	Goll	*	S	ZH	Maurer	*	V	ZH	Siegrist	*	-	AG
Bignasca Attilio	+	V	TI	Graf Maya	*	G	BL	Maury Pasquier	=	S	GE	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Binder	+	V	ZH	Graf-Litscher Edith	=	S	TG	Meier-Schatz	+	C	SG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Borer	+	V	SO	Gross Andreas	=	S	ZH	Menétrey-Savary	=	G	VD	Spuhler	+	V	TG
Bortoluzzi	+	V	ZH	Guisan	+	R	VD	Messmer	+	R	TG	Stahl	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	*	C	FR	Stamm Luzi	+	V	AG
Brun	+	C	LU	Gutzwiller	*	R	ZH	Michel	+	R	GR	Steiner	+	R	SO
Brunner Toni	+	V	SG	Gysin Hans Rudolf	*	R	BL	Miesch	*	V	BL	Stockli	*	S	BE
Brunschwig Graf	=	R	GE	Gysin Remo	*	S	BS	Moret Isabelle	+	R	VD	Studer Heiner	+	E	AG
Büchler	*	C	SG	Häberli	+	C	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Stump	=	S	AG
Bugnon	+	V	VD	Haering	=	S	ZH	Müller Geri	*	G	AG	Suter	+	R	BE
Bührer	*	R	SH	Haller	*	V	BE	Müller Philipp	+	R	AG	Teuscher	=	G	BE
Burkhalter	+	R	NE	Hämmerle	=	S	GR	Müller Thomas	+	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hany Urs	+	C	ZH	Müller Walter	+	R	SG	Theiler	*	R	LU
Cassis Ignazio	+	R	TI	Hassler	+	V	GR	Müller-Hemmi	*	S	ZH	Triponez	+	R	BE
Cathomas	+	C	GR	Hegetschweiler	*	R	ZH	Müri	+	V	LU	Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Chappuis	=	S	FR	Heim Bea	=	S	SO	Nordmann	=	S	VD	Vanek	*	-	GE
Chevrier	+	C	VS	Hess Bernhard	+	-	BE	Noser	+	R	ZH	Vaudroz René	*	R	VD
Daguet	*	S	BE	Hochreutener	+	C	BE	Oehri	+	V	BE	Veillon	+	V	VD
Darbellay	*	C	VS	Hofmann Urs	=	S	AG	Pagan	+	V	GE	Vermot-Mangold	=	S	BE
De Buman	+	C	FR	Huber	+	R	UR	Parmelin	*	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Donzé	+	E	BE	Hubmann	=	S	ZH	Pedrina	=	S	TI	Vollmer	*	S	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD	Huguenin	=	-	VD	Pelli	=	R	TI	Waber Christian	*	E	BE
Dunant	+	V	BS	Humbel Naf	*	C	AG	Perrin	+	V	NE	Wafar	+	E	ZH
Dupraz	*	R	GE	Hutter Jasmin	*	V	SG	Pfister Gerhard	*	C	ZG	Walter Hansjörg	+	V	TG
Egerszegi-Obnst	#	R	AG	Hutter Markus	+	R	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Eggy	*	R	GE	Imfeld	+	C	OW	Rechsteiner Paul	*	S	SG	Wehrli	*	C	SZ
Engelberger	+	R	NW	Ineichen	+	R	LU	Rechsteiner-Basel	=	S	BS	Weyeneth	+	V	BE
Fasel	*	G	FR	Janiak	*	S	BL	Recordon	=	G	VD	Widmer	=	S	LU
Fassler-Osterwalder	=	S	SG	Jermann	*	C	BL	Rennwald	*	S	JU	Wobmann	+	V	SO
Fattebert	*	V	VD	Joder	*	V	BE	Rey	=	S	VS	Wyss Ursula	*	S	BE
Favre	+	R	VD	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Zeller	*	R	SG
Fehr Hans	*	V	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Riklin	*	C	ZH	Zemp	*	C	AG
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Keller Robert	+	V	ZH	Rime	*	V	FR	Zisyadis	*	-	VD
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Robbiani	+	C	TI	Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	14	0	25	0	3	43	1	86
nein / non / no	0	11	4	37	0	0	1	53
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	14	3	10	15	2	12	4	60
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Überdies ist zu berücksichtigen, dass die inhaftierte Person jederzeit ein Haftentlassungsgesuch stellen und geltend machen kann, es lägen keine Haftgründe mehr vor. Sobald das so ist, kann die Person ein solches Gesuch stellen.

Die Regelung gemäss Entwurf des Bundesrates und Antrag der Kommissionmehrheit trägt somit sowohl den Interessen der inhaftierten Person als auch jenen der Zwangsmassnahmengerichte Rechnung. Sie liegt etwa im Mittel der heutigen kantonalen Praxis.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: In Artikel 224 ist das Verfahren vor dem Zwangsmassnahmengericht und in Artikel 225 der Inhalt des Entscheides geregelt. Die Mehrheit folgt bei Artikel 225 Absatz 4 Litera a dem Ständerat und will, dass das Zwangsmassnahmengericht die Dauer der Untersuchungshaft festlegen kann, aber nicht muss. Wenn nichts festgelegt wird, dann muss die Dauer nach drei Monaten von Amtes wegen überprüft werden, wie das in Artikel 226 vorgesehen ist. Für die Mehrheit war die Tatsache entscheidend, dass der Inhaftierte gemäss Artikel 225 Absatz 3 jederzeit die Überprüfung verlangen kann.

Die Kommission beantragt Ihnen deshalb mit 11 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Version des Ständerates zuzustimmen.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4450)

Für den Antrag der Mehrheit 91 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 48 Stimmen

Art. 226-243

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2007 N 969 / BO 2007 N 969

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 244

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Streichen

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 244

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Biffer

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 245-247

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 225, Abs. 4

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 22:07:12

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	*	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	*	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	*	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	*	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Buchler	*	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	+	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	*	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obnst	#	R	AG
Eggly	*	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	*	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	*	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH
Fehr Jacqueline	=	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Flun	+	R	SO
Föhn	+	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	=	G	BE
Füglister	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	*	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	*	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	*	S	ZH
Graf Maya	*	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	=	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	=	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	*	S	BS
Haberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hammerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Näf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	*	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	+	R	AR
Kohler	*	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	*	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bar	+	R	BE
Marti Werner	=	S	GL
Marty Kälin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	*	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	*	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Mörgeli	*	V	ZH
Müller Geri	*	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	*	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	=	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	*	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	*	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	*	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	=	S	VS
Roth-Bernasconi	*	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlüer	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	*	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommeruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	*	R	LU
Triponez	+	R	BE
Tschumperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	o	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	*	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	*	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisayadis	*	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	14	0	31	0	3	42	1	91
nein / non / no	0	10	0	37	0	0	1	48
enth. / abst. / ast.	0	1	0	0	0	0	0	1
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	14	3	8	15	2	13	4	59
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art 57 cps 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

 Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Ménétrey-Savary

Abs. 3

... wenn eine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten, eine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder gemeinnützige Arbeit von mehr als 270 Stunden zu erwarten ist.

Art. 130

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 2

....

a. lorsque la détention provisoire, y compris l'arrestation provisoire, a duré deux jours;

....

Al. 3

... lorsque le prévenu est passible d'une peine privative de liberté de plus de trois mois, d'une peine pécuniaire de plus de 90 jours-amende ou d'un travail d'intérêt général de plus de 270 heures.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Minderheit Thanei wird von Frau Hubmann vertreten.

Hubmann Vreni (S, ZH): In diesem Antrag geht es wieder darum, die Verteidigungsrechte zu stärken und möglichst früh, nämlich bereits nach zwei statt nach drei Tagen, eine amtliche Verteidigung zu garantieren. In Absatz 3 geht es um die Abgrenzung von Bagatellfällen. Bagatellfälle wurden nach bisherigem Strafgesetzbuch danach bestimmt, ob der Widerruf einer bedingten Vorstrafe unterbleiben konnte, was dann der Fall war, wenn jene drei

AB 2007 N 955 / BO 2007 N 955

Monate nicht überstieg. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Dauer erhöht werden soll. Somit sind die entsprechenden Strafsätze anzupassen.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Thanei zu unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion, die FDP-Fraktion und die CVP-Fraktion teilen mit, dass sie dem Antrag der Mehrheit folgen werden.

Blocher Christoph, Bundesrat: Der bundesrätliche Entwurf ging ursprünglich von drei Tagen aus. Der Ständerat hat Artikel 130 Absatz 2 überhaupt gestrichen, sodass hinsichtlich der Dauer der Untersuchungshaft zwischen der notwendigen und der amtlichen Verteidigung Übereinstimmung herrscht. Die amtliche Verteidigung ist etwas anderes als die notwendige Verteidigung; sie stimmen aber darin überein, dass die Untersuchungshaft für die notwendige und die amtliche Verteidigung zehn Tage dauern muss. Die Kommissionsmehrheit folgt dem Ständerat.

Die Regelung gemäss Minderheit würde dazu führen, dass eine beschuldigte Person von Beginn der Untersuchungshaft weg eine vom Staat bezahlte Verteidigung zugeordnet erhielte. Dies ginge wesentlich weiter als die heutige Regelung und hätte natürlich grosse Kostenfolgen für den Staat. Die Kantone wehren sich denn auch gegen eine solche Regelung. Wie schon gesagt, sind bereits zehn Tage - verglichen mit dem kantonalen Durchschnitt - sehr fortschrittlich. Zwei Tage wären dagegen ein nicht bezahlbarer Luxus. Wir ersuchen Sie auch, bei Artikel 130 Absatz 3 der Mehrheit zuzustimmen. Es geht um die Festlegung der Voraussetzungen für eine amtliche Verteidigung. Es geht darum, Bagatellfälle zu definieren, bei denen keine amtliche Verteidigung bestellt werden muss. Eine amtliche Verteidigung muss immer von der Öffentlichkeit bezahlt werden. Der bundesrätliche Entwurf, dem die Mehrheit der Kommission gefolgt ist, ist bereits grosszügig. So gibt es heute Kantone, in denen ein Bagatellfall erst ab einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verneint wird. Nach dem Entwurf sind es vier Monate. Auch hier gilt natürlich, dass eine Verstärkung des Anspruchs auf amtliche Verteidigung die Staatskassen stärker belastet. Bereits die Fassung der Mehrheit belastet die Staatskassen der Kantone mehr als heute. Sie sollten nicht mit der Zustimmung zum Antrag der Minderheit noch weiter gehen.

Pagan Jacques (V, GE), pour la commission: Je vous invite à suivre la position du Conseil des Etats, c'est-à-

dire à biffer la durée de trois jours à l'article 130 alinéa 2 lettre a.

Si je me réfère aux discussions du Conseil des Etats, voici ce qu'a dit Monsieur Dick Marty, rapporteur, au sujet de la suppression du délai de trois jours, dans son intervention du 7 décembre 2006: "Le principe fondamental doit être que la direction de la procédure doit imposer un avocat d'office dès que le prévenu n'est manifestement pas à même de sauvegarder ses intérêts, ce qui ressort de l'article 128 lettre c. Cela peut être fait dès la première heure de l'interrogatoire, bien avant donc les trois jours de détention. En tout cas, si le prévenu est en prison, après dix jours au plus tard, il devra de toute façon être assisté par un défenseur."

Cette disposition a été opposée dans un premier temps à la proposition Thanei. La version du Conseil des Etats l'a emporté par 12 voix contre 8 et aucune abstention. Madame Menétrey-Savary, par la voie d'une proposition subsidiaire, a demandé dans un deuxième temps que la règle énoncée par le Conseil fédéral puisse quand même être retenue. La commission, à nouveau dans le souci d'avoir la même position que le Conseil des Etats, a rejeté la proposition subsidiaire Menétrey-Savary par 13 voix contre 8 et 1 abstention.

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4438)

Für den Antrag der Mehrheit 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 51 Stimmen

Art. 131-136

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Hier lösen sich die deutschsprachigen Berichterstatter wieder ab: Ich begrüsse Herrn Thomas Müller als Berichterstatter. Herr Pagan bleibt französischsprachiger Berichterstatter.

Art. 137

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Streichen

Art. 137

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

Biffer

Angenommen - Adopté

Art. 138

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 139

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 130, Abs. 2 und 3

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 20:17:36

Abate	+	R	TI	Fehr Mario	=	S	ZH	Kleiner	+	R	AR	Rossini	*	S	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fluri	+	R	SO	Kohler	*	C	JU	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Föhn	*	V	SZ	Kunz	+	V	LU	Ruey	*	R	VD
Amherd	+	C	VS	Freysinger	+	V	VS	Lang	=	G	ZG	Rutschmann	+	V	ZH
Amstutz	+	V	BE	Frösch	=	G	BE	Laubacher	+	V	LU	Savary	*	S	VD
Aubert Josiane	=	S	VD	Fuglistaller	+	V	AG	Leuenberger Genève	=	G	GE	Schelbert Louis	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Gadient	+	V	GR	Leutenegger Filippo	*	R	ZH	Schenk	+	V	BE
Bader Elvira	+	C	SO	Gallade	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenker	=	S	BS
Banga	=	S	SO	Garbani	*	S	NE	Levrat	*	S	FR	Scherer Marcel	+	V	ZG
Barthassat	+	C	GE	Genner	=	G	ZH	Loepfe	*	C	AI	Schibli	+	V	ZH
Baumann Alexander	+	V	TG	Germanier	*	R	VS	Lustenberger	*	C	LU	Schlüer	+	V	ZH
Baumle	*	-	ZH	Giezendanner	*	V	AG	Markwalder Bär	+	R	BE	Schmid Walter	+	V	BE
Beck	*	R	VD	Glanzmann	+	C	LU	Marti Werner	*	S	GL	Schneider	+	R	BE
Berberat	=	S	NE	Glasson	=	R	FR	Marty Kälin	=	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Bernhardsgrütter	=	G	SG	Glur	+	V	AG	Mathys	+	V	AG	Schweizer Urs	+	R	BS
Bigger	+	V	SG	Goll	=	S	ZH	Maurer	+	V	ZH	Siegrist	+	-	AG
Bignasca Attilio	+	V	TI	Graf Maya	=	G	BL	Maury Pasquier	=	S	GE	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Binder	+	V	ZH	Graf-Litscher Edith	=	S	TG	Meier-Schatz	+	C	SG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Borer	+	V	SO	Gross Andreas	*	S	ZH	Menétrey-Savary	=	G	VD	Spuhler	+	V	TG
Bortoluzzi	+	V	ZH	Guisan	+	R	VD	Messmer	+	R	TG	Stahl	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG	Gunter	=	S	BE	Meyer Thérèse	*	C	FR	Stamm Luzi	+	V	AG
Brun	+	C	LU	Gutzwiller	+	R	ZH	Michel	+	R	GR	Steiner	+	R	SO
Brunner Toni	+	V	SG	Gysin Hans Rudolf	*	R	BL	Miesch	+	V	BL	Stöckli	*	S	BE
Brunschwig Graf	+	R	GE	Gysin Remo	=	S	BS	Moret Isabelle	+	R	VD	Studer Heiner	+	E	AG
Büchler	+	C	SG	Häberli	+	C	TG	Morgeli	+	V	ZH	Stump	*	S	AG
Bugnon	+	V	VD	Haering	*	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Suter	+	R	BE
Buhrer	*	R	SH	Haller	*	V	BE	Müller Philipp	+	R	AG	Teuscher	*	G	BE
Burkhalter	*	R	NE	Hämmerle	=	S	GR	Müller Thomas	+	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hany Urs	+	C	ZH	Müller Walter	+	R	SG	Theiler	+	R	LU
Cassis Ignazio	*	R	TI	Hassler	+	V	GR	Müller-Hemmi	=	S	ZH	Trípez	+	R	BE
Cathomas	+	C	GR	Hegetschweiler	*	R	ZH	Müri	+	V	LU	Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Chappuis	=	S	FR	Heim Bea	=	S	SO	Nordmann	=	S	VD	Vanek	*	-	GE
Chevrier	+	C	VS	Hess Bernhard	+	-	BE	Noser	+	R	ZH	Vaudroz René	+	R	VD
Daquet	=	S	BE	Hochreutener	+	C	BE	Oehrli	+	V	BE	Veillon	+	V	VD
Darbellay	*	C	VS	Hofmann Urs	=	S	AG	Pagan	+	V	GE	Vermot-Mangold	=	S	BE
De Buman	+	C	FR	Huber	+	R	UR	Parmelin	*	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Donzé	+	E	BE	Hübmann	=	S	ZH	Pedrina	*	S	TI	Vollmer	*	S	BE
Dormond Béguelin	*	S	VD	Huguenin	=	-	VD	Pelli	+	R	TI	Waber Christian	+	E	BE
Dunant	+	V	BS	Humbel Näf	*	C	AG	Perrin	+	V	NE	Wäfler	+	E	ZH
Dupraz	*	R	GE	Hutter Jasmin	*	V	SG	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Walter Hansjörg	+	V	TG
Egerszegi-Obrist	#	R	AG	Hutter Markus	+	R	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Eggly	+	R	GE	Imfeld	+	C	OW	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Wehrli	*	C	SZ
Engelberger	*	R	NW	Ineichen	+	R	LU	Rechsteiner-Basel	=	S	BS	Weyeneth	+	V	BE
Fasel	*	G	FR	Janiak	*	S	BL	Recordon	=	G	VD	Widmer	=	S	LU
Fässler-Osterwalder	=	S	SG	Jermann	+	C	BL	Rennwald	=	S	JU	Wobmann	+	V	SO
Fattebert	+	V	VD	Joder	*	V	BE	Rey	=	S	VS	Wyss Ursula	=	S	BE
Favre	*	R	VD	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Zeller	*	R	SG
Fehr Hans	+	V	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Riklin	+	C	ZH	Zemp	*	C	AG
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH	Keller Robert	*	V	ZH	Rime	*	V	FR	Zisvadis	=	-	VD
Fehr Jacqueline	*	S	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Robbiani	+	C	TI	Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	20	0	25	0	5	46	2	98
nein / non / no	0	12	0	37	0	0	2	51
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	8	2	14	15	0	9	2	50
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

- + ja / oui / si
- = nein / non / no
- o enth. / abst. / ast.
- % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
- excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps 4
- * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
- # Der Präsident stimmt nicht
- Le président ne prend pas part aux votes
- v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Thanei

(Menétrey-Savary, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Abs. 2

.... dürfen nicht verwertet werden. (Rest des Absatzes streichen)

Antrag der Minderheit II

(Thanei, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 2

.... Straftaten unerlässlich und sie könnten nicht wieder erhoben werden.

Art. 139

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Menétrey-Savary, Garbani, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Al. 2

.... par les autorités pénales ne sont pas exploitables. (Biffer le reste de l'alinéa)

Proposition de la minorité II

(Thanei, Hubmann, Jutzet, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 2

.... des infractions graves et que les preuves ne soient plus renouvelables.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Pour les non-juristes, cet article est assez surprenant, parce qu'il donne la possibilité, à l'article 139 alinéa 2, de valider des preuves qui

AB 2007 N 956 / BO 2007 N 956

ont été administrées d'une manière illicite. Le message du Conseil fédéral est encore plus explicite, puisqu'il y est mentionné à la page 1162 que: "l'alinéa 2 s'applique toutefois aux cas dans lesquels il n'y a eu que violation d'une norme pénale et non recours simultané à une méthode prohibée d'administration des preuves". En clair, cela signifie qu'on peut recueillir des preuves sans respecter les règles et que si elles permettent d'élucider des infractions graves, elles sont valables!

Bien sûr, les exemples qui nous ont été donnés en commission font état de fautes légères, c'est-à-dire une perquisition sans mandat, ou l'audition d'un témoin qu'on a négligé d'informer de ses droits. Néanmoins, la minorité craint qu'on donne ainsi le signal que ces règles ne sont finalement pas absolues et qu'on peut les enfreindre sans qu'il y ait des conséquences fâcheuses. Pourquoi dès lors prendre la peine d'obtenir un mandat de perquisition, alors qu'on peut faire aussi sans? La minorité estime que cela va trop loin, qu'on ouvre la porte à des méthodes douteuses, ou du moins qu'on ne les exclut pas.

Il nous paraît inadéquat par ailleurs de réserver cette possibilité aux infractions graves, car il nous paraît que c'est justement pour ces infractions-là que les méthodes doivent être extrêmement scrupuleuses, parce que c'est souvent là que la présomption d'innocence est souvent la plus difficile à respecter.

Je voudrais encore juste préciser une chose, et ceci est valable pour toutes les propositions de minorité que je représente: les positions que nous défendons ne doivent pas être interprétées comme des accusations portées contre qui que ce soit, ni la police, ni le procureur, ni le juge. Nous ne remettons pas en cause la bonne foi des uns et des autres. En l'occurrence, nous sommes absolument convaincus que des fautes de procédure peuvent être commises sans aucune mauvaise intention et sans aucun calcul. Mais il nous paraît important que le Code de procédure pénale n'ouvre pas la porte à des abus.

C'est la raison pour laquelle la minorité que je représente vous demande d'exclure l'exploitation de preuves obtenues illicitement, même pour des cas graves, et à défaut je vous invite à soutenir la proposition de la minorité II (Thanei), qui demande que ces preuves soient exclues, sauf quand elles ne sont pas renouvelables.

Thanei Anita (S, ZH): Artikel 139 regelt die Verwertbarkeit rechtswidrig oder unter Verletzung von Gültigkeitsvorschriften erhobener Beweise. Es ist ein Grundsatz des Strafrechtes, dass Beweise, welche rechtswidrig erlangt wurden, unverwertbar sind. In Absatz 1 ist deshalb zu Recht geregelt, dass verbotene Beweiserhebungsmethoden, wie sie in Artikel 138 aufgeführt sind, zu nichtverwertbaren Beweisen führen, und zwar ohne Ausnahme. In Absatz 2 geht man leider weniger weit. Dort ist vorgesehen: "Beweise, die Strafbehörden in strafbarer Weise oder unter Verletzung von Gültigkeitsvorschriften erhoben haben, dürfen nicht verwertet werden, es sei denn, ihre Verwertung sei zur Aufklärung schwerer Straftaten unerlässlich." Ich glaube, es versteht sich von selbst, dass die Strafverfolgungsbehörde immer der Ansicht sein wird, dass ein solcher Beweis zur Aufklärung einer schweren Straftat unerlässlich ist.

Worum geht es? Möglich ist, dass Hausdurchsuchungen ohne Hausdurchsuchungsbefehl durchgeführt wurden oder - sehr wahrscheinlich der häufigste Fall - die Einvernahme eines Zeugen ohne Hinweis auf sein Zeugnisverweigerungsrecht erfolgt ist. Wenn man der Mehrheit folgt, hätte das zur Konsequenz, dass z. B. die Aussagen aus einer Zeugeneinvernahme verwertet werden können, die ein Zeuge gemacht hat, welcher ein Zeugnisverweigerungsrecht gehabt und sich allenfalls darauf berufen hätte, wenn er es gewusst hätte. In diesem Sinne ist es auch folgerichtig, dass diese Beweise nicht verwertet werden dürfen.

In der Kommissionsberatung wurden wir auf folgenden möglichen Fall aufmerksam gemacht. Ein Zeuge, der kein Zeugnisverweigerungsrecht hat, wurde nicht auf die Möglichkeit der Zeugnisverweigerung aufmerksam gemacht und stirbt kurz nach der Aussage. Man kann deswegen allenfalls einen Mörder nicht überführen. Aus diesem Grunde beantragt die Minderheit II eventualiter, dass im Ausnahmefall solche Beweise verwertet werden können, nämlich dann, wenn es um die Aufklärung schwerer Straftaten geht und gewisse Beweise nicht wieder erhoben werden können. Das wäre beispielsweise dann der Fall, wenn ein Zeuge gestorben ist oder allenfalls im Ausland ist und nicht mehr einvernommen werden kann.

Ich bitte Sie, der Minderheit I (Menétrey-Savary) und eventualiter der Minderheit II (Thanei) zuzustimmen.

Hubmann Vreni (S, ZH): Auch Strafverfolgungsbehörden haben sich an das Recht zu halten. Deshalb verbietet Artikel 138 gewisse Beweiserhebungsmethoden. Rechtswidrig erlangte Beweise dürfen nicht verwertet werden, da sind wir mit Frau Menétrey-Savary einig, und wir werden ihrem Minderheitsantrag zustimmen.

Dienen rechtswidrig erlangte Beweise, und damit komme ich zum Eventualantrag der Minderheit II (Thanei), zur Aufklärung schwerer Straftaten, dürfen sie nur verwendet werden, wenn sie nicht nochmals erhoben werden können; diesmal aber rechtmässig. Halten wir diese Bestimmung nicht ausdrücklich im Gesetz fest, so werden Strafverfolgungsbehörden bei der Aufklärung von schweren Delikten zum Beispiel von vornherein auf einen Durchsuchungsbefehl verzichten, weil sie genau wissen, dass er ohnehin nicht nötig ist. Ich bitte Sie deshalb, diesen beiden Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Vischer Daniel (G, ZH): Es geht hier um eine Grundsatzfrage: Der Strafprozess, die Wahrheitsfindung im Strafverfahren, beruht im Grunde genommen auf dem nominalistischen Prinzip, dass nur wahr ist, was sich im strafprozessualen Verfahren als wahr erweist. Es gibt mithin keine ausserhalb des Verfahrensrechtes stehende absolute Wahrheit. Aber genau diesen Einbruch will die Kommissionsmehrheit mit ihrer Beifügung erzeugen. Sie ritzt am Grundsatz des Verwertungsverbot, welches sicherstellt, dass das Prinzip der prozessualen Wahrheit im Prozess durchgreift. Das heisst, dass nur rechtmässig erlangte Beweismittel zur Verurteilung eines Straftäters zur Verfügung stehen dürfen. Es darf jemand nicht aufgrund von Beweismitteln verurteilt werden, die nicht rechtmässig erlangt worden sind.

Die Trendwende, die hier eingeleitet wird, ist falsch. Es ist die Trendwende zum polizeilichen Strafrecht. Das heisst: Im Zweifel obsiegt das polizeiliche Opportunitätsinteresse. Die Polizei kann mithin - selbst wenn sie rechtswidrig vorgeht - immer schon im Wissen handeln, dass ihre rechtswidrigen Handlungen de facto nicht sanktioniert werden, weil sie auf die Aufklärung schwerer Straftaten Bezug nehmen kann. Wenn Sie dem zum Durchbruch verhelfen, bringen Sie ein zentrales Prinzip des Grundrechtsschutzes im Strafprozess zum Einsturz. Wer hier mit der Kommissionsmehrheit stimmt, erlaubt, dass die Schweiz - und das ist ein ganz zentraler Punkt - eine Strafprozessordnung normiert, bei der im Zweifelsfall rechtswidrig erlangte Beweismittel Geltung erlangen können, das heisst, dass Sorgfalt eigentlich nicht mehr nötig sein wird. Das kann nicht im Ernst Ihr Anliegen sein.

Auch wenn gegenüber diesen Fragen in diesem Saal eine gewisse Gleichgültigkeit herrscht - geschweige denn bei den Medien; ihnen ist ja alles wichtig, nur meistens nicht das, was in diesem Saal passiert -, muss ich Sie schon darauf aufmerksam machen: Wer auch immer sich liberal nennt, muss wissen, dass diese Bestimmung ein Lackmustest grundsätzlich liberaler Rechtsauffassung ist. Das Verwertungsverbot illegal erworbener Beweismittel ist z. B. im angelsächsischen Strafprozess die zentrale Doktrin, und sie hat auch in unserem Strafprozess, der viel staatsgläubiger und staatsanwaltschaftslastiger war als der angelsächsische Prozess, in der Vergangenheit Einkehr gefunden. Und nun machen Sie eine Kehrtwendung weg von diesem Prinzip. Es gibt keinen Grund dafür, ausser Sie sagen, im Zeitalter der Terrorismusbekämpfung spielen Grundrechte überhaupt

AB 2007 N 957 / BO 2007 N 957

keine Rolle mehr. Dann finden Sie bald darunterliegende Delikte et cetera pp., und dann können Sie sagen: Was sollen überhaupt Strafprozessnormen? Am Schluss entscheidet die Opportunität der Verbrechensbekämpfung. Dem muss hier ein Riegel geschoben werden.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion, die SVP-Fraktion und die FDP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ganz so dramatisch, wie Herr Vischer das hier dargestellt hat, ist die Situation nicht. Ich bitte Sie zu sehen, dass in Artikel 138 klar gesagt wird, dass verbotene Beweiserhebungsmethoden - also Zwangsmittel, Gewaltanwendung, Drohungen, Versprechungen, Täuschungen und Mittel, welche die Denkfähigkeit oder die Willensfreiheit einer Person beeinträchtigen können - bei der Beweiserhebung untersagt sind. Solche Methoden sind auch dann unzulässig, wenn die betroffene Person ihrer Anwendung zustimmt. Solche Beweise sind in keinem Fall verwertbar - nie. Und dasselbe gilt, wenn dieses Gesetz einen Beweis als unverwertbar bezeichnet.

Es geht in Artikel 139 Absatz 2 um etwas anderes. Es geht um die Verwertbarkeit von Beweisen, welche nicht auf solche Beweiserhebungen zurückzuführen sind, sondern auf weniger drastische Dinge. Nehmen Sie an, es wird eine Hausdurchsuchung durchgeführt, aber das Vorgehen ist nicht ganz so, wie es sein sollte. Dann ist die Hausdurchsuchung ein Hausfriedensbruch, also ein Delikt, weil keine genügende Bewilligung vorliegt. Oder es geht um die Verletzung von Gültigkeitsvorschriften, insbesondere wenn man den Zeugen nicht richtig auf sein Zeugnisverweigerungsrecht aufmerksam gemacht hat.

In diesen Fällen muss eine Güterabwägung geschehen. Herr Vischer, man kann nicht einfach sagen, wenn man die Verwertung ganz unterlasse, sei es immer gut. Es gibt Fälle, in denen es ausserordentlich störend wäre, wenn solche Beweise unter keinen Umständen berücksichtigt werden könnten. Nehmen Sie an, es sei eine solche Hausdurchsuchung gemacht worden - formell zwar nicht ganz einwandfrei, die Hausdurchsuchung wäre also Hausfriedensbruch gewesen - und die Beschlagnahmung hätte dazu geführt, einen Mörder zu überführen oder ein schweres wirtschaftliches Delikt an den Tag zu bringen. Nur weil die Hausdurchsuchung nicht ganz ideal war, dürfte dann das Material nicht verwertet werden - und Sie hätten keine anderen Beweise.

Zur Klarstellung in Bezug auf das Zeugnisverweigerungsrecht: Wurde der Zeuge nicht über sein Zeugnisverweigerungsrecht belehrt, so ist die Einvernahme nicht verwertbar, wenn sich der Zeuge nachträglich, wenn er belehrt worden ist, auf das Zeugnisverweigerungsrecht beruft; das ist Artikel 174 Absatz 3. Gemäss Minderheit I dürften in Verletzung von Gültigkeitsvorschriften oder auf strafbare Weise erhobene Beweise aber nie verwertet werden, und nach der Minderheit II wäre eine Verwertung nur zulässig, wenn die Beweise für die Aufklärung schwerer Taten unerlässlich wären und nicht wieder erhoben werden könnten. Die Mehrheit schliesslich lässt die Verwertung zu, wenn die Beweise für die Aufklärung schwerer Straftaten unerlässlich sind, sonst auch nicht.

Die Frage der Verwertbarkeit ist eben in einer Güterabwägung zu beantworten. Auf der einen Seite steht die durch die Beweiserhebung verletzte Norm, auf der anderen Seite das öffentliche Interesse an der Aufklärung von Delikten. Die bei Artikel 139 Absatz 2 infrage stehenden verletzten Normen sind nicht von grundlegender Art. Es geht um Gültigkeitsvorschriften bzw. um Strafnormen, deren Verletzung nicht zugleich eine verbotene Methode im Sinne von Artikel 138 darstellt. Dennoch ist die Verwertung nur zulässig, wenn sie zur Aufklärung schwerer Delikte unerlässlich ist. Es muss also ein erhebliches öffentliches Interesse vorliegen.

Wir erachten diese Gewichtung der Interessen als ausgewogen und richtig.

Wenn die Minderheit I dagegen das Interesse an der Erhaltung der Normen, also eine Gültigkeitsvoraussetzung, zur Beweiserhebung über alles stellt, selbst über gewichtige öffentliche Interessen, ist diese Wertung unausgewogen und darum abzulehnen. Bei der Minderheit II ergibt sich dagegen die Schwierigkeit, dass die zusätzliche Voraussetzung - wonach der Beweis nicht wieder erhoben werden kann - in der Praxis sehr schwer zu handhaben ist. Wie steht es etwa, wenn Gegenstände beschlagnahmt worden sind, dies aber bei einer Hausdurchsuchung geschah, für die kein gültiger Befehl vorlag? Hier ist entscheidend, ob davon auszugehen ist, dass die Gegenstände im Falle einer Wiederholung immer noch in der Wohnung sind. Aber das ist ja gar nicht möglich, weil man sie ja schon beschlagnahmt hat. Oder genügt es, dass man die Gegenstände auch gefunden hätte, wenn ein Hausdurchsuchungsbefehl vorgelegen hätte? Kommt es bei der Einvernahme des Zeugen, der nicht über die Aussage- und die Wahrheitspflicht belehrt worden ist, darauf an, dass anzunehmen ist, er werde bei einer zweiten Einvernahme nicht das Gleiche aussagen? Diese Fragen zeigen, dass sich die von der Minderheit II aufgestellte zusätzliche Voraussetzung in der Praxis kaum anwenden lassen wird. Herr Vischer, auch wenn man die Sache sehr gründlich anschaut und erörtert: Weder die Minderheit I noch die Minderheit II bringen unseres Erachtens eine ausgewogene Lösung.

Aus diesen Gründen ist der Fassung des Ständerates und der Mehrheit der Vorzug zu geben.

Suter Marc Frédéric (RL, BE): Herr Bundesrat, ich stelle meine Frage vor dem Hintergrund des Umstandes, dass unter der Präsidentschaft von Herrn Bush der sogenannte Homeland Security Act eingeführt worden ist, in dem genau mit einer solchen Bestimmung geregelt wird, dass ein Beweismittel, das auf strafbare Art erwirkt worden ist, verwertet werden darf, wenn es um die Terrorismusbekämpfung geht und nationale Interessen bedroht sind. Meine Frage ist deshalb folgende: Fallen unter diesen Begriff der strafbar erwirkten Beweise der Einbruch, der Diebstahl von Akten, die Verletzung des Arzt- und Anwaltsgeheimnisses? Fällt darunter auch die Beweiserhebung nach nichtbewilligter Telefonabhörung und nach Verletzung des Briefgeheimnisses?

Blocher Christoph, Bundesrat: Mit der Begründung, dass man Terroristen in Amerika anders behandeln könne, können Sie hier nicht kommen. Die Amerikaner gehen wesentlich weiter; sie haben gesagt, es gelte das ganze Kriebsrecht nicht, weil es nicht einmal Kriegsgefangene seien.

Artikel 138 sagt klar, was verbotene Beweiserhebungsmethoden sind: Zwangsmittel - ein Teil dessen, was Sie aufgeführt haben, wären Zwangsmittel -, Gewaltanwendung, Drohungen, Versprechungen, Täuschungen und Mittel, welche die Denkfähigkeit und die Willensfreiheit einer Person beeinträchtigen, sind bei einer Beweiserhebung untersagt. Die Frage nach dem Briefgeheimnis kann ich Ihnen nicht genau beantworten; die Gerichte müssten dann natürlich die Frage beantworten, ob das dazu gehöre. Solche Methoden sind auch dann unzulässig, wenn die betroffene Person ihrer Anwendung zugestimmt hat. Diese Beweise sind in keinem Fall verwertbar - nie -, das steht fest. In den anderen Fällen geht es - wie ich Ihnen gesagt habe - um die Beweise, die unter Verletzung von Gültigkeitsvorschriften oder in strafbarer Weise, wie eben bei Hausdurchsuchungen, erlangt wurden, also nicht um Methoden, die unter Artikel 138 fallen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Die Bestimmung von Artikel 139 Absatz 2 ist tatsächlich eine sehr anspruchsvolle Bestimmung von grundsätzlicher Bedeutung. Es geht um die Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Beweise. Diese darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Es ist ein ganzes System - Herr Bundesrat Blocher hat es dargelegt -: Beweise, die mit nach Artikel 138 verbotenen Methoden erhoben werden, sind grundsätzlich unverwertbar. Dann gibt es die Bestimmung von Artikel 139 Absatz 3, wo es bloss um die Verletzung von Ordnungsvorschriften geht; solche Beweise sind verwertbar. Dann geht es um die Beweisgruppe dazwischen, die auf strafbare Weise oder

AB 2007 N 958 / BO 2007 N 958

durch Verletzung von Gültigkeitsvorschriften erhoben werden.

Die Minderheit I (Menétrey-Savary) wollte ein grundsätzliches Verwertungsverbot, auch für Beweise, die auf strafbare Weise oder durch Verletzung von Gültigkeitsvorschriften erhoben wurden. Dieser Antrag wurde in der Kommission für Rechtsfragen mit 10 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Es blieb die Mittellösung der Minderheit II (Thanei), die eine Verwertungsbeschränkung in einem etwas anderen Sinn will, als es der Gesetzentwurf vorsieht. Die Kommission ist auch diesem Antrag nicht gefolgt und hat ihn mit 12 zu 9 Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

Die Kommission für Rechtsfragen ist also beiden Minderheitsanträgen nicht gefolgt und hat es beim Wort "unerlässlich" gemäss Gesetzentwurf belassen. Unerlässlich heisst doch im Wesentlichen - das wird dann die Praxis ergeben müssen -, dass der Nachweis nicht anders erbracht werden kann. Dabei spielt das Kriterium der Nichtwiederholbarkeit der Beweisaufnahme eine gewisse Rolle. Die Verwertbarkeit - das geht aus der langen Debatte in der Kommission hervor - von Beweisen im Sinne von Artikel 139 Absatz 2 muss sehr einschränkend verstanden werden, beschränkt auf den absoluten Ausnahmefall bei schweren Verbrechen.

Ich ersuche Sie, der Mehrheit zu folgen und beide Minderheitsanträge abzulehnen.

Erste Abstimmung - Premier vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4439)

Für den Antrag der Mehrheit 100 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 49 Stimmen

Zweite Abstimmung - Deuxième vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4440)

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

Für den Eventualantrag der Minderheit II 52 Stimmen

Art. 140

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Roth-Bernasconi

Abs. 3

Zu Einvernahmen in Verfahren gegen Angehörige der Polizei wegen im Amt begangener Straftaten ist allein die Sonderstaatsanwaltschaft im Sinne von Artikel 16a Absatz 1 befugt.

Art. 140

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 139, Abs. 2

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 20:45:11

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	*	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	*	-	ZH
Beck	*	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	*	V	ZH
Bruderer	*	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	*	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH
Fehr Jacqueline	*	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Föhn	+	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	=	G	BE
Füglister	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	*	S	ZH
Guisan	=	R	VD
Günter	o	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Haberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hammerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	*	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Näf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	*	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	+	R	AR
Kohler	*	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuener Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bar	+	R	BE
Marti Werner	*	S	GL
Marty Kálin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	*	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehrlí	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	*	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	*	S	SG
Rechsteiner-Basel	*	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	*	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	*	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlüter	+	V	ZH
Schmied Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommeruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	=	R	BE
Teuscher	*	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	*	R	LU
Triponez	+	R	BE
Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Manqold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	*	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisayadis	=	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	21	0	27	0	5	45	2	100
nein / non / no	0	12	2	33	0	0	2	49
enth. / abst. / ast.	0	0	0	1	0	0	0	1
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	7	2	10	18	0	10	2	49
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

 Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit | Ménétrey-Savary

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 139, Abs. 2

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 20:46:06

Abate	+	R	TI	Fehr Mario	=	S	ZH	Kleiner	+	R	AR	Rossini	*	S	VS
Aeschbacher	+	E	ZH	Fluri	+	R	SO	Kohler	*	C	JU	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Föhn	+	V	SZ	Kunz	+	V	LU	Ruey	*	R	VD
Amherd	+	C	VS	Freysinger	+	V	VS	Lang	=	G	ZG	Rutschmann	+	V	ZH
Amstutz	+	V	BE	Frosch	=	G	BE	Laubacher	+	V	LU	Savary	*	S	VD
Aubert Josiane	*	S	VD	Füglistaller	+	V	AG	Leuenberger Genève	=	G	GE	Schelbert Louis	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Gadient	+	V	GR	Leutenegger Filippo	*	R	ZH	Schenk	+	V	BE
Bader Elvira	+	C	SO	Gallade	=	S	ZH	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenker	=	S	BS
Banga	=	S	SO	Garbani	*	S	NE	Levrat	*	S	FR	Scherer Marcel	+	V	ZG
Barthassat	+	C	GE	Genner	=	G	ZH	Loepfe	+	C	AI	Schibli	+	V	ZH
Baumann Alexander	+	V	TG	Germanier	+	R	VS	Lustenberger	*	C	LU	Schlüer	+	V	ZH
Baumle	*	-	ZH	Giezendanner	* V	AG	Markwalder Bär	+	R	BE	Schmid Walter	+	V	BE	
Beck	*	R	VD	Glanzmann	+	C	LU	Marti Werner	*	S	GL	Schneider	+	R	BE
Berberat	=	S	NE	Glasson	+	R	FR	Marty Kälin	=	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Bernhardsgrütter	=	G	SG	Glur	+	V	AG	Mathys	+	V	AG	Schweizer Urs	+	R	BS
Bigger	+	V	SG	Goll	=	S	ZH	Maurer	*	V	ZH	Siegrist	=	-	AG
Bignasca Attilio	+	V	TI	Graf Maya	=	G	BL	Maury Pasquier	*	S	GE	Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Binder	+	V	ZH	Graf-Litscher Edith	=	S	TG	Meier-Schatz	+	C	SG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Borer	+	V	SO	Gross Andreas	*	S	ZH	Menétrey-Savary	=	G	VD	Spuhler	+	V	TG
Bortoluzzi	*	V	ZH	Guisan	=	R	VD	Messmer	+	R	TG	Stahl	+	V	ZH
Bruderer	*	S	AG	Günter	=	S	BE	Meyer Thérèse	*	C	FR	Stamm Luzi	+	V	AG
Brun	+	C	LU	Gutzwiller	* R	ZH	Michel	+	R	GR	Steiner	+	R	SO	
Brunner Toni	+	V	SG	Gysin Hans Rudolf	*	R	BL	Miesch	+	V	BL	Stockli	*	S	BE
Brunschwig Graf	+	R	GE	Gysin Remo	=	S	BS	Moret Isabelle	+	R	VD	Studer Heiner	+	E	AG
Büchler	+	C	SG	Häberli	+	C	TG	Morgeli	+	V	ZH	Stump	=	S	AG
Bugnon	+	V	VD	Haering	=	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Suter	=	R	BE
Bührer	*	R	SH	Haller	*	V	BE	Müller Philipp	+	R	AG	Teuscher	*	G	BE
Burkhalter	+	R	NE	Hämmerle	=	S	GR	Müller Thomas	+	C	SG	Thanei	=	S	ZH
Carobbio Guscetti	*	S	TI	Hany Urs	+	C	ZH	Müller Walter	+	R	SG	Theiler	*	R	LU
Cassis Ignazio	*	R	TI	Hassler	+	V	GR	Müller-Hemmi	=	S	ZH	Triponez	+	R	BE
Cathomas	+	C	GR	Hegetschweiler	*	R	ZH	Müri	+	V	LU	Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Chappuis	=	S	FR	Heim Bea	=	S	SO	Nordmann	=	S	VD	Vanek	*	-	GE
Chevrier	+	C	VS	Hess Bernhard	+	-	BE	Noser	+	R	ZH	Vaudroz René	+	R	VD
Daguet	=	S	BE	Hochreutener	+	C	BE	Oehri	+	V	BE	Veillon	+	V	VD
Darbellay	*	C	VS	Hofmann Urs	=	S	AG	Pagan	+	V	GE	Vermot-Mangold	=	S	BE
De Buman	+	C	FR	Huber	+	R	UR	Parmelin	*	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Donzé	+	E	BE	Hubmann	=	S	ZH	Pedrina	*	S	TI	Vollmer	*	S	BE
Dormond Béguelin	=	S	VD	Huguenin	=	-	VD	Pelli	+	R	TI	Waber Chnstian	+	E	BE
Dunant	+	V	BS	Humbel Näf	* C	AG	Perrin	+	V	NE	Wafler	+	E	ZH	
Dupraz	*	R	GE	Hutter Jasmin	*	V	SG	Pfister Gerhard	+	C	ZG	Walter Hansjorg	+	V	TG
Egerszegi-Obrist	#	R	AG	Hutter Markus	+	R	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Eggly	+	R	GE	Imfeld	+	C	OW	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Wehrli	*	C	SZ
Engelberger	+	R	NW	Ineichen	+	R	LU	Rechsteiner-Basel	*	S	BS	Weyeneth	+	V	BE
Fasel	*	G	FR	Janiak	*	S	BL	Recordon	=	G	VD	Widmer	=	S	LU
Fässler-Osterwalder	=	S	SG	Jermann	+	C	BL	Rennwald	=	S	JU	Wobmann	+	V	SO
Fattebert	+	V	VD	Joder	*	V	BE	Rey	=	S	VS	Wyss Ursula	*	S	BE
Favre	+	R	VD	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Zeller	*	R	SG
Fehr Hans	+	V	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Riklin	+	C	ZH	Zemp	*	C	AG
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	Keller Robert	*	V	ZH	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	-	VD
Fehr Jacqueline	*	S	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Robbiani	+	C	TI	Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / sí	21	0	27	0	5	45	1	99
nein / non / no	0	12	2	35	0	0	3	52
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	7	2	10	17	0	10	2	48
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / sí

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

 Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit II Thanei

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 128

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 20:03:17

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	*	-	ZH
Beck	*	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Buchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	*	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	*	S	VD
Dunant	*	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	*	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	*	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Fohn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frosch	=	G	BE
Füglister	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	*	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Gunter	=	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Haberli	+	C	TG
Haering	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hammerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	*	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	+	R	AR
Kohler	*	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	*	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	*	S	GL
Marty Kalin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Morgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Münz	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehrli	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedrina	*	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	=	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	=	C	TI

Rossini	*	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schluer	+	V	ZH
Schmid Walter	*	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	*	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	=	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	=	R	BE
Teuscher	*	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponoz	+	R	BE
Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wafar	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisayadis	=	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	18	0	28	0	4	42	1	93
nein / non / no	1	12	1	40	1	0	2	57
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	9	2	10	12	0	13	3	49
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Ménétrey-Savary


Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 129, Abs. 2 und 3

Abstimmung vom / Vote du: 18.06.2007 20:11:02

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemann	=	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	=	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	=	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Baumle	*	-	ZH
Beck	*	R	VD
Berberat	=	S	NE
Bernhardsgrütter	=	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	=	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	=	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	=	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daquet	=	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	*	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	*	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	*	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	*	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fassler-Osterwalder	=	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	*	S	ZH

Fehr Mario	=	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Fohn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	=	G	BE
Füglistaller	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	=	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	=	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	*	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	=	S	ZH
Graf Maya	=	G	BL
Graf-Litscher Edith	=	S	TG
Gross Andreas	*	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Gunter	=	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	=	S	BS
Haberli	+	C	TG
Haerig	=	S	ZH
Haller	*	V	BE
Hämmerle	=	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Helm Bea	=	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	=	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	=	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Naf	*	C	AG
Hutter Jasmin	*	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Inerchen	+	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	*	V	BE
John-Calame	=	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	*	V	ZH
Kiener Nellen	=	S	BE

Kleiner	+	R	AR
Kohler	*	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	=	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuener Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	=	S	BL
Levrat	*	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	*	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	*	S	GL
Marty Kälin	=	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	=	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	*	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Mörgeli	+	V	ZH
Müller Geri	=	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	*	R	SG
Müller-Hemmi	=	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	=	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	*	V	VD
Pedenna	*	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	=	S	SG
Rechsteiner-Basel	=	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	=	S	JU
Rey	=	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	*	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	*	S	VS
Roth-Bernasconi	=	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	=	S	VD
Schelbert Louis	=	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	=	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schluer	+	V	ZH
Schmid Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	*	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	=	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stockli	*	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	=	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	*	G	BE
Thanei	=	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponoz	+	R	BE
Tschümperlin Andy	=	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	=	S	BE
Vischer	=	G	ZH
Vollmer	*	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wafler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	*	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	=	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	=	S	BE
Zeller	*	R	SG
Zemp	*	C	AG
Zisyadis	=	-	VD
Zuppiger	*	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	20	0	28	0	5	46	1	100
nein / non / no	0	12	0	40	0	0	2	54
enth. / abst. / ast.	0	0	0	0	0	0	0	0
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	8	2	11	12	0	9	3	45
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si
 = nein / non / no
 o enth. / abst. / ast.
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art 57 cps 4
 * hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
 # Der Präsident stimmt nicht
 Le président ne prend pas part aux votes
 v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui: Antrag der Mehrheit
 Bedeutung Nein / Signification de non: Antrag der Minderheit Hubmann

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)

Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ich kann Ihnen gleich zu Beginn sagen, dass der Antrag, alle Abstimmungen unter Namensaufruf durchzuführen, heute früh zurückgezogen worden ist.

**1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse**

Art. 227 Abs. 5 - Art. 227 al. 5

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir haben die Beratung gestern bei Artikel 247 unterbrochen. Am Schluss ging es so schnell, dass ich Herrn Bundesrat Blocher vorausgaloppiert bin. Er hatte nicht die Möglichkeit, den Widerspruch des Bundesrates betreffend Artikel 227 anzumelden. Er hat diesen Widerspruch bereits im Ständerat angemeldet und möchte ihn hier noch einmal wiederholen. In Artikel 227 Absatz 5 ist sich die Kommission einig und beantragt, dem Ständerat zu folgen. Herr Bundesrat Blocher hat die Möglichkeit, einen Gegenantrag zu stellen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Tatsächlich hat die Präsidentin schneller gesprochen, als ich ans Pult eilen konnte, um zu sagen, dass wir über diesen Artikel sprechen müssen. Daher bin ich froh, dass Sie das jetzt nachholen.

Es geht bei Artikel 227 Absatz 5 um etwas Ernsthaftes. Die Ernsthaftigkeit hat sich erst jetzt vor der parlamentarischen Beratung gezeigt. Darum möchte ich Ihnen etwas anderes beantragen als in der Kommission. Wir haben uns in der Kommission nicht gewehrt. Aber die Kommission hat über diesen Artikel auch gar nicht gesprochen.

Worum geht es? Auch für Laien ist es verständlich, worum es hier geht. Nach dem neuen Modell kann die Staatsanwaltschaft dem Zwangsmassnahmengericht beantragen, jemanden in Haft zu nehmen. Das ist nicht wie früher, wo die Staatsanwaltschaft das selbst tun konnte, sondern sie muss das nun dem Zwangsmassnahmengericht beantragen. Die Kantone sind verpflichtet, ein solches Zwangsmassnahmengericht zu haben.

Wenn jemand in eine solche Haft kommt, hat er jederzeit die Möglichkeit, ein Haftentlassungsgesuch zu stellen. Das heisst, er kann geltend machen, die Gründe dafür seien entfallen, nicht mehr vorhanden. Dann muss das Zwangsmassnahmengericht nochmals entscheiden. Nachher, wenn der betreffende Beschuldigte das ein erstes Mal gemacht hat, kann das Zwangsmassnahmengericht, um querulatorische Beschwerden abzuwehren, gemäss dem Entwurf des Bundesrates bestimmen, dass er während eines ganzen Monats kein Haftentlassungsgesuch mehr stellen kann.

Der Ständerat hat dann auf Antrag von kantonalen Gerichten in die Vorlage hineingeschrieben, dass dem Betroffenen ausnahmsweise eine Frist von zwei Monaten gesetzt werden könne. Wir haben uns damals nicht

gewehrt. Wir haben geltend gemacht, der Bundesrat habe die Frist von einem Monat genommen, weil wir nicht wissen, ob zwei Monate internationalem Recht, den Menschenrechten und den Grundwerten der Verfassung widersprechen.

Die nationalrätliche Kommission hat wie schon der Ständerat diese Bestimmung genehmigt, ohne darüber zu diskutieren, und wir haben damals auch keinen Einspruch dagegen erhoben. Unterdessen haben wir festgestellt, dass das Risiko besteht, dass dieser Artikel mit einer Frist von zwei Monaten internationalem Recht widerspricht, vor allem wenn er so allgemein gefasst ist, und vom Bundesgericht aufgehoben wird. Wir sollten keine Strafprozessordnung erlassen, von der wir nicht ganz sicher sind, dass sie mit den Menschenrechten und der internationalen Ordnung übereinstimmt.

Darum bitte ich Sie, hier dem Entwurf des Bundesrates mit der Angabe einer Frist von einem Monat zuzustimmen und eine Differenz zum Ständerat zu schaffen. Eventuell kann man die zwei Monate genauer umschreiben, sodass die Bestimmung dann mit dem internationalen Recht übereinstimmt, oder man belässt es bei einem Monat und geht kein Risiko ein, dass sie aufgehoben wird.

Wir bitten Sie also aus den besagten Gründen, bei Artikel 227 Absatz 5 dem Bundesrat zuzustimmen und eine Differenz zum Ständerat zu schaffen.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Es freut mich natürlich, dass es manchmal auch Herr Bundesrat Blocher zu schnell geht. Wir haben in der Kommission nicht über diesen Artikel gesprochen. Die heute von Herrn Blocher vorgetragene Ausführungen überzeugen mich. Es ist auch im Sinne der Kommission, wenn wir seinem Antrag zustimmen. Im Ergebnis ist es nämlich eine Verbesserung für die inhaftierte Person. Der Bundesrat hat vorgesehen, dass das Zwangsmassnahmengericht eine Frist von längstens einem Monat setzen kann, innerhalb derer kein neues Entlassungsgesuch gestellt werden kann. Es trifft zu, dass die Formulierung des Ständerates "ausnahmsweise 2 Monate" zu Unklarheiten führt.

Ich bitte Sie deshalb - ich denke, ich kann hier für die Kommission sprechen -, dem Bundesrat zu folgen, damit zumindest eine Differenz geschaffen wird und wir inhaltlich darüber diskutieren können.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich möchte bestätigen, was Herr Bundesrat Blocher und auch Frau Thanei ausgeführt haben, dass die Kommission diese Frage nicht behandelt hat. Wenn wir ehrlich sind, räumen wir ein, dass wir das übergangen haben. Wir waren uns dieser Differenz, glaube ich, gar nicht wirklich bewusst. Ich begrüsse die Ausführungen von Herrn Bundesrat Blocher, übrigens fast als neues Fanal, und ersuche Sie, der bundesrätlichen Fassung, nämlich dem Vorrang der Menschenrechte, zuzustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Kommission hat Ihnen ursprünglich beantragt, hier dem Ständerat zu folgen. Herr Bundesrat Blocher stellt den Antrag, eine Differenz zu schaffen und dem Entwurf des Bundesrates zu folgen. Unterdessen unterstützt auch die Kommission den Antrag des Bundesrates.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag des Bundesrates 150 Stimmen

Für den Antrag der Kommission 1 Stimme

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Damit können wir jetzt dort weiterfahren, wo wir gestern aufgehört haben.

Art. 248

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2007 N 988 / BO 2007 N 988

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 249

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Menétrey-Savary, Vischer)

Abs. 2

... oder von einer Ärztin oder einem Arzt durchgeführt. (Rest streichen)

Art. 249

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Chappuis, Menétrey-Savary, Vischer)

Al. 2

La fouille des parties intimes doit être effectuée par une personne du même sexe ou par un médecin.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Minderheit Thanei wird von Frau Hubmann vertreten.

Hubmann Vreni (S, ZH): Leibesvisitationen sind unangenehm; sie können aber notwendig und wichtig sein, um Spuren zu sichern oder Gegenstände oder Vermögenswerte zu beschlagnahmen, wie das in Artikel 248 festgehalten ist. Betreffen solche Untersuchungen die Intimsphäre, soll sie nur eine Person des gleichen Geschlechts durchführen dürfen. Wir verlangen deshalb, dass der letzte Teilsatz gestrichen wird. Es wird in jedem Fall möglich sein, innert kurzer Frist eine solche Person beizuziehen.

In der Kommission widersprach unser Justizminister diesem Antrag und brachte als Beispiel, dass eine Person Sprengstoffe im Intimbereich verstecken könnte; dann würde es um Minuten und Sekunden gehen, sodass man keine Zeit habe, eine Person des gleichen Geschlechts herbeizuschaffen. Dieses Beispiel entspringt vermutlich der lebendigen Fantasie unseres Justizministers.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit Thanei zu unterstützen. Ich denke, dass solche Fälle, wie sie Herr Blocher in der Kommission genannt hat, in der Realität kaum vorkommen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion, die FDP-Fraktion und die CVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich ersuche Sie, der Kommissionmehrheit und dem Bundesrat zu folgen. Die Minderheit will, dass Durchsuchungen, die in die Intimsphäre der Betroffenen eingreifen, in jedem Fall nur von einem Arzt oder von einer Ärztin oder einer Person des gleichen Geschlechts durchgeführt werden dürfen. Der Bundesrat schlägt Ihnen mit der Mehrheit vor, dass in dringenden Fällen von diesem Erfordernis abgewichen werden kann.

Es trifft zu, dass in den meisten Fällen die Zeit reicht, um einen Arzt oder eine Ärztin beizuziehen. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass in gewissen Fällen die Zeit nicht reicht; etwa dann, wenn zum Schutze der betreffenden Person oder der Umgebung ein im Intimbereich versteckter Gegenstand möglichst rasch behändigt werden können muss. Da haben die Strafverfolgungsbehörden ganze Reihen von Fällen aufgezählt. Ich möchte das jetzt hier nicht tun. Aber es ist eindeutig, das wissen Sie auch: In Fällen von versteckten Drogen, Gift und Sprengstoffen - vor allem im Falle von Sprengstoffen kann es sogar um Minuten gehen - brauchen Kriminelle gerne Verstecke, von denen sie wissen, dass darauf nicht sofort zugegriffen werden kann. Deshalb muss für solche Ausnahmefälle - und um solche handelt es sich - die Fassung der Mehrheit durchgesetzt werden.

Moret Isabelle (RL, VD), pour la commission: Le projet reprend le principe selon lequel la fouille des parties intimes ne peut être effectuée que par une personne du même sexe ou par un médecin, mais il prévoit une exception: le cas d'urgence. La minorité de la commission désire retirer cette exception et revenir au principe pur.

Par 12 voix contre 4 et 2 abstentions, la commission a rejeté la proposition défendue par la minorité. En effet, dans la plupart des cas, il sera possible de trouver à temps une personne du même sexe ou un médecin, mais parfois il s'agit d'une question de minutes, par exemple en présence d'explosifs. En cela, l'exception est pertinente.

Je vous remercie de suivre la majorité de la commission.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 91 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 44 Stimmen

Art. 250

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

....

b. abzuklären, ob sie schuld-, verhandlungs- und hafterstehungsfähig ist.

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Abs. 4

.... oder 191 StGB aufzuklären. Ein allfälliges Zeugnisverweigerungsrecht gegenüber der beschuldigten Person ist zu beachten.

Art. 250

Proposition de la majorité

Al. 1, 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(la modification ne concerne que le texte allemand)

Proposition de la minorité

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo)

Al. 4

.... ou 191 CP. Il est tenu compte d'un éventuel droit de refuser de témoigner à l'encontre du prévenu.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Thanei ist zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 251-254

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 255

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2007 N 989 / BO 2007 N 989

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

.... gegenüber Personen anordnen, die unter dem Verdacht stehen, an der Tatbegehung beteiligt gewesen zu sein.

Art. 255

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

.... sur des personnes soupçonnées d'être impliquées dans la commission de l'acte, en vue de l'établissement

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Il s'agit ici des tests ADN dans les enquêtes de grande envergure. Le recours à des prélèvements d'ADN pour établir le profil génétique dans des enquêtes de grande envergure fait problème. Cela n'est pas d'aujourd'hui, puisque ce conseil était déjà partagé lors de

l'élaboration de la loi sur les profils ADN. Il n'avait accepté cette mesure que par 77 voix contre 60. Il faut dire qu'en 2002, la banque de données comportait déjà 18 000 profils génétiques, alors qu'en 2004 on en comptait 40 000 et aujourd'hui peut-être 80 000. Incontestablement, les prélèvements d'ADN lors d'enquêtes de grande envergure risquent de venir alimenter des fichiers un peu trop importants. En effet, dans ce type d'enquête, on soumet à ce test des gens innocents sur lesquels ne repose aucun soupçon particulier.

Or, l'article 255 ne dit pas combien de personnes seront concernées et qui décide du nombre et du choix de ces personnes. Cet article dit simplement qu'on prélève des "échantillons sur des personnes présentant des caractéristiques spécifiques constatées en rapport avec la commission de l'acte". Mais qu'est-ce que cela signifie au juste? La minorité craint que ces critères ne soient pas suffisamment précis pour éviter l'arbitraire, la discrimination en fonction de l'appartenance ethnique, voire la stigmatisation de certains groupes sociaux. C'est pourquoi, à défaut de pouvoir supprimer purement et simplement cette méthode d'investigation dans les cas d'enquêtes de grande envergure, elle propose de la restreindre à des personnes soupçonnées. L'utilisation de ces analyses génétiques à large échelle et pour de grandes catégories de population pourrait donner lieu à des dérives problématiques, notamment en cas d'enregistrement dans des banques de données, si on se livre à des comparaisons systématiques de ces empreintes génétiques avec des traces provenant de différents délits non encore élucidés - ce que, dans le jargon du métier, on appelle des "cold hits". En tout cas, l'article 255 ne prévoit pratiquement pas de limite à l'utilisation de cette méthode, alors que les articles suivants 259 et 260 concernant les données signalétiques prescrivent des conditions d'usage beaucoup plus sévères.

La minorité ne conteste pas l'utilité des analyses génétiques comme moyen d'investigation. Elle est parfaitement consciente que ces moyens offrent des possibilités d'innocenter des personnes soupçonnées à tort, mais aujourd'hui, divers experts mettent en garde contre l'illusion de croire qu'on détient là un moyen infaillible. D'autre part, les délits élucidés par ce moyen sont principalement les vols - 435 sur 500 correspondances entre un profil et une trace pour 18 000 profils enregistrés. D'autre part, les traces sont souvent brouillées et indéchiffrables. Les enquêtes de grande envergure pourraient donc aboutir à des erreurs judiciaires et compromettre des innocents, et cela sans compter leur coût extrêmement important, alors que d'autres méthodes pourraient se révéler tout aussi efficaces. Pour ces raisons, je vous demande de soutenir la minorité à cet article.

Fattebert Jean (V, VD): Hier, en début de débat, vous avez dit que votre objectif était que la justice et l'équité puissent régner. Vos propositions de minorité ont pour but de mettre des obstacles à la transparence et à la justice. Quel est votre objectif, en fait?

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Ce ne sont pas des obstacles, c'est une volonté de résister et de s'opposer à de trop grands assouplissements qui, précisément, mettent à mal les garanties qui sont données pour le justiciable, garanties qui sont nécessaires pour faire contrepoids à la toute-puissance du procureur.

Blocher Christoph, Bundesrat: Bei diesem Artikel geht es um Untersuchungen. Es geht darum zu untersuchen, ob jemand, von dem man es noch gar nicht weiss, tatverdächtig ist, also darum, herauszufinden, wer verdächtig ist. Es handelt sich um Untersuchungen von mehreren Personen, die Täter sein könnten, gegen die aber noch nicht genug konkrete Verdachtsmomente vorliegen. Nehmen Sie an, es habe eine Schlägerei gegeben. Am Schluss gab es einen Toten. Es waren im Umfeld viele Personen dabei, alle könnten Täter sein, aber man kennt sie nicht. Es gilt nun herauszufinden, wer der Verdächtige ist und wer der Mörder ist.

Die Minderheit erkennt den Zweck dieser Untersuchungen. Es ist gerade der Sinn der Bestimmung, dass die Untersuchungen nicht an tatverdächtigen Personen vorgenommen werden. Wenn man verlangt, dass eine Untersuchung erst an tatverdächtigen Personen vorgenommen werden kann, braucht es diese Untersuchungen nicht mehr, denn diese Untersuchungen haben den Zweck herauszufinden, wer tatverdächtig ist. Die Leute kommen aufgrund von anderen Merkmalen infrage, waren also alle dabei oder in der Nähe; aber man hat noch keinen Tatverdächtigen. Mit einer Massenuntersuchung soll also geklärt werden, ob jemand tatverdächtig ist. Die Fassung der Minderheit hätte zur Folge, dass auch im Rahmen einer Massenuntersuchung nur von Personen, die bereits tatverdächtig sind, ein DNA-Profil erhoben werden könnte. Das ist nicht der Sinn dieser Bestimmung, sondern man muss mit dieser Untersuchung ja den Tatverdächtigen finden.

Wir bitten Sie also, dem Bundesrat und der Mehrheit zuzustimmen.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Der Problembereich Massenuntersuchungen wurde im Zusammenhang mit dem DNA-Profil-Gesetz intensiv diskutiert. Obwohl nach wie vor gewisse Vorbehalte

gegen diese Massenuntersuchungen bestehen, auch betreffend deren Effizienz, hat die Kommission mit 12 zu 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Antrag, der jetzt der Antrag der Minderheit ist, abgelehnt. Die Minderheit verlangt, dass solche Massenuntersuchungen nur gegen Personen angeordnet werden können, die unter dem Verdacht stehen, an der Tatbegehung beteiligt gewesen zu sein. Das macht keinen Sinn, denn wenn ein Tatverdacht besteht, ist eine normale Untersuchung möglich. Massenuntersuchungen werden per definitionem nicht an Tatverdächtigen, sondern eben an infragekommenden Personen vorgenommen. Wichtig ist, dass jede Person, bei der eine Probe zu erheben ist, gegen diese konkrete Anordnung Beschwerde nach Artikel 401 ergreifen kann.
Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 31 Stimmen

Art. 256-259

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

AB 2007 N 990 / BO 2007 N 990

Art. 260

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... während folgender Dauer aufbewahrt und, sofern ein hinreichender Tatverdacht auf ein neues Delikt besteht, auch verwendet werden:

....

Abs. 2-4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 260

Proposition de la commission

Al. 1

Les données signalétiques sur un prévenu ne peuvent être conservées hors du dossier de la procédure que jusqu'à:

....

Ces données signalétiques ne peuvent être utilisées hors du dossier de la procédure que s'il existe des soupçons suffisants de récidive.

Al. 2-4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 261, 262

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 263

Antrag der Kommission

Abs. 1

Nicht beschlagnahmt werden würden, ungeachtet des Ortes, wo sie sich befinden, und des Zeitpunktes, in welchem sie geschaffen worden sind:

....

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 263

Proposition de la commission

Al. 1

Quels que soient l'endroit où ils se trouvent et le moment où ils ont été créés, ne peuvent être séquestrés:

....

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Blocher Christoph, Bundesrat: Sie sehen bei Artikel 263 Absatz 1 eine Differenz zwischen Ihrer Fassung und derjenigen des Bundesrates. Ich schlage Ihnen nicht vor, Ihrer Fassung nicht zuzustimmen. Aber ich möchte doch sagen, dass wir sie im Ständerat bekämpfen möchten, und zwar, weil der Antrag unnötig ist. Er ist in der Formulierung des Bundesrates enthalten. Das sage ich bereits heute.

Nun könnte man sagen, eine unnötige Ergänzung sei nicht schädlich. Es ist aber zu bedenken, dass jede unnötige Ergänzung einer Bestimmung ein anderes Gewicht gibt und die Frage aufwirft, warum man an anderen Orten eine unnötige Bemerkung nicht aufgenommen hat. Darum werden wir in der Differenzvereinbarung den Ständerat bitten, über die Bücher zu gehen und an der Fassung des Bundesrates und des Ständerates festzuhalten.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Bemerkung ist im Amtlichen Bulletin aufgenommen.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Ich möchte hier nur kurz sagen, dass Ihre Kommission Absatz 1 zwecks Schaffung von Klarheit und Rechtssicherheit ergänzt hat. Die Kommission ist immer noch der Ansicht, dass dies nötig ist. Mit Bezug auf das Anwaltsgeheimnis ist es von Bedeutung, dass Akten den Schutz auch nicht verlieren, wenn sie sich beispielsweise nicht mehr im entsprechenden Anwaltsbüro befinden.

Obschon der Bundesrat dann im Ständerat an der ursprünglichen Fassung festhalten wird, bitte ich Sie, der Kommission zu folgen.

Angenommen - Adopté

Art. 264-267

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 268

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

....

a. 180; 181 bis 185; 187; 188 Ziffer 1; 189 bis 191; 192 Absatz 1; 195; 197; 221 Absätze 1 und 2; 223 Ziffer 1; 224 Absatz 1; 226; 227 Ziffer 1 Absatz 1; 228 Ziffer 1 Absätze 1 bis 4; 230bis; 231 Ziffer 1; 232 Ziffer 1; 233 Ziffer 1; 234 Absatz 1; 237 Ziffer 1; 238 Absatz 1; 240 Absatz 1; 242; 244; 251 Ziffer 1; 258; 259 Absatz 1; 260bis bis 260quinquies; 261bis; 264 bis 267; 271; 272 Ziffer 2; 273; 274 Ziffer 1 Absatz 2; 285; 301; 303 Ziffer 1; 305; 305bis Ziffer 2; 310; 312; 314; 317 Ziffer 1; 319; 322ter; 322quater und 322septies;

....

Art. 268

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

....

a. 180; 181 à 185; 187; 188 chiffre 1; 189 à 191; 192 alinéa 1; 195; 197; 221 alinéas 1 et 2; 223 chiffre 1; 224 alinéa 1; 226; 227 chiffre 1 alinéa 1; 228 chiffre 1 alinéas 1 à 4; 230bis; 231 chiffre 1; 232 chiffre 1; 233 chiffre 1; 234 alinéa 1; 237 chiffre 1; 238 alinéa 1; 240 alinéa 1; 242; 244; 251 chiffre 1; 258; 259 alinéa 1;

260bis à 260quinquies; 261bis; 264 à 267; 271; 272 chiffre 2; 273; 274 chiffre 1 alinéa 2; 285; 301; 303 chiffre 1; 305; 305bis chiffre 2; 310; 312; 314; 317 chiffre 1; 319; 322ter; 322quater et 322septies;
....

Angenommen - Adopté

Art. 269-280

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 281

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Stamm, Baumann J. Alexander, Joder, Miesch, Pagan)

Abs. 1

Die Staatsanwaltschaft oder die Polizei können

a. worden sind oder begangen werden könnten; und

....

AB 2007 N 991 / BO 2007 N 991

Art. 281

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Stamm, Baumann J. Alexander, Joder, Miesch, Pagan)

Al. 1

Le ministère public ou la police peuvent

a. ont été ou pourraient être commis; et

....

Stamm Luzi (V, AG): Es geht um die Observation, um die Voraussetzungen für die Observation, also um die Frage, inwieweit die Polizei observieren, beobachten darf. Die Minderheit Stamm, wie Sie auf Seite 165 der Fahne sehen, verlangt eigentlich zwei Dinge. Ich bitte Sie, Frau Präsidentin, die beiden Anliegen einzeln zur Abstimmung zu bringen, denn theoretisch kann man bei beiden unabhängig voneinander dafür oder dagegen sein. Was wird gewünscht? Ich möchte dazu vier Bemerkungen machen:

1. Als Erstes eine Vorbemerkung. Bei der Diskussion dieses Artikels muss man sich vor Augen halten: Wenn Sie Privatdetektive anstellen, dürfen Sie ohnehin extrem extensiv beobachten lassen. Sie können Privatdetektive anstellen und bezahlen, und denjenigen, den Sie im Visier haben, so lange und sehr umfassend beschatten oder beobachten lassen, wie Sie wollen; das einfach als Vorbemerkung. Man muss deshalb aufpassen, dass man für die Polizei nicht zu restriktive Regeln schafft. Das heisst allerdings nicht, dass man keine Regeln schaffen soll, sondern es ist richtig, dass man die Observation regelt, aber mit Mass. Das war die erste Bemerkung, die Privatdetektive betreffend.

2. Wenn Sie den Beginn von Artikel 281 lesen, sehen Sie, dass dort steht, dass die Staatsanwaltschaft - und im Ermittlungsverfahren die Polizei - die Observation anordnen könne. Es gibt keinen Grund, die Polizei nur im Ermittlungsverfahren entscheiden zu lassen, während sie nachher - im laufenden Verfahren - ständig die Staatsanwaltschaft begrüssen und anfragen muss; das macht keinen Sinn. Wenn ein Verfahren läuft - also nicht mehr das Ermittlungsverfahren - und die Polizei sich z. B. sagt, es könnte noch ein weiterer Verdächtiger im Spiel sein, den man beobachten muss, dann wirkt es eigenartig, wenn man da speziell die Staatsanwaltschaft anfragen muss. Stimmen Sie doch deshalb dem Antrag der Minderheit zu, sodass der Text dann lautet: "Die Staatsanwaltschaft oder die Polizei können" Das macht praktisch viel mehr Sinn. Das war der zweite Punkt.

3. Jetzt komme ich zum Wichtigsten: Die Minderheit möchte Ihnen beliebt machen, dass man nicht nur schreibt: "...Verbrechen oder Vergehen begangen worden sind", sondern, dass man hinzufügt: "oder begangen werden könnten". Wenn Sie die Praxis anschauen, dann sehen Sie, dass sich dieser Zusatz fast zwingend aufdrängt. Ganz praktisch: Wenn die Polizei z. B. einen Tipp bekommt, irgendjemand sei wahrscheinlich ein Drogenhändler, er halte sich regelmässig an einschlägigen Orten auf, dann drängt es sich doch auf, dass man auch dann observieren darf, wenn noch keine Straftat begangen worden ist. Oder wie

soll denn das sonst in der Praxis funktionieren? Der Polizei oder der Staatsanwaltschaft muss doch die Möglichkeit gegeben werden, auch beobachten zu lassen, wenn man vermutet, es gebe hier eine Straftat. Oder nehmen Sie neben diesem Drogenbeispiel ein weiteres Beispiel: Man sieht, dass sich in irgendeiner abgelegenen Gegend komischerweise viele Leute treffen. Plötzlich wird der Ort zu einem Zentrum, alle fahren mit teuren Autos dorthin, gehen in diesem Haus ein und aus. Da müssen Sie doch beobachten können, selbst wenn noch nicht klar ist, ob eine Straftat begangen worden ist oder nicht.

4. Die letzte Bemerkung mache ich bezüglich Absatz 2 von Artikel 281, obwohl ich weiss, dass Artikel 281 Absatz 2 in dem Sinne gar nicht offen ist, weil wir diesbezüglich gar keine Anträge zu besprechen haben. Ich frage mich aber, wie die Bestimmung gemeint ist. Ich möchte zuhause des Amtlichen Bulletins festhalten, dass die Formulierung "... Observation einen Monat gedauert" sinnvollerweise nur "... Observation netto einen Monat gedauert" bedeuten kann. Ich bitte Sie, an folgenden Fall zu denken: Nehmen wir an, die Beobachtung findet statt, weil jemand aus dem Ausland einfliegt und es vermutet wird, diese Person sei ein Drogendelinquent. Die Person wird beobachtet, aber sie ist nur einen Nachmittag hier. Drei Wochen später fliegt die Person wieder ein, nochmals drei Wochen später kommt sie das nächste Mal. Oder die Person kommt einmal und dann mehr als einen Monat nicht mehr. Es kann ja wahrscheinlich nicht gemeint sein, dass man jedes Mal, sobald seit der ersten Beobachtung ein Monat verstrichen ist, Bewilligungen einholen muss. Sinnvollerweise muss diese Bestimmung vielmehr heissen: Wenn netto einen Monat lang beobachtet worden ist, dann braucht es diesen zweiten Schritt. Das einfach zuhause des Amtlichen Bulletins; das ist eigentlich gesunder Menschenverstand, so muss dieser Abschnitt verstanden werden. Zusammengefasst: Ich bitte Sie, die beiden Anträge der Minderheit aufgrund der genannten Begründungen gutzuheissen, und ich bitte Sie, Frau Präsidentin, hier zwei Abstimmungen durchzuführen.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): La proposition de la minorité Stamm est dangereuse. D'abord, elle vise à mettre la police au même niveau que le ministère public, et ça, nous avons déjà dit que nous n'en voulions pas. Ensuite, elle prévoit d'accorder une portée particulièrement extensive aux investigations et aux données ainsi recueillies.

L'idée est qu'en maintenant une surveillance quasi constante de certains lieux, on pourrait découvrir comme par hasard des délits insoupçonnés. D'où cette expression qui figure dans la proposition de minorité selon laquelle on peut investiguer sur des crimes qui "pourraient être commis". Donc, désormais, il y aura les crimes qui sont commis, ceux qui ont été commis, ceux qui vont être commis, ceux qui pourraient être commis ou ceux qui pourraient avoir été commis! On se demande où on s'arrêtera! Cette proposition va nettement trop loin et nous vous demandons de la rejeter.

Sommaruga Carlo (S, GE): Le groupe socialiste vous invite à rejeter les deux propositions de la minorité Stamm à l'article 281 alinéa 1.

Ces deux propositions, qui ne font que relayer les prétentions démesurées de certaines polices cantonales, visent de manière subreptice à transformer le rôle de la police judiciaire et à introduire dans le Code de procédure pénale des dispositions qui n'y ont pas leur place.

Le thème mis en discussion, c'est-à-dire l'extension du pouvoir d'investigation autonome de la police, relève en fait de la loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure et de la prévention générale des risques, mais il n'a rien à voir avec l'unification de la procédure pénale que nous traitons. Donc, sur le plan de la forme, je suis étonné que ces deux propositions soient formulées ici, dès lors que le problème de la sûreté intérieure doit être traité pour lui-même, dans le cadre du message adopté récemment par le Conseil fédéral. Nous aurons l'occasion d'y revenir.

J'aimerais répondre à Monsieur Stamm lorsqu'il dit que dans le privé on peut réaliser des investigations secrètes. Non! ce n'est pas vrai! On ne peut pas enregistrer des fichiers audio, des fichiers vidéo, et accumuler des informations sur des personnes, même lorsqu'elles circulent dans les lieux publics. Cela n'est pas possible et, donc, il n'y a pas de relation à faire entre le privé et le public.

Par ailleurs, il y a une fonction, qui est dévolue à la police judiciaire, qui est d'enquêter sur les infractions commises ou sur celles qui sont sur le point de se commettre, à savoir sur les actes préparatoires et qui sont, eux, prévus et réprimés par le Code pénal. Il n'y a pas lieu d'introduire une troisième ou une quatrième catégorie de crimes. Cette catégorie de crimes que la minorité Stamm entend introduire à l'article 281 alinéa 1 lettre a aboutit de fait à donner un pouvoir

AB 2007 N 992 / BO 2007 N 992

énorme à la police judiciaire, qui va bien au-delà de ce qui est la conception générale de cette loi.

Donc, pour nous, il est extrêmement dangereux, comme cela a été dit par ma préopinante, d'introduire dans la loi les dispositions proposées par la minorité. Cela donnerait un pouvoir autonome à la police qui ne répondrait plus au magistrat, c'est-à-dire au ministère public. Cela n'a pas été la volonté du législateur jusqu'à maintenant; ce n'est pas la structure de la loi en débat. Il faut donc éviter de pervertir le projet de loi qui nous est soumis.

Je vous invite à adopter l'article, avec les modifications apportées par le Conseil des Etats, tel que le propose la majorité.

Perrin Yvan (V, NE): Je vais reprendre l'exemple de la drogue qui a été cité. Si la police ne peut pas observer avant la transaction, comment va-t-elle procéder à des flagrants délits?

Sommaruga Carlo (S, GE): On pourrait partir du principe que, finalement, il faudrait observer la moitié de la population de ce pays puisque toute personne pourrait un jour commettre une infraction liée à la drogue ou à un autre domaine. Ce n'est pas l'objectif du Code de procédure pénale qui, lui, par contre, permet à la police de mener l'enquête puisque les actes préparatoires sont considérés comme une infraction pénale. Cela doit être fait de manière autonome au moment de l'enquête préliminaire, mais ensuite sous la responsabilité du ministère public, ce que la minorité, par sa proposition, conteste également.

Blocher Christoph, Bundesrat: Für diesen Artikel, in dem es um die Voraussetzungen der Observation geht, muss man sich in die polizeiliche Tätigkeit vertiefen.

Die Polizei hat in Sachen Observation drei Aufgaben:

1. Die erste Aufgabe ist die allgemeine Aufgabe, die Wahrung der Sicherheit. Da hat die Polizei zu handeln, zu observieren, zu beobachten. Diese Aufgabe ist Gegenstand der Polizeigesetze, nicht dieses Gesetzes.
2. Ein Stadium weiter geht es um das sogenannte Ermittlungsverfahren. Hier verdichtet sich der Tatverdacht: Ein Tatverdacht zeichnet sich ab, auch wenn es noch keinen Tatverdächtigen gibt. Das ist das Ermittlungsverfahren. Im Ermittlungsverfahren, und das besagt dieser Artikel, handelt die Polizei selbstständig. Im Ermittlungsverfahren kann sie noch gar keine Führung durch den Staatsanwalt haben. Der Staatsanwalt ist noch gar nicht involviert.
3. Im dritten Stadium hat man einen Tatverdächtigen, und die Staatsanwaltschaft übernimmt die Führung des Verfahrens. Von dem Moment an hat die Polizei nicht mehr selbstständig zu handeln; denn wer ein Verfahren führt, muss natürlich auch die Observation führen. Wenn jemand ein Verfahren führen und jemand anders selbstständig observieren würde, würde die Sache auseinanderfallen.

Nun zum Antrag der Minderheit Stamm: Die Minderheit will festlegen, dass Staatsanwalt und Polizei in diesen Verfahren selbstständig führen können - und das macht keinen Sinn. Darum ist der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, natürlich besser. Er besagt: Du, Staatsanwalt, du führst, und die Polizei hat in deine Richtung zu gehen. Das gilt für die Untersuchung. Aber im Vorfeld, in der Ermittlung, kann die Polizei selbstständig handeln. Das besagt Absatz 1.

Herr Stamm hat ein Beispiel gebracht. Er hat gesagt: Nehmen Sie an, es gibt etwas Verdächtiges, etwas Auffälliges an einem bestimmten Ort. Viele fahren mit dem Auto dorthin, es könnte sich etwas abzeichnen. Das ist Gegenstand der Polizeigesetzgebung. Bei der Observation handelt die Polizei selbstständig. Aber das gehört weder zum Ermittlungsverfahren noch zur Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft. Das wird in diesem Gesetz überhaupt nicht geregelt, denn das ist Gegenstand der Polizeigesetze.

Sie nehmen sich nun die Erweiterung auf mögliche Taten hin vor, das ist der zweite Teil Ihres Minderheitsantrages. Sie sagen, es könnten auch Taten sein, die "begangen werden könnten". Sie sehen, das geht einen grossen Schritt weiter. Anknüpfungspunkt aller strafprozessualen Massnahmen ist ein Tatverdacht. Immer erst wenn ein Tatverdacht existiert, greift die Strafprozessordnung. Erst dann tritt der Staatsanwalt in Erscheinung. Es muss die Vermutung geben, dass eine strafbare Handlung begangen worden ist.

Ich habe Ihnen gestern gesagt, das sei eine Grauzone. So einfach ist es nicht. Der Polizist findet vielleicht eher etwas verdächtig als der Staatsanwalt. Das kann sein. Aber diese Grauzone ist in jedem Fall wieder anders. Bis zu diesem Tatverdacht kann der Polizist selbst observieren. Aber nachher übernimmt der Staatsanwalt die Führung.

Es kann sich bei der Straftat auch um eine strafbare Vorbereitungshandlung handeln, das ist dann auch eine Straftat. Zu beachten ist auch, dass wir immer mehr Deliktsbereiche haben, bei denen wir die Strafbarkeit nach vorne verlagern. Zuerst ist es die Straftat, dann ist es die Vorbereitung der Straftat, dann ist es die Vorbereitung der Vorbereitung. Ich betrachte das als keine sehr gute Strafrechtsentwicklung, dass man immer weiter geht. Am Schluss ist derjenige, der über eine mögliche Straftat auch etwas gehört haben könnte, auch darin involviert. Aber es ist nun so; wenn es Straftaten sind, ist es so.

Insbesondere im Betäubungsmittelbereich ist das so: Hier genügt schon das sogenannte Anstaltentreffen, beispielsweise zum Kauf oder Verkauf von Drogen. Das ist dann schon eine Straftat. Dies ermöglicht es dann auch, die prozessualen Massnahmen schon früh zu ergreifen, etwa als eine verdeckte Ermittlung. Darum - Sie sehen es - ist das Polizeirecht streng von dieser repressiven Optik zu trennen, bei der der Staatsanwalt führt. Im Ermittlungsverfahren kann die Polizei observieren. Sie ist eingesetzt, um strafbare Handlungen zu verhindern. Es soll gar nicht so weit kommen.

Der beantragte Zusatz ist nun eine typische Massnahme der Prävention, die eben, Herr Stamm, allenfalls in die Polizeigesetzgebung gehört und nicht in die Strafprozessordnung aufgenommen werden kann. Darum bitte ich Sie, sowohl beim Einleitungssatz von Absatz 1 als auch bei Buchstabe a der Mehrheit zu folgen.

Nun hat Herr Stamm noch eine Frage zu Absatz 2 gestellt. Er möchte eine Erklärung, was mit der Frist von einem Monat gemeint ist. Sie sind der Auffassung, wenn jemand zwei Tage observiere, dann drei Tage unterbreche und wieder zwei Tage observiere, seien diese drei Tage nicht mitzuzählen. Danach würden dann nur die Tage der eigentlichen aktiven Observationstätigkeit zusammengezählt einen Monat ergeben. Ich muss Ihnen sagen: Die Meinung des Gesetzes ist eine andere. In der Botschaft steht auf Seite 1253: "Dabei ist für den Beginn des Fristenlaufes nicht der Zeitpunkt der Anordnung, sondern der Aufnahme der Observationstätigkeit massgebend. Für die Berechnung der Zwei-Wochen-Frist sind allfällige Unterbrüche bei der Observation ohne Belang." Es gibt also, wenn Sie so wollen, eine Bruttorechnung, keine Nettorechnung. Das ist der Sinn der Gesetzesbestimmung.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Artikel 281 regelt die Voraussetzungen der Observation. Diese soll gemäss Beschluss des Ständerates möglich sein, wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass Verbrechen oder Vergehen begangen worden sind, und wenn die Ermittlungen sonst aussichtslos wären oder unverhältnismässig erschwert würden.

Die Minderheit beantragt eine Ausweitung in zweifacher Hinsicht: Mit dem Antrag zu Absatz 1 wird verlangt, dass die Kompetenzen der Polizei ausgeweitet werden, indem die Staatsanwaltschaft oder die Polizei solche Observationen nach Belieben durchführen kann - selbstverständlich unter den Voraussetzungen gemäss den nachfolgenden Litterae a und b. Ihre Kommission hat diesen Antrag grossmehrheitlich, und zwar mit 14 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, abgelehnt, weil wir die Tätigkeiten der Polizei in einem gewissen Rahmen halten möchten. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Polizei Observationen tätigt, aber ausser im Ermittlungsverfahren auf Antrag der Staatsanwaltschaft.

AB 2007 N 993 / BO 2007 N 993

Schwieriger oder gefährlicher ist der Antrag zu Absatz 1 Buchstabe a: Dort verlangt die Minderheit, Observationen zuzulassen, nicht nur für den Fall, dass Verbrechen oder Vergehen begangen worden sind, sondern auch falls solche begangen werden könnten. Diese Bestimmung ist äusserst problematisch, denn was heisst schon, eine Straftat könnte begangen werden? Grundsätzlich ist in jedem Geschäft ein Ladendiebstahl möglich; das könnte, wenn man es ad absurdum führt, bedeuten, dass jedes Geschäft dauerhaft überwacht würde, oder man müsste, wie es Herr Kollege Sommaruga Carlo gesagt hat, die Hälfte der Schweiz überwachen. Im Strafprozessrecht müssen klare Grenzen gesetzt werden. Observationen sollen nicht möglich sein, wenn eine Straftat begangen werden könnte. Das würde nämlich zu monatelanger Observation führen.

Aus diesem Grunde beantragt Ihnen die Kommission mit 14 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, auch diesen Antrag abzulehnen.

Abs. 1 Einleitung - Al. 1 introduction

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 84 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 50 Stimmen

Abs. 1 Bst. a - Al. 1 let. a

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 52 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 282-284

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 285

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

....

a. 160; 182 bis 185; 187; 188 Ziffer 1; 189 Absätze 1 und 3; 190 Absätze 1 und 3; 191; 192 Absatz 1; 195; 197 Ziffern 3 und 3bis; 221 Absätze 1 und 2; 223 Ziffer 1; 224 Absatz 1; 227 Ziffer 1 Absatz 1; 228 Ziffer 1 Absätze 1 bis 4; 230bis; 231 Ziffer 1; 232 Ziffer 1; 233 Ziffer 1; 234 Absatz 1; 237 Ziffer 1; 238 Absatz 1; 240 Absatz 1; 242; 244 Absatz 2; 251 Ziffer 1; 260bis bis 260quinquies; 264 bis 267; 271; 272 Ziffer 2; 273; 274 Ziffer 1 Absatz 2; 301; 305bis Ziffer 2; 310; 322ter; 322quater und 322septies;

....

Art. 285

Proposition de la commission

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

....

a. 160; 182 à 185; 187; 188 chiffre 1; 189 alinéas 1 et 3; 190 alinéas 1 et 3; 191; 192 alinéa 1; 195; 197 chiffres 3 et 3bis; 221 alinéas 1 et 2; 223 chiffre 1; 224 alinéa 1; 227 chiffre 1 alinéa 1; 228 chiffre 1 alinéas 1 à 4; 230bis; 231 chiffre 1; 232 chiffre 1; 233 chiffre 1; 234 alinéa 1; 237 chiffre 1; 238 alinéa 1; 240 alinéa 1; 242; 244 alinéa 2; 251 chiffre 1; 260bis à 260quinquies; 264 à 267; 271; 272 chiffre 2; 273; 274 chiffre 1 alinéa 2; 301; 305bis chiffre 2; 310; 322ter; 322quater et 322septies;

....

Angenommen - Adopté

Art. 286-297

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 298

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 1

Streichen

Art. 298

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 1

Biffer

Art. 299

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

....

a. die Ermittlungstätigkeit der Polizei;

....

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Abs. 1

Das Vorverfahren wird durch die Eröffnung einer Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet.

Art. 299

Proposition de la majorité

Al. 1

....

a. par les investigations de la police;

....

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)

Al. 1

La procédure préliminaire est introduite par l'ouverture d'une instruction par le ministère public.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Artikel 298 und 299 wurden bereits mit der Abstimmung über Artikel 15 bereinigt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

AB 2007 N 994 / BO 2007 N 994

Art. 300-305

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 306

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei)

Abs. 1

.... unverzüglich über erste Erkenntnisse über eine Straftat sowie über ihre Ermittlungen gemäss Artikel 305. Die Staatsanwaltschaften von Bund

Abs. 2

.... erteilen. In diesem Fall haben die Parteien gegenüber der Polizei die gleichen Rechte wie gegenüber der Behörde, welche die Untersuchung führt. Die Staatsanwaltschaft kann das Verfahren auch an sich ziehen und selber die wesentlichen Einvernahmen durchführen.

Abs. 3

.... in schriftlichen Berichten fest. (Rest streichen)

Antrag Roth-Bernasconi

Abs. 2

Die Polizei informiert die Sonderstaatsanwaltschaft im Sinne von Artikel 16a Absatz 1 unverzüglich über einen Tatverdacht und über Anzeigen gegen Angehörige der Polizei wegen im Amt begangener Straftaten.

Art. 306

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei)

Al. 1

.... le ministère public sur ses premières constatations concernant une infraction et les investigations qu'elle a accomplies en vertu de l'article 305. Les ministères publics de la Confédération

Al. 2

.... mandats à la police. Dans ce cas, les parties ont, vis-à-vis de la police, les mêmes droits que vis-à-vis de l'autorité qui conduit l'enquête. Le ministère public peut aussi se saisir du cas et conduire lui-même les

auditions essentielles.

Al. 3

.... qu'elle a faites. (Biffer le reste)

Proposition Roth-Bernasconi

Al. 2

La police informe sans délai le procureur spécial au sens de l'article 16a alinéa 1 sur tous les soupçons et sur toutes les dénonciations visant des membres de la police pour des actes délictueux commis dans l'exercice de leur fonction.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Menétrey-Savary ist zurückgezogen worden. Der Antrag Roth-Bernasconi wurde mit Artikel 16a erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 307

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 308

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Sommaruga Carlo, Thanei)

Abs. 2

Streichen

Abs. 3bis

Sie kann die Polizei jederzeit beauftragen, zusätzliche Ermittlungen durchzuführen.

Art. 308

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Allemann, Chappuis, Dormond Béguelin, Sommaruga Carlo, Thanei)

Al. 2

Biffer

Al. 3bis

Il peut en tout temps charger la police d'effectuer des enquêtes complémentaires.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Auch hier wurde der Antrag der Minderheit Menétrey-Savary zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 309

Antrag der Kommission

Streichen

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen - Adopté

Art. 310-313

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Anträge der Minderheit Menétrey-Savary zu Artikel 314 und 316 betreffen die Mediation. Ich schlage Ihnen vor, dass wir diese Artikel aussetzen, so, wie wir auch Artikel 54 ausgesetzt haben. Sie sind damit einverstanden.

Art. 315

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 54

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

AB 2007 N 995 / BO 2007 N 995

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Bst. b

b. als Zeugin oder Zeuge, als Mediatorin oder Mediator in der gleichen Sache tätig war;

Art. 54

Proposition de la majorité

....

b. lorsqu'elle a agi à un autre titre dans la même cause, en particulier

c. enregistré ou mène de fait une vie de couple avec une partie, avec son conseil juridique ou avec une personne qui a agi dans la même cause en tant que membre de l'instance inférieure;

....

dbis. dans la même cause en tant que membre de l'instance inférieure;

e. lorsque d'autres motifs, notamment un rapport d'amitié ou d'inimitié avec une partie

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Let. b

b. expert, témoin ou médiateur;

Art. 314

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Abs. 1 Bst. c

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 314

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Al. 1 let. c

Adhérer au projet du Conseil fédéral

3. Abschnitt Titel

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Section 3 titre

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 316

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 316

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Titre

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 317

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 317

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Avec la médiation pénale, on aborde un point extrêmement important de l'unification de la procédure pénale. La médiation pénale, c'est une autre manière de concevoir la justice, une manière d'ailleurs qui a cours dans de nombreux systèmes légaux non occidentaux. En offrant à l'auteur de l'infraction et à sa victime la possibilité de chercher ensemble une solution qui apporte réparation de l'acte commis, la médiation permet à l'auteur de prendre conscience du mal qu'il a fait et de trouver du sens à la sanction. C'est une méthode qui favorise l'adhésion plutôt que l'aliénation, qui favorise la responsabilisation plutôt que la soumission. C'est une justice qui raccommode le tissu social au lieu d'une justice qui tranche et qui met à l'écart la partie qui "succombe", terme horriblement révélateur. Enfin, la médiation apporte une certaine reconnaissance à la victime, alors que celle-ci ressort souvent déçue et frustrée du procès.

Les propos que je tiens ici en faveur de la médiation pénale ne sont pas inspirés par une secte prônant un nouvel idéalisme, vous les trouvez à peu près comme je vous les dis dans le message du Conseil fédéral aux pages 1250 et suivantes.

J'insiste sur ce point parce qu'aujourd'hui le Conseil fédéral les renie. C'est sans doute ce que Monsieur le conseiller fédéral Blocher annoncera tout à l'heure.

Dans le même message on peut lire encore ceci: "L'avant-projet de 2001 avait déjà proposé la médiation toutefois sous une forme plus restreinte que celle de l'art. 317 Les réactions positives émises lors de la procédure de consultation ont incité le Conseil fédéral à reprendre ces propositions dans le présent projet et même à étendre le champ d'application de la médiation." Dans les discussions en commission, Monsieur le conseiller fédéral Blocher n'a cessé de nous dire le contraire. Il nous a dit que la médiation ne pouvait marcher que dans des cas très limités, que dans la consultation il n'y avait eu que très peu de prises de position, que les cantons n'en voulaient pas parce que c'était trop cher et que c'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral veut tout biffer.

Monsieur Blocher a même parlé de la médiation comme d'une "Leidensgeschichte", ce qui ne correspond absolument pas aux résultats de la consultation. Ce revirement est extrêmement décevant, d'abord parce qu'on a le sentiment d'une distorsion de la vérité et ensuite parce que la seule raison de ce refus est le coût supposé de cette méthode. Je dois dire qu'à mon grand regret, la discussion en

AB 2007 N 996 / BO 2007 N 996

commission a porté pratiquement exclusivement sur cet élément: "Combien ça coûte?" et "qui paie?"; pas un mot sur le concept lui-même et les bénéfices qu'on peut en attendre.

Dans sa majorité, notre commission, d'ailleurs, ne dédaigne pas la médiation pénale, mais elle souhaite qu'elle reste facultative. En s'abstenant de la mentionner dans la loi, selon Monsieur le conseiller fédéral Blocher, on permettra au ministère public de recommander aux gens d'y recourir, mais ce sera à leurs frais, de manière facultative. Ainsi, le tour est joué.

La minorité est consternée par cette frivolité. De nombreuses expériences de médiation pénale ont été faites ou sont en cours. Malgré des demandes réitérées, la commission n'a pas obtenu les informations qu'elle souhaitait, notamment concernant l'expérience autrichienne qui dure depuis quinze ans. Le rapport que nous avons pu lire sur l'expérience zurichoise montre que si la médiation pénale ne fait pas gagner du temps, elle n'en fait pas perdre non plus.

Quant à l'épouvantail agité devant les cantons concernant les nouvelles institutions à créer à grands frais, il est caricatural. Toutes les procédures ne sont pas susceptibles d'être réglées de cette manière, et, pour quelques cas, les cantons disposent déjà sans doute d'organismes de médiation auxquels ils pourraient faire appel. Mais surtout, la minorité se demande pourquoi on refuse systématiquement de prendre en compte un rapport coût/bénéfice plus global et à plus long terme. Qu'est-ce qui coûte le plus: la prison et la récidive ou la médiation et la réhabilitation ou réinsertion sociale?

Pour sa part, la minorité a tranché. Elle vous demande de rétablir la médiation pénale dans ce code.

Huber Gabi (RL, UR): Die FDP-Fraktion unterstützt den Streichungsantrag der Kommissionsmehrheit, wenn auch mit einem gewissen Bedauern. Die Strafmediation wäre nämlich wirklich ein innovatives Instrument, weil sie im Gegensatz zum Vergleich ein Verfahren ausserhalb des Strafverfahrens darstellt, das parallel oder während einer Sistierung durchgeführt werden kann. In einer nüchternen Gesamteinschätzung kommen wir aber zum Schluss, dass die Nachteile dieses Instituts die Vorteile überwiegen.

Die FDP-Gruppe in der Kommission für Rechtsfragen konnte sich mit Artikel 317 in der Fassung des Bundesrates nie richtig anfreunden. In der Zwischenzeit beantragt der Bundesrat selber die Streichung seines eigenen Vorschlags, den nun aber eine Minderheit übernommen hat. Die ursprüngliche Fassung des Bundesrates hat den eklatanten Mangel, dass die Mediationstauglichkeit der Fälle nicht definiert ist. Die ständerätliche Fassung ist insofern untauglich, als sie die Einführung der Mediation dem Belieben der Kantone überlässt und in diesem Bereich wieder "Kantönligkeit" schafft, was nun wirklich zu vermeiden ist, nachdem das Strafprozessrecht vereinheitlicht werden soll.

Aufgrund dieser unbefriedigenden Situation hat sich die Kommission auf Antrag der FDP-Gruppe einen Vorschlag ausarbeiten lassen, der sich an der Lösung der Zürcher StPO orientiert. Dort werden nämlich die mediationstauglichen Fälle bezeichnet und die Kostenfolgen mindestens ansatzweise geregelt. Die Beratung ergab dann aber, dass die Zürcher Lösung nicht eins zu eins ins Bundesrecht übernommen werden kann. So überlässt sie zum Beispiel die Bezeichnung der Fälle, in denen begründete Aussicht besteht, dass eine Strafmediation zwischen dem Angeschuldigten und dem Geschädigten zu einem Ausgleich des bewirkten Unrechts durch Wiedergutmachung führt, der Regelung durch eine Verordnung des Regierungsrates. Auf Bundesebene geht das natürlich nicht. Der Bundesrat kann nicht solche Definitionen auf dem Verordnungsweg vornehmen, die dann für die Kantone verbindlich sind. Was in Zürich der Regierungsrat regelt, müsste innerhalb der eidgenössischen StPO der Regelung durch die Kantone überlassen werden, und damit hätten wir wieder uneinheitliche statt einheitlicher Lösungen.

Die Kantone haben denn auch Widerstand gegen die Einführung der obligatorischen Strafmediation angemeldet; allerdings geht es da in erster Linie um die Kosten. Die Zürcher Strafprozessordnung sieht die Erhebung einer Pauschalgebühr vor und verlangt dafür vom Angeschuldigten die Leistung eines

angemessenen Kostenvorschusses. Die Ansätze dieser Gebühr musste aber der Regierungsrat durch Verordnung regeln. Auf eidgenössischer Ebene kann natürlich auch hier nicht in einer bundesrätlichen Verordnung die Kostentragungspflicht, die dann für die Kantone verbindlich wäre, geregelt werden. Mediationskosten sind grundsätzlich Verfahrenskosten, welche bekanntlich nach Massgabe des Obsiegens auferlegt werden. Wenn also ein Freispruch erfolgt, trägt die Privatklägerschaft die Kosten; wenn ein Schuldspruch erfolgt, trägt sie die verurteilte Person. Hier stellt sich dann sofort die Frage, wer dann bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldigen bezahlt. Wenn eine Mediation erfolgreich verläuft, müssten die Kosten in der Regel vom Bund oder vom Kanton getragen werden. Denn es geht nicht an, dass nur dann eine Strafmediation durchgeführt wird, wenn sich die beschuldigte Person verpflichtet, die Kosten zu übernehmen. Das würde dazu führen, dass sich nur Personen in guten finanziellen Verhältnissen eine Mediation leisten könnten und dadurch in den Genuss der ganzen oder teilweisen Einstellung des Verfahrens kämen. Der Bundesrat macht geltend, dass die Mediation, verglichen mit dem formellen Strafverfahren, dreimal höhere Kosten und eine längere Prozessdauer verursache. Was die Kosten betrifft, wird dies durch die Evaluation des Zürcher Pilotprojektes 2006 bestätigt; die Dauer des Mediationsverfahrens hingegen entspricht gemäss diesem Bericht der Dauer des Strafprozesses. Vor allem kam in 90 Prozent der mediationstauglichen Fälle eine Vereinbarung zustande, wobei es nicht nur um Bagatellen ging. So positiv also dieses Instrument grundsätzlich wäre, wollen wir es den Kantonen nicht aufzwingen und sie zur Schaffung eines entsprechenden Apparates verpflichten.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Vischer Daniel (G, ZH): Ich ersuche Sie, dem Minderheitsantrag Menétrey-Savary zuzustimmen. Er ist mit der Fassung des Bundesrates deckungsgleich. Wir haben in dieser Strafprozessordnung, im Entwurf des Bundesrates, zwei Einbruchstellen in das Legalitätsprinzip: Die eine ist die Mediation, die andere ist das abgekürzte Verfahren. Beide Verfahren sind in dem Punkt wesensgleich, dass sie einen gewissen Deal-Charakter haben. Sie nähern sich einem Parteiverfahren an. Bei der Mediation geht es zusätzlich darum, dass sie nur bei Antragsdelikten zur Geltung kommt und dass eine Aussöhnung zwischen Täter und Opfer im Vordergrund steht. Der Ständerat hat sich damit begnügt, die Sache mit einer Kann-Formulierung gewissermassen abzuschieben. Er wollte sie den einzelnen Kantonen überlassen. Der Einwand des Bundesrates, dass es nicht sein kann, dies den Kantonen zu überlassen, wenn wir gleichzeitig eine neue Bundesstrafprozessordnung legiferieren, ist fraglos gerechtfertigt. Die ständerätliche Fassung kann mithin nicht mehr zu Gebote stehen. Unverständlich aber ist, dass der Bundesrat fast über Nacht von seinem ursprünglichen Mut abgerückt ist und nunmehr von der Mediation, um es so zu sagen, nichts mehr wissen will. Im Vordergrund stehen offenbar allein die Kosten. Der Bundesrat, wenn ich das richtig verstanden habe, argumentiert heute damit, dass den Kantonen gewissermassen nicht von Bundes wegen zusätzliche Kosten für die Mediation aufgebürdet werden dürfen. Wie hoch die Kosten sind, ist sehr umstritten. Mir wurde mitgeteilt, dass zum Beispiel die Angaben in den Grundlagen der Kommission, was die Kosten für das Pilotprojekt des Kantons Zürich betrifft, als zu hoch anzusehen sind. Ich weiss es nicht. Ich glaube aber auch, dass das Kosteninstrument nicht im Vordergrund stehen darf und kann.

AB 2007 N 997 / BO 2007 N 997

Die Mediation ist ein modernes Verfahren. Ich finde es richtig, dass hier wie übrigens auch beim abgekürzten Verfahren die Strafprozessordnung diese zwei Einbruchstellen in das Legalitätsprinzip aufnimmt. Ich denke, es ist vor allem im Interesse des Opfers, dass bei Antragsdelikten das Mediationsverfahren möglich wird und auch in der Schweiz Verbreitung findet. Das Mediationsverfahren erlaubt es eben, gewissermassen im stillen Raum, in zähen Verhandlungen eine wirkliche Einigung und Aussöhnung zwischen Täter und Opfer zu erzielen, die in einem Strafprozess sonst praktisch nie erzielt werden kann.

In diesem Sinne habe ich bei dieser Revision - die insgesamt, das muss ich sagen, eine mutige Revision ist und zu einem guten Gesetz führt, auch wenn viele Minderheitsanträge abgelehnt worden sind - kein Verständnis dafür, dass der Bundesrat in diesem Punkt zurückkriecht und wir die Mediation fallenlassen. Ich denke, unser Rat muss heute den Mut aufbringen, diesen modernen Schritt zu tun und die Mediation als Möglichkeit in dieses Gesetz aufzunehmen. Ich bin überzeugt, dass die Mediation in den Kantonen mit Erfahrung mit diesem Institut zu einem wertvollen Instrument wird. Am wenigsten Verständnis habe ich eigentlich dafür, dass just jene, die den Opferschutz zuoberst auf ihre Fahne geschrieben haben, sich am meisten gegen die Mediation wenden. Mediation ist Förderung der Opferinteressen, Mediation ist echte Aussöhnung, Mediation ist modernes Strafverfahren. Und modernes Strafverfahren heisst eben, dass im Strafprozess nicht immer nur das hart ausgelegte Legalitätsprinzip, sondern auch das Verhandlungsprinzip zum Erfolg führen kann. Aus diesem Grund ersuche ich Sie, der Minderheit und der ursprünglichen Fassung des Bundesrates zuzustimmen.

Ein letztes Wort: Es wird argumentiert, die bundesrätliche Fassung sei nicht gut. Wenn wir eine Differenz

schaffen, besteht immer noch die Möglichkeit, in einem zweiten Durchgang eine Verbesserung der bundesrätlichen Fassung in Angriff zu nehmen - wenn wir der Mediation heute im Grundsatz zustimmen.

Hubmann Vreni (S, ZH): Auch die SP-Fraktion wird die Minderheit Menétrey-Savary unterstützen. Die Mediation ist eine interessante und kreative Konfliktlösungsstrategie. Anstatt dass die Strafjustiz dem Täter ihre Lösung in Form einer Sanktion diktiert und auferlegt, hat der Täter die Möglichkeit, selber seinen Beitrag zur Lösung zu leisten, zum Beispiel in Form einer Wiedergutmachung. Dadurch übernimmt er die Verantwortung für seine Tat, und er wird sensibilisiert für die Probleme der Geschädigten. Dieser Prozess hat unbestreitbar eine präventive Wirkung bezüglich der Zukunft des Täters.

Es ist klar, dass eine Mediation nur bei einfachen Fällen eingesetzt werden kann, zum Beispiel bei Antragsdelikten. Wie Untersuchungen zeigen, beginnen aber viele Kriminelle ihre Karriere mit kleinen Delikten. Gerade hier wäre eine Mediation ein sinnvolles Mittel. Insbesondere jugendliche Straftäter wären empfänglich dafür, dass sie, vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben, ernst genommen würden und für sich und andere Verantwortung übernehmen müssten. Harte Sanktionen hingegen bewirken oft das Gegenteil, wie zahlreiche Fälle beweisen.

Auch die Botschaft des Bundesrates enthält viel Positives über die Mediation, welche die traditionelle Justiz auf nützliche Art ergänzen könnte. "Sie fügt sich", so die Botschaft, "... in die Notwendigkeit ein, die sozialen Antworten auf die Kriminalität vielseitiger zu gestalten." Eine erfolgreiche Mediation kann zu einer Strafmilderung oder sogar zu einer Einstellung des Verfahrens führen. Eine weitere Möglichkeit besteht in einer Sistierung des Verfahrens, bis der einsichtige Täter seine Verpflichtungen erfüllt hat. Also, wie gesagt: Die Mediation ist eine sinnvolle und zukunftsweisende Möglichkeit der Problemlösung.

Dass der Ständerat den Kantonen nur die Möglichkeit geben will, die Mediation einzuführen, ist bedauerlich. Damit widerspricht er dem Gedanken der Vereinheitlichung der Strafprozessordnungen. Der Entscheid fiel aber, wie wir wissen, mit 15 zu 14 Stimmen ganz knapp aus.

Völlig unverständlich ist hingegen die Pirouette des Bundesrates. Nachdem sich Bundesrat Blocher im April dieses Jahres nicht mehr daran erinnern konnte, dass die Kommission im Januar einen Bericht zum Thema verlangt hatte, behauptete er, inzwischen habe der Bundesrat entschieden, die Mediation ganz aus der Strafprozessordnung zu streichen. Er erklärte sich dann doch dazu bereit, die verlangten Unterlagen zu liefern, damit die Kommission darüber diskutieren konnte. Es ist schwierig, unter solchen Bedingungen gute Gesetze zu machen. Dazu kommt der grosse Zeitdruck, unter dem wir standen und unter dem wir stehen; Herr Aeschbacher hat das gestern bereits erwähnt.

Sehr problematisch ist meiner Ansicht nach auch die Tatsache, dass der Bundesrat nach dem Zufallsmehr im Ständerat entscheidet, dass die Mediation aus der Strafprozessordnung zu streichen sei - und das, bevor die zweite Kammer dazu überhaupt Stellung genommen hat. Ich persönlich bezweifle, dass der Bundesrat diesen Entscheid gefällt hat, auch wenn Bundesrat Blocher dies behauptet. Es wäre nämlich eine Missachtung der Gewaltentrennung.

Ein Argument, das Bundesrat Blocher immer wieder vorbrachte, waren die Kosten. Dieses Argument ist ernst zu nehmen. Nicht vergessen dürfen wir aber die präventive Wirkung einer Mediation. Wenn es uns gelingt, jugendliche Straftäter zu resozialisieren und von weiteren Straftaten abzuhalten, werden wir ein Vielfaches der Kosten einsparen, welche die Einführung der Mediation in allen Kantonen verursacht.

Ich bitte Sie daher, die ursprüngliche Fassung des Bundesrates wiederaufzunehmen und den Antrag der Minderheit Menétrey-Savary zu unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Auch die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Blocher Christoph, Bundesrat: Hier sprechen wir darüber, ob im Strafprozessrecht - nicht im Zivilprozessrecht, sondern im Strafprozessrecht - die Mediation für die Kantone obligatorisch eingeführt werden soll.

Die Mediation im Strafprozessrecht hat wirklich eine sehr bewegte und langdauernde Diskussion und Geschichte hinter sich. Im ersten Entwurf, den wir in die Vernehmlassung schickten, hatten wir eine ganz summarische Erwähnung der Mediation drin, die eigentlich kaum beachtet wurde. Es hat sich nachher in der Expertenkommission gezeigt, dass die Mediation geregelt werden muss, wenn man sie aufnimmt. Und das ist das Problem für die Kantone: Sie haben eine Mediationseinrichtung auch dann zu schaffen, zu regulieren und durchzuführen, wenn sie nie einen solchen Fall haben. Die Mediation im Strafrecht ist zudem insofern problematisch, als die Strafe ein Monopol des Staates ist. Aber es kann Fälle geben, in denen sich der Ankläger und der Beschuldigte - namentlich bei Antragsdelikten - treffen können. Das ist aber nichts Besonderes. Es ist in der Strafprozessordnung bereits vorgesehen, dass die Erledigung des Streites in solchen Fällen durch Verhandlungen passieren kann. Ich erinnere Sie hier vor allem daran, dass schon auf der Stufe des Staatsanwaltes neu eine Streiterledigung auf diese Art und Weise möglich ist.

Nun streicht die Mehrheit Ihrer Kommission die Mediation. Sie lehnt den ursprünglichen Antrag des Bundesrates ab, und sie lehnt auch den Zufallsentscheid, den der Ständerat gefällt hat, ab - mit guten Gründen.

Zuerst an Frau Hubmann: Die Ständeräte haben nicht mit 15 zu 14 Stimmen in dem Sinn entschieden, dass sie mit 14 Stimmen für eine obligatorische Mediation und mit 15 Stimmen für eine fakultative sind, sondern 14 Ständeräte haben sich für keine Mediation und 15 für eine fakultative Mediation ausgesprochen. Es ist also überhaupt kein Antrag auf eine obligatorische Mediation gestellt worden. Das bitte ich Sie zu beachten.

AB 2007 N 998 / BO 2007 N 998

Warum hat der Bundesrat seine Meinung geändert? Der Bundesrat hatte diese Mediation, dieses neue Instrument - es war schon damals sehr umstritten - ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Wir hatten damals gesagt: Jetzt bringen wir die Mediation ins Strafgesetzbuch; die einen sind dafür, die anderen dagegen. Wir hatten sie zunächst anders vorgeschlagen, und sie war schon damals sehr umstritten.

Damals hatten wir erstens die Ergebnisse des zweijährigen Versuchs, der in Zürich unter dem Namen "Konsens" durchgeführt worden ist, noch nicht. Die Kommission hat nun den ganzen Untersuchungsbericht, das sind etwa 150 Seiten, erhalten. Wesentlich ist die Zusammenfassung, und insbesondere wesentlich sind die beiden Hauptfaktoren für die Kantone, die lauten: "Wie sieht es aus mit den Kosten und der Zeitverzögerung?" Sie müssen sehen: Das kommt natürlich auf die Kantone zu. Und wir haben jetzt im Sinne der Vereinheitlichung eine Strafprozessordnung gemacht, ohne den Kantonen viele neue Lasten aufzubürden.

Zweitens haben Kantone, Kantonsvertreter, Ständeräte gesagt: Wenn die Mediation im Strafgesetzbuch bleibt, verwerfen wir die Strafprozessordnung. Das wäre ein schlechtes Fanal. Darum ist der Bundesrat über die Bücher gegangen, hat dieses Geschäft nochmals beraten und entschieden, die Mediation aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

Für das Zivilgesetzbuch ist die Lösung differenzierter. Aber das haben wir hier nicht zu behandeln. Sie haben es letzte Woche gesehen: Sogar im Zivilprozess ist die Mediation umstritten. Der Ständerat hat sich mit 16 Stimmen für und mit 16 Stimmen gegen die Mediation ausgesprochen, und der Präsident hat den Stichentscheid für die Mediation gegeben - im Zivilprozess. Im Strafprozess war die obligatorische Mediation gar kein Thema.

Ich muss Ihnen sagen: Es geht nicht darum - ich sage es nochmals -, dass solche Strafprozesse nicht durch eine Mediation entschieden werden können. Selbstverständlich hat der Staatsanwalt auch in einem Strafverfahren jederzeit die Möglichkeit, den Parteien zu empfehlen, eine Mediatorin oder einen Mediator beizuziehen. Auch könnte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren vorläufig einstellen, um das Ergebnis der Mediation abzuwarten, wenn die Parteien das wollen.

Artikel 314 nennt nämlich die Sistierungsgründe nicht abschliessend. Die Möglichkeit einer Mediation würde also weiterhin bestehen, auch wenn Sie der Mehrheit zustimmen, auch wenn Sie die vorliegenden Bestimmungen zur Mediation hier streichen; allerdings - und das ist das Entscheidende - ohne dass der Staat die Modalitäten und die Anforderungen an die Mediatorinnen und Mediatoren sowie die Kostentragung regelt; das ist das Entscheidende. Die Leidensgeschichte in Zürich haben Sie erlebt: Zuerst wurde die Regelung im Kantonsrat wegen der Kosten verworfen, und jetzt hat der Regierungsrat eine Lösung gebracht, wonach dann der Regierungsrat über die Kostenregelung entscheidet. Ich wünsche ihm viel Glück - das können wir so nicht machen. Wir können nicht sagen: Der Bundesrat entscheidet über die Kosten, wenn es die Kantone bezahlen müssen. Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Was die Kosten anbelangt: Sie können den Bericht über den Versuch der Fachstelle "Konsens" zur Strafmediation im Kanton Zürich einsehen. Zwischen 2002 und 2004 führte diese Fachstelle des Kantons Zürich ein Projekt der Mediation im Strafrechtsbereich durch. Sie kam, was erstens den Arbeitsaufwand anbelangt, zu folgendem Schluss: Beim Konsensmodell mit der Mediation werden im Durchschnitt pro Fall 18,1 Stunden aufgewendet, während bei der Staatsanwaltschaft 10,5 Stunden aufgewendet werden. Die Untersuchungsbehörde erledigt die Fälle also erheblich schneller, als es beim Konsensmodell der Fall ist. Bezieht man sich auf den Median als Vergleichskriterium, braucht die Behörde nur 37 Prozent der Zeit. Es ist im Strafrecht entscheidend, wenn wir ein Strafprozessrecht machen, dass das Kriterium der zeitlichen Erledigung auch im Vordergrund steht. Die Lohnkosten sind zweitens signifikant unterschiedlich: Die durchschnittlichen Lohnkosten pro Fall betragen beim Konsensmodell 1398 Franken und bei der Staatsanwaltschaft 722 Franken; der Unterschied beträgt also 48 Prozent.

Das sind unter anderem die Gründe, warum der Bundesrat auf seinen Entscheid zurückgekommen ist und Ihnen empfiehlt, diese Bestimmung aus der Strafprozessordnung zu streichen. Die fakultative Lösung des Ständerates ist keine Lösung; da sind Sie sich, glaube ich, einig. Denn wir können ja nicht ein einheitliches Gesetz machen und dann wieder eine uneinheitliche Strafprozessordnung. Das würde nicht zur Situation passen.

Wir schaffen eine Strafprozessordnung, die 27 Strafprozessordnungen zusammenfasst. Herr Vischer als Präsident der Kommission für Rechtsfragen hat erklärt, es sei eine mutige Strafprozessordnung; das ist es tatsächlich. Deshalb sollten Sie hier der Mehrheit zustimmen, denn die obligatorische Mediation drinzulassen wäre nicht mehr mutig, sondern übermütig. Darum ist sie zu streichen.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Da Bundesrat Leuenberger und seine Entourage bereits warten und alles gesagt worden ist, fasse ich mich kurz: Ihre Kommission hat mit 13 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, diesen Artikel zu streichen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 92 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 75 Stimmen

Art. 318

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 319

Antrag der Kommission

Abs. 1

Erachtet die Staatsanwaltschaft die Untersuchung als vollständig, so erlässt sie einen Strafbefehl oder kündigt den Parteien mit bekanntem Wohnsitz schriftlich den bevorstehenden Abschluss an und teilt ihnen mit, ob sie Anklage erheben oder das Verfahren einstellen will. Gleichzeitig setzt sie den Parteien eine Frist, Beweisanträge zu stellen.

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 319

Proposition de la commission

Al. 1

Lorsqu'il estime que l'instruction est complète, le ministère public rend une ordonnance pénale ou informe par écrit les parties dont le domicile est connu de la clôture prochaine de l'instruction et leur indique s'il entend rendre une ordonnance de mise en accusation ou clore la procédure. En même temps, il fixe aux parties un délai pour présenter leurs réquisitions de preuves.

Al. 2, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 320

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2007 N 999 / BO 2007 N 999

Art. 320

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 321, 322

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 323

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Die Parteien können die Einstellungsverfügung innert zehn Tagen bei der Beschwerdeinstanz anfechten.
(Rest des Absatzes streichen)

Art. 323

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Les parties peuvent attaquer l'ordonnance de classement dans les dix jours devant l'autorité de recours.
(Biffer le reste)

Angenommen - Adopté

Art. 324-326

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 327

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Thanei, Vischer)

Abs. 1 Bst. f

f. ihre Anträge zu den Sanktionen;

Art. 327

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Thanei, Vischer)

Al. 1 let. f

f. ses propositions de sanctions;

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Menétrey-Savary wurde zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 328

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

▲ Top of page

 Home

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBl 2006 1085)

Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)

**1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse**

Art. 329

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 330

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Suter

Abs. 2

.... Staatsanwaltschaft zurück. Die Rückweisung zur Beweisergänzung ist nur zulässig, wenn der beschuldigten Person das rechtliche Gehör verweigert wurde oder soweit die Anklageschrift Behauptungen zum objektiven Sachverhalt aufstellt, für welche die Untersuchungsakten keine Grundlage enthalten.

Schriftliche Begründung

Wem daran gelegen ist, dass im Hauptverfahren vor Gericht ein gewisses Mass an Unmittelbarkeit nicht nur von der StPO vorgesehen, sondern in der Praxis auch gelebt wird, dem kann mein Antrag nicht nebensächlich erscheinen. Wenn sich die Gerichte durch Rückweisung zur Beweisergänzung entlasten können, werden sie es angesichts der chronischen Überlastung auch tun und nur noch ganz ausnahmsweise Beweise selber erheben. Es geht nicht um die Entlastung der Staatsanwaltschaften auf Kosten der Gerichte, sondern darum, dass einerseits die Gerichte mehr unmittelbare Eindrücke erhalten, andererseits die Staatsanwaltschaften komplizierte Fälle weniger lang im Alleingang bearbeiten.

Besonders in Wirtschaftskriminalfällen besteht die Kunst und Herausforderung darin, die wesentlichen Beweise - namentlich die Einvernahme von Kernzeugen - an der Hauptverhandlung abzunehmen und gleichzeitig Wiederholungen dank einem soliden Aktendossier zu vermeiden. Dem Wirtschaftsstrafgericht des Kantons Bern beispielsweise gelingt es, diesen Ausgleich dank einer geschmeidigen, aber konsequenten Anwendung des Unmittelbarkeitsprinzips zu finden. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz beschleunigt das Verfahren, dient der Wahrheitsfindung und wirkt der Formaljuristerei entgegen. Im Einzelnen geht es um drei Problemfelder: Einheitlichkeit, Unmittelbarkeit und Beschleunigung.

1. Einheitlichkeit

Die StPO/ZH und die StPO/BE enthalten wie die StPO/CH Formulierungen, die in Richtung gemässigte Unmittelbarkeit weisen. So neigt etwa die bernische Praxis zur strikten Unmittelbarkeit, während in Zürich der Aktenprozess überhandgenommen hat. Die StPO/ZH lässt die Anklagerückweisung zur Beweismittelergänzung wie Artikel 330 Absatz 2 dritter Satz nach freiem Ermessen zu; ein Rechtsmittel gegen die einstweilige Rückweisung gibt es nicht. Das hat zur Folge, dass keine einheitliche Praxis besteht. Je nachdem, wer den Prozess leitet, werden Dossiers teilweise wegen Lappalien (z. B. Aktualisieren von Registerauskünften) zurückgewiesen. In zwei Kantonen mit in dieser Hinsicht ähnlichen Prozessordnungen, ja sogar in einem einzigen Kanton ist die Praxis zu so wichtigen Fragen wie Unmittelbarkeit und Anklagezulassung sehr unterschiedlich und teilweise unberechenbar. Die StPO/CH will schweizweit eine einheitliche Praxis erreichen. In einem Rechtsraum mit unterschiedlichen Prozesskulturen ist das nur möglich, wenn an entscheidenden Punkten entsprechende Weichen gestellt werden. Die Anklagezulassung ist ein entscheidender Punkt. Die formalen Ansprüche an die Anklageschrift sind hinreichend geregelt (Art. 326f.). Was die Beweislage bei Anklageerhebung angeht, fehlen freilich konkrete Richtlinien.

2. Unmittelbarkeit

Die Gerichte, die sich heute den reinen Aktenprozess gewohnt sind - abgesehen von der Befragung der Angeklagten -, können auf der Basis StPO/CH in der aktuellen Fassung kaum zum gemässigten Unmittelbarkeitsprinzip geführt werden. Will die Staatsanwaltschaft erreichen, dass das Gericht z. B. von einem wichtigen Zeugen einen unmittelbaren Eindruck erhält, kann sie es bewusst unterlassen, die erst polizeilich befragte Person förmlich als Zeugen einzuvernehmen. Es kann auch dem Bedürfnis der Verteidigung entsprechen, dass das Gericht die Entlastungszeugen unmittelbar erlebt, sodass sie entsprechende Beweisangebote

AB 2007 N 1021 / BO 2007 N 1021

erst im Hauptverfahren stellt. Ein den Aktenprozess gewohntes und überlastetes Gericht wird in solchen Fällen in aller Regel die Kompetenz zur Rückweisung voll ausschöpfen. Ist die Rückweisungskompetenz klar begrenzt, wie das mein Antrag verlangt, werden die Gerichte dies als verbindliches Signal aufnehmen, auch ohne spezielle Manöver der Parteien vermehrt selber Beweise abzunehmen, wie es dem Prinzip der gemässigten Unmittelbarkeit entspricht.

3. Verfahrensbeschleunigung

Die Praxis der Anklagezulassung hat einen grossen gestaltenden Einfluss auf die Untersuchung. Hier geht es - anders als beim Sachurteil - um die Frage, ob die Arbeit der Staatsanwaltschaft den Anforderungen genüge. Anders als ein Freispruch trifft eine Rückweisung die Staatsanwaltschaft im professionellen Selbstverständnis. Zur Vermeidung einer solchen "Niederlage" erhebt die Staatsanwaltschaft in komplexeren Untersuchungen oft auf Vorrat Beweismittel, deren Erforderlichkeit zweifelhaft ist. Diese Haltung führt nicht selten zu einer empfindlichen Verlängerung des Vorverfahrens. Als Extremfall einer verzögernden Rückweisung diene folgendes Zürcher Fallbeispiel: In einem von mehreren Anklagepunkten spielte das Verhalten eines Mannes eine Rolle, der in einem Land lebte, das nach den Erfahrungen des Bundesamtes für Justiz nie Rechtshilfe in Strafsachen leistete. Das relevante Verhalten dieses Mannes war durch Schriftstücke und Aussagen von Drittpersonen belegt. Das Gericht wies die Anklage zur rechtshilfeweisen Zeugenbefragung dieses Mannes zurück. Zweckmässig und dem Beschleunigungsgebot entsprechend wäre gewesen, die vorhandenen Beweismittel zu würdigen und dann diesen Anklagepunkt entweder durch einen Schuldspruch oder durch einen Freispruch zu erledigen. Ein objektiver Massstab für die Anforderungen an die Beweislage bei Anklageerhebung kann solche unnötigen Verzögerungen verhindern.

Art. 330

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Suter

Al. 2

.... il renvoie l'accusation au ministère public pour qu'il la complète ou la corrige. Ce renvoi n'est admis que dans les cas où le prévenu s'est vu refuser le droit d'être entendu ou dans les cas où l'acte d'accusation contient des allégations sur les faits qui ne sont pas prouvées par les pièces du dossier.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wie oft bei solchen Einzelanträgen ist irgendetwas, das hier dargestellt wird, einer näheren Prüfung wert. Wir bitten Sie jedoch, den Antrag Suter abzulehnen. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat durch die Änderung von Artikel 344 die Unmittelbarkeit der Hauptverhandlung gestärkt. Das Gericht kann nur noch in bestimmten Fällen davon absehen, Beweise in der Hauptverhandlung abzunehmen. Die Befürchtung, dass Hauptverhandlungen zu reinen Aktenprozessen würden, ist somit unbegründet.

Wenn ein Gericht versuchen würde, durch Rückweisung der Anklage zur Beweisergänzung an die Staatsanwaltschaft die Unmittelbarkeit zu unterlaufen - das befürchtet Herr Suter -, würde es Artikel 344 verletzen, was im Rechtsmittelverfahren gerügt werden kann. Die vorgeschlagene Ergänzung von Artikel 330 Absatz 2 - das ist der andere Fall - ist somit ebenfalls unnötig.

Deshalb bitten wir Sie, den Antrag Suter abzulehnen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission 99 Stimmen

Für den Antrag Suter 45 Stimmen

Art. 331, 332

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 333

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 333

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Über den Antrag der Minderheit ist bereits entschieden worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 334-337

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 338

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 2, 4, 5

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Beantragt sie eine Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren oder eine freiheitsentziehende Massnahme

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 338

Proposition de la majorité

Al. 1, 2, 4, 5

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

.... une peine privative de liberté de plus de deux ans ou une mesure

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): La modification apportée par la majorité au projet du Conseil fédéral et à la décision du Conseil des Etats est encore une manifestation de l'affaiblissement du principe d'immédiateté que devrait avoir pour corollaire le choix du modèle Ministère public. En

AB 2007 N 1022 / BO 2007 N 1022

dispensant le procureur de comparaître en personne au procès lorsque la peine prévisible est de moins de deux ans, la majorité renonce au principe d'immédiateté dans 90 pour cent des affaires.

Or, comme le dit justement le message du Conseil fédéral: "Cette obligation de comparaître personnellement est sous-tendue par l'idée que le ministère public occupe, dans le cadre de la procédure préliminaire, une position relativement forte d'où découle une lourde responsabilité qu'il doit assumer jusqu'au bout." Cette présence du procureur aux débats a d'ailleurs été réclamée par de nombreux participants à la consultation. Même si certains collègues estiment que cette présence renforcerait encore la position dominante du procureur, la minorité maintient que l'égalité des armes veut que le procureur soit confronté à la défense, qu'il réponde à ses questions, qu'il justifie ses positions.

Quant à la question de savoir si cela rallongera les procédures, la minorité constate que le projet que nous discutons comporte plusieurs possibilités de procédures rapides, telles que l'application du principe d'opportunité, le juge unique, l'ordonnance pénale ou la conciliation. Cela justifie à ses yeux que, quand il y a un procès, le ministère public y participe. Pas dans tous les cas toutefois, ni d'une manière aussi fréquente que le propose le Conseil fédéral.

C'est pourquoi la minorité soutient la version du Conseil des Etats et vous invite à faire de même.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Huber Gabi (RL, UR): Es geht hier um die Frage, wann der Staatsanwalt in der Hauptverhandlung die Anklage vor Gericht persönlich vertreten kann oder muss.

Die FDP-Fraktion ist mit der Kommissionsmehrheit der Meinung, dass die Anklage persönlich vor Gericht durch den Staatsanwalt angezeigt ist, wenn unter anderem eine Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren beantragt wird. Im Bundesratsentwurf war vorgesehen, dass die Anklage immer persönlich vor Gericht durch den Staatsanwalt zu vertreten sei, wenn eine unbedingte Freiheitsstrafe beantragt wird. In der Botschaft wurde das damit begründet, dass die Staatsanwaltschaft im Vorverfahren eine relativ starke Stellung habe, was mit einer grossen Verantwortung verbunden sei. Diese Verantwortung solle mit der Anwesenheit vor Gericht quasi ein Gegengewicht erhalten.

Der Ständerat korrigierte auf eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr. Im Plenum des Ständerates wurde begründet, dass die ursprüngliche Fassung viel zu weit gehe, dass die Staatsanwaltschaft viel zu häufig zum Erscheinen vor Gericht verpflichtet werde. Der Vorsteher des EJPD stimmte dieser Korrektur zu und sprach von einer eindeutigen Verbesserung.

Die Kommissionsmehrheit geht nun noch ein bisschen weiter. Selbstverständlich geht es hier um eine Ermessensfrage, aber eigentlich gibt es keinen sachlichen Grund, die Staatsanwaltschaft bereits im Verfahren vor einem Einzelgericht auftreten zu lassen. Artikel 338 Absatz 3 muss sich an Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe b ausrichten, der es den Kantonen erlaubt, Einzelgerichte mit einer Entscheidkompetenz bis zu zwei Jahren einzurichten. Die Fassung des Ständerates würde also zur Hauptsache einzelrichterliche Fälle betreffen, in denen die Staatsanwaltschaft - anders als heute - zusätzlich auftreten müsste. Gegen den Minderheitsantrag spricht auch, dass bei zwei Jahren der bedingte Strafvollzug aufhört. In diesem Sinne ersuche ich Sie um Unterstützung der Mehrheit.

Sommaruga Carlo (S, GE): Le groupe socialiste vous invite à soutenir la proposition de la minorité Menétrey-Savary.

Si l'on examine le projet du Conseil fédéral, on voit que l'on prévoyait la présence du ministère public pour

dem Dossier begnügen.

Und das ist auch eine Abkehr vom Grundsatz. Viele Kantone haben sogar gefordert, dass die Staatsanwaltschaft immer, in jedem Fall, persönlich auftreten müsse. Das haben vor allem auch die Kreise verlangt, welche sich mit der Verteidigung befassen. Auch die Damen und Herren der bürgerlichen Seite sollten also der Minderheit Menétrey-Savary folgen, die Zustimmung zum Beschluss des Ständerates beantragt. Alles andere hat zur Folge, dass es sich die Staatsanwaltschaft zu einfach machen kann. Nur das Dossier einreichen zu müssen ist natürlich eine Entlastung für die Staatsanwaltschaften; aber der Staatsanwalt hat hier ein grosses Gewicht.

Darum bitten wir Sie, der Minderheit Menétrey-Savary und damit dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Es gibt ja das Sprichwort "Les absents ont toujours tort"; wer also nicht da ist, hat schon schlechtere Chancen. Warum soll der Staatsanwalt im Verfahren vor Gericht ein grösseres Gewicht haben, wenn er selbst nicht einmal erscheint und nur die Akten schickt?

Blocher Christoph, Bundesrat: "Les absents ont toujours tort" heisst es nicht immer nur vor dem Gericht! Wenn der Betreffende die Akten schickt, führt das zu einem mehr oder weniger schriftlichen Prozess. Man hört gar nicht mehr, was mündlich gesagt wird, weil der Betreffende ja nicht da ist. Wenn nur eine Seite - also der Verteidiger - anwesend ist, so nützt das wenig, weil die andere Seite fehlt. Herr Aeschbacher, Sie wissen es: Es sind vor allem die Staatsanwälte, die sich hier dagegen wehren, persönlich auftreten zu müssen, weil es ihnen zu mühsam ist. Zu mühsam ist es aber, weil sie den Fall näher bearbeiten müssen. Wir sollten dafür sorgen, dass auch hier der Staatsanwalt kein zu grosses Gewicht bekommt, und wenn er das auf den "halbschriftlichen" Weg verschiebt, ist das so.

Pagan Jacques (V, GE), pour la commission: Nous avons débattu de cette question lors de notre séance du 27 avril 2007. La proposition de porter d'un à deux ans la durée de la peine privative de liberté qui serait requise par le ministère public et qui exigerait sa présence à l'audience provient effectivement de Madame Huber. Cette proposition a été adoptée, par 11 voix contre 7 et aucune abstention. Vous disposez des données du problème - entre une année et deux années -, à vous de trancher en fonction de la nouvelle orientation prise par le chef du Département fédéral de justice et police, dont je ne me souviens pas qu'il ait purement et simplement soutenu la thèse du Conseil des Etats. Je voulais simplement compléter votre information à propos de cette question de délai en vous disant ce que j'avais eu l'occasion d'exposer à la commission, à savoir que dans l'avant-projet du Code de procédure pénale de 2001, le Conseil fédéral avait arrêté la durée de la peine privative de liberté à trois ans.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Minderheit 116 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 53 Stimmen

Art. 338bis, 339

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 340

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Studer Heiner

Abs. 2

Nach der Behandlung allfälliger Vorfragen wird die Anklageschrift verlesen, es sei denn, die Parteien verzichteten darauf. Bei umfangreichen Anklageschriften kann die Verfahrensleitung diese kurz zusammenfassen.

Schriftliche Begründung

Artikel 340 Absatz 2 in der ständerätlichen Fassung will vermeiden, dass umfangreiche Anklagen zwingend verlesen werden müssen, wenn eine Partei dies verlangt. Deshalb soll die Verfahrensleitung die "Anträge der

toutes les situations où une peine privative de liberté sans sursis est requise ou si une mesure entraîne une privation de liberté. Le Conseil des Etats a réduit dans un premier temps ce champ par une limitation de la présence du ministère public uniquement lorsqu'une peine privative de liberté de plus d'un an est requise. La majorité des membres de la commission de notre conseil a penché pour une présence du ministère public lors de la réquisition d'une peine privative de liberté de plus de deux ans, réduisant d'autant la présence du ministère public dans la phase du jugement. Or, la présence du ministère public dans la phase du jugement est justifiée chaque fois que la peine est relativement importante, dès lors que cela offre la possibilité d'avoir un débat - et c'est d'ailleurs le seul moment où cela est prévu durant la procédure - qui soit paritaire entre la défense et le ministère public.

Dans ces conditions, il n'y a pas lieu de renforcer une tendance qui consisterait à créer une justice à deux vitesses, qui, dans les cas considérés de manière générale par le procureur comme des cas bagatelles, aurait pour conséquence que le procureur ne se déplacerait pas. En fait, la présence du ministère public se justifie chaque fois qu'une peine privative de liberté est requise. C'est là l'importance de l'enjeu, c'est-à-dire que la privation de liberté devrait être le principe de base justifiant la présence du ministère public, comme le souhaitait au départ le Conseil fédéral.

La solution du Conseil des Etats, qui n'est pas forcément la panacée, est le plus petit dénominateur entre le principe de parité entre les parties devant le tribunal et le principe d'efficacité pour le fonctionnement du ministère public.

Dans ces conditions, nous vous invitons à soutenir la minorité Menétrey-Savary.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Bei diesem Artikel geht es um die Anwesenheit des Staatsanwaltes in der Hauptverhandlung, wenn der Fall vor Gericht abgehandelt wird. Der Staatsanwalt kann nach Absatz 1 so oder so nach eigenem Belieben an dieser Verhandlung teilnehmen; er kann dies selbst entscheiden. In Absatz 3 geht es aber darum, dass der Staatsanwalt in gewissen Fällen vor Gericht erscheinen muss. Wir diskutieren nun über die Frage: Soll dies der Fall sein, wenn eine Strafe von einem Jahr oder mehr oder wenn eine Strafe von zwei Jahren oder mehr beantragt wird?

Die etwas freiheitlichere Lösung von zwei Jahren, wie sie die Kommissionsmehrheit vorschlägt, ist praxisnaher, sie ist auch freiheitlicher in Bezug auf die Entscheide, die die Staatsanwaltschaft treffen muss; sie schadet umgekehrt der Verteidigung und dem Angeklagten nicht. Im Gegenteil: Ich möchte behaupten, dass die Anwesenheit der Staatsanwaltschaft im Verfahren vor Gericht das Gewicht eher wieder auf die Seite der Staatsanwaltschaft verschieben würde. Wenn die Staatsanwaltschaft an der Gerichtsverhandlung nicht anwesend ist, dann erscheint mir persönlich die Situation des Angeklagten nicht schlechter, sondern eher besser. Die Anklage kann dann ihre Argumente nicht noch zusätzlich mündlich vor dem Gericht wiederholen, diese Argumente nicht nochmals verstärken und vertreten. Es bleibt vielmehr bei den Aussagen, welche die Anklage in der Anklageschrift gemacht und mit all den weiteren begleitenden Unterlagen dem Gericht vorgelegt hat.

Deshalb finde ich es aus Praktikabilitätsgründen, aber auch aus Gründen der Waffengleichheit - sie wird hier zugunsten des Angeklagten noch vermehrt angestrebt - richtig, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und die zwei Jahre als Grenze für die obligatorische Anwesenheit der Staatsanwaltschaft vor Gericht festzusetzen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Bei diesem Artikel sollte man in erster Linie nicht nur juristisch denken. Es geht um die Frage, wann der Staatsanwalt - und selbstverständlich auch der Verteidiger - verpflichtet ist, vor dem Gericht aufzutreten und seine Sache persönlich zu vertreten, oder wann es genügt, dass er dem Gericht nur ein Dossier abgibt.

Sie müssen sehen, dass der Staatsanwalt mit dieser neuen Strafprozessordnung ein grosses Gewicht erhält. Er führt die Prozesse - da muss man Gegengewichte geben. Der Bundesrat hat Ihnen beantragt, dass die Staatsanwaltschaft vor

AB 2007 N 1023 / BO 2007 N 1023

Gericht persönlich auftreten müsse, wenn sie eine unbedingte Freiheitsstrafe oder eine freiheitsentziehende Massnahme verlangt. In der Vernehmlassung haben praktisch alle Beteiligten gefordert, dass ein stärkeres persönliches Auftreten der Staatsanwaltschaft verlangt werden müsse. Es ist eine Binsenwahrheit, und das wissen Sie als Politiker auch: Wenn man persönlich antreten und eine Sache vertreten muss, wenn man dabei ist und die Sache an Ort und Stelle verfolgen muss, dann gibt man sich wesentlich mehr Mühe, als wenn man nur ein Dossier abschicken kann, das vielleicht sogar andere bearbeitet haben. Ich bitte Sie, das hier zu berücksichtigen.

Der Ständerat hat eine etwas weiter gehende Fassung beschlossen, der wir uns noch anschliessen könnten: "Beantragt sie eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr oder eine freiheitsentziehende Massnahme" - er hat "unbedingte" noch weggelassen. Damit sind wir einverstanden. Aber Ihre Kommission geht jetzt sehr weit: Sie beantragt, dass der Staatsanwalt nur bei einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren oder einer freiheitsentziehenden Massnahme persönlich auftreten muss. Da bin ich der Meinung, dass Sie dem Staatsanwalt eine viel zu grosse Freiheit geben, wenn Sie das machen. Er kann sich bei all diesen Fällen mit

Staatsanwaltschaft" eröffnen. Was mit "Anträgen" und "eröffnen" genau gemeint ist, verschweigt diese Bestimmung. Der Begriff der "Anträge der Staatsanwaltschaft" erscheint nur noch in Artikel 348 Absatz 1. Dort geht es aber klarerweise um etwas ganz anderes (Anträge zur Schuldigsprechung, zu den Sanktionen und Nebenerfolgen).

Zu Beginn der Hauptverhandlung geht es jedoch um die Bekanntgabe der Anklage allein, sodass dieser Begriff nicht durch die schwammige und bereits anderweitig besetzte Bezeichnung "Anträge" ersetzt werden sollte.

Das Verlesen der Anklageschrift kann natürlich mühsam sein. Es gehört jedoch zu einem rechtsstaatlichen Strafprozess mit seinem öffentlichen Verfahren. Die Öffentlichkeit weiss ohne Verlesen ja zumeist nicht, was dem Angeklagten vorgeworfen wird. Der grundsätzliche Anspruch auf Verlesen der Anklage kann mit dem Anliegen des Ständerates dadurch verbunden werden, dass zur bundesrätlichen Fassung zurückgekehrt wird, jedoch die Möglichkeit eröffnet wird, dass die Verfahrensleitung anstelle eines mühsamen Verlesens die Anklageschrift zusammenfasst.

Art. 340

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Studer Heiner

Al. 2

Après que d'éventuelles questions préjudicielles ont été traitées, le tribunal procède à la lecture de l'acte d'accusation à moins que les parties n'y aient renoncé. Dans le cas où l'acte d'accusation est volumineux, la direction de la procédure peut le résumer brièvement.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es liegt Ihnen ein Antrag Studer Heiner zu Absatz 2 vor. Das Verlesen der Anklageschrift hat zwar tatsächlich auch die Funktion, die am Prozess anwesende Öffentlichkeit über die Vorwürfe gegen die beschuldigte Person zu informieren. So gesehen ist die Stossrichtung des Antrages durchaus richtig. Der Bundesrat ist jedoch der Auffassung, dass die Möglichkeit, die Anklageschrift kurz zusammenzufassen, nicht ausdrücklich im Gesetz erwähnt werden muss. Wie er schon auf Seite 1283 der Botschaft ausgeführt hat, wird sich in der Praxis in gewissen Fällen eine solche kurze Darlegung ohnehin gebieten.

AB 2007 N 1024 / BO 2007 N 1024

Dem Entwurf wurde immer wieder vorgeworfen, er sei zu detailliert; deshalb sollte Selbstverständliches möglichst nicht ausdrücklich aufgenommen werden. Sie sehen, wie viele zusätzliche Buchstaben allein diese Vorschrift enthält. Ich kann hier nur erklären - vielleicht kann sich Herr Studer damit begnügen -, dass es selbstverständlich die Meinung ist, dass man eine kurze Zusammenfassung der Anklageschrift zuhanden der Öffentlichkeit vorlegt.

Wenn Sie dem Antrag Studer Heiner zustimmen, ist es auch keine Katastrophe. Es gibt dann eine Differenz zum Ständerat, aber Sie können sie jetzt schon ausmerzen, indem Sie diesen Antrag ablehnen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission 97 Stimmen

Für den Antrag Studer Heiner 53 Stimmen

Art. 341-343

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 344

Antrag der Kommission

Abs. 1

Das Gericht nimmt auf Antrag einer Partei oder von Amtes wegen neue Beweise ab oder ergänzt bereits erhobene Beweise oder nimmt sie nochmals ab.

Abs. 2

Es kann von einer Beweisabnahme absehen

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 344

Proposition de la commission

Al. 1

A la demande d'une partie ou d'office, le tribunal procède à l'administration de nouvelles preuves, complète les preuves déjà administrées ou réitère encore l'administration des preuves.

Al. 2

Il peut renoncer à l'administration

Al. 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 345-350

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 351

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 351

Proposition de la commission

Lorsque l'affaire n'est pas en état d'être jugée, le tribunal décide

Angenommen - Adopté

Art. 352-354

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 355

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... zu widerrufenden bedingten Strafe oder bedingten Entlassung

Abs. 2

Jede dieser Strafen kann

Abs. 3

Strafen nach Absatz 1 Buchstaben b bis d können miteinander verbunden werden, sofern die insgesamt ausgesprochene Strafe einer Freiheitsstrafe von höchstens sechs Monaten entspricht. Eine Verbindung mit Busse ist immer möglich.

Art. 355

Proposition de la commission

Al. 1

.... il estime suffisante l'une des peines suivantes:

....

Al. 2

Chacune de ces peines peut

Al. 3

Les sanctions prévues à l'alinéa 1 lettres b à d peuvent être ordonnées conjointement si la totalité de la peine prononcée n'excède pas une peine privative de liberté de six mois au plus. Une amende peut toujours être infligée en sus.

Angenommen - Adopté

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ab hier heissen die Berichterstatter Herr Thomas Müller und Herr Pagan.

Art. 356-360

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 360bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Antrag Hubmann

Streichen

Schriftliche Begründung

Die Kommission für Rechtsfragen hat erst nach Abschluss der Beratungen über das Übertretungsstrafrecht Kenntnis davon erhalten, dass die vom Ständerat beschlossene - und von der RK-NR übernommene - Fassung in grösseren Städten, in denen jährlich bis zu 100 000 Übertretungsstrafverfahren durchgeführt werden müssen, zu grossen Problemen führen wird.

Ich beantrage Ihnen deshalb, den vom Ständerat beschlossenen Artikel zu streichen und der vom Bundesrat vorgeschlagenen Fassung zuzustimmen.

Dadurch könnte das Problem im Differenzbereinigungsverfahren nochmals vertieft geprüft werden.

Art. 360bis

Proposition de la commission

Al. 1, 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2007 N 1025 / BO 2007 N 1025

Al. 2

Les dispositions sur l'ordonnance pénale sont applicables par analogie à la procédure pénale en matière de contraventions.

Proposition Hubmann

Biffer

Blocher Christoph, Bundesrat: Die vom Ständerat gegenüber dem Entwurf des Bundesrates vorgenommenen Änderungen, nämlich die Streichung der Artikel 361 bis 364 sowie die Einfügung eines neuen Artikels 360bis, führen keineswegs zu den befürchteten Problemen, denn sie stellen die Möglichkeit, Verwaltungsbehörden als Übertretungsstrafbehörden vorzusehen, in keiner Weise infrage. Frau Hubmann befürchtet ja, dass diese Streichung in Städten, in denen jährlich bis zu 100 000 Übertretungsstrafverfahren durchgeführt werden müssen, zu grossen Problemen führen würde. Das ist aber nicht der Fall. Vielmehr sind die Änderungen auch unseres Erachtens eine sachliche Verbesserung.

Der bundesrätliche Entwurf sieht nämlich in den Artikeln 361 bis 364 besondere Bestimmungen für das Übertretungsstrafverfahren vor. Es geht vor allem darum, dass hier ein erleichtertes Verfahren Platz greifen kann, einfach schon wegen der Masse. Diese Bestimmungen für ein erleichtertes Verfahren kommen nur dann zur Anwendung, wenn die Kantone eine separate Verwaltungsbehörde als Übertretungsstrafbehörde einsetzen. Denken Sie einmal, man müsste mit Hunderttausenden von Übertretungsverfahren aus dem ganzen Strassenverkehrsbereich vor die Gerichte gehen! Nur auf diese Weise kann nach den erleichterten Bedingungen der erwähnten Artikel vorgegangen werden.

Die vom Ständerat beschlossenen Änderungen ermöglichen es nun, dass die Kantone von den Erleichterungen profitieren, ohne dass sie separate Verwaltungsbehörden als Übertretungsstrafbehörden einsetzen. Damit verhindert die Fassung des Ständerates, dass die Kantone gezwungen werden, hier separate Verwaltungsbehörden als Übertretungsstrafbehörden vorzusehen, nur um in den Genuss der Erleichterungen zu kommen. Dass das grosse Kantone und Städte wie Zürich, Genf, Bern usw. machen können, ist ja selbstverständlich, aber kleine Kantone müssen das nicht. Wenn diese Änderungen wieder rückgängig gemacht werden, führt dies zum dargelegten impliziten Zwang der Kantone, besondere Verwaltungsbehörden als Übertretungsstrafbehörden vorzusehen, was weder zweckmässig noch gerecht ist.

Wir bitten Sie, den Antrag Hubmann abzulehnen und der Fassung des Ständerates zuzustimmen.

Hubmann Vreni (S, ZH): Herr Bundesrat, wie erklären Sie sich die Tatsache, dass im Kanton Zürich eine Regelung, wie sie der Ständerat jetzt eingeführt hat, in die Strafprozessordnung aufgenommen wurde, diese aber bereits ein Jahr später aufgehoben werden musste, weil sie ineffizient und nicht praktikabel war?

Blocher Christoph, Bundesrat: Für den Kanton Zürich ist sie wahrscheinlich ineffizient und nicht praktikabel, weil er Hunderttausende von Übertretungsstrafverfahren hat. Es ist dem Kanton Zürich freigestellt, wie er es machen will - so oder anders. Aber gemäss Fassung des Bundesrates muss es für alle Kantone gleich gemacht werden, und das ist nicht zweckmässig.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Herr Bundesrat, die Crux ist doch, dass sich dann das Verfahren nach den Vorschriften des Strafbefehlsverfahrens richten muss. Dort muss beispielsweise die Einstellung begründet werden. Das gibt in diesem Strafverfahren unheimlich viel Arbeit. Das ist das Problem. Wie stellen Sie sich zu dieser Frage?

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir haben ja das Strafbefehlsverfahren vereinfacht - es ist also nicht mehr so wie heute - und haben im Fall von Übertretungen das Verfahren angepasst. Aber ich sage nochmals: Es ist den Kantonen freigestellt, ob sie eine Verwaltungsbehörde einsetzen wollen oder nicht. Im Fall Zürich will ich da nicht dreinreden, obwohl ich Zürcher bin. Aber es wäre unzweckmässig, das für den Kanton Appenzell Innerrhoden zu machen, und der Streichungsantrag sieht eben beide Fälle vor.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Ich ersuche Sie, hier den Antrag Hubmann abzulehnen. Wir haben das Problem in der Kommission für Rechtsfragen besprochen (*Zwischenruf Baumann J. Alexander: Abstimmen!*)

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Herr Müller, fahren Sie als Berichterstatter weiter. Lassen Sie sich nicht verwirren.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Wir haben in der Kommission für Rechtsfragen über dieses Problem gesprochen, und ich bitte Sie, den Antrag Hubmann abzulehnen. Worum geht es? Im Entwurf des Bundesrates waren in den Artikeln 361 bis 364 zwei Arten von Strafbefehlsverfahren vorgesehen: ein ordentliches und eines nur für Übertretungsstrafsachen. Das Verfahren für Übertretungsstrafsachen war einfacher ausgestaltet als das ordentliche Strafbefehlsverfahren. Aber wie Herr Bundesrat Blocher gesagt hat, wären nur jene Kantone in den Genuss der Vereinfachungen gekommen, die dafür eine separate Verwaltungsbehörde geschaffen hätten. Das kann für mittlere und kleinere Kantone unzweckmässig sein. Die Lösung des Ständerates in Artikel 360bis mit einem einzigen Verfahren ist deutlich praktikabler, indem durchwegs die Erleichterungen gelten, die ursprünglich nur für das reine Übertretungsstrafverfahren vorgesehen waren. Die Kantone sind also frei.

Noch etwas zu den Bedenken des Kantons Zürich: Man kann auch mit der Fassung der Kommission für Übertretungen eine separate Verwaltungsbehörde einsetzen. Ob das im Kanton Zürich und in anderen Kantonen klappt oder nicht, ist in erster Linie eine organisatorische Frage und nicht eine Frage der Strafprozessordnung.

Kurz zu Herrn Aeschbacher: Die Begründung der Einstellung, die in Artikel 363 Absatz 2 vorgesehen ist, ist ausdrücklich mit "kurz" umschrieben, und das kann sich bei den Übertretungen auf vier, fünf Worte beschränken.

Ich ersuche Sie also, den Antrag Hubmann abzulehnen. In der Kommission wurde er mit 11 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission 100 Stimmen

Für den Antrag Hubmann 62 Stimmen

Art. 361-364

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Hubmann

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 361-364

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Hubmann

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 365

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

AB 2007 N 1026 / BO 2007 N 1026

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Streichen

Art. 365

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Biffer

Art. 366

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Streichen

Art. 366

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Biffer

Art. 367

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Streichen

Art. 367

Proposition de la majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Biffer

Art. 368, 369

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Streichen

Art. 368, 369

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary)

Biffer

Thanei Anita (S, ZH): "Abgekürztes Verfahren" ist eigentlich die falsche Bezeichnung. Es handelt sich in Wirklichkeit um eine Art Vergleichsverfahren, welches es den Parteien bei einer Einigung über den Sachverhalt, die Strafe und die Zivilansprüche erlaubt, den Fall ohne formelle Untersuchung direkt vor Gericht zu bringen. Das Gericht überprüft die Absprache zwischen der Staatsanwaltschaft und der angeklagten Person nur sehr rudimentär. Es wird nicht von Amtes wegen abgeklärt, ob ein Straftatbestand erfüllt wurde, und auch nicht, welcher. Ein eigentliches Beweisverfahren entfällt. Möglich ist dieses Verfahren, wenn eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren verlangt wird. Es ist also nicht auf sogenannte Bagatelldelikte beschränkt.

Dieses Verfahren stellt in unserem Rechtssystem einen Fremdkörper dar. Gestern hat sich Herr Bundesrat Blocher im Zusammenhang mit der Mediation auf das Strafmonopol des Staates berufen. Ich bin deshalb gespannt darauf, zu hören, weshalb im Zusammenhang mit dem abgekürzten Verfahren das Strafmonopol des Staates nicht mehr zur Diskussion steht. Es gilt, darauf hinzuweisen, dass das Mediationsverfahren insbesondere für Antragsdelikte vorgesehen war. Hier bewegen wir uns im Bereich der Officialdelikte, das heisst in einem Bereich, in dem das Strafmonopol des Staates wirklich gefragt wäre. Manchmal bin ich in diesem Rat bass erstaunt über die Argumente!

Die Expertenkommission und namhafte Strafrechtsprofessoren haben sich insbesondere wegen rechtsstaatlicher Bedenken gegen dieses Verfahren ausgesprochen:

1. Die Verurteilung Unschuldiger oder in anderer Hinsicht Schuldiger ist möglich. Wie muss man sich das vorstellen? Eine beschuldigte Person einigt sich mit dem Staatsanwalt über einen Sachverhalt und über eine Strafe. Dabei kann diese Person auch etwas zugeben, was sie nicht gemacht hat. Zudem kann über Delikte, die sie begangen hat, nicht gesprochen werden. Es ist eben ein Vergleich.

Ist die Staatsanwaltschaft überlegen, kann sie pokern und der beschuldigten Person vorspielen, die Beweislage sei erdrückend. So wird mancher etwas gestehen, was er oder sie gar nicht getan hat. Aber auch das Umgekehrte ist möglich, vor allem im Bereich der Wirtschaftskriminalität: Raffinierte Kriminelle sind oft, man muss das zugeben, der Staatsanwaltschaft überlegen und können mit dieser einen für sie sehr vorteilhaften Deal schliessen. Es kommt noch hinzu, dass durch diese Verfahrensmöglichkeit der Druck auf die Staatsanwaltschaft im Allgemeinen wächst, die Verfahren so zu erledigen. Die Gerichte werden andernfalls den Staatsanwälten oder -anwältinnen den Vorwurf machen, dass sie sich nicht mit den Beschuldigten geeinigt hätten und die Gerichte noch mit diesen Verfahren beschäftigen würden.

3. Problematisch ist - dies ist ein wesentlicher Punkt - der Verzicht der angeschuldigten Person auf zentrale Grundrechte, z. B. auf ein sehr wichtiges im Strafverfahren: das Recht auf einen gesetzlichen Richter respektive eine gesetzliche Richterin.

4. Die Überprüfungsmöglichkeiten durch das Gericht sind ungenügend. Ich habe bereits darauf hingewiesen: Es findet kein Beweisverfahren statt.

5. Eine Revision wird ausgeschlossen, obwohl sie ein wichtiges Instrument in einem Strafverfahren ist.

Das Ganze führt zu einem Zweiklassensystem. Es ist klar, dass vor allem raffinierte Wirtschaftskriminelle mit der Staatsanwaltschaft Vereinbarungen schliessen werden. Das ist eine Kapitulation unseres Rechtsstaates einerseits und eine schreiende Ungleichbehandlung zwischen einfachen und raffinierten Kriminellen andererseits.

Die Mehrheit, die sich für dieses Verfahren ausgesprochen hat, beruft sich vor allem auf eine effiziente Verfahrenserledigung und auf die Verjährungsfristen. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass die Delikte innerhalb der Verjährungsfristen abgeklärt werden. Man kann nicht einfach

AB 2007 N 1027 / BO 2007 N 1027

ein besonderes Verfahren vorsehen, wenn der Staat dies nicht mehr gewährleisten kann. Das ist eine Kapitulation des Rechtsstaates. Im Übrigen kann man durch Vergleichsverhandlungen mit der Staatsanwaltschaft das Verfahren auch verzögern, indem man nicht mehr einverstanden ist, wenn die Anklageschrift vorliegt. Es gibt andere Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachung, die in der Strafprozessordnung vorgesehen sind: Das sind das Opportunitätsprinzip und das Strafbefehlsverfahren. Ich bitte Sie deshalb, das abgekürzte Verfahren abzulehnen bzw. die entsprechenden Artikel zu streichen.

Fluri Kurt (RL, SO): Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen. Die Kommission hat dieser Fassung mit 11 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Wir wissen, dass bisher drei Kantone mit neueren Strafprozessordnungen ein solches abgekürztes Verfahren kennen, nämlich die Kantone Tessin, Baselland und Zug. Überall macht man damit gute Erfahrungen, mit der Einschränkung, dass im Kanton Tessin das Einverständnis widerrufen werden kann, was offenbar häufig zu Missbrauch führt. Wie wir der Botschaft entnehmen können, hätten aber - und das ist nie bestritten worden - viele Kantone bereits eine Revision in Richtung eines abgekürzten Verfahrens an die Hand genommen, wenn nicht ohnehin die Bundesstrafprozessordnung in Diskussion stünde.

Zwar ist es, wie übrigens auch das Opportunitätsprinzip, tatsächlich ein gewisser Einbruch in den Grundsatz des Legalitätsprinzips, des Untersuchungsgrundsatzes nach Artikel 6 und des Verfolgungszwangs nach Artikel 7; aber insbesondere in den auch von meiner Vorrednerin erwähnten Bereichen der Wirtschaftskriminalität und der Drogenkriminalität sowie in anderen grossen Fällen drängt sich ein derartiges Verfahren auf, wenn es um einen Hauptsachverhalt geht und um nebensächliche Fragen, die damit zusammenhängen, deren endgültige Abklärung aber unverhältnismässig wäre. Selbstverständlich, Frau Thanei, ist es Sache des Rechtsstaates, Kapazitäten aufzubauen, die eine abschliessende Untersuchung des Sachverhaltes ermöglichen, aber man kann von einem Kanton nicht verlangen, dass er z. B. im Hinblick auf einzelne Fälle von Wirtschaftskriminalität temporär eine Kapazität aufbaut, und man kann schon gar nicht verlangen, dass er sie beständig aufbaut. Das ist bei unseren politischen Gegebenheiten eine Realität, die wir nicht einfach mit dem Hinweis auf rechtsstaatliche Notwendigkeiten übertönen und korrigieren können. Schliesslich ist der Ausdruck "Deal" sehr pejorativ. "Deal" tönt negativ. Hier geht es aber nur um die Verhandlung darüber, ob man dieses abgekürzte Verfahren überhaupt will. Es geht auch nicht um einen Vergleich, Frau Thanei, oder höchstens um einen sehr asymmetrischen Vergleich, weil das Strafmass ja in der Anklageschrift des Staatsanwaltes und nicht in der Vereinbarung mit der beschuldigten Person enthalten ist.

Mit anderen Worten: Wir sind der Auffassung, dass die Rahmenbedingungen gemäss der Regelung im Entwurf, die auch Auswüchse verhindern sollen, richtig und notwendig sind: dass nur die beschuldigte Person das abgekürzte Verfahren beantragen kann; dass das abgekürzte Verfahren ausgeschlossen ist, sofern der Staatsanwalt eine Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren verlangt; dass ein Widerruf der Zustimmung ausgeschlossen ist; dass der Staatsanwalt und nicht die beschuldigte Person oder die Privatklägerschaft endgültig über die Durchführung des abgekürzten Verfahrens entscheidet; dass die notwendige Verteidigung nach Artikel 128 Litera e gewährleistet ist und dass die Privatklägerschaft ebenfalls zustimmen muss. Schliesslich entscheidet das Gericht frei über die Zulässigkeit des abgekürzten Verfahrens. Es hat auch die Möglichkeit, das abgekürzte Verfahren abzulehnen; dann nimmt das Verfahren seinen ordentlichen Verlauf.

Mit diesen Begründungen gelangen wir zur Auffassung, dass die gegenüber diesem abgekürzten Verfahren gehegten Bedenken zwar diskutiert werden können, dass ihnen aber mit den Bestimmungen im Entwurf Rechnung getragen wird und dass damit eben Auswüchse und Missbräuche verhindert werden können. Mit dieser Begründung unterstützen wir das abgekürzte Verfahren sowohl im Grundsatz als auch im Detail. Wir bitten Sie deshalb, alle Minderheitsanträge zu diesem Kapitel abzulehnen.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Sur la question de la procédure simplifiée, le groupe des Verts n'est pas unanime. C'est donc à titre personnel que je vous invite à soutenir les propositions de la minorité Thanei et ceci pour les raisons suivantes.

Le projet que nous discutons comporte déjà beaucoup de possibilités de simplification. Il y a la conciliation, l'ordonnance pénale, je n'y reviens pas. A mes yeux, il n'est donc pas nécessaire d'introduire ici une procédure qui est plutôt une possibilité de réaliser des arrangements, qui s'apparente à des méthodes importées des Etats-Unis. Cela signifie qu'à la demande du prévenu, le ministère public abandonne son

enquête et passe avec lui une convention sur les faits qui sont retenus et sur la sanction. La commission d'experts, de même que les experts juridiques, les juristes et les professeurs de droit, sont tous opposés à cette manière de faire. Ils estiment que cela constitue un corps étranger dans notre ordre juridique. Je pourrais encore comprendre s'il s'agissait de petits délits vite avoués et vite sanctionnés. Mais pour cela, il y a l'ordonnance pénale. Ici il s'agit plutôt de criminalité économique, et c'est exactement pourquoi cela me choque.

La procédure simplifiée est réclamée parce que souvent les juges sont incapables de démêler l'écheveau obscur des délits économiques. Cette procédure constitue en quelque sorte un aveu d'impuissance de la justice face à ce type de criminalité. Mais cela n'est d'ailleurs pas qu'une question de la compétence des juges, le problème réside aussi dans le fait que les délais de prescription sur ce point-là sont souvent trop courts. Mais, sur ce point, on peut modifier la loi plutôt que de recourir à des procédures contestées. Peut-être que les partisans de cette méthode diront que dans le cas *Swissair*, par exemple, au lieu d'avoir un procès qui aboutit à un acquittement généralisé, une procédure simplifiée aurait permis une condamnation sommaire, mais une condamnation, avalisée par un juge. A mes yeux, cet exemple montre l'ambiguïté de la méthode.

Le message précise que pour parvenir à ce type d'accord entre le prévenu et le ministère public, des négociations informelles sont nécessaires. Or, ces négociations informelles ne sont pas à la portée de tout le monde. Elles favorisent les prévenus qui bénéficient d'une bonne défense ou qui eux-mêmes savent conduire des négociations. On ouvre de nouveau la porte à une justice à deux vitesses, ou même à une justice de classe. Les exemples d'utilisation possible de cette procédure qui nous ont été donnés en commission portent sur des cas qui, à mon sens, pourraient permettre de faire appel au principe d'opportunité prévu à l'article 8.

Ce qu'il faut avoir en vue également, c'est que ces arrangements supposent que le prévenu renonce à ses droits et notamment au droit à ce qu'un juge se prononce sur son affaire. Une fois la convention signée, le train est sur les rails. On ne plus l'arrêter, sauf le juge, qui évidemment peut refuser la convention, mais qui est mal armé pour le faire, et qui peut exiger le redémarrage de l'enquête au départ, mais alors, quelle perte de temps!

Le prévenu, lui, ne peut plus revenir en arrière, ni proposer de nouveaux moyens de preuve, ni faire recours. On peut donc imaginer deux cas de figure: ou bien la procédure simplifiée est demandée par un prévenu qui a peur de se retrouver devant un tribunal, pour des raisons professionnelles, familiales, sociales, et il risque d'être jugé plus sévèrement qu'il ne l'aurait été; ou bien elle est demandée par un escroc notoire, habile à déjouer tous les pièges de la justice et la peine sera beaucoup trop légère.

Je sais - cela a été dit en commission - que les arrangements existent déjà, qu'ils sont largement pratiqués, mais sans base légale. Je comprends qu'un certain pragmatisme

AB 2007 N 1028 / BO 2007 N 1028

invite à créer cette base légale, plutôt que de se battre contre les usages établis. Je suis convaincue pourtant qu'il y a d'autres moyens plus conformes au droit et plus conformes à la morale pour gérer les difficultés de procédure.

C'est pour ces raisons que je vous invite à soutenir les propositions de la minorité Thanei.

Hubmann Vreni (S, ZH): Ich spreche hier für die grosse Mehrheit der SP-Fraktion. Nur eine kleine Minderheit sieht im abgekürzten Verfahren Vorteile. Entscheidend für die Ansicht der Mehrheit sind die Argumente des Experten für Strafrecht und Strafprozessrecht, Prof. Andreas Donatsch, der in der Kommission für Rechtsfragen zu einer Anhörung eingeladen worden ist. Seiner Ansicht nach hat das abgekürzte Verfahren schwere Mängel. Das Institut des abgekürzten Verfahrens kommt aus dem amerikanischen Recht und ist ein absoluter Fremdkörper in unserem Strafrecht. Es passt nicht hinein in ein Strafrecht wie das unsere, bei welchem der Staat einem Täter die Straftat nachweisen muss, um ihn verurteilen zu können. Anstatt ein Geständnis abzulegen, muss der Angeschuldigte beim abgekürzten Verfahren den Sachverhalt im Wesentlichen anerkennen. Prof. Donatsch kritisierte vor allem auch die Ungenauigkeit dieses Begriffs. Besonders schwerwiegend ist die Gefahr - das hat Frau Thanei bereits erwähnt -, dass ein Unschuldiger verurteilt wird oder dass jemand für etwas anderes verurteilt wird als für das, was er effektiv getan hat. Herr Professor Donatsch kritisierte auch die ungenügenden Überprüfungsmöglichkeiten durch den Richter. Zudem riskiert ein Angeschuldigter, dass er später erneut verfolgt wird. Der Grundsatz "Ne bis in idem", also "nie zweimal in der gleichen Sache", würde für ihn nicht gelten. Auch eine Revision wäre ausgeschlossen. Am schwerwiegendsten ist jedoch unserer Meinung nach der Umstand, dass der Angeschuldigte im abgekürzten Verfahren auf zentrale Grundrechte verzichtet. Prof. Donatsch sagte dazu wörtlich: "Es fragt sich, ob bei Absprachen betreffend einen langfristigen Freiheitsentzug nicht der Kerngehalt" - ich wiederhole: der Kerngehalt - "des verfassungsmässigen Rechts auf persönliche Freiheit tangiert ist." Dazu möchten wir von der SP-Fraktion nicht Hand bieten. Deshalb unterstützen wir die Anträge der Minderheit Thanei auf Streichung der Artikel 365 bis 369. Ich hoffe, Sie werden diesen Anträgen ebenfalls zustimmen.

Stamm Luzi (V, AG): Die SVP-Fraktion bittet Sie, der Mehrheit zu folgen und die Anträge der Minderheit Thanei abzulehnen.

Das "abgekürzte Verfahren" ist tatsächlich nicht ein idealer Ausdruck. Es hat vielmehr etwas mit Absprache zwischen Staatsanwalt und Angeklagtem oder Beschuldigtem zu tun, aber das bleibe mal dahingestellt. Dieses abgekürzte Verfahren soll dazu da sein, die Verfahren zu beschleunigen. Ich bin nicht so sicher, ob dieses Ziel erreicht wird, aber der Gedanke ist schon verständlich: Man konzentriert sich auf die wesentlichen, grossen Punkte im Strafverfahren, und wenn es Nebendelikte gibt und untergeordnete Dinge, so kann man diese beiseite lassen. Dieser Grundgedanke ist gut. Ebenfalls gut ist, wie in der Schweiz diese Verfahren, die in gewissen Kantonen bestehen, bisher gehandhabt wurden. So gesehen kann man sagen, die Erfahrungen in der Schweiz seien positiv, man könne dieses abgekürzte Verfahren hier einführen. Man muss allerdings betonen, dass die Gerichte jetzt schon die Möglichkeit hätten - auch mit den existierenden, normalen Strafprozessordnungen, ohne die abgekürzten Verfahren -, das Unwesentliche wegzulassen. Man hat diese Möglichkeit immer. Ich erwähne kurz zwei Beispiele: Wenn ein Angeklagter zugibt, er habe mit 5 Kilo Kokain gehandelt, daneben aber bestreitet er den Besitz von hier 20 Gramm, da 50 Gramm und dort 60 Gramm, dann kann man als Untersuchungsbehörde und auch als Gericht sagen, man bleibe bei den 5 Kilo. Den Rest lässt man einfach fallen, weil er bestritten wird. Diese Möglichkeit hat man jetzt schon. Ein zweites Beispiel: Wenn Sie ein grosses Delikt und daneben Bagatelldelikte haben, zum Beispiel im Strassenverkehr, dann können Sie diese Strassenverkehrsverfahren respektive Bagatellverfahren entsprechend oberflächlich abhandeln. Diese Möglichkeiten zur Beschleunigung haben Sie gemäss gesundem Menschenverstand bereits heute. Deswegen hätte also dieses neue beschleunigte Verfahren nicht eingeführt werden müssen.

Es gibt aber eine Gefahr; davor möchte ich hier ausdrücklich, auch zuhänden des Amtlichen Bulletins, warnen. Die Gefahr dieser Verfahrensmöglichkeit zeigt sich in anderen Staaten. Nehmen Sie ein Beispiel aus oberen Wirtschaftsetagen, welches noch relativ oft vorkommt: Da haben Sie z. B. jemanden, der wegen eines gravierenden Steuerdelikts und wegen Kokaingebrauchs und Kokainhandels angeklagt ist. Es gibt Länder, in denen es sich eingebürgert hat - das ist ausserordentlich gefährlich -, dass sich die Betroffenen mit der Untersuchungsbehörde absprechen: "Ja gut, die Steuerdelikte bestreite ich zwar auch, aber wenn mir da eine Busse von 500 000 Franken auferlegt wird, dann schlucke ich diese; dann beschränken wir uns auf dieses Steuerdelikt und lassen die ganzen Vorwürfe wegen des Kokains weg." Solche Absprachen sind ausserordentlich gefährlich. So gesehen stossen wir eine Türe auf, bei der es mir nicht wohl ist. Dieses Beispiel aus dem Ausland zeigt auch, dass bei solchen Verfahren eine enorm grosse Korruptionsgefahr entstehen kann, dass also jemand mit den Untersuchungsbehörden die Sache abkartet, wenn er verschiedene Dinge auf dem Kerbholz hat, dass gewisse Delikte fallengelassen werden.

Herr Kollege Fluri, Sie haben das Wort "asymmetrisch" gebraucht. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn man sich auf die wichtigen Delikte konzentriert und Bagatellen fallenlässt. Aber dieses System, das wir schaffen, beinhaltet - zumindest theoretisch - auch diese Fälle, die ich soeben geschildert habe. Da liegen erhebliche Gefahren.

Trotzdem: Zur Beschleunigung und im Rahmen der ganzen Strafprozessordnung, die jetzt auf dem Tisch ist, lässt es sich einigermaßen vertreten, dieses abgekürzte Verfahren so einzuführen. Deshalb - das wiederhole ich, und damit schliesse ich - bittet Sie die SVP-Fraktion, der Mehrheit zuzustimmen und die Anträge der Minderheit Thanei abzulehnen.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): Monsieur Stamm, dans l'exemple que vous avez cité, du trafiquant de drogue qui reconnaît avoir vendu 20 kilogrammes de cocaïne, dont on pense qu'il aurait encore écoulé quelques kilos non avoués, ne pensez-vous pas qu'on a pour ça l'article 8 alinéa 2 lettre a du Code de procédure pénale, sur le principe d'opportunité, qui permet de ne pas poursuivre des délits qui ne changeraient de toute façon pas la peine, et qu'on n'a pas besoin pour ça des procédures simplifiées?

Stamm Luzi (V, AG): In gewissem Sinne haben Sie Recht. Aber beim Opportunitätsprinzip denkt man nur an kleine Dinge. Unter dem Titel Opportunitätsprinzip können Sie nur vernachlässigbare Straftaten subsumieren - was immer auch "kleine Straftaten" heisst. Aber mit dem Opportunitätsprinzip ist sicher nicht gemeint, dass man grosse Straftaten wegfallen lassen kann.

Fluri Kurt (RL, SO): Herr Kollege Stamm, wenn Sie mich schon zitiert haben, dann möchte ich Sie fragen, ob Sie nicht Artikel 365 Absatz 1 gesehen haben, wonach es nicht darum geht, einzelne Sachverhalte, die in Begleitung eines anderen Sachverhaltes untersucht werden, fallenzulassen, sondern darum, dass eben jeder Sachverhalt besprochen werden muss.

Stamm Luzi (V, AG): Ich hoffe, dass das von den Gerichten so sinnvoll angewendet wird, wie Sie jetzt

denken und wie Sie hoffen. Theoretisch ist hier im Gesetzestext eine gewisse Bremse drin; da gebe ich Ihnen Recht. Aber der ganze Artikel ist nicht unproblematisch, wie Sie auch sehen, wenn Sie Absatz 2 anschauen. Da steht: "Das abgekürzte

AB 2007 N 1029 / BO 2007 N 1029

Verfahren ist ausgeschlossen, wenn die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren verlangt." Ich frage mich, wie man zum Voraus das drohende Strafmass kennen will, bevor man entscheidet, was man fallenlassen soll und was nicht. Wie will man da wissen, ob - um bei meinem Beispiel von einem Steuerdelikt und Kokainhandel zu bleiben - fünf Jahre oder mehr verlangt würden, wenn man das volle Verfahren durchzöge? Aber ich hoffe mit Ihnen, dass die Schweizer Gerichte diese Bestimmungen sinnvoll anwenden werden.

Aeschbacher Ruedi (E, ZH): Tatsächlich gibt es zwei Bereiche, die etwas quer in der Landschaft unseres Strafrechtssystems stehen. Den einen Bereich haben wir vorher behandelt; es ist die Frage der Mediation, und diese haben wir auf die Seite gelegt. Das hier ist jetzt der zweite Bereich, der Bereich des sogenannten abgekürzten Verfahrens. Dieses hat ja eigentlich einen gewissen Glanz für alle, die sich um Effizienz bemühen, die in der Strafrechtspflege tätig sind. Wer einmal dort gearbeitet hat, weiss, wie stark der Druck der Pendenzen der Geschäfte ist, die auf jedem Untersuchungsrichter, auf jedem Staatsanwalt lasten. Da ist man natürlich froh um jeden Fall, den man einfacher bzw. schneller erledigen kann. Gesamthaft haben wir ja in der Schweiz ohnehin das Problem, dass wir zwar sehr gut ausgebaute Strukturen haben und eine hohe Rechtskultur verfolgen, aber je länger, je mehr Probleme haben, diesen Anforderungen auch gerecht zu werden angesichts der grossen Anzahl der Fälle, die behandelt werden müssen, und angesichts der Tatsache, dass wir hier relativ hochstehende Regelungen haben, die mehr Arbeit verlangen als jene eines abgekürzten Schnellverfahrens.

Ich habe mich in der Kommission in diesem Punkt der Stimme enthalten und muss sagen: Ein Unbehagen bleibt bei mir bezüglich dieses abgekürzten Verfahrens nach wie vor bestehen. Vor allem wenn man weiss, wie gross der Druck ist, die Fälle vor Gericht zu bringen, ist die Versuchung einfach sehr gross, dass man auf abgekürzte Verfahren drängt und froh ist, wenn solche von den Angeklagten und der Verteidigung angeboten oder verlangt werden. Es ist wirklich etwas ein "Kantengang", den wir hier vollführen. Die Rechtsstaatlichkeit ist genannt und die Rechtsgleichheit ist angesprochen worden, und hier möchte ich wirklich nicht verneinen, dass eben der Druck vonseiten gewisser Angeschuldigter recht gross sein kann, auf solche Verfahren einzugehen und auf die Untersuchungsbehörden einzuwirken.

Frau Thanei hat es sehr gut gesagt: Es gibt wahrscheinlich Untersuchungsbeamte, Staatsanwälte, die dem Angeklagten eher zu schwach gegenüberstehen - das hängt natürlich auch mit der Person des Angeklagten zusammen - oder die dann relativ stark der anderen Seite gegenüber auftreten können. Und da gibt es Möglichkeiten, die auf die eine oder andere Seite ausschlagen und Ungerechtigkeiten schaffen können. Herr Stamm hat gesagt, dass Korruptionsanfälligkeit bestehe. Ich glaube nicht, dass wir in der Schweiz sehr korruptionsanfällig sind; ich glaube, dass unser Staat in dieser Hinsicht wesentlich besser funktioniert als andere; aber ich glaube, dass man die Gefahr nicht wegleugnen kann.

Ich bin immer noch im Dilemma, ob ich nicht der Minderheit zustimmen soll, einfach, um auch hier ein Zeichen zu setzen, wonach man mit diesem Instrument, das die Mehrheit hier in das Gesetz schreibt, auch sehr sorgfältig umgehen muss, wonach es sowohl bei den Strafverfolgungsbehörden wie dann aber auch bei den Gerichten eine spezielle Sorgfalt geben muss, zu prüfen, ob das alles richtig abgewickelt worden ist.

Blocher Christoph, Bundesrat: Es geht hier tatsächlich um ein Kapitel, das wir neu in die Strafprozessordnung aufnehmen und das für die allermeisten Kantone neu ist. Es geht um das abgekürzte Verfahren. Zunächst darf ich Ihnen sagen: Obwohl es für die allermeisten Kantone neu ist, haben von 26 Kantonen 22 ausdrücklich gefordert, dass man es aufnimmt. Es ist das Eingeständnis, dass heute bei diesem komplexen Verfahren im Wirtschafts-, im Drogenbereich usw. die Sache so kompliziert geworden ist, dass die Situation hinsichtlich Rechtssicherheit und Bestrafung bei kriminellen Taten weitgehend nicht mehr bewältigt werden kann. Sie kennen die Klagen über die Verjährungen. Was habe ich für Briefe aus der Bevölkerung erhalten, man solle die Verjährungsfristen ausdehnen, weil eben bei vielen Taten die Verjährung eintritt! Das ist deshalb, weil die ganze Sache so kompliziert geworden ist, dass man das nicht mehr bewältigen kann.

Was will man mit dem abgekürzten Verfahren? Das abgekürzte Verfahren besagt: Wenn einmal die Haupttat eines Beschuldigten festgestellt ist und auch klar ist, dass er dafür bestraft werden soll, dann ist es zweckmässig, dass man ihn dafür bestraft und den Rest, die Nebensachen, nicht mehr während Jahren abklärt. Es geht vor allem um die Punkte, die vom Betreffenden bestritten werden. Sie kennen die Geschichten - ich zeige es etwas einfach und plastisch -: Es dringt einer in ein Haus ein, begeht einen Mord, der Mordfall ist relativ klar auf dem Tisch; der Betreffende gibt es auch zu. Nun müssen Sie noch monate- und jahrelang abklären, wie es sich mit dem Hausfriedensbruch und den Beschädigungen am Haus beim Eindringen verhält. Er kann das bestreiten und sagen, die Beschädigungen seien schon da gewesen usw. Ich gebe zu: Das ist ein vereinfachtes Beispiel. Aber Sie können es auf andere Dinge ausdehnen: Wenn

Kokainhandel mit einem Autodiebstahl verbunden ist, stellt sich die Frage, ob der Betreffende das Auto gestohlen hat oder nicht usw. Er wird am Schluss einfach nicht bestraft, weil sich alles durch diese Nebentaten verzögert.

Es war dem Bundesrat von Anfang an klar, dass das abgekürzte Verfahren an wichtige Grundsätze rührt. Wir haben Ihnen das in der Botschaft transparent dargestellt, und zwar deshalb, weil man die nötigen Sicherheitsmassnahmen einbauen muss, wenn man schon an die Grundsätze rührt.

Wir betreten nicht ganz Neuland. In der Schweiz haben in der Verzweiflung, dass man nicht mehr durchkommt, wenn man kein abgekürztes Verfahren hat, drei Kantone eine eigene Lösung des abgekürzten Verfahrens gesucht, namentlich solche, in denen komplizierte Wirtschaftsprozesse - auch internationale - stattfinden. Das sind der Kanton Baselland, der Kanton Zug und der Kanton Tessin. Im Kanton Baselland und im Kanton Zug sind die Erfahrungen durchwegs positiv, das anerkennen auch die ehemaligen Kritiker. Im Kanton Tessin sind sie negativ. Warum? Der Kanton Tessin machte etwas, was genau zum Gegenteil dessen führte, was man eigentlich wollte. Er liess nämlich das abgekürzte Verfahren zu, Beschuldigte sagten, sie wünschten das, zogen die Sache so in die Länge und widerriefen am Schluss - auch vor dem Gericht - alles. Dann mussten die normalen Verfahren beginnen, und damit traten solche Verzögerungen ein, dass die Beschuldigten gerade durch die Teilnahme am abgekürzten Verfahren eine Verlängerung der Prozesse erwirkten. Das haben wir hier ausgeschlossen. Wir haben also die Lösung des Kantons Zug und des Kantons Baselland übernommen, nicht die Lösung des Kantons Tessin. Sonst wird es falsch. Nun muss ich Ihnen sagen: Die Bemerkungen und Ausführungen von Prof. Andreas Donatsch, die hier von Frau Hubmann zitiert worden sind, sind nicht falsch. Auf Stufe der Universität, ex cathedra, können Sie schon sagen, man sollte alles zuerst bis ins Detail abklären. Aber das geht einfach in die Richtung von "fiat justitia, pereat mundus": Wir wollen allerhöchste Gerechtigkeit bis ins Detail, die Welt mag dabei zugrunde gehen. Heute stehen wir vor der Situation, dass die Sache nicht mehr bewältigbar ist. Darum musste ein Weg gesucht werden. Es ist interessant, dass die Hauptangst der Minderheit eigentlich ist, dass der Beschuldigte zu kurz komme, während Herr Stamm eher sagt, es bestehe die Gefahr, dass der Beschuldigte zu gut wegkomme. Sie sehen, das ist natürlich bei solchen Verfahren immer so: Es kann das eine wie das andere passieren; das ist nicht ganz aus der Welt zu schaffen.

AB 2007 N 1030 / BO 2007 N 1030

Die Minderheit macht folgende Einwände geltend. Sie sind ernst zu nehmen, aber ich sage Ihnen dann auch, welche Sicherheiten wir eingebaut haben. Erstens sagt die Minderheit, es widerspreche der Rechtstradition, nach welcher der staatliche Strafanspruch grundsätzlich nicht verhandelbar sei. Frau Thanei, das habe ich gestern bezüglich des Monopols gesagt; das ist so. Wenn Sie natürlich gewisse Dinge nicht mehr im Detail in die Strafe einbeziehen, ist dort ein Durchbruch geschaffen, weil jemand für gewisse Dinge straffrei ausgeht. Aber er wird wenigstens in der Hauptsache bestraft; heute wird er manchmal überhaupt nirgends bestraft, weil es Verzögerungen gibt und die Verjährung eintritt.

Zweitens sagt die Minderheit, mit dem Abschluss einer Vereinbarung über Schuld und Strafe verzichte die beschuldigte Person auf zentrale Grundrechte. Das ist richtig. Wenn die beschuldigte Person damit einverstanden ist, verzichtet sie auf das Hauptverfahren, auf Einsprachen, auf Revisionen; das ist dann endgültig. Aber sie ist nicht gezwungen, eine solche Vereinbarung abzuschliessen.

Drittens sagt die Minderheit, es sei für ein Gericht nicht möglich zu beurteilen, ob die beschuldigte Person der Vereinbarung aus freiem Willen zugestimmt habe oder aber nach Druck seitens der Staatsanwaltschaft. Da haben Sie Recht; bei den meisten Unterschriften ist es schwierig festzustellen, ob jemand unter Druck unterschrieben hat oder nicht. Das geht ja bis zu den Unterschriften beim Heiraten, nicht wahr? Ob jemand unter Druck ist oder nicht, ist schwierig zu untersuchen.

Viertens sagt die Minderheit, ebenso wenig könne das Gericht die Angemessenheit der Vereinbarung überprüfen, weil sich aus den Akten nicht ergebe, welche Zugeständnisse die Staatsanwaltschaft gemacht habe - ich komme darauf bei den Sicherungsmassnahmen zurück -; weiter sei es stossend, dass gegen ein Urteil im abgekürzten Verfahren keine Revision möglich sei, denn es könne sich unter Umständen später klar erweisen, dass das Schuldeingeständnis unrichtig gewesen sei.

Obwohl diese Mängel ernst zu nehmen sind, bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen. Warum? Es ist davon auszugehen - das erkennt die Minderheit -, dass bereits heute Absprachen zwischen der Staatsanwaltschaft und der beschuldigten Person gemacht werden, allerdings völlig irregulär, ohne gesetzliche Sicherheiten und Regeln. Dabei wird der beschuldigten Person in Aussicht gestellt - das kennen Sie aus der Praxis -, im Falle von guter Kooperation werde auf die Anklage wegen gewisser Delikte verzichtet. Das ist gängige Praxis, aber es liegt völlig quer in der Landschaft, da weder Rechte noch andere Dinge der beschuldigten Person festgehalten werden. Die Zunahme von Fällen, die in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht sehr komplex sind, dürfte die Bereitschaft der Staatsanwaltschaft zu solchen informellen Absprachen noch erhöhen, wenn wir hier kein besonderes Verfahren haben. Es ist ehrlicher, korrekter und gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit besser, wenn der Gesetzgeber das Verfahren für Absprachen regelt, statt den Wildwuchs weiterbestehen zu lassen.

Wie gesagt haben drei Kantone Regelungen eingeführt. Die Erfahrungen, die dort gemacht worden sind, habe ich erwähnt. Die schlechten Erfahrungen, wie sie im Tessin gemacht worden sind, werden sich hier nicht wiederholen, da ein Widerruf ausgeschlossen ist. Zu beachten ist immerhin, dass das abgekürzte Verfahren gegenüber dem ordentlichen Verfahren in keinem der genannten Kantone überhandgenommen hat. In der Vernehmlassung begrüssen es die Kantone wie gesagt.

Was haben wir jetzt für Sicherungen eingebaut, damit das Negative nicht möglich ist, damit es keinen überbordenden Gebrauch von Absprachen zulasten der Wahrheit und zum Nachteil der beschuldigten Person gibt? Die Minderheit befürchtet ja vor allem Nachteile für die beschuldigte Person; Prof. Donatsch hat natürlich alle Möglichkeiten aufgezählt, die eine beschuldigte Person im ordentlichen Verfahren hat und die sie nicht hat, wenn sie das abgekürzte Verfahren wählt.

1. Absprachen sind wegen der Strafgrenze von fünf Jahren bei schweren Straftaten ausgeschlossen.
2. Die Initiative für eine Absprache muss von der beschuldigten Person ausgehen - nicht vom Staatsanwalt, sondern von der beschuldigten Person. Bevor sie unterschreibt, wird sie das tun.
3. Die beschuldigte Person muss im Abspracheverfahren notwendigerweise verteidigt sein. Es darf kein Beschuldigter eine solche Absprache machen wollen, der keinen Verteidiger hat. Er muss einen Verteidiger haben, eben zum Schutze des Beschuldigten, damit er nicht leichtfertig irgendetwas unterschreibt.
4. Einen weiteren Schutz bietet die Voraussetzung, dass auch die Privatkülerschaft der Vereinbarung zustimmen muss. Wenn ein privater Klüger da ist, kann es ja sehr nachteilig sein, wenn dieser nicht unterschreibt und nicht dabei ist; es könnte sein, dass er leer ausgeht. Das ist vor allem deshalb wichtig, wenn er allenfalls zivile Ansprüche hat. Darum muss der Privatküler einer solchen Vereinbarung zustimmen. Wenn er nicht zustimmt, geht es nicht, dann geht es ins ordentliche Verfahren.

Wenn eine solche Vereinbarung gemacht worden ist, geht das Ganze vor das Gericht. Was kann hier gemacht werden? Das Gericht befindet frei darüber, ob die Durchführung des Verfahrens rechtmässig und angebracht ist, ob die Anklage mit dem Ergebnis der Hauptverhandlung und den Akten übereinstimmt und ob die beantragten Sanktionen angemessen sind. Das Gericht hat die Möglichkeit, das Ganze zurückzuweisen und das ordentliche Verfahren durchführen zu lassen. Also gesetzt den Fall, dass eine Person drei schwere Delikte begangen hat und nur eines ins Verfahren einbezogen worden ist und die anderen nicht, dann kann das Gericht sagen, das Ganze bzw. die geringe Strafe sei unverhältnismässig, das sei nicht in Ordnung; dann geht es zurück an die Staatsanwaltschaft.

Sie sehen, man hat relativ viele Sicherungen eingebaut. Der Ständerat hat dann das Erfordernis der Zustimmung durch die Privatkülerschaft gestrichen. Dies hat er deshalb getan, weil man gesagt hat, dass dies nie rechtmässig werde, wenn jetzt bei Wirtschaftsprozessen Privatküler seien, die im Zivilprozess stehen, und davon jeder einzelne zustimmen müsse und dann einer nicht zustimmt. Dieser Einwand ist richtig. Aber ich muss Ihnen auch sagen, dass der Privatküler durch eine solche Vereinbarung unter Umständen leer ausgeht, wenn Sie das streichen. Darum begrüsse ich es, dass Ihre Kommission zum Entwurf des Bundesrates zurückgekehrt ist. Aus diesem Grund ersuche ich Sie, der Mehrheit zu folgen, das abgekürzte Verfahren gemäss bundesrätlichem Entwurf anzunehmen. Ich ersuche Sie nicht deshalb, weil dies ein juristisch, von der Gerechtigkeit her, ganz vollkommenes Verfahren wäre, aber es ist ein Verfahren, das mit dem Beschleunigungsgebot Ernst macht, die Rechtsstaatlichkeit in der Hauptsache und auch die Rechtssicherheit gewährleistet.

Darum bitten wir Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Lassen Sie mich für einmal mit einem Zitat beginnen: "Fast jeder kennt es, fast jeder praktiziert es, nur keiner spricht darüber", schrieb ein anonymer Rechtsanwalt unter dem Pseudonym Detlef Deal aus Mauschelhausen in der Zeitschrift "Strafverteidiger" im Jahre 1982. Das Problem, dass hier Regelungsbedarf besteht, ist also seit Längerem bekannt. Ich denke, dass das Strafprozessrecht eine Klärung der Frage bringt, was im Strafverfahren an Absprachen erlaubt ist und was nicht. Es geht um das "plea bargaining", ein Institut aus dem angelsächsischen Recht, dem die Lehre in der Schweiz offenbar sehr kritisch gegenübersteht. Die Praxis wird sie davon überzeugen müssen, dass das Instrument tauglich ist.

Worum geht es? Das Strafverfahren kommt auf ganz normalem Weg zustande: Es findet eine Untersuchung statt, und bis die beschuldigte Person - und niemand anders - einen Antrag stellt, läuft alles nach den ganz normalen Verfahrensregeln der Untersuchung. Erst wenn die beschuldigte Person ein abgekürztes Verfahren beantragt, findet der Wechsel

AB 2007 N 1031 / BO 2007 N 1031

auf die Verfahrensschiene nach Artikel 365ff. statt. Spätester Zeitpunkt für einen Wechsel ist derjenige vor der Erstellung der Anklageschrift durch den Staatsanwalt nach den üblichen Regeln von Artikel 326ff. Die Anklageschrift für das abgekürzte Verfahren ist eine andere, eine abgekürzte.

Noch kurz zu den Bedenken, die geäussert worden sind; zuerst zu den Bedenken von Frau Thanei, mit Hinweis auf die abgelehnte Mediation: Im Gegensatz zur Mediation bleibt beim abgekürzten Verfahren der Strafanspruch des Staates erfüllt. Die Stellung der Staatsanwaltschaft - dies der zweite Einwand von Frau Thanei - wird in diesem Verfahren nicht geschwächt; die Staatsanwaltschaft kann entscheiden, ob sie ein abgekürztes Verfahren will oder nicht. Auch die Stellung des Angeschuldigten wird nicht geschwächt. Er allein kann entscheiden und den Antrag stellen, ob bzw. dass er dieses Verfahren will, und mit der notwendigen Verteidigung ist er geschützt.

Zum Einwand von Frau Hubmann: Gegen die Behauptung, dass der Grundsatz "ne bis in idem", also nicht zweimal für die gleiche Sache bestraft zu werden, nicht immer erfüllt wird, möchte ich einwenden, dass die beschuldigte Person selbst es in der Hand hat, den Sachverhalt offenzulegen, und dann riskiert sie nicht, in

einem späteren Verfahren zum zweiten Mal wegen der gleichen Tat bestraft zu werden.

Zu Herrn Stamm: Ich denke, wir müssen beim abgekürzten Verfahren klar unterscheiden, was Gegenstand der Absprache sein kann. Gegenstand der Absprache können letztlich nicht der Sachverhalt und die Untersuchung sein. Es findet eine Untersuchung statt, und die beschuldigte Person gesteht. Gegenstand der Absprache kann letztlich nur die bisher im Gesetz nicht vorgesehene Einigung über das Verfahrensergebnis als solches, also die Strafe und die Folgen des Prozesses, sein.

Die Kommission hat sich mit all diesen Fragen eingehend beschäftigt und auch Kenntnis genommen vom richterlichen Prüfprogramm nach Artikel 369, das als genügende Sicherheit erscheint. Wir haben über den Grundsatz, ob das abgekürzte Verfahren in die Strafprozessordnung aufzunehmen ist oder nicht, wie folgt abgestimmt: 11 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 48 Stimmen

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Frau Moret löst nun Herrn Pagan in der Berichterstattung ab.

Art. 370-400

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 401

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Suter

Abs. 1 Bst. b

b. Gerichte; ausgenommen sind Verfahrensentscheide, die dieses Gesetz der Verfahrensleitung zuordnet oder die das Gericht nach Eröffnung der Hauptverhandlung trifft;

Schriftliche Begründung

Artikel 401 Absatz 1 Buchstabe b der Vorlage sieht vor, dass gegen "Verfahrenshandlungen" des erstinstanzlichen Gerichts, nicht aber gegen "verfahrensleitende Entscheide" die Beschwerde zulässig ist. Die Abgrenzung ist äusserst unklar. Die vorgeschlagene Formulierung dient den in der Botschaft dargelegten Zielen (keine Unterbrechung der Hauptverhandlung) und schafft Klarheit, indem sie Begriffe verwendet, die im Gesetz eindeutig definiert sind.

Art. 401

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Suter

Al. 1 let. b

b. tribunaux de première instance, sauf contre les prononcés de nature procédurale qui, en vertu de la présente loi, incombent à la direction de la procédure ou contre les prononcés de nature procédurale rendus par le tribunal après l'ouverture des débats;

Blocher Christoph, Bundesrat: Der vorliegende Antrag Suter ist die Folgerung aus dem Antrag Suter zu Artikel 330, den Sie abgelehnt haben. Damit ist dieser Antrag erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Art. 402

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Die Beschwerde ist nicht zulässig, wenn die Berufung möglich ist.

Art. 402

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Leutenegger Oberholzer, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Le recours n'est pas recevable lorsque l'appel est recevable.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 403-408, 408bis, 409-411

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 412

Antrag der Kommission

Abs. 1-3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

.... einreichen oder persönlich vor Gericht auftreten.

Art. 412

Proposition de la commission

Al. 1-3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4

.... de celles-ci ou comparaître en personne à la barre.

Angenommen - Adopté

Art. 413-428

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

AB 2007 N 1032 / BO 2007 N 1032

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Frau Thanei löst hier Herrn Müller bei der Berichterstattung ab.

Art. 429

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Abs. 2 Bst. b

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 429

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Al. 2 let. b

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Streichung der Mediation ist bereits bei Artikel 317 beschlossen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 430-432

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 433

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Abs. 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 433

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Al. 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Art. 434

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Abs. 3

.... zurück oder erfolgt eine Einstellung infolge einer Mediation, so trägt

Art. 434

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Menétrey-Savary, Chappuis, Dormond Béguelin, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Moret, Vischer, Widmer)

Al. 3

.... du ministère public ou si un classement intervient suite à une médiation, la Confédération

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Streichung der Mediation ist bereits bei Artikel 317 beschlossen worden.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

Art. 435-453

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 453bis

Antrag der Kommission

Titel

Koordination von Artikel 304 Absatz 2 Buchstabe b StPO mit dem Opferhilfegesetz vom 23. März 2007

(neues OHG)

Text

Unabhängig davon, ob das neue Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 oder das vorliegende Gesetz (StPO) zuerst in Kraft tritt, wird mit Inkrafttreten des später in Kraft tretenden Gesetzes sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten Artikel 304 Absatz 2 Buchstabe b des vorliegenden Gesetzes wie folgt geändert:

Art. 304 Abs. 2

Die Polizei oder die Staatsanwaltschaft informieren bei gleicher Gelegenheit zudem über:

....

b. die finanziellen Leistungen nach dem Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 und die Frist zur Einreichung eines Gesuches.

Art. 453bis

Proposition de la commission

Titre

Coordination de l'article 304 alinéa 2 lettre b P-CPP avec la loi sur l'aide aux victimes d'infractions du 23 mars 2007 (nouvelle LAVI)

Texte

Quel que soit l'ordre dans lequel le présent code (CPP) et la nouvelle loi sur l'aide aux victimes d'infractions du 23 mars 2007 entrent en vigueur, à l'entrée en vigueur de la seconde de ces lois, ou à leur entrée en vigueur simultanée, l'article 304 alinéa 2 lettre b du présent code est modifié comme suit:

Art. 304 al. 2

La police ou le ministère public fournit par la même occasion des informations sur:

....

b. les prestations financières prévues par la loi fédérale du 23 mars 2007 sur l'aide aux victimes d'infractions et le délai à respecter pour déposer une demande de prestations.

Angenommen - Adopté

Art. 453ter

Antrag der Kommission

Titel

Koordination von Ziffer 9 des Anhangs mit dem Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 (neues OHG)

Text

Unabhängig davon, ob das neue Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 oder das vorliegende Gesetz (StPO) zuerst in Kraft tritt, wird mit Inkrafttreten des später in Kraft tretenden Gesetzes sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten Ziffer 9 des

AB 2007 N 1033 / BO 2007 N 1033

Anhangs des vorliegenden Gesetzes gegenstandslos, und das Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 wird gemäss Ziffer 9bis des Anhangs des vorliegenden Gesetzes geändert.

Art. 453ter

Proposition de la commission

Titre

Coordination du chiffre 9 de l'annexe avec la loi sur l'aide aux victimes d'infractions du 23 mars 2007 (nouvelle LAVI)

Texte

Quel que soit l'ordre dans lequel le présent code (CPP) et la nouvelle loi sur l'aide aux victimes d'infractions du 23 mars 2007 entrent en vigueur, à l'entrée en vigueur de la seconde de ces lois, ou à leur entrée en vigueur simultanée, le chiffre 9 de l'annexe du présent code devient caduc et la loi sur l'aide aux victimes d'infractions du 23 mars 2007 est modifiée conformément au chiffre 9bis de l'annexe du présent code.

Angenommen - Adopté

Art. 453quater

Antrag der Kommission

Titel

Koordination des Militärstrafprozesses vom 23. März 1979 (Anhang Ziff. 11) mit dem Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 (neues OHG)

Abs. 1

Unabhängig davon, ob das neue Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 oder das vorliegende Gesetz (StPO) zuerst in Kraft tritt, werden mit Inkrafttreten des später in Kraft tretenden Gesetzes sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten die Artikel 84a, 104 Absatz 3 und 118 Absatz 2 von Ziffer 11 des Anhangs des vorliegenden Gesetzes (Änderung des Militärstrafprozesses vom 23. März 1979) gegenstandslos.

Abs. 2

Die genannten Bestimmungen werden auf diesen Zeitpunkt hin wie folgt geändert:

Art. 84a Titel

Grundsatz

Art. 84a Abs. 1

Die Hilfe an Opfer von Straftaten, auch von solchen, die nach dem Militärstrafgesetz zu beurteilen sind, richtet sich nach dem Opferhilfegesetz vom 23. März 2007 (OHG), soweit nicht die besonderen Verfahrensbestimmungen dieses Gesetzes zur Anwendung kommen.

Art. 84a Abs. 2

Dieser Abschnitt findet auf Angehörige des Opfers im Sinne von Artikel 1 Absätze 1 und 2 OHG, denen zivilrechtliche Ansprüche gegenüber dem Täter oder der Täterin zustehen, sinngemäss Anwendung.

Art. 104 Abs. 3

Dem Opfer im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 OHG ist vor dem Abschluss der vorläufigen Beweisaufnahme Gelegenheit zu geben, die gerichtliche Beurteilung zu verlangen. Verlangt das Opfer die gerichtliche Beurteilung, so beantragt der Untersuchungsrichter die Anordnung der Voruntersuchung. Wird sein Antrag abgelehnt, so unterbreitet er die Akten dem Oberauditor zum Entscheid gemäss Artikel 101 Absatz 2.

Art. 118 Abs. 2

Ebenso können das Opfer oder seine Angehörigen im Sinne von Artikel 1 Absätze 1 und 2 OHG, soweit sie eigene Zivilansprüche gegenüber dem Täter oder der Täterin geltend machen, gegen die Einstellung des Verfahrens Rekurs erheben.

Art. 453quater

Proposition de la commission

Titre

Coordination de la procédure pénale militaire du 23 mars 1979 (annexe ch. 11) avec la loi sur l'aide aux victimes d'infractions du 23 mars 2007 (nouvelle LAVI)

Al. 1

Quel que soit l'ordre dans lequel le présent code (CPP) et la nouvelle loi sur l'aide aux victimes d'infractions du 23 mars 2007 entrent en vigueur, à l'entrée en vigueur de la seconde de ces lois, ou à leur entrée en vigueur simultanée, les articles 84a, 104 alinéa 3 et 118 alinéa 2 chiffre 11 de l'annexe du présent code (modification de la procédure pénale militaire du 23 mars 1979) deviennent caducs.

Al. 2

A cette date, les dispositions mentionnées ci-après sont modifiées comme suit:

Art. 84a titre

Principe

Art. 84a al. 1

L'aide aux victimes d'infractions, y compris de celles qui doivent être jugées selon le Code pénal militaire, est régie par la loi fédérale du 23 mars 2007 sur l'aide aux victimes d'infractions (LAVI), à moins que des dispositions particulières de procédure statuées par la présente loi ne soient applicables.

Art. 84a al. 2

La présente section s'applique par analogie aux proches des victimes au sens de l'article 1 alinéas 1 et 2 LAVI, dans la mesure où ces personnes peuvent faire valoir des prétentions civiles contre l'auteur de l'infraction.

Art. 104 al. 3

Avant la clôture de la procédure de l'enquête en complément de preuves, il y a lieu de donner à la victime au sens de l'article 1 alinéa 1 LAVI la possibilité de demander l'appréciation judiciaire des faits constatés. Si la victime use de cette faculté, le juge d'instruction requiert l'ouverture de l'enquête ordinaire. Si sa requête est rejetée, il soumet le dossier à l'auditeur en chef qui statue, conformément à l'article 101 alinéa 2.

Art. 118 al. 2

La victime et ses proches au sens de l'article 1 alinéas 1 et 2 LAVI peuvent également recourir contre l'ordonnance de non-lieu lorsqu'ils font valoir des prétentions civiles à l'encontre de l'auteur.

Angenommen - Adopté

Art. 454

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 455

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Studer Heiner

Abs. 2

.... zwischen kantonalen und eidgenössischen Behörden das Bundesstrafgericht.

(Rest des Absatzes streichen)

Schriftliche Begründung

Mit diesem Antrag wird die Streichung des letzten Satzes von Artikel 455 Absatz 2 vorgeschlagen. Der Satz lautet: "Der Entscheid ist nicht selbstständig anfechtbar."

Dieser zur Streichung beantragte Satz ist überflüssig, wenn nicht sogar irreführend: Nach der StPO gibt es kein Rechtsmittel gegen Entscheide der Beschwerdeinstanz (keine Beschwerde: vgl. Art. 40I; keine Berufung: vgl. Art. 406). Die Rechtsmittel an das Bundesgericht richten sich nicht nach der StPO, sondern allein nach dem Bundesgerichtsgesetz. Nach dessen Artikel 92 sind Zwischenentscheide betreffend Zuständigkeit unter hier nicht interessierenden weiteren Voraussetzungen mit Strafrechtsbeschwerde an das Bundesgericht weiterziehbar.

Art. 455

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

AB 2007 N 1034 / BO 2007 N 1034

Proposition Studer Heiner

Al. 2

.... par le Tribunal pénal fédéral.

(Biffer le reste de l'alinéa)

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir bitten Sie hier, den Antrag Studer Heiner gutzuheissen. Warum? Nach dem Konzept der Strafprozessordnung werden alle Fragen zum Verfahren vor dem Bundesgericht durch das Bundesgerichtsgesetz geregelt. Diesem Grundsatz widerspricht der von Herrn Studer zur Streichung beantragte Satz. Zwischen kantonalen und eidgenössischen Behörden entscheidet das Bundesstrafgericht. Der Rest soll gestrichen werden. Der Satz, den Herr Studer streichen will, lautet: "Der Entscheid ist nicht selbstständig anfechtbar." Es ist richtig, dass dieser Satz gestrichen wird, und deshalb bitten wir Sie, dem Antrag zuzustimmen. Die Regelung gemäss Entwurf führt tatsächlich zu Unklarheiten und damit auch zu Rechtsunsicherheiten, wenn man den Satz stehen lässt.

Thanei Anita (S, ZH), für die Kommission: Dieser Antrag lag natürlich in der Kommission nicht vor, aber Herr Studer hat Recht: Der Zusatz ist überflüssig. Ich bitte Sie deshalb - auch im Namen der Kommission -, den Antrag Studer Heiner gutzuheissen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Studer Heiner 158 Stimmen

(Einstimmigkeit)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 456-464

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts
Abrogation et modification du droit en vigueur

Ziff. I; II Ziff. 1-7

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I; II ch. 1-7

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 8

Antrag der Kommission

Art. 55a Abs. 1

Bei einfacher Körperverletzung (Art. 123 Ziff. 2 Abs. 3 bis 5), wiederholten Tätlichkeiten (Art. 126 Abs. 2 Bst. b, bbis und c), Drohung (Art. 180 Abs. 2) und Nötigung (Art. 181) können die Staatsanwaltschaft und die Gerichte das Verfahren sistieren, wenn:

Art. 55a Abs. 2-4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(= Art. 66ter Abs. 2-4)

Art. 102a; 336-338

Aufheben

Gliederungstitel vor Art. 339

Dritter Titel: Amtshilfe im Bereich der Polizei

Art. 339-348

Aufheben

Art. 349 Titel

1. Automatisiertes Fahndungssystem (Ripol)

Art. 350 Titel

2. Zusammenarbeit mit Interpol

a. Zuständigkeit

Art. 351 Titel

b. Aufgaben

Art. 352 Titel

c. Datenschutz

Art. 353 Titel

d. Finanzhilfen und Abgeltungen

Art. 354 Titel

3. Zusammenarbeit bei der Identifizierung von Personen

Art. 355 Titel

4. Informatisiertes Personennachweis-, Aktennachweis- und Verwaltungssystem im Bundesamt für Polizei

Art. 355a Titel

5. Zusammenarbeit mit Europol

a. Datenaustausch

Art. 355b Titel

b. Mandatserweiterung

Art. 356-361, 363

Aufheben

Antrag Studer Heiner

Art. 28a; 73 Abs. 3; 75 Abs. 2

Aufheben

Schriftliche Begründung

Die Bestimmung in Artikel 28a wird durch Artikel 169 ersetzt.

In Artikel 73 Absatz 3 StGB werden die Kantone verpflichtet, für das Verfahren nach Artikel 73 StGB ein rasches Verfahren vorzusehen. Soweit bekannt, hat dies bisher kein Kanton gemacht, und die Kantone wären unter dem Regime der StPO auch gar nicht mehr befugt, in dieser Materie zu legiferieren. Eine solche Bestimmung fehlt übrigens auch im E-StPO, wo sie jetzt eigentlich hingehörte. Deshalb ist Artikel 73 Absatz

3 StGB ersatzlos aufzuheben.

Die Bestimmung in Artikel 75 Absatz 2 zum vorzeitigen Strafantritt im StGB macht neben jener von Artikel 235 StPO keinen Sinn, zumal die Normen nicht wörtlich identisch sind. Die Bestimmung ist in der StPO am besten aufgehoben, sodass jene im StGB zu streichen bzw. aufzuheben ist. Dies postuliert übrigens auch ein Beitrag von Matthias Härrin in der "Allgemeinen Juristischen Praxis" (2006 S. 1217ff.).

Ch. II ch. 8

Proposition de la commission

Art. 55a al. 1

En cas de lésions corporelles simples (art. 123 ch. 2 al. 3 à 5), de voies de fait réitérées (art. 126 al. 2 let. b, bbis et c), de menace (art. 180 al. 2) ou de contrainte (art. 181), le ministère public et les tribunaux peuvent suspendre la procédure:

Art. 55a al. 2-4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

(= Art. 66ter al. 2-4)

Art. 102a; 336-338

Abroger

Titre précédent l'art. 339

Titre troisième: Entraide en matière de police

Art. 339-348

Abroger

Art. 349 titre

1. Système de recherche informatisé de police (RIPOL)

Art. 350 titre

2. Collaboration avec Interpol

a. Compétence

Art. 351 titre

b. Tâches

Art. 352 titre

c. Protection des données

Art. 353 titre

d. Aides financières et indemnités

AB 2007 N 1035 / BO 2007 N 1035

Art. 354 titre

3. Collaboration à des fins d'identification de personnes

Art. 355 titre

4. Système informatisé de gestion et d'indexation de dossiers et de personnes de l'Office fédéral de la police

Art. 355a titre

5. Coopération avec Europol

a. Echange de données

Art. 355b titre

b. Extension du mandat

Art. 356-361, 363

Abroger

Proposition Studer Heiner

Art. 28a; 73 al. 3; 75 al. 2

Abroger

Blocher Christoph, Bundesrat: Zuerst zum Antrag Studer, der Artikel 28a des Strafgesetzbuches mit Artikel 169 ersetzen möchte: Wir bitten Sie, diesen Antrag abzulehnen. Es trifft zwar zu, dass Artikel 169 der Strafprozessordnung Artikel 28a des Strafgesetzbuches übernimmt und Medienschaffenden ein Zeugnisverweigerungsrecht einräumt. Artikel 28a des Strafgesetzbuches bezieht sich aber nicht nur auf Strafverfahren. Diese Bestimmungen schützen die Medienschaffenden vielmehr auch in allen anderen Prozessen, wie z. B. im Zivilprozess, im Verwaltungsstrafverfahren, im Militärstrafverfahren. Wenn Artikel 28a des Strafgesetzbuches gestrichen wird, so ist dieser Schutz in allen Verfahren, die nicht durch die Strafprozessordnung geregelt werden, nicht mehr sichergestellt. Gegenüber der heutigen Rechtslage wäre das eine erhebliche materielle Änderung, die nicht gerechtfertigt ist. Das zum ersten Antrag Studer. Zum zweiten Antrag Studer: Ich möchte Sie bitten, auch diesen Antrag abzuweisen. Entgegen der Auffassung des Antragstellers - er will hier Artikel 73 Absatz 3 des Strafgesetzbuches aufheben - geht es bei den in diesem Artikel erwähnten Verfahren nicht um Strafverfahren, sondern um Verwaltungsverfahren. Das ist nicht dasselbe. Deshalb fällt die Gesetzgebungskompetenz der Kantone in diesem Bereich mit dem Erlass einer schweizerischen Strafprozessordnung nicht einfach dahin. Vielmehr bleiben sie zuständig. Es ist

deshalb richtig, wenn das Bundesrecht hier nur minimale Vorgaben über das Verfahren macht, dieses aber nicht selber regelt.

Sie sehen also: Es gibt einen Antrag, Artikel 28a und Artikel 73 Absatz 3 des Strafgesetzbuches aufzuheben; das würden wir ablehnen.

Hingegen sind wir bereit und glauben auch, dass es richtig ist, den dritten Antrag Studer gutzuheissen, nämlich Artikel 75 Absatz 2 aufzuheben. Warum?

Es trifft in der Tat zu, dass das Strafprozessrecht die Frage des vorzeitigen Strafantrittes in Artikel 235 umfassend regelt. Artikel 75 Absatz 2 des Strafgesetzbuches kann deshalb aufgehoben werden, wie das Herr Studer hier verlangt. Allerdings ist zu berücksichtigen - und das möchte ich hier erklären -, dass auch die Frage des vorzeitigen Antrittes von Massnahmen nicht nur in Artikel 235 der Strafprozessordnung, sondern auch in Artikel 58 Absatz 1 des Strafgesetzbuches geregelt ist. Richtigerweise müsste dann auch Artikel 58 Absatz 1 des Strafgesetzbuches aufgehoben werden, aber mit der Annahme des Antrages Studer schaffen Sie hier eine Differenz zum Ständerat. Dort werden wir die Begründung dann nachreichen, damit die Kommission nicht eine Sitzung abhalten muss.

Also, ich wiederhole: Entgegen dem ersten Antrag Studer kann Artikel 28a nicht gestrichen werden - dieser Antrag muss abgelehnt werden. Entgegen dem zweiten Antrag Studer kann Artikel 73 Absatz 3 nicht aufgehoben werden. Hingegen bitten wir Sie, den dritten Antrag Studer zu Artikel 75 Absatz 2 gutzuheissen, den Absatz zu streichen und eine Differenz zum Ständerat zu schaffen.

Art. 28a

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Bundesrat lehnt den Antrag Studer Heiner ab.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission 125 Stimmen

Für den Antrag Studer Heiner 34 Stimmen

Art. 73 Abs. 3 - Art. 73 al. 3

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Auch hier beantragt Ihnen der Bundesrat, den Antrag Studer Heiner abzulehnen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Kommission 109 Stimmen

Für den Antrag Studer Heiner 60 Stimmen

Art. 75 Abs. 2 - Art. 75 al. 2

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Bundesrat unterstützt den Antrag Studer Heiner.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag Studer Heiner 172 Stimmen

(Einstimmigkeit)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. II Ziff. 9

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 9

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 9bis

Antrag der Kommission

Titel

9bis. Opferhilfegesetz vom 23. März 2007

Art. 2 Bst. g

Aufheben

Art. 11 Abs. 1

Personen, die für eine Beratungsstelle arbeiten, haben über ihre Wahrnehmungen gegenüber Behörden und Privaten zu schweigen. Die Schweigepflicht gilt auch nach Beendigung dieser Mitarbeit. Vorbehalten bleiben die Zeugnispflichten nach der Strafprozessordnung vom (StPO).

Art. 34-44

Aufheben

Ch. II ch. 9bis

Proposition de la commission

Titre

9bis. Loi du 23 mars 2007 sur l'aide aux victimes d'infractions

Art. 2 let. g

Abroger

Art. 11 al. 1

Les personnes qui travaillent pour un centre de consultation doivent garder le secret sur leurs constatations à l'égard des autorités et des particuliers. Cette obligation subsiste après la cessation de cette activité. Les obligations de témoigner selon le Code de procédure pénale du (CPP) sont réservées.

Art. 34-44

Abroger

Angenommen - Adopté

AB 2007 N 1036 / BO 2007 N 1036

Ziff. II Ziff. 10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 10

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

mit Ausnahme von:

Art. 84a Abs. 2

.... von Artikel 2 Absätze 1 und 2 OHG

Art. 104 Abs. 3

Dem Opfer im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 OHG ist

Art. 118 Abs. 2

Ebenso können das Opfer oder seine Angehörigen im Sinne von Artikel 2 Absätze 1 und 2 OHG

Ch. II ch. 11

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

à l'exception de:

Art. 84a al. 2

.... de l'article 2 alinéas 1 et 2 LAVI, dans la mesure

Art. 104 al. 3

.... au sens de l'article 2 alinéa 1 LAVI la possibilité

Art. 118 al. 2

La victime et ses proches au sens de l'article 2 alinéas 1 et 2 LAVI

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 12-30

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 12-30

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Ziff. II Ziff. 31

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Moret, Baumann J. Alexander, Huber, Joder, Pagan)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 31

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Moret, Baumann J. Alexander, Huber, Joder, Pagan)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

Adopté selon la proposition de la minorité

Ziff. II Ziff. 32-35

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 32-35

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4478)

Für Annahme des Entwurfes 162 Stimmen

Dagegen 3 Stimmen

Abschreibung - Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen - Adopté

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ich danke den Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n, Herrn Müller, Frau Thanei, Herrn Pagan und Frau Moret, ganz herzlich. Sie haben grossartige Arbeit geleistet. Dank ihrer Hilfe und Struktur war es möglich, die Vorlage in dieser Zeit durchzuberaten. Vielen Dank!

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 20.06.2007 12:33:55

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Allemand	+	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	+	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	+	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	+	-	ZH
Beck	+	R	VD
Berberat	+	S	NE
Bernhardsgrütter	+	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	*	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	*	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis Ignazio	*	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chappuis	+	S	FR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	+	S	BE
Darbellay	*	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fassler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	*	S	SH
Fehr Jacqueline	*	S	ZH

Fehr Mario	+	S	ZH
Fluri	+	R	SO
Föhn	+	V	SZ
Freysinger	=	V	VS
Frösch	+	G	BE
Füglister	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	+	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	+	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	*	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher Edith	+	S	TG
Gross Andreas	+	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	+	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	*	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hämmerle	*	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	o	S	ZH
Huguenin	*	-	VD
Humbel Näf	+	C	AG
Hutter Jasmin	+	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	+	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	o	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE

Kleiner	+	R	AR
Kohler	+	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	+	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	o	G	GE
Leutenegger Filippo	+	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	o	S	BL
Levrat	=	S	FR
Loepfe	*	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kälin	+	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	o	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	o	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Mörgeli	*	V	ZH
Müller Geri	+	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	*	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	*	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	+	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	*	R	TI
Perrin	=	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	o	G	VD
Rennwald	+	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	*	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	+	C	TI

Rossini	+	S	VS
Roth-Bernasconi	o	S	GE
Ruey	*	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	o	S	VD
Schelbert Louis	+	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlürer	+	V	ZH
Schmid Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	+	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	*	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommeruga Carlo	o	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	+	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	+	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	o	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponez	+	R	BE
Tschümperlin Andy	+	S	SZ
Vanek	*	-	GE
Vaudroz René	+	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	+	G	ZH
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	*	S	BE
Zeller	+	R	SG
Zemp	+	C	AG
Zisayadis	*	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	26	8	34	38	5	49	2	162
nein / non / no	0	0	0	1	0	2	0	3
enth. / abst. / ast.	0	5	0	6	0	0	0	11
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	2	1	5	7	0	4	4	23
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

Bedeutung Ja / Signification de oui:

Bedeutung Nein / Signification de non:

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 19.09.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 20.09.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 25.09.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Differenzen - Divergences)
Nationalrat/Conseil national 02.10.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)
Nationalrat/Conseil national 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBI 2007 6977)
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2007 6583)

**1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse**

Art. 38 Abs. 1, 3; 39 Abs. 2; 40 Abs. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 38 al. 1, 3; 39 al. 2; 40 al. 1
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Wir feiern in der nächsten Session hier in der Bundesversammlung 100 Jahre Zivilgesetzbuch. Das heisst 100 Jahre Vereinheitlichung des Zivilrechtes in der Schweiz. Heute, 100 Jahre nach der Vereinheitlichung des Zivilrechtes, sind wir dem Ziel nahe, eine der letzten grossen Gesamtkodifikationen der Schweiz abzuschliessen, nämlich die Vereinheitlichung des Strafverfahrensrechtes. Das Projekt "Aus 29 mach 1 StPO" - wobei "aus 29" bedeutet: aus 26 kantonalen Strafprozessordnungen und 3 des Bundes - wird wohl in dieser Session verabschiedet werden können. Ihre Kommission für Rechtsfragen hat sich bei den meisten Bestimmungen dem Nationalrat angeschlossen, wobei wir in zwei Bereichen einen Minderheitsantrag haben. Es sind nur wenige Gesetzesartikel, bei denen eine Differenz zum Nationalrat besteht. Nun zu Artikel 38 Absätze 1 und 3, Artikel 39 Absatz 2 und Artikel 40 Absatz 1: Die erste Differenz haben wir beim Gerichtsstandsverfahren, und zwar hinsichtlich des Verfahrens bei kantonsinternen Gerichtsstandskonflikten und bei der Anfechtung des Gerichtsstandes durch die Parteien. Es geht um

Folgendes: Die Kantone haben nach Artikel 14 Absatz 3 die Möglichkeit, Ober- oder Generalstaatsanwaltschaften vorzusehen. Das heisst, sie können ihre Staatsanwaltschaft hierarchisch organisieren. Sofern die Kantone also eine Ober- oder Generalstaatsanwaltschaft einsetzen, soll diese entscheiden, falls es zu innerkantonalen Gerichtsstandskonflikten kommt. Die Beschwerdeinstanz soll nur dann entscheiden, wenn ein Kanton keine Ober- oder Generalstaatsanwaltschaft vorsieht. Daher haben wir die Änderung in Artikel 38 Absatz 1 und als Folge davon die Änderungen in Artikel 38 Absatz 3, Artikel 39 Absatz 2 und Artikel 40 Absatz 1.

Die Kommission beantragt Ihnen, sich bei all diesen Bestimmungen dem Nationalrat anzuschliessen.

AB 2007 S 716 / BO 2007 E 716

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich habe der Begründung des Kommissionspräsidenten nichts beizufügen. Wir schliessen uns ihm an.

Angenommen - Adopté

Art. 54 Bst. b, c, dbis, e

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 54 let. b, c, dbis, e

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Die Änderung des Nationalrates betrifft nur den französischen Text.

Angenommen - Adopté

Art. 65

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Richtigerweise muss es hier nicht "Amtssprache", sondern "Verfahrenssprache" heissen, denn die Amtssprachen werden in den kantonalen Verfassungen bzw. in Artikel 70 der Bundesverfassung festgelegt.

Angenommen - Adopté

Art. 77 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 77 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Die vom Nationalrat vorgenommene Änderung entspricht der Formulierung in der Schweizerischen Zivilprozessordnung.

Angenommen - Adopté

Art. 92 Abs. 1

Antrag der Kommission
Festhalten

Art. 92 al. 1

Proposition de la commission
Maintenir

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 92 Absatz 1 geht es um die Wiederherstellung der Frist. In der Version des Bundesrates und des Nationalrates kann ich Wiederherstellung der Frist verlangen, wenn ich glaubhaft mache, dass mich an der Säumnis kein oder nur ein leichtes Verschulden trifft.

Unser Rat ist seinerzeit dem Antrag der Kommission für Rechtsfragen gefolgt: Er hat den Zusatz "oder nur ein leichtes Verschulden" gestrichen. Die Praktiker, also die Strafbehörden, haben uns darauf aufmerksam gemacht, sie hätten mit der Formulierung des Bundesrates Mühe, weil ein "leichtes Verschulden" dann ohne Weiteres behauptet werden könnte. Sie möchten klare Verhältnisse. Man sollte nicht irgendwelchen Säumigen mit angeblich nur leichtem Verschulden Tür und Tor öffnen.

Die Kommission beantragt Ihnen daher mehrheitlich, am Beschluss des Ständerates festzuhalten.

Blocher Christoph, Bundesrat: Der Nationalrat ist hier dem Bundesrat gefolgt, während Ihr Rat und nun erneut Ihre Kommission die Wiederherstellung einer verpassten Frist nur dann zulassen wollen, wenn kein Verschulden der Partei vorliegt. Wir haben gegen die Fassung Ihres Rates nicht opponiert, denn in der Praxis dürften die beiden Fassungen zu keinen Unterschieden führen. Für die Fassung Ihres Rates spricht jedoch, dass auch eine neue Beurteilung nach einem Abwesenheitsurteil - das ist in Artikel 375 Absatz 3 geregelt - nur dann möglich ist, wenn kein Verschulden vorliegt; liegt hingegen ein leichtes Verschulden vor, so ist eine neue Beurteilung ausgeschlossen. Die Fassung Ihres Rates würde somit Kongruenz zwischen zwei vergleichbaren Situationen schaffen.

Ich möchte den Entscheid hier nicht gewichten, weil wir ursprünglich eine andere Lösung vorgeschlagen haben, aber ich sehe die Gründe, warum man Ihrer Auffassung eigentlich den Vorzug geben sollte.

Angenommen - Adopté

Art. 128 Bst. c

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 128 let. c

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat hat bei Buchstabe c die Alterslimite gestrichen. Der Bundesrat unterstützt diese Änderung und erklärt, der Hinweis auf das Alter sei überflüssig, man habe bei der ursprünglichen Formulierung nicht daran gedacht, dass das Erwachsenenstrafrecht immer erst ab 18 Jahren gelte.

Angenommen - Adopté

Art. 137 Abs. 3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 137 al. 3

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat hat eine überflüssige Bestimmung gestrichen. Dass Beweismittel, die untauglich oder unerreichbar erscheinen, nicht einzusetzen sind, ergibt sich bereits aus

Absatz 1, wonach alle "geeigneten" Beweismittel eingesetzt werden.

Angenommen - Adopté

Art. 144

Antrag der Kommission

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 4

Festhalten

Art. 144

Proposition de la commission

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 4

Maintenir

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Entwurf des Bundesrates, dem der Ständerat zugestimmt hat, sieht in Artikel 144 Absatz 3 vor, dass eine Wiederholung der Beweisabnahme nur dann verlangt werden kann, wenn weder die Partei noch der Rechtsbeistand anwesend war. Diese Bestimmung berücksichtigt nicht, dass eine Partei in aller Regel gerade einen Rechtsbeistand bestellt, damit dieser dann bei den entscheidenden Handlungen im Verfahren anwesend ist. Deshalb muss die Regelung so lauten, dass

AB 2007 S 717 / BO 2007 E 717

dann keine Wiederholung verlangt werden kann, wenn nur die Partei abwesend war, ihr Rechtsbeistand aber der Beweisabnahme beiwohnen konnte. Die Beweisabnahme muss aber auf Verlangen wiederholt werden, wenn zwar die Partei anwesend war, ihr Rechtsbeistand aber aus zwingenden Gründen nicht teilnehmen konnte.

Bei Absatz 4 beantragen wir Ihnen, an der bundesrätlichen bzw. ständerätlichen Fassung festzuhalten. Es handelt sich in diesem Absatz um ein Beweisverwertungsverbot. Dieses greift dann, wenn eine Verletzung des Anwesenheitsrechtes vorliegt. Es ist darauf hinzuweisen, dass das Zusammenspiel der Absätze 3 und 4 zu beachten ist. In Absatz 3 werden die Fälle der Verhinderung geregelt. Absatz 4 regelt die Fälle, in denen das Recht auf Anwesenheit verletzt wurde, sei es, dass im Fall einer Verhinderung keine Wiederholung durchgeführt wurde, obwohl die Voraussetzungen für eine solche nach Absatz 3 gegeben gewesen wären, oder sei es, dass das Recht auf eine Teilnahme verweigert wurde, indem die Partei fälschlicherweise ausgeschlossen wurde und von der Beweisaufnahme überhaupt nichts wusste.

Blocher Christoph, Bundesrat: Auch wir sind der Auffassung, dass die Fassung von Artikel 144 Absatz 3 gemäss dem Beschluss des Nationalrates und dem Antrag Ihrer Kommission diesem Anliegen gerechter werden kann. Wir schliessen uns dem an.

Bei Absatz 4 geht es um eine wesentliche Frage. Gemäss Fassung des Nationalrates werden Beweise sehr oft einfach nicht mehr zugelassen.

Darum ersuche ich Sie, der Fassung des bundesrätlichen Entwurfes zu folgen und dem Antrag Ihrer Kommission zuzustimmen.

Angenommen - Adopté

Art. 146 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 146 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Gemäss dieser Bestimmung kann die Verfahrensleitung einer zu schützenden Person gestatten, sich von einem Rechtsbeistand begleiten zu lassen.

Der Nationalrat hat den Kreis der möglichen Begleitpersonen erweitert. Die zu schützende Person kann sich also nicht nur von einem Rechtsbeistand, sondern auch von einer Vertrauensperson begleiten lassen. Diese Regelung entspricht der Bestimmung von Artikel 149 Absatz 2 StPO, wo es bei den allgemeinen Massnahmen zum Schutz von Opfern auch heisst: "Das Opfer kann sich bei allen Verfahrenshandlungen ausser von seinem Rechtsbeistand von einer Vertrauensperson begleiten lassen."

Es ist aber darauf hinzuweisen, dass die Vertrauensperson keinerlei Verfahrensrechte erhält. Es geht lediglich um die psychische Unterstützung der zu schützenden Person, indem dieser z. B. das Aussagen leichter fällt, wenn sie von einer Vertrauensperson begleitet wird.

Angenommen - Adopté

Art. 156 Abs. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 156 al. 2, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 156 Absätze 2 und 3 geht es um die polizeilichen Einvernahmen im Ermittlungsverfahren mit dem Stichwort "Anwalt der ersten Stunde".

Der Nationalrat hat nur die Reihenfolge von Absatz 2 und Absatz 3 geändert. Zuerst werden so die Rechte der beschuldigten Personen festgehalten, nämlich in Absatz 1 das Anwesenheitsrecht der Verteidigung und in Absatz 2 das Recht des freien Verkehrs mit der Verteidigung. In Absatz 3 wird dann festgelegt, dass die Geltendmachung dieser Rechte keinen Anspruch auf Verschiebung der Einvernahmen zur Folge hat.

Damit wird klar, dass auch das Recht auf freien Verkehr mit der Verteidigung keinen Verschiebungsanspruch begründet.

Angenommen - Adopté

Art. 165 Abs. 3, 4 Bst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 165 al. 3, 4 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 165 Absatz 3 geht es um das Zeugnisverweigerungsrecht nach Beendigung eines Pflegeverhältnisses. Mit der Formulierung des Nationalrates soll das Zeugnisverweigerungsrecht auch nach Beendigung eines Pflegeverhältnisses fortbestehen. Es geht um eine Einschränkung des fortdauernden Zeugnisverweigerungsrechtes im Fall der Familienpflege. Nur dieser Fall steht auf der gleichen Stufe wie die übrigen Fälle des fortdauernden Zeugnisverweigerungsrechtes. Die Familienpflege ist jedoch nicht auf Gesetzesstufe, sondern nur in einer Verordnung geregelt oder differenziert, nämlich in der Verordnung vom 19. Oktober 1977 über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption. Deshalb wird hier etwas langatmig die Verordnung zitiert. Vielleicht findet die Redaktionskommission noch eine bessere Formulierung.

Materiell ist die Fassung des Nationalrates richtig, deshalb schliesst sich Ihre Kommission ihr an.

Bei Artikel 165 Absatz 4 Buchstabe b haben wir uns auf Empfehlung des Bundesrates dem Nationalrat angeschlossen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir haben uns dieser Fassung bereits im Nationalrat angeschlossen. Es ist für besondere Verhältnisse tatsächlich eine Lücke entstanden: für das Pflegeverhältnis, für das wir eine bessere Regelung brauchen. Was die Formulierung anbelangt, muss ich Ihnen Recht geben: Man könnte diesen Absatz vielleicht sprachlich noch etwas besser fassen. Wir nehmen also auch diesen Wunsch auf und werden in diesem Sinne mit der Redaktionskommission zusammenarbeiten.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Wir haben Artikel 165 Absatz 3 im Sinne des Nationalrates beschlossen - mit der Bitte an die Redaktionskommission um eine bessere Formulierung.

Angenommen - Adopté

Art. 169 Abs. 2 Bst. b Ziff. 3

Antrag der Kommission

3. 260ter, 260quinquies, 305bis

Art. 169 al. 2 let. b ch. 3

Proposition de la commission

3. 260ter, 260quinquies, 305bis

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hier war Artikel 260quinquies StGB, in dem es um die Finanzierung des Terrorismus geht, nicht in den Katalog von Absatz 2b aufgenommen worden. Dies war, wie uns der Bundesrat erklärte, ein Versehen. Im Übrigen ist in der Parallelnorm, also in Artikel 28a StGB, in dem der Quellenschutz von

AB 2007 S 718 / BO 2007 E 718

Medienschaffenden geregelt wird, der Katalog der Straftaten, bei denen ein Medienschaffender die Aussage nicht verweigern darf, um diesen Artikel 260quinquies StGB erweitert worden.

Wir wollen eine materielle Differenz zwischen den beiden Bestimmungen verhindern.

Angenommen - Adopté

Art. 181

Antrag der Kommission

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 3bis

Sie kann bei Laboruntersuchungen davon absehen, namentlich wenn es um die Bestimmung der Blutalkoholkonzentration oder des Reinheitsgrades von Stoffen, den Nachweis von Betäubungsmitteln im Blut oder die Erstellung eines DNA-Profiles geht.

Art. 181

Proposition de la commission

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 3bis

En cas d'analyses de laboratoire, elle peut y renoncer, s'il s'agit notamment de déterminer le taux d'alcoolémie dans le sang ou le degré de pureté de certaines substances, ou encore d'établir un profil d'ADN ou la preuve de la présence de stupéfiants dans le sang.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat hat hier bewusst eine Differenz geschaffen, damit der Ständerat die Fassung des Bundesrates verbessern könne. Es wurde befürchtet, dass der Ausschluss des rechtlichen Gehörs zu wenig differenziert festgelegt sei.

Mit der Formulierung in Absatz 3 gemäss Beschluss des Nationalrates soll unter Einfügung eines Absatzes 3bis nun klargestellt werden, dass den Parteien in offensichtlichen Routinefällen das rechtliche Gehör nicht gewährt werden muss. Wir haben hier nun eine konkrete Umschreibung der wichtigen Fälle, in denen vom rechtlichen Gehör abgesehen werden kann. Jedoch wird das Wort "namentlich" eingefügt, womit klargestellt wird, dass der Katalog nicht abschliessenden Charakter hat. So kann in ähnlich gelagerten Fällen ebenfalls ohne vorgängige Gewährung des rechtlichen Gehörs vorgegangen werden.

Blocher Christoph, Bundesrat: Das Problem dieses Artikels ist Folgendes: Der Bundesrat wollte, dass bei Routinegutachten das rechtliche Gehör nicht gewährt werden muss, weil in diesen Fällen entweder der Gutachter oder die Fragen vorgegeben sind. Denken Sie an die Bestimmung der Blutalkoholkonzentration. Hier ist die Fragestellung klar: Welchen Blutalkoholgehalt wies die Person X zum Zeitpunkt Y auf? Aufgrund von Verträgen der Kantone mit rechtsmedizinischen Instituten ist hier in aller Regel auch vorgegeben, dass

nur das rechtsmedizinische Institut diese Untersuchung vornehmen kann. Hier ergibt es offensichtlich keinen Sinn, wenn die Parteien zur Fragestellung oder zum Gutachten Stellung nehmen können. Im Nationalrat wurde nun aber befürchtet, Artikel 181 Absatz 3 gelte beispielsweise auch bei verkehrspsychologischen Gutachten. Hier ist aber zunächst zu sagen, dass diese Gutachten nicht im Straf-, sondern im Verwaltungsverfahren angeordnet werden. Dennoch lässt sich dies aber noch deutlicher formulieren, um klarzustellen, dass die Parteien nur insoweit keine Stellung nehmen können, als entweder der Gutachter oder die Fragen bestimmt sind. Diesem Zweck dient der neue Absatz 3bis, den Ihre Kommission eingefügt hat. Diesen Antrag können wir voll unterstützen.

Angenommen - Adopté

Art. 183 Abs. 2, 3

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Berset, Amgwerd Madeleine, Bonhôte)

Festhalten

(Siehe auch Art. 221)

Art. 183 al. 2, 3

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Berset, Amgwerd Madeleine, Bonhôte)

Maintenir

(Voir aussi art. 221)

Art. 221

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Berset, Amgwerd Madeleine, Bonhôte)

Festhalten

(Siehe auch Art. 183)

Art. 221

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Berset, Amgwerd Madeleine, Bonhôte)

Maintenir

(Voir aussi art. 183)

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Wir behandeln Artikel 183 und Artikel 221 gemeinsam.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Das ist richtig, diese beiden Artikel haben einen Zusammenhang. Deshalb ist es gut, sie gemeinsam zu behandeln. Wir haben hier jeweils einen Minderheitsantrag. In Artikel 221 geht es um Rechtsmittel. Unser Rat hatte in Abweichung zum Entwurf des Bundesrates beschlossen, dass alle Entscheide des Zwangsmassnahmengerichtes betreffend Haft mit einer Beschwerde angefochten werden können. Dies hat zu Interventionen von Gerichten und kantonalen Strafverfolgungsbehörden geführt. Der Nationalrat ist, wie auch seinerzeit die Mehrheit unserer Kommission für Rechtsfragen, dem Bundesrat gefolgt; sie haben damit beschlossen, dass Haftentscheide des Zwangsmassnahmengerichtes grundsätzlich nicht anfechtbar sind, es sei denn, die Haft habe drei Monate gedauert. Das ist also der Beschluss des Nationalrates.

In Ihrer Kommission hat sich der Bundesrat für seine ursprüngliche Formulierung eingesetzt, unter anderem auch mit dem Hinweis, die Regelung entspreche den Bestimmungen in gewissen Kantonen und habe sich bewährt. Sie verhindere eine übermässige Belastung der Beschwerdeinstanz. Wenn jeder Entscheid über Haft angefochten werden könne, würde dies die Beschwerdeinstanz wesentlich stärker belasten. Es würde

auch ein prozessualer Leerlauf resultieren, denn häufig sei die Haft bereits beendet, wenn die Sache von der Beschwerdeinstanz zu entscheiden sei. Im Übrigen belaste die Ausdehnung der Anfechtungsmöglichkeit auf die Staatsanwaltschaften den Gerichtsbetrieb stärker. Gerade das wolle man aber mit der neuen Strafprozessordnung verhindern, weshalb von allem Anfang an ein Zwangsmassnahmengericht eingeschaltet sei.

Unsere Kommission hat sich dann mit 6 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Nationalrat und dem Bundesrat angeschlossen. Wir haben hierzu den Minderheitsantrag Berset.

AB 2007 S 719 / BO 2007 E 719

Bonhôte Pierre (S, NE): Effectivement, en l'absence du premier cosignataire de la proposition de la minorité, je la défendrai brièvement, pour vous inviter à en rester à la position que nous avons arrêtée lors du précédent examen de cet objet et que la commission vous proposait à l'époque.

Les deux visions sont complètement différentes. D'une part, le Conseil national et le Conseil fédéral proposent que la mise en détention provisoire ou pour des motifs de sûreté ne puisse pas faire l'objet de recours auprès du tribunal des mesures de contrainte, alors que la minorité Berset vous propose que ce soit le cas.

La mise en détention provisoire ou pour des mesures de sûreté jusqu'à une durée de trois mois est une mesure de contrainte qui a un impact considérable sur la liberté individuelle et qui, à notre sens, doit pouvoir faire l'objet d'un recours auprès du tribunal des mesures de contrainte. Il peut sinon exister une tentation de recourir de manière exagérée à la mise en détention provisoire, à sa prolongation ou à la mise en détention pour des motifs de sûreté. Cela a été évoqué récemment dans le cas du canton de Genève. Il apparaît donc que pour un bon équilibre du droit des parties, dans le cadre d'un code de procédure pénale où le ministère public prend un poids considérable, il est important que les personnes prévenues puissent disposer de voies de recours dans le cas de mesures de contrainte qui ont tout de même une ampleur assez considérable. Je vous inviterai donc à en rester à la version que nous avons choisie et à adopter la proposition de la minorité Berset.

David Eugen (C, SG): In Artikel 221 in der Fassung des Bundesrates steht, dass die Entscheide nicht anfechtbar seien. Dabei muss man aber wissen, dass die Entscheide natürlich mit der Verfassungsbeschwerde ans Bundesgericht trotzdem anfechtbar sind; das ist heute schon so. Die Beschwerden, die dort laufen, stützen sich auf die Verletzung der Artikel 5 und 6 EMRK und von Artikel 10 der Bundesverfassung. Ich bin vom Bundesgericht darauf aufmerksam gemacht worden, dass sich diese Haftbeschwerden ans Bundesgericht häufen, das Bundesgericht praktisch zur Haftbeschwerdeinstanz wird und dass diese Situation unserer Zielsetzung, die wir beim Bundesgerichtsgesetz haben und wonach ans Bundesgericht nur die wesentlichen Fälle gelangen sollen, stark widerspricht.

Wenn wir diese Regelung, die aufgrund kantonalen Rechtes natürlich schon heute so existiert, bestehen lassen, können wir mit Sicherheit damit rechnen, dass das Bundesgericht in ausgeprägtem Masse zum Haftgericht wird. Warum? Weil die Haftgründe, die wir ja in Artikel 220 haben, Tatbestandselemente enthalten, die sehr unbestimmt sind: dringender Tatverdacht - das ist ein sehr unbestimmter Begriff -, Fluchtgefahr, Kollisionsgefahr, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Das sind alles Tatbestandselemente, die eine ausgedehnte Sachverhaltsabklärung notwendig machen. Der Richter muss also ganz genau wissen, was der Sachverhalt ist, bevor er darüber entscheiden kann. Heute ist die Situation auch so, dass das Bundesgericht diese Haftbeschwerden in zahlreichen Fällen an den Haftrichter zurückschicken muss, weil die Sachverhaltselemente für eine Prüfung der Haftgründe vor Bundesgericht eben nicht hinreichend abgeklärt sind oder im Urteil des erstinstanzlichen Haftrichters nicht hinreichend zum Ausdruck kommen. Wenn dies von einer kantonalen Kontrollinstanz gemacht würde, dann würde das Bundesgericht eindeutig entlastet und diese meiner Meinung nach falsche Entwicklung korrigiert. Es wäre deshalb viel klüger, wenn diese Fragen durch kantonale Gerichte oder Haftoberinstanzen geprüft werden könnten; das würde das Verfahren entlasten und nicht belasten. Aufgrund der Informationen, die ich erhalten habe, sind die Argumente, die angeführt worden sind - es habe sich bewährt, wurde gesagt, und es würde die Justiz nicht belasten -, in diesem Sinne nicht schlüssig. Es wäre klüger, wenn wir den Filter für diese Haftkontrollen auf der unteren, also kantonalen Ebene ansetzen würden, als dass wir damit das Bundesgericht belasten. Ich erinnere daran, dass wir bei den Rechtshilfeentscheiden ähnliche Entwicklungen sehen und dass bei Haftfällen wirklich die Gefahr besteht, dass das Bundesgericht mit Beschwerden überflutet wird. In diesem Sinne, denke ich, ist der Entscheid, den wir letztes Mal gefällt haben und an dem die Minderheit festhalten will, richtig. Bei den rechtsstaatlichen Überlegungen kann man unterschiedliche Meinungen haben, aber unter dem Gesichtspunkt der Effizienz der Justiz ist der letztmals gefällte Entscheid richtig. Ich empfehle Ihnen daher, der Minderheit zu folgen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir ersuchen Sie hier, der Mehrheit Ihrer Kommission und damit dem Entwurf

des Bundesrates zu folgen. Ich werde auf die Frage von Herrn David am Schluss noch eingehen. Jetzt zur Frage der Konzeption: Ursprünglich hat Ihr Rat beschlossen, dass alle Entscheide des Zwangsmassnahmengerichtes betreffend Haft mit Beschwerde angefochten werden können. Der Nationalrat ist aber dem Entwurf des Bundesrates gefolgt und hat damit beschlossen, dass Haftentscheide des Zwangsmassnahmengerichtes grundsätzlich nicht anfechtbar sind, es sei denn, die Haft habe drei Monate gedauert. Die Beschränkung der Anfechtbarkeit hat folgende Gründe: Die Anordnung von Haft erfolgt neu immer durch ein Gericht. Es bedarf somit keines Gesuches der beschuldigten Person, damit sich eine richterliche Instanz mit der Frage befasst, ob die Haft gerechtfertigt sei, denn diese kann ohnehin nur ein Gericht verhängen. Also muss eine betroffene Person nicht noch ein Gesuch für eine gerichtliche Beurteilung stellen.

Diese Regelung entspricht dem System in gewissen Kantonen und hat sich dort bewährt. Wir stützen uns also auf eine bewährte Regelung ab. Die Regelung verhindert eine übermässige Belastung der Beschwerdeinstanz. Denn wenn jeder Entscheid über Haft angefochten werden könnte, würde dies die Beschwerdeinstanz zu einem wesentlich stärkeren Teil belasten. Darüber hinaus dürfte auch ein prozessualer Leerlauf resultieren, denn häufig wird die Haft wegen ihrer kurzen Dauer bereits beendet sein, wenn die Sache bei der Beschwerdeinstanz dann entschieden wird. Darum bitten wir Sie, auch dem Konzept des Entwurfes des Bundesrates zuzustimmen, so, wie das Ihre Kommission vorschlägt. Wir bitten Sie ferner, die Minderheitsanträge - das gilt dann auch für Artikel 183 - abzulehnen.

Zum Einwand von Herrn David wegen der Anfechtbarkeit: Anzuführen ist, das ist richtig, dass der Weg an das Bundesgericht nach der heutigen Regelung auch so möglich sein soll, ausser man würde darauf verzichten, und das ist noch eine Möglichkeit. Dabei wird die Kognition des Bundesgerichtes aber nur auf die Verletzung verfassungsmässiger Rechte beschränkt sein, es ist also eine sehr beschränkte Anrufmöglichkeit.

Die Ermöglichung des Weges nach Lausanne bedarf noch der Feinabstimmung im Bundesgerichtsgesetz. Wir beabsichtigen, die notwendigen Änderungen im Rahmen der Regelung der Behördenorganisation des Bundes vorzunehmen. Wir sind jetzt ja daran, wir kommen mit diesem Gesetz und möchten, wenn Bundesrat und Parlament so zustimmen, rasch vorangehen, sodass es bereits auf 2009 in Kraft gesetzt werden könnte. Wir kommen also mit dem Gesetz über die Behördenorganisation des Bundes. Dort gibt es zwei Dinge: Wir können einerseits das verfeinern, damit eben die Gefahr nicht besteht, dass jeder Entscheid ans Bundesgericht weitergezogen wird, und führen andererseits diese Konzentration, diese Beschränkung der Kognition des Bundesgerichtes auf die Verletzung verfassungsmässiger Rechte dort noch aus. Man könnte aber auch ganz darauf verzichten - Sie haben ja dann dieses Gesetz in der Beratung.

Die Fassung der Minderheit verhindert nicht, dass man nachher, nach den Entscheiden, vor das Bundesgericht gehen kann. Sie haben dann also das gleiche Problem. Es ist höchstens so, dass man sagt: Wenn man kantonal schon alle Entscheide anfechten kann, gibt es vielleicht weniger Fälle. Das ist eine Möglichkeit.

AB 2007 S 720 / BO 2007 E 720

Wir bitten Sie, an unserer Fassung festzuhalten, so, wie das die Mehrheit der Kommission getan hat, und diese Problematik dann bei der Regelung der Behördenorganisation zu behandeln. Es steht Ihnen dann frei, welche Möglichkeit Sie wählen. Aber der Minderheitsantrag löst dieses Problem nicht; es kann höchstens sein, dass er die Masse etwas einschränkt.

Wir bitten Sie, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 20 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 10 Stimmen

Art. 211

Antrag der Mehrheit

Festhalten

Antrag der Minderheit

(Bonhôte, Berset)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 211

Proposition de la majorité

Maintenir

Proposition de la minorité

(Bonhôte, Berset)

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt Ihnen mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, am Beschluss des Ständerates festzuhalten und diese Bestimmung betreffend die Fesselung zu streichen. Unsere Kommission und in der Folge auch der Ständerat haben diesen Artikel aufgrund von Eingaben des Bundesstrafgerichtes und des Polizeibeamtenverbandes gestrichen.

Das Bundesstrafgericht führte aus, es sei eine unnötige Detaillierung, die in ihrer Ausformulierung praxisfern sei und allenfalls in ein Polizeigesetz gehöre. Der Polizeibeamtenverband seinerseits hat in einem zweiten Schreiben gegenüber der Kommission Folgendes festgehalten: "Die Fesselung mit Handschellen in einem Gesetz reglementieren zu wollen, wo Formmängel so stark verankert sind, wird eine grosse Anzahl von Beschwerden hervorrufen und die Strafbehörden damit unnötig überlasten." Dieser Artikel enthalte im Übrigen keinen Hinweis auf die Sicherheitsbestimmungen, die das systematische Tragen von Handschellen beim Transport zwingend vorschreiben. Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Frage der Fesselung eine rein sicherheitspolizeiliche Angelegenheit sei. Wann eine Person gefesselt werden müsse, hänge von der jeweiligen Situation vor Ort ab, welche sich immer wieder verschieden darstelle. Vielfach sei es eine Frage der Sicherheit der Beteiligten und nicht des Festnahmegrundes. Bis heute habe sich die Problematik denn auch befriedigend im Rahmen des allgemeinen polizeilichen Handelns mit dem Verhältnismässigkeitsprinzip lösen lassen.

Auch von der Wissenschaft wurde es begrüsst, wenn hier auf zu detaillierte Regelungen verzichtet wird. Der allgemeine Grundsatz der Verhältnismässigkeit reiche als Massstab für die Polizeiarbeit aus und das Gesetz solle nicht alle Einzelheiten regeln. Der Zürcher Professor Niklaus Schmid erklärte vor Kurzem in der Zeitschrift "AJP": "Im lobenswerten Bestreben, die StPO vom Ballast zu befreien, hat der Ständerat gewisse Vorschriften ersatzlos gestrichen", und er erwähnt dann Artikel 211 betreffend die Fesselung. Namens der Mehrheit der Kommission bitte ich Sie, am Beschluss des Ständerates festzuhalten.

Bonhôte Pierre (S, NE): Comme l'a expliqué le président de la commission à l'instant, la question qui divise les deux chambres est de savoir où se situe la limite entre le Code de procédure pénale et les lois cantonales sur la police. Je reste d'avis que l'usage de la contrainte doit être autant que possible réglé dans le Code de procédure pénale. Nous avons admis de réglementer les autres mesures de contrainte dans ce texte - notamment la fouille, la perquisition, le séquestre, la détention préventive. Dès lors, il paraît logique de légiférer également sur l'usage des menottes. Nous avons aussi légiféré dans ce domaine dans le cadre de la loi fédérale sur l'usage de la contrainte et des mesures policières dans les domaines relevant de la compétence de la Confédération. Aussi, inscrire des principes similaires dans le Code de procédure pénale ne paraît pas incongru.

Qui plus est, les règles qui sont prévues à l'article 211 sont souples et ne sont certainement pas de nature à entraver le travail de la police. Effectivement, la notion de danger de fuite qui est utilisée ici est une notion peu restrictive, et l'on ne verra certainement aucun prévenu s'échapper à cause de la façon dont on aura appliqué l'article 211.

Le Conseil national a adopté le projet du Conseil fédéral sans débat. Je vous invite à vous rallier à cette solution sur une question qui, il est vrai, n'est pas fondamentale.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ob die Fesselung ausdrücklich in der Strafprozessordnung zu regeln sei oder nicht, war auch bei uns eine umstrittene Sache. Es gibt zwei Argumente, und es ist darum wahrscheinlich nicht so wichtig, wie man es regelt. Für eine Regelung spricht, dass damit Zwangsmassnahmen einheitlich geregelt werden. Darum haben wir diesen Artikel dann aufgenommen. Dagegen spricht, dass es bei der Fesselung um eine Frage der Polizeipraxis und im Wesentlichen um die Verhältnismässigkeit geht, welche sich natürlich nur schwer gesetzlich regeln lässt. Sie sind der Auffassung, dass man diesen Artikel deshalb streichen soll. Wir machen also keinen Casus Belli daraus.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Wir haben trotzdem zu entscheiden.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 21 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 7 Stimmen

Art. 227 Abs. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 227 al. 5

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hier schliesst sich die Kommission dem Bundesrat und dem Nationalrat an.

Angenommen - Adopté

Art. 244 Abs. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 244 al. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Die Kommission hat einstimmig, bei zwei Enthaltungen, entschieden, sich dem Nationalrat anzuschliessen. Darauf hinzuweisen ist, dass auch dann, wenn die beiden Absätze betreffend die Durchführung von Hausdurchsuchungen gestrichen werden, die Wahl des Zeitpunktes einer Hausdurchsuchung immer verhältnismässig sein muss. Den Kantonen bleibt die Möglichkeit, im Dienstbefehl für die Polizei diesbezüglich Regelungen aufzustellen oder Weisungen für die Staatsanwaltschaft zu erlassen, beispielsweise dass an Sonntagen Hausdurchsuchungen nur in wirklich dringenden Fällen vorgenommen werden dürfen.

AB 2007 S 721 / BO 2007 E 721

Blocher Christoph, Bundesrat: Der Nationalrat hat Artikel 244 Absätze 1 und 2 gestrichen. Ein Grund dafür war, dass man diesen Artikel als Beispiel einer übertriebenen Regelungsdichte genannt hat. Er ist bei uns in die Vorlage hineingekommen, weil im Vernehmlassungsverfahren dieser Wunsch geäussert wurde. Es gibt eine Reihe von kantonalen Strafprozessordnungen, die dies regeln. Die Mehrheit regelt es aber nicht. Sie sagen nichts dazu. Vier Kantone waren dagegen, sie wollten es nicht geregelt haben. Es sollte nichts dazu gesagt werden, wie dies jetzt auch National- und Ständerat vorschlagen. Die anderen waren der Meinung, es sollte eine Regelung erfolgen.

Folgendes ist klar, vor allem wenn man das zu den Materialien gibt, was jetzt der Kommissionspräsident gesagt hat: Wenn man die beiden Absätze jetzt streicht, heisst das natürlich nicht, dass zu den unmöglichsten Zeiten, und zwar auch dort, wo es nicht nötig ist, solche Hausdurchsuchungen stattfinden. Das ist eine Frage auch der Verhältnismässigkeit und der Überlegung, ob es notwendig ist, mitten in der Nacht Hausdurchsuchungen zu machen. Darum können wir uns nach dieser Erklärung Ihrem Antrag anschliessen. Eine Streichung dieser Bestimmungen würde zu einer willkommenen Verschlinkung des Gesetzes führen.

Angenommen - Adopté

Art. 250 Abs. 2 Bst. b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 250 al. 2 let. b

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 260

Antrag der Kommission

Abs. 1 Einleitung

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Abs. 1 Bst. b

b. des Entscheides.

Abs. 1 Bst. c

Streichen

Abs. 2

.... von Absatz 1 Buchstabe b aufgrund seit Rechtskraft des Entscheides aufbewahrt und verwendet werden.

Art. 260

Proposition de la commission

Al. 1 introduction

Adhérer à la décision du Conseil national

Al. 1 let. b

b. matière.

Al. 1 let. c

Biffer

Al. 2

.... visé à l'alinéa 1 lettre b, certains faits en force de la décision.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 250 Absatz 2 wie auch bei Artikel 260 Absatz 1 geht es lediglich um redaktionelle Änderungen.

Angenommen - Adopté

Art. 263 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 263 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat hat Artikel 263 Absatz 1 so ergänzt, dass die Beschlagnahme bestimmter Dokumente ungeachtet des Ortes, an dem sie sich befinden, und ungeachtet des Zeitpunktes, in welchem sie geschaffen worden sind, ausgeschlossen ist. Im Übrigen hat unser Rat bei Artikel 157 Absatz 1 Buchstabe b der neuen Schweizerischen Zivilprozessordnung eine Regelung aufgenommen, die in die gleiche Richtung geht. Die Kommission schlägt daher vor, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen. Damit erreichen wir auch eine analoge Regelung in der StPO und in der ZPO.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir haben jetzt Artikel 260 Absatz 1 Buchstabe c übersprungen. Das ist die Folge der Streichung von Artikel 309. Zum anderen habe ich nichts beizufügen.

Angenommen - Adopté

Art. 268 Abs. 2 Bst. a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 268 al. 2 let. a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der unter Buchstabe a angeführte Katalog ist dem in Kraft gesetzten neuen Strafgesetzbuch angepasst worden. Neu hinzugekommen ist einzig der Menschenhandel. Es geht also bloss um redaktionelle Änderungen.

Angenommen - Adopté

Art. 285 Abs. 2 Bst. a

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 285 al. 2 let. a
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Auch hier liegt keine materielle Änderung vor.

Angenommen - Adopté

Art. 299 Abs. 1 Bst. a; 309
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 299 al. 1 let. a; 309
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat hat in Artikel 299 Absatz 1 Buchstabe a das Wort "selbstständig" gestrichen. Es heisst jetzt generell "die Ermittlungstätigkeit der Polizei"; unsere Kommission schloss sich dem Nationalrat an.

Angenommen - Adopté

Art. 317
Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit
(Bonhôte, Berset, Marty Dick, Sommaruga Simonetta)
Festhalten

Art. 317
Proposition de la majorité
Adhérer à la décision du Conseil national

AB 2007 S 722 / BO 2007 E 722

Proposition de la minorité
(Bonhôte, Berset, Marty Dick, Sommaruga Simonetta)
Maintenir

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat hat die Mediationsbestimmung gestrichen, und Ihre Kommission beantragt Ihnen mit 8 zu 4 Stimmen, sich dem Nationalrat anzuschliessen. Wir haben einen Minderheitsantrag. Die Minderheit beantragt Festhalten, das heisst, es soll den Kantonen ermöglicht werden, im Strafprozess ein Mediationsverfahren einzuführen.

Wir haben in unserer Kommission die Mediation im Strafverfahren - im Erwachsenenstrafverfahren, das muss ich betonen - nochmals diskutiert. Dabei hat uns der Bundesrat darauf hingewiesen, dass heute die Mediation in der Strafprozessordnung keines Kantons vorgesehen sei; auch das Neuenburger und das Genfer Verfahren seien nicht in den entsprechenden Strafprozessordnungen verankert. Eine Mediationsregelung im Kanton Zürich könne noch nicht in Kraft gesetzt werden, bevor die Verordnung vorliege; im ersten Anlauf sei dort die Frage an der Kostentragung gescheitert.

Es ist darauf hinzuweisen, dass es für den Staatsanwalt auch ohne ausdrückliche Mediationsvorschrift nicht verboten ist, den Parteien in einem Strafverfahren zu empfehlen, eine Mediatorin oder einen Mediator beizuziehen. Grundsätzlich besteht also für alle Kantone die Möglichkeit der Mediation, allerdings ohne dass der Staat die Modalitäten und die Anforderungen an die Mediatorinnen und die Mediatoren sowie die Kostentragung regelt. Zudem ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass der Strafprozess von den Grundsätzen des staatlichen Strafmonopols und des Verfolgungszwanges beherrscht ist. Im

Erwachsenenstrafrecht - und um dieses geht es hier; anders ist es dann allenfalls im Jugendstrafrecht - haben wir in Absatz 2 das Strafjustizmonopol des Staates festgelegt. Die Strafverfolgung ist allein Angelegenheit des Staates; wir sprechen da von Officialdelikten. Nur wenige strafbare Handlungen sind Antragsdelikte. Der Anwendungsbereich der Mediation im Strafbereich ist demnach äusserst klein. Ich bitte Sie daher namens der Mehrheit, sich dem Nationalrat anzuschliessen.

Bonhôte Pierre (S, NE): Nous avons déjà eu un débat assez large sur la question de la médiation dans le cadre du premier examen de ce Code de procédure pénale, et aussi de l'examen du Code de procédure civile. Je ne reprendrai donc pas l'argumentation de fond.

Je reste convaincu que nous ferions une regrettable erreur si nous ne laissons pas ici une porte ouverte officielle à la médiation, car il est bien clair que le ministère public peut toujours autoriser des parties à mener une médiation. C'est tout de même très différent si elle est inscrite dans le Code de procédure pénale et s'il y a ainsi un cadre minimum qui est posé pour cette pratique-là. Pour moi, la médiation ne correspond en aucun cas à une renonciation par l'Etat à l'exercice du monopole de la justice. Si la médiation était une sorte de privatisation de la justice, je serais un des premiers à m'y opposer.

Le Conseil national a biffé la médiation, notamment sur la base du rapport d'étude du projet pilote zurichois qui concluait que la médiation pénale était coûteuse et lente. Or, le commentaire qui a paru dans la "NZZ" d'hier conteste cette conclusion; vous avez reçu une copie de cet article. Il relève tout d'abord, comme aspect essentiel, que dans 90 pour cent des cas, la médiation conduite a permis un accord entre les parties. En termes sociaux, cela permet un gain qui, s'il n'est pas chiffrable, est bien réel et nous ne saurions l'ignorer. Et surtout, cet article souligne que le Grand Conseil zurichois, après avoir refusé d'inscrire la médiation dans son Code de procédure pénale pour des raisons de coûts, est revenu sur sa décision et l'a introduite au 1er juillet 2007.

De nouvelles études ont montré que les coûts de la médiation pouvaient être fortement réduits en évitant de soumettre à cette procédure une minorité de cas qui ne sont pas adaptés et dont l'expérience permet aujourd'hui de faire le tri préalable. Selon l'Abteilung Strafmediation du canton de Zurich, dans la médiation, les coûts salariaux moyens par cas sont de 507 francs, et dans la procédure ordinaire du ministère public, de 722 francs. Cela permet donc des économies. Ces derniers chiffres corrigent ceux qui avaient été cités par le représentant du Conseil fédéral devant le Conseil national - à savoir 1398 francs par cas de médiation -, puisque l'on en est maintenant à 507 francs.

Le Conseil national a peu débattu, sinon même pratiquement pas du tout, de la version que nous avons adoptée et qui laisse le choix aux cantons d'introduire la médiation dans leur pratique pénale. Le débat s'est focalisé au Conseil national sur la question de savoir s'il fallait, oui ou non, parler de médiation dans ce Code de procédure pénale.

Un avantage du fédéralisme est qu'il permet de conduire une expérimentation sur de multiples solutions; un désavantage est évidemment que cela crée plus de complexité. Mais, un avantage est que cela permet de la créativité. Avec notre Code de procédure pénale unifié, nous simplifierons considérablement la procédure, mais nous perdrons aussi tout espace de créativité et d'expérimentation. Or, s'il est un domaine qui est en évolution et qui doit permettre une certaine marge d'expérimentation, c'est bien celui de la médiation. Aussi, j'estime que nous devons laisser une évolution se faire dans ce domaine-là et que nous ne devons pas adopter des dispositions dans ce code qui fermeraient la porte à toute expérimentation.

La médiation possède un potentiel important de règlement pacifique des litiges, dont la société aurait tort de se priver au nom d'une pureté unitaire du code de procédure. La médiation n'appartient pas au coeur de la procédure lui-même, c'est un domaine annexe où nous devrions tolérer une certaine diversité. Nous avons vécu pendant des siècles avec une pléthore de codes de procédure. Cela était compliqué, coûteux; cela entravait l'action pénale. A vouloir aujourd'hui balayer cette multiplicité soudain honnie, ne tombons donc pas dans l'excès inverse en fermant la porte à toute innovation.

C'est dans ce sens que je vous invite à en rester à notre position et à soutenir la proposition de la minorité.

Marty Dick (RL, TI): J'aimerais vous rappeler - c'est tout à fait visible dans le dépliant, en tout cas en partie - que la commission d'experts avait proposé la médiation comme institution fixe, et que le Conseil fédéral - voyez le projet en première colonne - avait aussi proposé la médiation. Le Conseil des Etats avait adopté une solution beaucoup plus modeste en laissant les cantons décider: "les cantons peuvent instaurer", donc ils ne le doivent pas et s'ils le font, c'est à leurs frais.

Je dois dire que nous avons débattu de ce problème d'après des informations qui n'étaient pas du tout actuelles et qui ne correspondaient pas à la réalité. Alors, notre collègue Pfisterer, qui voulait en savoir plus, s'est adressé au conseiller d'Etat Markus Notter, vu que le canton de Zurich a une expérience en la matière. S'il est vrai que la phase pilote a démontré que le mécanisme était coûteux et lent, ce qu'on ne nous a pas dit et qu'on ne savait pas, c'est que des corrections ont été introduites et que le système s'est révélé extrêmement efficace.

Il a fait l'objet d'une étude scientifique par le professeur Schwarzenegger et son assistant. Un résumé en a été publié dans la "NZZ" et le collègue Bonhôte l'a cité, et dans la lettre de Monsieur Notter, conseiller d'Etat

Zurichois, je lis le dernier paragraphe sur les nouveaux chiffres qui se basent quand même sur une expérience de 19 mois: "Abschliessend möchte ich auf die neusten Zahlen hinweisen. Von den in der Zeit zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. Juli 2007 erledigten sechzig Fällen waren zwei Fälle für eine Mediation nicht geeignet, sodass keine durchgeführt wurde. Von den 58 mediationstauglichen Fällen konnten alle mit einer Vereinbarung erfolgreich abgeschlossen werden. Die Erfolgsquote beträgt mithin hundert Prozent. Sodann beträgt der durchschnittliche Aufwand pro Mediationsfall in der Zeit

AB 2007 S 723 / BO 2007 E 723

zwischen Januar 2006 und Juli 2007 neun Stunden und dreissig Minuten."

C'est une période plus courte, si l'on compare au temps qui aurait été nécessaire au sein du ministère public.

D'une part, et cela a été dit, la médiation n'est pas un substitut de la justice, mais c'est un instrument de prévention extrêmement important, parce qu'elle permet de résorber fortement la conflictualité entre les parties. Un jugement rendu dans des conditions conflictuelles ne fait souvent qu'exacerber la conflictualité et aggraver le risque que des cas encore plus graves ne se produisent après le conflit. La médiation est donc aussi un instrument important de prévention, car elle permet vraiment de mettre fin beaucoup plus pacifiquement à un conflit.

D'autre part, pourquoi ne pas laisser la liberté aux cantons? On leur laisse bien cette liberté dans d'autres domaines, par exemple dans l'organisation des tribunaux et du ministère public. Si un canton veut avoir cette institution, si Zurich veut poursuivre cette expérience extrêmement positive, si les cantons romands qui ont développé une culture de la médiation veulent continuer, pourquoi devrions-nous les en empêcher? En plus, vu les nouvelles informations que nous venons de recevoir, je trouve qu'il serait sérieux de notre part de maintenir la divergence avec le Conseil national, au moins de façon à pouvoir discuter de ces nouveaux documents au sein de la commission.

Je vous prie donc de voter la proposition de la minorité Bonhôte.

Schiesser Fritz (RL, GL): Ich habe in der Kommission mit der Mehrheit gestimmt; ich werde heute mit der Minderheit stimmen. Ich möchte darlegen warum: Ich tue dies deshalb, weil ich noch einmal eine Differenz zwischen den beiden Räten haben möchte. Ich nehme Bezug auf den Brief, den Herr Marty teilweise zitiert hat. Dieser Brief von Herrn Regierungsrat Notter an ein Mitglied unseres Rates beginnt folgendermassen: "Ich nehme Bezug auf Ihre Anfrage vom 15. August 2007 und bestätige Ihnen, dass die Aussage, wonach sich die Strafmediation im Kanton Zürich nicht bewährt haben soll, falsch ist." Das ist eine Aussage, die für mich neue Fakten in Aussicht stellt, die ich gerne in einer Kommissionssitzung näher prüfen möchte, insbesondere auch aufgrund dieses Briefes. Das ist der Grund, weshalb ich hier meine Meinung für diese Abstimmung geändert habe und mit der Minderheit stimmen werde. Das wollte ich als Kommissionsmitglied und Mitglied der Mehrheit hier offengelegt haben.

Lauri Hans (V, BE): Ich werde auch mit der Minderheit stimmen, und zwar auch mit der Begründung, dass eine Differenz geschaffen wird. Ich habe aber auch noch ein anderes Anliegen im Rahmen eines hoffentlich stattfindenden Differenzbereinigungsverfahrens. Ich stütze mich dabei auch auf eine Unterlage, die Herr Marty verteilt hat; sie stammt aus der Universität Zürich. Der Hauptgrund, um gegen die Mediation zu sein, liegt doch darin, dass man sagt: In einem Bereich, in dem der Strafanspruch beim Staat liegt, kann es keine Mediation geben. Jetzt scheint mir dieses Argument bei den Antragsdelikten plötzlich nicht mehr stichhaltig zu sein. Weshalb schreiben wir nicht: "Die Kantone können bei Antragsdelikten ein unter der Aufsicht"? Ein solcher Antrag von mir liegt jetzt nicht schriftlich vor, weil mir diese Idee erst in den letzten fünf Minuten gekommen ist. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die Minderheit unterstützen sollten, damit wir im Differenzbereinigungsverfahren über diesen Teil noch einmal nachdenken können.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zuerst eine Bemerkung zu den einzelnen Schriftstücken: Das Schriftstück, das Herr Marty austeilen liess, ist, wie er selbst gesagt hat, ein "NZZ"-Artikel. Dann wurde von einem Brief von der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich an Herrn Ständerat Pfisterer gesprochen, datiert vom 24. August 2007. Diesen habe ich nicht in der Kommission, sondern erst gestern von Herrn Pfisterer erhalten.

Nun zur Sache selbst: Ich beginne beim letzten Votum, jenem von Herrn Lauri. Herr Lauri erklärt mit Recht, es gebe ein Strafunternehmen des Staates, und das ist nicht verhandelbar. Entweder ist ein Täter schuldig, dann muss er bestraft werden; ist er nicht schuldig, darf er nicht bestraft werden. Beim Spezialfall der Antragsdelikte kann die Strafbehörde nur tätig werden, wenn ein Strafantrag vorliegt. Bei den Antragsdelikten liegt tatsächlich eine Vermittlungsmöglichkeit vor. Ich zitiere aus meinem Votum, das ich beim letzten Umgang hier im Ständerat gehalten habe: "Die Kommission hat sich eingehend mit Artikel 316, 'Vergleich', und 317, 'Mediation', befasst Für diese Antragsdelikte sehen bereits heute zahlreiche kantonale Gesetzgebungen ein Vergleichs- oder Sühneverfahren vor." (AB 2007 S 1039) Wenn sie einen Antrag

stellen, dann wird der Untersuchungsrichter oder Staatsanwalt oder allenfalls auch das Gericht bereits ganz am Anfang die Parteien zusammennehmen und versuchen, eine Einigung zu finden; das auch ohne eine solche Bestimmung, wie wir sie hier haben. Es liegt im Ermessen des Untersuchungsrichters oder des Staatsanwaltes, hier entweder selbst eine Einigung finden zu können oder zu empfehlen, eine Vermittlerperson - sei das nun eine Mediatorin oder ein Mediator - beizuziehen. Das ist durchaus möglich und bleibt möglich, auch wenn Sie hier dem Nationalrat zustimmen. Mit anderen Worten: Auch wenn Sie hier nicht eine solche föderalistische Kann-Formulierung einfügen, bleibt dies möglich.

Dann zum Schreiben von der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich: Die Kommission hat nie eine Aussage gemacht, wonach sich die Strafmediation im Kanton Zürich nicht bewährt haben soll. Das möchte ich hier festhalten. Das haben wir nie behauptet. Interessant ist an dieser Aufstellung wie auch beim "NZZ"-Artikel: Man spricht von mediationstauglichen Verfahren und fängt dann an, mit Prozenten zu rechnen. Allem Anschein nach - das weiss wahrscheinlich Herr Bundesrat Blocher besser, er kann sich dann erklären - macht man in Zürich bereits von vornherein eine Selektion und sagt: "Das sind mediationstaugliche Verfahren. Das sind eben Antragsdelikte oder Delikte, die nach den neuen Bestimmungen eigentlich die Wiedergutmachung in sich haben." Diese Fälle gibt man dann dieser Mediatorin oder diesem Mediator. Wenn Sie keine Bestimmung in die StPO aufnehmen, kann aber eben jeder Kanton nach wie vor das Einigungsverfahren gemäss Artikel 316, "Vergleich", oder sonst gemäss der allgemeinen Kompetenz des Staatsanwaltes durchführen.

Deshalb empfehle ich Ihnen nach wie vor, der Mehrheit der Kommission zu folgen und sich - wie ich das beantragt habe - dem Nationalrat anzuschliessen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich habe bald das Gefühl, die Frage der Mediation sei die Hauptfrage in der ganzen Strafprozessordnung. Sie hat uns in der Expertenkommission, nachträglich in der Vernehmlassung und beim bundesrätlichen Entwurf immer beschäftigt. Einmal war sie drin und einmal draussen. Man war einfach hin und her gerissen. Dann haben wir Ihnen die erste Version des Bundesrates vorgelegt, wonach man die Mediation überall gleich regeln sollte. Sowohl im Nationalrat wie auch im Ständerat stellte sich eindeutig nur eines heraus, nämlich dass man generell für alle Kantone keine obligatorische Mediation will, dass also die Version des Bundesrates zu streichen ist.

Aufgrund dessen habe ich die Angelegenheit nochmals in den Bundesrat getragen, weil ich hier von mir aus nicht nachgeben wollte - Sie werden das verstehen -, und habe dort gesagt, man solle sich noch einmal über die Frage aussprechen. Eine obligatorische Mediation für alle Kantone ist nicht mehr aufgenommen worden, allenfalls will man eine fakultative. Dazu kommt, dass vor allem die kleineren Kantone enorm opponiert haben, weil sie gemäss der Formulierung, wie sie der Bundesrat damals vorgeschlagen hatte, natürlich das Mediationsverfahren sicherstellen müssten. Dadurch entstehen fixe Kosten; das ist das Problem. Herr Marty Dick hat gesagt, es stehe ja da: "Der Staatsanwalt kann jederzeit eine Mediatorin oder einen Mediator mit einer Mediation betrauen." Wenn das so da steht, ist der Staat aber auch

AB 2007 S 724 / BO 2007 E 724

verpflichtet, zu sagen, wer das ist und wer das macht, und die Begleichung der fixen Kosten sicherzustellen. Aufgrund dessen hat der Bundesrat dann in einer zweiten Beschlussfassung gesagt: Wir streichen die obligatorische Mediation, aber nicht die freiwillige; darauf möchte ich dann noch eingehen.

Nun zum Brief vom Kanton Zürich, der mir seit eineinhalb Stunden vorliegt. Ich bitte Sie also zu entschuldigen, wenn ich jetzt nicht darauf eingehen kann. Er ist zwar vom 24. August datiert, aber ich und auch meine Leute haben ihn jetzt gerade vor der Sitzung, als ich hierhergekommen bin, in die Hände gedrückt bekommen. Es ist etwas schwierig - ich habe ihn jetzt gelesen -, in der Debatte etwas zu sagen, man muss ja aufpassen, worauf man sich da einlässt.

Wir haben jedem Mitglied der nationalrätlichen Kommission den ganzen Evaluationsbericht des Kantons Zürich übergeben, das ist ein dickes Buch. Jedem haben wir das zugestellt, und dort drin sind auch die entsprechenden Kosten enthalten. Diesen Bericht haben wir vom Kanton Zürich bekommen, wir haben keinen anderen Bericht bekommen als diesen. Nun, nachträglich haben diese Leute - es sind natürlich die an dieser Mediation Interessierten, welche diese Versuche gemacht haben - geschrieben, es gebe da neue Unterlagen. Jetzt kommt dieser Brief, und ich kann nicht sagen, wie der zu beurteilen ist.

Was die Kosten anbelangt, sehe ich jetzt auf einen Blick, dass das nicht stimmen kann: 11 Stunden, welche 617 Franken kosten - Entschuldigung, das gibt einen Kostensatz von 50 Franken, das sind nicht die Vollkosten; das sieht man also von vornherein. Ich weiss aber auch nicht, wo der Unterschied liegt. Hier wird geschrieben, es seien andere Tatbestände, andere Zulassungen für die Mediation gemacht worden. Das kann sein - dann sind sie nicht vergleichbar.

Wo liegt nun aber das Problem? Im Kanton Zürich, in den Beratungen - das haben Sie gesehen - war es das Problem. Der Kantonsrat hat ja zuerst die Mediation wegen der Frage der Kostentragung weggelassen. Wer trägt die Kosten, ist es der Staat, oder ist es der Private? Das ist nämlich die Grundfrage. Der Kantonsrat konnte sich nicht einigen. Er hat dann in der zweiten Lesung die Mediation aufgenommen, die Kostenregelungs- und Kostentragungspflicht weggelassen und das dem Regierungsrat für die Verordnung übergeben.

Wir haben dann gesagt, der Bundesrat könne das nicht machen. Ich weiss nicht, ob die Kantone

einverstanden wären, wenn ihnen eine Mediationspflicht auferlegt und die Bezahlung der Kosten vom Bundesrat in einer Verordnung festgelegt würde. Ich glaube nicht, dass die Kantone einverstanden sein könnten.

Wir haben jetzt den Grundsatz beschlossen, dass die Kantone nicht nur die Behördenorganisation regeln, sondern auch die Kostenfrage. Das ist in der nationalrätlichen Kommission bei der Zivilprozessordnung zwar umstritten, aber es läuft wahrscheinlich doch auch auf diese Lösung hinaus. Darum hat Ihnen der Bundesrat von sich aus vorgeschlagen, auf diese Regelung, aber auch auf die Ausnahme zugunsten der einzelnen Kantone zu verzichten. Sie müssen sehen, wir machen jetzt eine Strafprozessordnung, damit in allen Kantonen die Verfahren und Entscheide gleich sind. Es soll dort nicht wieder neue kleine Prozessordnungsschrittchen geben. Der Grundgedanke würde damit natürlich ausgehöhlt. Es käme dann in den Kantonen zu unterschiedlichen Regelungen, nicht nur beim Tragen der Verfahrenskosten - dort auch, da haben wir ja einen Grundsatz -, sondern aus Gründen der Verfahrenseinstellung. Es gibt - je nachdem, in welchem Kanton man ist - eine andere Verfahrenseinstellung. Das ist der Unterschied.

Für die Fälle der Antragsdelikte möchte ich nicht wiederholen, was der Kommissionspräsident bereits gesagt hat. Wir haben Kantone und Kantonsvertreter, die gesagt haben, dass sie, wenn die Mediation drinbleibe, nicht mehr für diese Strafprozessordnung wären. Wir haben heute eine Unité de Doctrine, und darum sind wir für den Antrag der Kommissionsmehrheit.

Wenn ich Herrn Schiesser und auch Herrn Lauri richtig verstanden habe, sind sie der Ansicht, man könne es beim weiteren Differenzbereinigungsverfahren nochmals anschauen. Ich habe dagegen nichts einzuwenden. Wir können dann auch jenes Schreiben näher analysieren. Die Grundfrage, da hat Herr Kommissionspräsident Wicki Recht, berührt nicht den Umstand, ob die Kosten etwas höher oder niedriger sind. Da ist ja nicht die Grundfrage.

Nun möchte ich Sie doch bitten, auch auf den Zeitplan Rücksicht zu nehmen. Natürlich kann man sagen, es spiele keine grosse Rolle, ob das Strafprozessrecht etwas früher oder etwas später in Kraft trete. Wir möchten die Strafprozessordnung im Bund auf 2009 und in den Kantonen auf 2010 einführen. Wir haben parallel zu den Kantonen die Einführungsgesetzgebung gemacht; darum sollten wir das Geschäft in dieser Session verabschieden. Wenn nun der Nationalrat die Vorlage zurückbekommt und in einer Stunde berät - Sie kennen ja diese Verfahrensregelungen -, dann ist die Gefahr gross, dass wir das Ganze auf die lange Bank schieben. Ich bleibe beim Antrag des Bundesrates, dass wir auf die Mediation verzichten, wie das die Mehrheit der Kommission entschieden hat. Eine freiwillige Mediation bleibt möglich, und dies - so meine ich - hat sich nicht geändert. Im anderen Fall bitte ich Sie, dafür zu sorgen, dass wir das Geschäft in dieser Session abschliessen können; sonst verlieren wir ein Jahr. Gerade beim Bund ergeben sich die grössten Verzögerungen, weil wir das Eidgenössische Untersuchungsrichteramt nicht abschaffen können. Ich bitte Sie, der Mehrheit Ihrer Kommission zuzustimmen.

Marty Dick (RL, TI): Entschuldigen Sie, dass ich nochmals das Wort ergreife, aber ich habe den Eindruck, dass ich nicht richtig verstanden worden bin. Ich verlange nicht, dass man die Mediation als obligatorisch einführt. Ich verlange nur - und das entspricht dem Entscheid dieses Rates -, dass die Kantone die Freiheit haben, das zu machen. Ich stelle fest, dass wir aufgrund eines Berichtes aus dem Jahre 2005 unvollständig informiert worden sind. Der Bericht bezog sich auf die Erfahrungen bis Ende 2004; doch jetzt haben wir seit Kurzem neue Daten über die neueste Entwicklung, die neuesten Erfahrungen. Ich glaube, es ist seriös und wichtig, dass wir jetzt diese neuen Tatsachen in Ruhe analysieren. Das wird auch nicht viel Zeit beanspruchen, und ich verstehe überhaupt nicht, wieso, falls wir nur eine Session verlieren, ein volles Jahr verlorengehen soll. Das Verfahren ist nicht für das nächste Jahr vorgesehen - die Kantone müssen vielmehr ihre Gesetzgebungen über mehrere Jahre adaptieren.

Ich bin nicht sicher, Kollege Wicki, ob es zutrifft, dass die Kantone aufgrund ihrer heutigen kantonalen Verfahren das mit der neuen, einheitlichen Strafprozessordnung unbedingt machen können. Das wäre noch zu prüfen. Deshalb meine ich, der Wille zur Seriosität würde gebieten, das nochmals in der Kommission zu diskutieren.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Minderheit 19 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 14 Stimmen

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Fortsetzung - Suite

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 19.09.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 20.09.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 25.09.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Differenzen - Divergences)
Nationalrat/Conseil national 02.10.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)
Nationalrat/Conseil national 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBI 2007 6977)
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2007 6583)

**1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse**

Art. 319 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 319 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Nationalrat kam einem Anliegen aus der Praxis nach. Die Version des Nationalrates ermöglicht es der Staatsanwaltschaft, eine Untersuchung mittels Strafbefehl abzuschliessen, ohne der beschuldigten Person vorher das Recht auf Gehör zu gewähren. Der Strafbefehl stellt so nur einen Urteilsvorschlag dar, der dann mit einer Einsprache angefochten werden kann. So kann der Strafbefehl das Verfahren beschleunigen.

Der Bundesrat und auch unsere Kommission unterstützen den Beschluss des Nationalrates.

Blocher Christoph, Bundesrat: Das Anliegen des Nationalrates ist tatsächlich berechtigt und sehr praxistauglich. Wir haben uns bereiterklärt, das Anliegen zu formulieren.

Wir sind froh, wenn Sie sich dem Beschluss des Nationalrates anschliessen.

Angenommen - Adopté

Art. 323 Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 323 al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Unsere Kommission und auch der Bundesrat sind mit der Streichung des zweiten Satzes von Artikel 323 Absatz 2 einverstanden. Die Kantone können also gemäss Absatz 1 die Einstellungsverfügung durch die Ober- oder Generalstaatsanwaltschaft genehmigen lassen. Die Ober- oder Generalstaatsanwaltschaft hat aber nicht die Möglichkeit, die Einstellungsverfügung vor Gericht anzufechten, denn dies würde der hierarchischen Struktur einer Staatsanwaltschaft mit einer Ober- oder Generalstaatsanwaltschaft widersprechen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir schliessen uns dem an.

Angenommen - Adopté

Art. 344

Antrag der Kommission

Abs. 1

Das Gericht nimmt neue Beweise ab oder ergänzt unvollständig erhobene Beweise.

Abs. 2

Es nimmt im Vorverfahren nicht ordnungsgemäss abgenommene Beweise nochmals ab.

Abs. 2bis

Es nimmt im Vorverfahren ordnungsgemäss abgenommene Beweise nochmals ab, sofern die unmittelbare Kenntnis des Beweismittels für die Urteilsfällung notwendig erscheint.

Art. 344

Proposition de la commission

Al. 1

Le tribunal procède à l'administration de nouvelles preuves ou complète les preuves administrées de manière insuffisante.

Al. 2

Il réitère l'administration des preuves qui, dans la procédure préliminaire, n'ont pas été administrées dans les règles.

Al. 2bis

Il réitère l'administration des preuves qui, dans la procédure préliminaire, ont été administrées dans les règles, lorsque la connaissance directe du moyen de preuve apparaît nécessaire au prononcé du jugement.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Ich spreche zu Artikel 344 Absätze 1, 2 und 2bis: Der Antrag Ihrer Kommission entspricht einem Vorschlag der Verwaltung, der sich aus einer eingehenden Diskussion ergab. Es ist zweckdienlich, wenn noch einige Ausführungen dazu gemacht werden. In der neuen Formulierung ist nicht mehr enthalten, was bereits gestützt auf allgemeine Regeln der StPO gilt. Damit soll der Kern der Bestimmung besser zur Geltung gebracht werden. Mit Artikel 344 sollen im Wesentlichen drei Konstellationen geregelt werden; sie sind in den Absätzen 1, 2 und 2bis erfasst. In Absatz 1 geht es um Beweise, die im Vorverfahren noch gar nicht abgenommen worden sind, aber rechtserheblich sind. Es geht also um Mittel, die geeignet wären, rechtsrelevante Beweise zu erbringen. Dasselbe gilt für Beweise, die zwar schon einmal Thema des Vorverfahrens waren, aber nicht vollständig erhoben worden sind. Dabei geht es beispielsweise um Ergänzungsfragen, die den Zeugen nicht gestellt wurden oder nicht zugelassen wurden. Absatz 2 regelt die Frage, was mit Beweisen passiert, die Gegenstand des Vorverfahrens waren, aber nicht ordnungsgemäss abgenommen wurden, bei denen also Verfahrensvorschriften verletzt wurden. In einem

solchen Fall wird das Gericht den Beweis nochmals ordnungsgemäss, also unter Respektierung der einschlägigen Vorschriften, abnehmen.

Mit dem neuen Absatz 2bis werden jene Fälle erfasst, welche bisher in Absatz 2 Buchstabe a enthalten waren. Das Gericht wird also Beweise abnehmen, die zwar bereits im Vorverfahren ordnungsgemäss abgenommen wurden,

AB 2007 S 726 / BO 2007 E 726

hinsichtlich derer das Gericht aber die Auffassung hat, dass für die Urteilsfällung eine unmittelbare Kenntnis notwendig sei. Das Gericht muss sich im Einzelfall also darüber klar werden, welche Beweismittel es nochmals abnehmen will, wenn es die Auffassung hat, dass nur ein unmittelbarer Eindruck eine genügende Grundlage für die Urteilsfällung bildet.

Der Entscheid über die Abnahme oder Nichtabnahme der Beweismittel unterliegt als solcher keinem Rechtsmittel, sondern muss allenfalls in einer Berufung gegen das ganze Urteil vor der Oberinstanz angefochten werden.

Im Zusammenhang mit den Beweismitteln möchte ich aber noch darauf hinweisen, dass es auch noch andere Grundsätze der Strafprozessordnung gibt, die zu beachten sind. In Artikel 107, "Eingaben", steht: "Die Parteien können der Verfahrensleitung jederzeit Eingaben machen; vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen dieses Gesetzes." Zudem gibt es allgemeine Bestimmungen betreffend Beweismittel. In Artikel 137 Absatz 1 steht folgender Grundsatz: "Die Strafbehörden setzen zur Wahrheitsfindung alle nach dem Stand von Wissenschaft und Erfahrung geeigneten Beweismittel ein, die rechtlich zulässig sind." Absatz 2 von Artikel 137 lautet: "Über Tatsachen, die unerheblich, offenkundig, der Strafbehörde bekannt oder bereits rechtsgenügend erwiesen sind, wird nicht Beweis geführt." Schliesslich heisst es in Absatz 3: "Beweismittel, die für den Nachweis der relevanten Tatsachen untauglich oder unerreichbar erscheinen, werden nicht eingesetzt."

Blocher Christoph, Bundesrat: Anhand der Fahne stellen Sie fest, dass an diesem Artikel im Laufe der Zeit erheblich gearbeitet worden ist. Ich möchte Ihnen darlegen, weshalb wir glauben, dass die jetzige Fassung Ihrer Kommission die beste ist. Das gilt für die Absätze 1, 2 und 2bis.

Nachdem Ihr Rat die Unterscheidung zwischen dem ordentlichen und dem vereinfachten Beweisverfahren aufgegeben und damit die Regeln der Beweiserhebung in der Hauptverhandlung vereinfacht hatte, war es dem Nationalrat ein Anliegen, die Unmittelbarkeit der Hauptverhandlung zu verstärken. Deshalb hat der Nationalrat bei Artikel 344 Absätze 1 und 2 Änderungen vorgenommen, welche Widersprüche beseitigen, das Ganze präzisieren, in der Sache richtig sind und die Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit verstärken. Bei der Beratung in Ihrer Kommission hat sich dann allerdings gezeigt, dass auch mit der Regelung des Nationalrates nicht alle Unklarheiten beseitigt werden konnten. Deshalb hat Ihre Kommission die Regeln der Beweiserhebung im Hauptverfahren auf den wesentlichen Kern reduziert, um den Ballast abzuwerfen, der Verwirrung stiften könnte. Zudem hat sie die Bestimmung in systematischer Hinsicht besser gegliedert. Darum glauben wir, dass die Regelung, die Sie getroffen haben, die bessere ist.

Wegen der Artikel 107 und 137, welche das Recht der Parteien, jederzeit Eingaben zu machen, und die Grundsätze betreffend die Beweismittel enthalten, kann auf die Erwähnung verschiedener Elemente der nationalrätlichen Fassung verzichtet werden, z. B. dass neue Beweise auf Antrag oder von Amtes wegen erhoben werden oder dass untaugliche Beweise nicht zu erheben sind. Das ist der Grund für die "Entschlackung" des Textes.

Die neue Bestimmung ist natürlich aber auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich ein Urteil nur auf regelkonform erhobene Beweise abstützen darf. Daraus ergibt sich der neue Artikel 344. Bei Absatz 1 geht es um neue Beweise, d. h. um Beweise, die im Vorverfahren nicht erhoben wurden, aber rechtserheblich sind; solche Beweise hat das Gericht zu erheben. Gleiches gilt hierin auch für die Beweisergänzung, wenn für ein Urteil rechtserhebliche Beweise fehlen. Auch bei Absatz 2 geht es um rechtserhebliche Beweise, um solche, die bereits erhoben worden sind, bei deren Erhebung jedoch Verfahrensvorschriften verletzt wurden. Solche Beweise muss das Gericht noch einmal erheben, und zwar regelkonform. Schliesslich geht es bei Absatz 2bis um das eigentliche Unmittelbarkeitsprinzip. Das Gericht muss die Möglichkeit haben, im Vorverfahren ordnungsgemäss erhobene Beweise noch einmal zu erheben, wenn es der Auffassung ist, die unmittelbare Kenntnis des Beweises sei notwendig, um ein Urteil fällen zu können.

Damit ist der Gedanke der nationalrätlichen Kommission aufgenommen worden: Die Verbesserung ist enthalten, das Unnötige ist herausgestrichen worden. Es ist eine klarere Formulierung entstanden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Regelung Ihrer Kommission klarer, schlanker, präziser ist als jene des Nationalrates. Sie gibt dem Gericht genügend Ermessensspielraum, um das Unmittelbarkeitsprinzip sachgerecht anzuwenden.

Darum ersuche ich Sie, Ihrer Kommission zu folgen.

Angenommen - Adopté

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Art. 355

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Die Änderungen in den Absätzen 1 und 2 sind redaktioneller Natur. Bei Absatz 3 hat der Nationalrat jedoch eine materielle Änderung beschlossen. Gemäss der Fassung des Nationalrates können Strafen nach Absatz 1 Buchstaben b bis d miteinander kombiniert werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die insgesamt ausgesprochene Strafe die sechs Monate Freiheitsstrafe nicht überschreitet, dies unter Berücksichtigung einer zu widerrufenden bedingten Strafe. Diese Schranke gilt nicht, wenn zu einer Strafe nach Absatz 1 Buchstaben a bis d eine Busse ausgesprochen wird. Auf Empfehlung des Bundesrates hat sich unsere Kommission dem Nationalrat angeschlossen.

Angenommen - Adopté

Art. 360bis Abs. 2

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 360bis al. 2

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Art. 365 Abs. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 365 al. 1

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Art. 367

Antrag der Kommission
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 3

Stimmen die beschuldigte Person und mindestens 90 Prozent der Privatkläger, die mindestens 80 Prozent des Schadens eingeklagt haben, innert einer ihnen von der Staatsanwaltschaft anzusetzenden Frist der Anklageschrift zu, so übermittelt die Staatsanwaltschaft diese mit den Akten

AB 2007 S 727 / BO 2007 E 727

Antrag Marty Dick
Abs. 3
Festhalten

Art. 367

Proposition de la commission
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 3

Si le prévenu et au moins 90 pour cent des personnes constituant la partie plaignante pour au moins 80 pour cent du dommage acceptent l'acte d'accusation dans un délai fixé par le ministère public, ce dernier le

transmet avec le dossier

Proposition Marty Dick

Al. 3

Maintenir

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Zu den Artikeln 365 und 367: Wir sind hier im Kapitel "Abgekürztes Verfahren". Die Kommission schliesst sich dem Bundesrat und dem Nationalrat an; in Artikel 367 Absatz 3 hat sie aber mit 9 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung angebracht.

Ziel dieses Antrages ist, Grossprozesse besser bewältigen zu können und damit das Ziel zeitgerechter Urteile überhaupt zu erreichen. Die Regel greift also nur dann, wenn mindestens 90 Prozent der Privatkläger, die im fraglichen Prozess auftreten, zustimmen und mindestens 80 Prozent des Schadens eingeklagt haben. Es sollte verhindert werden, dass das Mittel der Zustimmungsbedürftigkeit gebraucht wird, um sich querulatorisch zu verhalten. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es bei Grossprozessen mit Hunderten von Klägern oft organisatorisch gar nicht möglich sei, überhaupt die Rückmeldung aller Privatkläger zu erhalten.

Herr Dick Marty beantragt Ihnen, an der ständerätlichen Fassung festzuhalten.

Marty Dick (RL, TI): Je vous propose de maintenir la version adoptée initialement par notre conseil.

L'article 367 doit être lu conjointement avec l'article 365. Ce dernier introduit la procédure simplifiée: lorsque le prévenu "a reconnu les faits déterminants pour l'appréciation juridique ainsi que, au moins dans leur principe, les prétentions civiles", il "peut demander l'exécution d'une procédure simplifiée au ministère public". C'est une excellente chose. Cette procédure simplifiée ne peut donc avoir lieu que lorsque le prévenu reconnaît sa faute et, dans leur principe, les prétentions de la partie civile.

L'article 367 alinéa 3 prévoit, selon la version du Conseil fédéral, que cette procédure simplifiée peut avoir lieu seulement si toutes les parties acceptent l'acte d'accusation. Cela nous a paru excessif, et cela aurait pour conséquence que la procédure simplifiée n'aurait pratiquement jamais lieu. Le Conseil national a adopté la version du Conseil fédéral.

Notre commission a discuté assez longuement de cet aspect et en est venue à présenter cette proposition qui prévoit que "si le prévenu et au moins 90 pour cent des personnes constituant la partie plaignante pour au moins 80 pour cent du dommage acceptent" etc. Si on y regarde de plus près, on constate que la solution que nous propose la commission, et que j'ai aussi soutenue en commission, est difficilement applicable. Imaginez qu'il y ait neuf plaignants: s'il y en a un qui s'oppose, il n'y a déjà plus le 90 pour cent requis et cela devient compliqué.

J'ai été rendu attentif à ce problème par des magistrats du ministère public et aussi par des avocats au cours du dernier week-end. Ils ont fait valoir les dangers des solutions du Conseil national et de notre commission: on risque de ne plus avoir de procédure simplifiée, qui facilite grandement l'administration de la justice, et - peut-être qu'on n'a pas suffisamment pris en considération cet aspect - on donne à la partie civile un moyen de pression qui peut conduire à des comportements très inquiétants. Le prévenu admet, par exemple, avoir enfoncé la porte; il admet qu'il doit la payer; le lésé peut lui dire que la porte coûte 3000 francs et que s'il ne lui donne pas cette somme, il n'accepte pas la procédure simplifiée. Cela peut conduire à des attitudes qui sont choquantes, à la limite du chantage.

Je trouve que la partie plaignante, dès lors que le prévenu a reconnu les prétentions sur le principe, ne doit plus donner son consentement. Nous sommes dans une procédure pénale et non dans une procédure civile. Donc s'il y a un litige sur la somme du dommage, ce n'est pas en bloquant la procédure simplifiée que l'on doit résoudre ce problème.

Je pense qu'il est beaucoup plus raisonnable de revenir à notre version initiale. Cela permet effectivement, je crois, de sauver la procédure simplifiée qui, je le répète, est une très bonne chose.

Schweiger Rolf (RL, ZG): Die Bestimmung, über die wir jetzt beraten, ist, was die praktische Seite anbelangt, wohl eine der wichtigsten dieser ganzen Strafprozessordnung. Wie schon Kollege Marty gesagt hat, geht es darum, unter Wahrung der vollen Rechtsstaatlichkeit Verfahrensmöglichkeiten zu suchen, bei denen der Aufwand hinsichtlich der Zeit und auch der Kosten in einem vernünftigen Rahmen bleibt; dies immer dann, wenn der Angeschuldigte geständig und bereit ist, die Ansprüche, welche ihm gegenüber von Zivilparteien gestellt werden, zumindest dem Grundsatz nach anzuerkennen.

In diesen Fällen kennen schon heute gewisse Kantone die Möglichkeit eines abgekürzten Verfahrens, und es ist vielleicht kein Zufall, dass gerade Vertreter dieser beiden Kantone - Tessin und Zug - zu diesem Thema sprechen. Diese beiden Kantone kennen das abgekürzte Verfahren und haben damit beste Erfahrungen gemacht. Selbstverständlich ist an den Anfang meines Referates über das abgekürzte Verfahren die Frage zu stellen, ob rechtsstaatliche Bedenken bestehen könnten, wenn wir Verfahren abkürzen.

Ich habe gerade in den letzten Tagen von verschiedensten Praktikern auf der einen Seite, aber auch von Leuten aus der Wissenschaft die Mitteilung bzw. den Wunsch erhalten, man möge doch auf Bundesebene eine Lösung treffen, wie sie in den Kantonen Zug und Tessin schon besteht; dies nicht nur von Personen aus dem Kanton Zug. Zur Frage der Rechtsstaatlichkeit: Das abgekürzte Verfahren darf dann und nur dann Platz greifen, wenn der Angeschuldigte geständig ist, wenn also feststeht, dass für ihn eine Verurteilung erfolgt. Das ist die Position des Täters. Die Position der Zivilparteien ist die, dass dann und nur dann das abgekürzte Verfahren zulässig ist, wenn der Angeschuldigte die Ansprüche ihnen gegenüber anerkennt. Die Situation ist also eher besser als bei einem ordentlichen Prozess, wenn das ganze Verfahren durchgeführt wird. Wenn das ganze Verfahren durchgeführt wird, steht selbstverständlich irgendwann einmal fest, ob überhaupt eine Schuld besteht oder nicht; es steht aber bedeutend weniger deutlich fest, wie es sich mit den Zivilansprüchen verhält. Das ist das eine.

Nun muss man sich die Frage stellen, ob gerade angesichts der Komplexität grosser Wirtschaftsprozesse - es sind uns in diesem Saal einige bekannt - unter rechtsstaatlichen Aspekten nicht auch eine Verkürzung dieser Verfahren, so es sich verantworten lässt, richtig sei. Es ist richtig, dass die Strafe in eine gewisse Nähe zur Tat rückt. Eine Verurteilung nach 10, 15, 20 Jahren ist mit dem, was man eigentlich will, nämlich die Strafe einigermaßen zeitgerecht auf die Tat folgen zu lassen, nicht mehr kompatibel. Darum glaube ich, dass man, im Gegensatz zum Antrag, den die Kommission für Rechtsfragen vorlegt, so entscheiden sollte, wie unser Rat in der ersten Phase entschieden hat.

Ist es notwendig, ein Quorum zu haben? Ist es überhaupt notwendig, dass die Zivilkläger in einer grossen Mehrzahl zustimmen? Ich glaube immer mehr, dass dem nicht so ist, weil die Ansprüche der Zivilbeklagten ja eben erfasst sind, zumindest dem Grundsatz nach. Und wenn es in einem ordentlichen Verfahren so ist, dass nur dem Grundsatz nach Ansprüche anerkannt werden und man sich im Verlaufe dieses Verfahrens über die Details nicht einigen kann, wird

AB 2007 S 728 / BO 2007 E 728

auch in einem ordentlichen Prozess über die Details eines solchen Anspruches nicht entschieden, sondern man wird auf den Zivilweg verwiesen.

Nun können Sie fragen: Warum kommt die Kommission für Rechtsfragen mit diesem Antrag? Die Situation war die, dass wir in einer ersten Phase darüber diskutiert haben, ob man sich dem Nationalrat anschliessen wolle oder nicht. Das Stimmenverhältnis war dann sehr knapp. Man hat dem Nationalrat zugestimmt. Aber wie es so ist: In Kommissionssitzungen spielen Mittagspausen eine relativ grosse Rolle; während der Mittagspause wurde der Eindruck erweckt, dass wir dieses ideale Institut nicht so schnell aufgeben dürften. Es wurde dann ein Rückkommensantrag gestellt und, darauf basierend, diese Formulierung vorgeschlagen, in der primären Meinung, dass zumindest eine Differenz zum Nationalrat bestehen bleiben soll. Es wäre aber richtig, diese so zu schaffen, dass man dem Antrag Marty Dick zustimmt, der sich verantworten lässt. Abschliessend und für die Nichtjuristen unter uns kann ich das anhand eines vielleicht typischen Falles, eines Anlagebetruges, erläutern: Ein Anlagebetrugsfall kann 10, 50, 100, 200, 300 oder 400 Geschädigte umfassen. Nehmen wir an, der Angeschuldigte gesteht in einem solchen Fall die Tat ein und ist auch bereit, diese Geschädigten zu entschädigen. Nun ist es aber möglich, dass nicht ganz klar ist, ob der von einigen der Opfer dieses Anlagebetrugs geltend gemachte Schaden wirklich so hoch ist. Der Angeschuldigte, der bei gewissen Fragen sagt, er könne sich mit der Argumentation nicht in vollem Umfang einverstanden erklären, tut dies nicht etwa aus Bösartigkeit. Dann kann es doch nicht sein, dass die Fraglichkeit bezüglich der Höhe einiger Ansprüche das ganze abgekürzte Verfahren ad absurdum führt.

Nehmen wir einen noch verständlicheren Fall, jenen eines Serieneinbrechers: Er begeht beispielsweise 35 Einbrüche. Er gesteht diese. Er gesteht z. B. in 30 Fällen: "Ja, ich habe genau diese Summe gestohlen. Ich gestehe auch ein, dass ich die Türe eingeschlagen habe; ich akzeptiere, dass die Türreparatur Fr. 123.50 gekostet hat." In 5 Fällen sagt er aber: "Ich habe die Türe nicht eingeschlagen." Oder: "Es ist nicht wahr, dass ich bestimmte Möbelstücke beschädigt habe; sie waren schon vorher beschädigt." Das ist eine Sache, die sich durchaus so verhalten kann.

Wenn es nun so wäre, dass ein hohes Quorum vorläge und fünf dieser Möbelinehaber sagen würden, nein, etwas sei eben doch gerade an dem Tag kaputtgemacht worden, dann scheitert ein solches Verfahren daran, dass diese fünf nicht zustimmen. Das ist die eine Seite. Und die andere Seite: Der Angeschuldigte sagt, okay, er sei bereit, diese fünf Möbelstücke zu bezahlen, obwohl er sie hundertprozentig nicht kaputtgemacht hat. Da entstehen oft Situationen, die nicht richtig sind.

Also glaube ich, dass die Lösung, wie sie unser Rat in der ersten Lesung beschlossen hat, richtig ist. Sie hat sich im Kanton Zug und im Kanton Tessin bewährt, und ich glaube, dass unser Rat demzufolge dem Antrag Marty Dick zustimmen sollte.

Blocher Christoph, Bundesrat: Dieses abgekürzte Verfahren - das muss man wissen - heisst deshalb so, weil nicht alle Ansprüche bis ins letzte Detail gerichtlich geklärt werden. Darum geht es auch schneller, und darum braucht es ein Einverständnis; denn diejenigen, die vor Gericht stehen und einer Regelung zustimmen, ohne dass sie gerichtlich sauber geklärt ist, müssen damit einverstanden sein. Sonst verlieren sie den Anspruch auf gerichtliche Beurteilung.

Zunächst zur Fassung des Bundesrates: An einem solchen Verfahren sind in der Regel eine beschuldigte

Person und Nebenkläger - vor allem auch solche mit grossen Zivilansprüchen - beteiligt, und die Klage soll in einem einzigen Verfahren erledigt werden, sodass auch diese Ansprüche erledigt sind. Deshalb ist es im Konzept des Bundesrates folgerichtig, dass sowohl die beschuldigte Partei wie auch die Privatkläger einem abgekürzten Verfahren zustimmen müssen; sonst verlieren sie den Anspruch auf eine gerichtliche Beurteilung.

Der Ständerat hat in einer ersten Fassung gesagt, er gehe von diesem Konzept weg, um das zu vermeiden, was Herr Schweiger zu Recht erwähnt hat, dass nämlich ein einziger Querulant unter den Privatklägern das ganze Verfahren zunichte machen könnte. Darum haben Sie damals bei Artikel 365 bei den Zivilansprüchen folgende Präzisierung eingeführt: "... insoweit sie nicht auf den Zivilweg verwiesen werden" Dort können die Parteien also nach Ihrem Konzept bezüglich solcher Ansprüche auf den Zivilweg verwiesen werden.

Herr Marty nimmt aber in seinem Antrag diesen Verweis auf den Zivilweg nicht mehr auf. Er beantragt Ihnen nicht das ursprüngliche Konzept Ihres Rates - vielleicht ist das ein Versehen -, sondern er will nur Artikel 367 Absatz 3 ändern. Wenn Sie dem zustimmen, besteht nicht einmal mehr die Möglichkeit, das Verfahren gemäss Artikel 365 auf den Zivilweg zu verweisen. Ich meine, wenn man den Antrag Marty Dick ernst nähme, müsste man auch das ganze damalige Konzept des Ständerates übernehmen, nämlich den Verweis auf den Zivilweg. Wenn das gemeint ist, können wir das heute noch tun, denn wir haben ja bei Artikel 365 noch eine Differenz. Wenn das ein Konzept ist, bitte ich Sie, das ganze Konzept zu übernehmen, wenn das nicht schon die Meinung ist.

Warum beantragen wir Ihnen aber, bei der bundesrätlichen Fassung zu bleiben? Das abgekürzte Verfahren bezweckt, ein strafrechtlich bedeutsames Geschehen, das auch zivilrechtliche Folgen hat, auf rasche und einfache Weise zu regeln. Aus diesem Grund setzt die Durchführung des abgekürzten Verfahrens denn auch voraus, dass die beschuldigte Person die Zivilforderungen zumindest dem Grundsatz nach anerkennt. In der Anklageschrift müssen darum die zivilrechtlichen Ansprüche sogar geregelt sein. Gerade der Umstand, dass sich die beschuldigte Person durch gewisse Eingeständnisse ein langes Straf-, aber auch Zivilverfahren ersparen kann, dürfte die Attraktivität des abgekürzten Verfahrens ausmachen. Werden nun aber in diesem Verfahren zivilrechtliche Fragen definitiv geregelt, so muss sich die Privatklägerschaft zu den anerkannten Forderungen äussern können, andernfalls würde ihr Anspruch aus Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der für die Beurteilung von Zivilansprüchen ein kontradiktorisches Verfahren ausdrücklich verlangt, verletzt. Unsere Fachleute sind der Meinung, dass die Menschenrechtskonvention mit dieser Fassung verletzt würde. Darum müssen wir Ihren Antrag ablehnen, weil er im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht.

Dagegen lässt sich auch nicht etwa einwenden, es bestehe kein Anspruch darauf, dass Zivilansprüche gleichzeitig mit der Strafsache beurteilt würden. Dies trifft zwar zu. Werden diese Zivilansprüche aber zusammen mit den Strafverfahren beurteilt, wie dies das abgekürzte Verfahren in der vorgeschlagenen Form vorsieht, so sind die erwähnten Garantien zugunsten der Privatklägerschaft zu beachten. Man hat keinen Anspruch darauf, dass es beurteilt wird, aber wenn es beurteilt wird, müssen die Verfahrensgrundsätze eingehalten werden. Nach dem Konzept des Bundesrates bedeutet die Zustimmung der Parteien zur Vereinbarung immer auch den Verzicht auf Rechtsmittel. Kann und muss nun die Privatklägerschaft der Vereinbarung nicht mehr zustimmen, so lässt sich daraus auch nicht mehr ein Rechtsmittelverzicht ableiten. Somit kann die Privatklägerschaft das abgekürzte Verfahren zwar nicht verhindern, indem sie nicht zustimmt, sie kann aber eine Verlängerung des Verfahrens bewirken, indem sie Rechtsmittel ergreift. Dies stellt aber geradezu den Hauptzweck des abgekürzten Verfahrens, möglichst rasch und einfach zu einem endgültigen Urteil zu gelangen, infrage. Denn der Zweck des abgekürzten Verfahrens ist es ja, dass es keine Rechtsmittel gibt.

Aus diesem Grund ersuche ich Sie, den Antrag Marty Dick abzuweisen und dem Entwurf des Bundesrates zu folgen.

Wenn Sie Sympathien für den Antrag Marty Dick haben, müssen Sie das ganze frühere Konzept des Ständerates übernehmen, sonst stimmt es nicht mehr überein. Ich kann diesen Antrag nicht stellen, aber vielleicht kann sich Herr

AB 2007 S 729 / BO 2007 E 729

Marty noch dazu äussern, vielleicht war dies seine Meinung; dann macht es zumindest insofern Sinn, als man noch auf das Zivilrecht verweisen kann. Der Antrag der Kommission enthält die gleichen Mängel, einfach nur noch für etwa 10 Prozent der Privatkläger - mindestens 90 Prozent der Privatkläger, die mindestens 80 Prozent des Schadens eingeklagt haben, stimmen dann ja zu. Aber für die anderen trifft das Gleiche zu, für sie werden in diesem Verfahren die Rechtsgrundsätze nicht eingehalten - dies ist nicht zulässig -, weil im Verfahren der Anspruch auf rechtliches Gehör usw. nicht gewährt wird. Darum bitten wir Sie - wir haben es noch einmal überprüft -, dem bundesrätlichen Konzept, das wäre das Konzept des Nationalrates, zuzustimmen. Ich gebe Herrn Schweiger Recht, es hat alles seine Vor- und Nachteile, aber beim bundesrätlichen Konzept sind die Nachteile am geringsten.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Der Klarheit halber: Herr Schweiger hat den Werdegang innerhalb der Kommission von Artikel 365 bzw. Artikel 367 richtig dargestellt. Es kam dann zu diesem Absatz 3 von Artikel 367 mit diesen Prozentsätzen, wenn auch mit einiger Skepsis in der Kommission.

Herr Marty hat nun einen Antrag zu Artikel 367 gestellt. Ich möchte aber festhalten, dass ich zu den Artikeln 365 und 367 zusammen referiert habe; diese gehören auch zusammen. Meines Erachtens sollte Herr Marty - er will ja das Konzept des Ständerates übernehmen, an unserem Beschluss festhalten - der Klarheit halber auch die ständerätliche Fassung von Artikel 365 übernehmen. Ich bitte ihn, sich diesbezüglich zu erklären.

Marty Dick (RL, TI): Je confirme, comme je l'ai développé oralement, que je vous propose de maintenir la version adoptée par notre conseil en première lecture. Il est donc évident que si nous rétablissons la situation telle qu'elle figure à l'article 367 alinéa 3, il faut aussi compléter l'article 365. En ce sens, je suis parfaitement d'accord.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich halte fest, dass sich der mündlich modifizierte Antrag Marty Dick auch auf Artikel 365 bezieht.

Schweiger Rolf (RL, ZG): Nur ganz kurz und im Wissen, dass man nach dem Bundesrat an sich nicht mehr plädieren sollte: Es ist aus dem Votum von Herrn Bundesrat Blocher der Eindruck entstanden, dass in Strafprozessen zumindest dem Grundsatz nach immer auch über die Zivilansprüche entschieden werde. Das ist in dieser Absolutheit nicht der Fall. In der überwiegenden Zahl der Strafverfahren werden strittige Zivilansprüche auf den Zivilweg verwiesen, und selbstverständlich hat der Geschädigte die Möglichkeit, auf dem Zivilweg seine Forderungen geltend zu machen. Wenn das abgekürzte Verfahren der EMRK widersprechen würde, wären die Verfahren in den Kantonen Zug und Tessin während Jahren nicht menschenrechtskonform gewesen. Ich glaube, dass sicher jemand auf die Idee gekommen wäre - davon muss man ausgehen, wenn man die Raffinesse der Verteidiger kennt -, das bei irgendeiner Instanz geltend zu machen. Das wurde nie getan.
Deshalb nochmals: Ich bitte Sie, dem Antrag Marty Dick zuzustimmen.

Präsident (Bieri Peter, Präsident): Ich möchte noch einmal festhalten, dass sich der modifizierte Antrag Marty Dick auch auf Artikel 365 bezieht.

Erste Abstimmung - Premier vote

Für den modifizierten Antrag Marty Dick 35 Stimmen

Für den Antrag der Kommission 2 Stimmen

Zweite Abstimmung - Deuxième vote

Für den modifizierten Antrag Marty Dick 37 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates 2 Stimmen

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 412 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 412 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei Artikel 412 Absatz 4 haben wir uns dem Nationalrat angeschlossen, dies aufgrund von Erkenntnissen, die im Laufe der Gesetzgebungsarbeiten zur Umsetzung der Strafprozessordnung gewonnen werden konnten.

Angenommen - Adopté

Art. 453bis-453quater

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Hier geht es um das Opferhilfegesetz. Es handelt sich lediglich um redaktionelle Änderungen.

Angenommen - Adopté

Art. 455 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 455 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Gemäss dem Bundesrat ist es im Sinne der Klarheit und der Rechtssicherheit richtig, wenn der letzte Satz gemäss Nationalrat gestrichen wird.

Angenommen - Adopté

Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts
Abrogation et modification du droit en vigueur

Ziff. II Ziff. 8
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
mit Ausnahme von:
Art. 58 Abs. 1
Aufheben

Ch. II ch. 8
Adhérer à la décision du Conseil national
à l'exception de:
Art. 58 al. 1
Abroger

Ziff. II Ziff. 9bis, 11
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II ch. 9bis, 11
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei der Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts geht es im Wesentlichen

AB 2007 S 730 / BO 2007 E 730

um redaktionelle Änderungen. Ich habe dazu sonst keine Bemerkungen.

Angenommen - Adopté

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)

Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 19.09.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 25.09.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 02.10.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)

Nationalrat/Conseil national 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2007 6977)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2007 6583)

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Unser Rat hat die neue Strafprozessordnung vom 18. bis 20. Juni als Zweitrat behandelt. Das Geschäft kam letzte Woche mit Differenzen aus dem Ständerat zurück. Ihre Kommission für Rechtsfragen hat die Differenzen heute Morgen behandelt. Unsere Anträge finden Sie auf der Fahne.

Die Kommission für Rechtsfragen hat sich bei den einzelnen Bestimmungen weitgehend der Fassung des Ständerates angeschlossen. Als wichtigste Differenzen bleiben erstens die Mediation, Artikel 317, und zweitens die Ausgestaltung des Erfordernisses der grundsätzlichen Anerkennung der Zivilansprüche durch die beschuldigte Person und die Zustimmung der Privatküglerschaft im abgekürzten Verfahren, Artikel 365 und 367.

In Bezug auf die Mediation hält die Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen an ihrer früheren Auffassung und am Beschluss unseres Rates fest, wonach die Mediation nicht in den Strafprozess aufgenommen werden soll - dies im Gegensatz zur Zivilprozessordnung. Weil ein Minderheitsantrag vorliegt, werden wir darüber noch diskutieren.

In Bezug auf die grundsätzliche Anerkennung der Zivilansprüche durch die beschuldigte Person hält die Kommission für Rechtsfragen bei Artikel 365 Absatz 1 an der Fassung des Bundesrates fest. Die grundsätzliche Anerkennung der Zivilansprüche durch die beschuldigte Person ist Voraussetzung für die Durchführung des abgekürzten Verfahrens. Dies ist quasi das Eintrittsgeld für das abgekürzte Verfahren. Der vom Ständerat eingefügte Vorbehalt der Verweisung der Zivilansprüche auf den Zivilweg stimmt mit der Regelung von Artikel 124 nicht überein. Denn zum einen zählt Artikel 124 die Fälle abschliessend auf, in denen eine Verweisung auf den Zivilweg erfolgt, und zum anderen sieht die Strafprozessordnung vor, dass nur der urteilende Richter und nicht der Staatsanwalt Zivilansprüche auf den Zivilweg verweisen kann.

In Bezug auf die Ausgestaltung der Zustimmung der Privatküglerschaft beantragt die Kommission für Rechtsfragen eine Änderung von Artikel 367 Absatz 2 sowie die Einführung von Artikel 367 Absatz 2bis. Der Ständerat strich die ursprüngliche Fassung von Artikel 367 Absatz 2, weil er befürchtete, dass das abgekürzte Verfahren kaum durchgeführt werden könnte, falls auch die Privatküglerschaft der Anklageschrift

zustimmen müsste. Er strich deshalb diese Voraussetzung. Die Streichung ist aus zwei Gründen nicht sachgerecht: Erstens ist sie mit dem Anspruch auf die richterliche Beurteilung von Zivilsachen in einem kontradiktorischen Verfahren nach Artikel 6 Ziffer 1 EMRK nicht vereinbar. Zweitens schafft sie Unsicherheit, ob die Privatklägerschaft gegen das Urteil Rechtsmittel ergreifen kann. Der neue Antrag der Kommission für Rechtsfragen zu Artikel 367 Absatz 2bis unterscheidet sich vom bundesrätlichen Entwurf dadurch, dass die Zustimmung der Privatklägerschaft vermutet wird, wenn diese die Anklageschrift nicht ausdrücklich ablehnt. Diese Regelung entspricht jener im Kanton Basel-Landschaft.

Weil kein Minderheits- oder Einzelantrag zu Artikel 367 Absätze 2 und 2bis vorliegt, wollte ich diese Überlegungen der Kommission für Rechtsfragen im Hinblick auf die weitere Differenzbereinigung festhalten.

Moret Isabelle (RL, VD), pour la commission: Dans l'ensemble, votre commission vous propose d'adhérer aux décisions du Conseil des Etats, sauf sur trois points.

Le premier point concerne la médiation; ce sont les articles 316 et 317, j'y reviendrai tout à l'heure. Le deuxième point concerne les articles 365 et 367, l'article 365 portant sur la procédure simplifiée et l'article 367 sur l'acceptation de l'acte d'accusation. Ces deux articles font l'objet d'une nouvelle formulation, adoptée à l'unanimité par la Commission des affaires juridiques; le troisième point de modification par rapport à la décision du Conseil des Etats est une proposition de la Commission de rédaction, acceptée également à l'unanimité, aux articles 375 et 414.

Premier point, les articles 316 et 317 concernant la médiation. Nous vous soumettons une proposition, acceptée par 10 voix contre 9 et 1 abstention au sein de la Commission des affaires juridiques. De quoi s'agit-il? Eh bien, la décision du Conseil des Etats ne nous convient pas, parce qu'elle ne permettrait pas une unification totale de la procédure pénale. Or, ce projet vise justement à unifier la procédure. Si l'on permet ensuite aux cantons, sur des points qui sont encore relativement importants, comme la médiation, de faire finalement comme ils veulent, nous allons à l'encontre de ce principe général que nous avons décidé, à savoir unifier la procédure pénale.

Néanmoins, il nous semble que la médiation est une institution intéressante et qu'elle pourrait persister dans les délits poursuivis sur plainte. Nous avons reçu au sein de la commission un courrier du 21 septembre 2007 de l'Office fédéral de la justice nous expliquant très clairement que même si nous renonçons à l'article 317 sur la médiation, celle-ci peut tout de même continuer à exister. Je me permets de vous le lire, de manière à ce que ce soit très clair: "Même en renonçant à l'article 317 du projet de procédure pénale, il serait possible d'avoir recours à des médiateurs dans trois points.

Premier point: l'article 316 prévoit la possibilité de mener une conciliation. Son champ d'application couvre les cas dans lesquels le canton de Zurich engage aujourd'hui une procédure de médiation, notamment en cas d'infraction poursuivie sur plainte et en cas de réparation. Dans le cadre de la conciliation au sens de l'article 316, le ministère public peut tout à fait conseiller aux parties de se tourner vers un médiateur. La procédure peut alors être suspendue pendant la médiation, en vertu de l'article 314 du projet de procédure pénale.

Deuxième point: il est en outre possible pour les cantons de mettre en place des services de médiation vers lesquels les parties peuvent se tourner.

Troisième point: il n'est pas non plus interdit au ministère public d'associer de sa propre initiative un médiateur aux discussions menées dans le cadre de la conciliation, avec l'accord des parties. Ici aussi, il peut s'agir d'un médiateur privé ou d'un médiateur engagé par le canton."

Aussi, puisque, malgré la proposition que nous vous faisons de biffer l'article 317, il est possible, dans le cadre de l'article 316, de prévoir une médiation sous l'égide du ministère public, la commission vous propose de simplement l'inscrire noir sur blanc à l'article 316 alinéa 5 qui traite de la conciliation. De cette manière-là, le justiciable, le ministère public et

AB 2007 N 1390 / BO 2007 N 1390

les cantons comprendront qu'il est possible, si le ministère public le désire, d'y faire appel.

Je vous remercie de bien vouloir suivre la commission.

1. Schweizerische Strafprozessordnung

1. Code de procédure pénale suisse

Art. 92 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 92 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Art. 144 Abs. 4

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)
Festhalten

Art. 144 al. 4

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)
Maintenir

Thanei Anita (S, ZH): Im ersten Durchgang der Beratung der Strafprozessordnung haben wir versucht, ein Gleichgewicht zu schaffen, indem wir die Parteirechte stärken wollten, um der Allmacht des Staatsanwaltes etwas entgegenzuhalten. Leider hat der Ständerat unseren Beschluss Schritt für Schritt zurückbuchstabiert und damit dieses Gleichgewicht gestört. Bei gewissen Fragen haben wir bereits nachgegeben, aber betreffend Artikel 144 bitte ich Sie, an unserem Standpunkt festzuhalten. Worum geht es? Artikel 144 regelt die Parteirechte bei der Beweisabnahme. Eine Partei und ihr Rechtsvertreter oder ihre Rechtsvertreterin haben das Recht, bei der Beweisabnahme anwesend zu sein und Fragen zu stellen. Es stellt sich nun die Frage, was mit diesen Beweisen geschehen soll, wenn eines dieser beiden Rechte - sei es das Teilnahmerecht, sei es das Recht, Fragen zu stellen - verletzt wird. In Absatz 4 ist ein Beweisverwertungsverbot enthalten, welches bestimmt, dass solcherart erhobene Beweise nicht verwertet werden dürfen. Die ursprüngliche Version des Bundesrates sah vor, dass dies nur dann eintritt, wenn die Partei nicht anwesend war, d. h., wenn das Teilnahmerecht verletzt wurde. Wir haben diese Bestimmung nach einer längeren Diskussion in der Kommission für Rechtsfragen und in der ersten Beratung hier im Rat dahingehend ergänzt, dass Beweise nicht zulasten einer Partei verwertet werden dürfen, deren Rechte verletzt wurden. Damit sind beide Rechte gemeint: nicht nur das Recht auf Anwesenheit, sondern auch das Recht, Fragen zu stellen. Der Ständerat will nun zurück zum Entwurf des Bundesrates und dieses Beweisverwertungsverbot verwässern, indem es nur dann gilt, wenn das Anwesenheitsrecht verletzt worden ist.

Ich bitte Sie, an unserer Version festzuhalten, damit auch eine Sanktion besteht, wenn eine Partei ihre Fragen nicht stellen konnte und diesbezügliches Recht verletzt wurde.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt. Die grüne Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Minderheit unterstützt.

Blocher Christoph, Bundesrat: Nach dem Entwurf des Bundesrates gilt das Beweisverwertungsverbot von Artikel 144 Absatz 4 nur in Bezug auf die Partei, die nicht anwesend war, nach der Fassung Ihres Rates und dem Antrag der Minderheit in Bezug auf die Partei, deren Rechte verletzt wurden. Es hat sich bei der erneuten ständerätlichen Beratung gezeigt, dass diese letztere Lösung unzweckmässig ist. Warum? Nach der Fassung Ihres Rates dürfen Beweise auch dann nicht verwertet werden, wenn die Partei zwar bei der Beweisabnahme anwesend war, jedoch keine Fragen stellen durfte. Die Nachteile sind nun die folgenden: Das Kriterium der Anwesenheit gemäss Entwurf des Bundesrates und Fassung des Ständerates ist einfach anwendbar, vor allem auch für das urteilende Gericht, das über die Beweisverwertung entscheiden muss. Stellt man nämlich darauf ab, ob jemand in seinem Fragerecht verletzt worden ist, so muss das urteilende Gericht entscheiden, ob die Verfahrensrechte verletzt worden sind, indem eine von einer Partei gestellte Frage bei der Einvernahme zu Recht nicht zugelassen wurde, etwa weil die Frage nicht den Verfahrensgegenstand betraf. Bejaht das Gericht, dass die Frage nicht zugelassen wurde, so wurde das Fragerecht nicht verletzt. Verneint es dies, so darf der Beweis nicht zulasten der Partei verwertet werden. Eine solche Beurteilung ist aber kaum möglich, weil nicht zulässige und damit nicht gestellte Fragen gar nicht im Protokoll erscheinen. Im Weiteren besteht die Gefahr des Missbrauchs: Eine Partei kann versuchen, die Unverwertbarkeit des Beweises zu erwirken, indem sie offensichtlich unzulässige Fragen stellt, welche die Verfahrensleitung zu Recht nicht zulässt. Danach wird die Partei geltend machen, ihr Fragerecht sei verletzt worden und der Beweis dürfe nicht verwertet werden. Die Folge der Unverwertbarkeit erscheint nicht

sachgerecht, wenn ausschliesslich das Fragerecht verletzt wird.

Jedes Beweisverwertungsverbot birgt die Gefahr, der materiellen Wahrheit wegen der Verletzung einer Vorschrift den Durchbruch zu versagen. Beweisverwertungsverbote sind deshalb nur in Ausnahmefällen vorzusehen, wenn fundamentale Normen verletzt werden und die Verletzung nicht anders behoben werden kann.

Darum ersuche ich Sie, der Mehrheit Ihrer Kommission und damit dem Ständerat und letztlich dem Entwurf des Bundesrates zu folgen.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Der Antrag der Minderheit Thanei, der Ihnen vorliegt, wurde heute Morgen in der Kommission für Rechtsfragen gestellt. Nach den Erläuterungen der Verwaltung, die von Herrn Bundesrat Blocher soeben dargelegt wurden, ist der Antrag ohne weitere Diskussion mit 7 zu 12 Stimmen unterlegen. Dabei ist die Kommission für Rechtsfragen dem Beschluss des Ständerates gefolgt. Ich ersuche Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 106 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 51 Stimmen

Art. 169 Abs. 2 Bst. b Ziff. 3; 181 Abs. 3bis; 211; 260 Abs. 1 Bst. b, c, Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 169 al. 2 let. b ch. 3; 181 al. 3bis; 211; 260 al. 1 let. b, c, al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

AB 2007 N 1391 / BO 2007 N 1391

Art. 316 Abs. 5

Antrag der Mehrheit

Im Rahmen des Vergleichs kann die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung der Parteien eine Mediatorin oder einen Mediator mit einer Mediation betrauen.

Antrag der Minderheit

(Amherd Viola, Baumann J. Alexander, Chevrier, Hochreutener, Pagan)

Streichen

Art. 316 al. 5

Proposition de la majorité

Dans le cadre de la conciliation, le ministère public peut, avec l'accord des parties, faire appel à un médiateur.

Proposition de la minorité

(Amherd Viola, Baumann J. Alexander, Chevrier, Hochreutener, Pagan)

Biffer

Art. 317

Antrag der Mehrheit

Festhalten

(= Streichen)

Antrag der Minderheit

(Hubmann, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 317

Proposition de la majorité

Maintenir

(= Biffer)

Proposition de la minorité

(Hubmann, Hämmerle, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Thanei, Vischer)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Differenzen bei den Artikeln 316 und 317 werden zusammen beraten.

Amherd Viola (C, VS): Eine knappe Mehrheit der Kommission hat Artikel 316 Absatz 5 angenommen: der Entscheid fiel mit 10 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung. Eine starke Minderheit hat sich gegen die Aufnahme dieses Absatzes, welcher explizit die Möglichkeit des Bezugs eines Mediators im Rahmen von Vergleichsverhandlungen vorsieht, ausgesprochen, und zwar aus folgenden Gründen: Artikel 316 sieht die Möglichkeit eines Vergleichs vor. In diesem Rahmen hat die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, die Parteien zur Durchführung eines Mediationsverfahrens zu ermuntern oder ihnen ein Mediationsverfahren zu empfehlen. Während der Mediation kann, gestützt auf Artikel 314, das Verfahren sistiert werden. Die Staatsanwaltschaft hat sogar die Möglichkeit, im Einverständnis mit den Parteien einen Mediator zu den Vergleichsverhandlungen beizuziehen. Das Ziel, welches mit dem neuen Absatz 5 verfolgt wird, kann auch ohne diesen Absatz erreicht werden. Das heisst nichts anderes, als dass Absatz 5 überflüssig ist, und Überflüssiges sowie Selbstverständliches soll nicht ins Gesetz aufgenommen werden. Sonst müssten wir weitere Selbstverständlichkeiten in den Gesetzestext verpacken, wogegen sich eine starke Minderheit der Kommission wehrt. Ein weiterer Grund für die Ablehnung des Mehrheitsantrages durch uns liegt darin, dass der Terminus Mediation sonst im gesamten Gesetzestext nicht zu finden ist. Wird er nun in Artikel 316 Absatz 5 plötzlich aufgenommen, führt dies zu Verständnisschwierigkeiten und Unsicherheit. Entsprechend bitte ich Sie namens einer starken Kommissionsminderheit, ihrem Antrag zuzustimmen und Absatz 5 zu streichen.

Hubmann Vreni (S, ZH): Ich spreche zu Artikel 317. Mit meinem Minderheitsantrag bitte ich Sie, die ursprüngliche Fassung des Bundesrates zu unterstützen, wonach die Staatsanwaltschaft jederzeit eine Mediatorin oder einen Mediator mit einer Mediation betrauen kann. Die Vorteile einer Mediation, gerade im Strafprozessrecht, haben wir Ihnen bereits in der letzten Debatte dargelegt. Die Bestrafung eines Täters hat unter anderem den Zweck, ihm zu zeigen, dass sein Verhalten falsch war. Sie hat den Zweck, ihn zur Einsicht zu bringen, dass er sein Verhalten ändern muss. Sie hat den Zweck, ihn zu resozialisieren. Das Mediationsverfahren ist in geeigneten Fällen, zum Beispiel bei Antragsdelikten, genau das richtige Instrument. Es bietet dem Täter die Möglichkeit, sich mit seiner Tat auseinanderzusetzen und sich zu überlegen, was er dem Opfer angetan hat. Er wird den Sinn seiner Bestrafung einsehen, sich vielleicht sogar beim Opfer entschuldigen und einen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten. Er übernimmt die Verantwortung für seine Tat. In der letzten Debatte habe ich hier ausgeführt, dass die Mediation besonders bei jugendlichen Straftätern sinnvoll ist. In der Kommission hat mich Herr Bundesrat Blocher darauf hingewiesen, dass die Mediation im Jugendstrafrecht - gerade wegen ihrer erzieherischen Wirkung - vorgesehen sei. Das ist sehr zu begrüßen. Niemand in diesem Saal wird aber bestreiten, dass auch erwachsene Männer manchmal erzieherischen Nachholbedarf haben, sonst wären sie ja nicht straffällig geworden. Die Mediation wird mithelfen, sie für die Probleme der Geschädigten zu sensibilisieren. Das ist die beste Prävention und eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft des Täters. In der Kommission wurde von den Gegnerinnen und Gegnern der Mediation unter anderem geltend gemacht, die Mediation hätte hohe Kosten zur Folge. Dieses Argument ist absolut unbegründet. Der Kanton Zürich, der die Mediation kennt, hat uns nämlich Zahlen geliefert. Die durchschnittlichen Lohnkosten pro Mediationsfall betragen ungefähr 600 Franken. Der Kanton Zürich rechnet mit 40 bis 50 Fällen pro Jahr. Das sind keine hohen Kosten. Wenn wir nämlich diesen Kosten den Nutzen einer Mediation gegenüberstellen, müssen wir über die Kosten gar nicht diskutieren, denn Strafverfahren sind viel teurer. Und vor allem wird jede weitere Straftat eines Delinquenten weit höhere Kosten verursachen. Ich bitte Sie deshalb, meinen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Huber Gabi (RL, UR): Ich spreche zu den Artikeln 316 und 317. Ich beginne mit Artikel 317: Hier stellt die Minderheit nun zum zweiten Mal den Antrag, die bundesrätliche Fassung zu übernehmen. Der Bundesrat selbst will das ja nicht mehr. Er beantragt wie die Mehrheit die Streichung. Die Fassung der Minderheit hat den eklatanten Mangel, dass die Mediationstauglichkeit der Fälle nicht definiert ist. Die ständerätliche Fassung ist insofern untauglich - sie steht hier ja nicht zur Diskussion -, als sie die Einführung der Mediation dem Belieben der Kantone überlässt und in diesem Bereich wieder den "Kantönigeist" einführt, während wir ja eine Rechtsvereinheitlichung anstreben. Man kann ja wirklich nicht sagen, dass sich die Kommission für Rechtsfragen nicht intensiv mit der Frage der Mediation befasst hätte. Wir hatten einen Antrag dahingehend gestellt, dass die Zürcher Fassung

übernommen werden könnte. Das funktioniert aber nicht, weil im Kanton Zürich die entscheidenden Elemente durch den Regierungsrat in einer Verordnung festgelegt wurden: zum Beispiel eben die mediationstauglichen Fälle und auch die Kostenfrage. Auf Bundesebene geht das nicht, der Bundesrat kann nicht in einer Verordnung diese Fragen zulasten der Kantone regeln. Es wurde ja jetzt reklamiert, wir hätten die falschen Zahlen aus dem Kanton Zürich berücksichtigt. Das ist auch nicht ausschlaggebend, sondern ausschlaggebend ist, dass die Mediationskosten grundsätzlich Verfahrenskosten sind; irgendjemand hat das zu bezahlen, und das würde mit jeder Garantie zu Mehrkosten zulasten der Kantone führen. Mit der Fassung

AB 2007 N 1392 / BO 2007 N 1392

der Minderheit wären die Kantone gezwungen, solche Mediationsstellen einzurichten. Deshalb haben sie ja auch Widerstand gegen die Einführung einer obligatorischen Mediation im Strafprozess angemeldet - und nichts anderes will ja jetzt die Minderheit.

Artikel 316 ist etwas - würde ich einmal sagen - Homöopathisches: Er kommt etwas der Psychologie und dem guten Gedanken entgegen. Wir unterstützen diesen Antrag. Wir meinen, man könne das, was laut Bundesrat ja ohnehin gelten würde, in der StPO festschreiben; es wurde uns gesagt, dass es ohnehin gelte, auch wenn wir es nicht festschreiben würden. Aber das Konzept des Bundesrates ist, nichts in die StPO zu schreiben, was ohnehin gilt. Wir waren der gegenteiligen Meinung, und darum wird die FDP-Fraktion bei beiden Artikeln jeweils den Antrag der Kommissionsmehrheit unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie bei Artikel 316 den Antrag der Minderheit, bei Artikel 317 den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): L'article 317 pose une question centrale, à savoir: est-ce que la médiation pénale sera inscrite dans cette loi? Je dois dire que la discussion sur ce sujet a été assez difficile, je dirai même relativement pénible. Nous n'avons en effet obtenu que très tardivement les informations que nous avons demandées concernant les cantons de Genève, de Vaud, de Neuchâtel, et au sujet de l'Autriche. Finalement, nous n'avons reçu qu'un rapport concernant le canton de Zurich, rapport qui tendait à démontrer que la médiation était une procédure chère et longue.

En quelque sorte, ce rapport a constitué l'arrêt de mort de la médiation pénale. Or, coup de théâtre: au moment du débat au Conseil des Etats, de nouvelles données sont parvenues de Zurich, qui sont beaucoup plus favorables et qui dénotent 100 pour cent de réussite dans les cas de médiation et à un prix estimé par cas qui a passé de 1400 à 507 francs! Evidemment, c'est providentiel! Je pense d'ailleurs que ces données ne sont pas arrivées par hasard sur la table de nos collègues du Conseil des Etats et qu'elles dénotent le fait que le canton de Zurich tient beaucoup à cette procédure, et qu'il ne veut pas qu'elle disparaisse du Code de procédure pénale.

Je voudrais ajouter encore que, ce qui m'a frappée dans ce débat, comme je l'avais d'ailleurs signalé lors de notre premier débat dans cette enceinte, c'est que la discussion a porté presque exclusivement sur la question du coût de cette procédure. Or, maintenant que l'on sait qu'elle coûte beaucoup moins cher que ce que l'on croyait, j'ai constaté qu'au Conseil des Etats, on a estimé que le coût n'était finalement plus la question principale et que cet argument n'était pas pertinent.

La seule position possible, pour les Verts, étant donné que nous avons ces nouvelles données, c'est d'en revenir à la première version du Conseil des Etats, c'est-à-dire d'adopter la proposition de la minorité Hubmann. En effet, la proposition de la majorité de la commission, à l'article 316, revient en quelque sorte à reléguer la médiation pénale avec la conciliation, comme un sous-produit de la conciliation. La version du Conseil des Etats porte atteinte au but d'unification du Code de procédure pénale et elle est problématique, dans ce sens-là. La seule solution, pour les Verts, reste de voter pour la médiation pénale dans sa version complète selon la première version du Conseil fédéral, c'est-à-dire d'adopter la minorité Hubmann. J'ajoute cependant que, pour ne pas tout perdre et pour avoir de toute manière la mention de la médiation pénale dans la loi, les Verts adopteront l'article 316 selon la version de la majorité. Ils préfèrent la version de la minorité Hubmann.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die EVP/EDU-Fraktion teilt mit, dass sie bei Artikel 316 den Antrag der Minderheit, bei Artikel 317 den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich spreche zuerst zu Artikel 317. Es geht um die Leidensgeschichte der Mediation in dieser Strafprozessordnung. Schon früher - beim Expertenentwurf, bei den Vernehmlassungsvorlagen, bei den Anträgen an den Bundesrat - ist diese Mediation einmal drin gewesen, einmal wieder nicht drin gewesen. Wir haben sie dann in der Schlussfassung im Bundesrat beschlossen. Aufgrund des starken Widerstands der Kantone - vor allem natürlich der kleineren Kantone, welche mit diesem Artikel verpflichtet würden, eine feste Mediationseinrichtung zu schaffen, auch wenn es vielleicht gar

keine Fälle oder nur einen pro Jahr gibt - hat der Bundesrat noch einmal beraten. Er schlägt Ihnen seine ursprüngliche Fassung, die heute von der Minderheit Hubmann wieder beantragt wird, nicht vor. Der Bundesrat ist der Meinung, Sie sollten der Mehrheit zustimmen und diesen Artikel streichen. Der Grund für die Ablehnung ist tatsächlich der, dass im Strafverfahren selbst die Mediation an sich eine fragwürdige Methode ist und einen beträchtlichen Aufwand erfordert. Da kommt die Frage: Wer bezahlt das Ganze? Wer bezahlt es? Es kommt natürlich in die Verfahrenskosten. Wie ist es dann bei Leuten, welche zahlungsunfähig sind? Es bezahlen die Kantone, die die festen Einrichtungen schaffen müssen. Vor diesem Hintergrund hatte die ursprüngliche Fassung keine Chance. An dieser Beurteilung und den Gründen, die beide Räte - auch Ihren Rat - zur Streichung von Artikel 317 bewogen haben, hat sich seither nichts geändert. Deshalb ist auch heute daran festzuhalten und der Minderheitsantrag Hubmann abzulehnen. Warum kommen wir wieder auf die ganze Sache zurück? Kurz vor der Beratung im Ständerat - eine Stunde vor der Beratung - wurde plötzlich ein neues Schreiben über Mediationsversuche in Zürich ausgeteilt. Dieses Schreiben konnte niemand bewerten, niemand konnte sagen, wie es jetzt ist. Die Ständeräte haben gesagt: Wir schaffen eine Differenz zum Nationalrat. Das haben sie dann gemacht. Wir haben dieses Schreiben analysiert und haben den Mitgliedern der Kommission einen eingehenden Bericht zugestellt. Darum ist die Mehrheit zur Auffassung gelangt, man sollte diesen Artikel streichen. Das beantragt sie denn auch. Nun zum neuen Artikel 316 Absatz 5: Dieser Antrag lag erst heute Morgen um 7.00 Uhr in der nationalrätlichen Kommissionssitzung vor. Wir haben auf diesen Antrag zunächst, auf den ersten Blick, gesagt: Was hier drinsteht, gilt ohnehin allgemein. Wir wollen nicht etwas ins Gesetz schreiben, das ohnehin schon allgemein gilt. Jetzt kann man sagen: Ja gut, wenn Sie halt etwas noch schreiben, das allgemein gilt, so hat das, wie Frau Huber gesagt hat, etwas Psychologisches; dann ist das auch keine Katastrophe. Vor diesem Hintergrund spricht aber gegen den Antrag, dass wir das an sich nicht tun sollten. Nun hat sich in der Zwischenzeit, auf den zweiten Blick, ergeben, dass dieser Antrag, wie er formuliert ist, über das Selbstverständliche hinausgeht. Aus diesem Grund ist er abzulehnen. Wir bitten Sie, den Antrag der Mehrheit, die sehr knapp zustande gekommen ist, abzulehnen und der Kommissionsminderheit zuzustimmen. Der Antrag geht weiter als eine Aufforderung oder ein Ratschlag an die Parteien, doch eine Mediation zu versuchen. Das kann man immer tun, das kann der Staatsanwalt jederzeit tun. Aber so, wie dieser Antrag formuliert ist, geht er darüber hinaus. Die Staatsanwaltschaft muss vielmehr die Person des Mediators bestimmen. Das heisst: Sie setzt einen Mediator ein und muss sich auch um dessen Ausbildung, die Kosten, die Rapportierungspflicht, seine Rechte und Pflichten kümmern. Das geht also über das Allgemeine hinaus. Wir werden diese Punkte, sollten Sie der Kommissionsmehrheit zustimmen, selbstverständlich in der ständerätlichen Debatte - das wäre dann die fünfte Beratung, nicht wahr? - noch einmal erläutern, weil dieser Antrag dem Ständerat bis jetzt noch nicht vorgelegen hat.

AB 2007 N 1393 / BO 2007 N 1393

Wir bitten Sie, bei Artikel 316 Absatz 5 dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Moret Isabelle (RL, VD), pour la commission: Je m'exprime tout d'abord sur la proposition de la minorité Hubmann à l'article 317. Madame Hubmann et sa minorité proposent de reprendre la première version du Conseil fédéral - première version puisque, entre-temps, le Conseil fédéral a changé d'avis et propose en fait de biffer simplement cet article. La majorité de la commission propose d'en faire de même.

Permettez-moi d'ajouter un argument à ce qui a déjà été dit à ce sujet: l'article 317, selon la version initiale du Conseil fédéral, permet une médiation aussi pour les délits poursuivis d'office. Or, il y aurait là une inégalité de traitement suivant que le lésé accepte ou non de participer à une procédure de médiation. Si le lésé est d'accord de procéder à une médiation aussi sur un délit poursuivi d'office, il pourrait y avoir un accord, alors que si le lésé n'accepte pas, ou pire encore, si le lésé n'est pas connu ou s'il s'agit d'un délit sans lésé particulier, il n'y aura pas de procédure de médiation possible. Vous voyez donc qu'il y a là clairement une inégalité de traitement pour la personne qui a commis le délit en fonction de l'existence et de l'accord du lésé.

En ce qui concerne l'article 316 alinéa 5, la commission, dans sa majorité, vous propose une sorte de position de compromis, c'est-à-dire d'inscrire noir sur blanc ce que l'Office fédéral de la justice nous a expliqué, à savoir qu'il est quand même possible d'utiliser uniquement, je le souligne, pour les délits poursuivis sur plainte, le système de la médiation. Il n'est pas nécessaire de l'inscrire dans la loi, c'est clair, mais si on le fait, ce sera plus facile pour les cantons et les justiciables de comprendre que cette institution existe dans le cadre de la conciliation pour les délits poursuivis sur plainte. C'est plus clair, justement, et cela donnera lieu à moins de confusion.

Pourquoi? Si vous ne l'inscrivez pas noir sur blanc, certains cantons ne sauront pas forcément que cela est possible alors que d'autres l'utiliseront, et vous aurez là à nouveau une diversification des pratiques et une inégalité de traitement, alors que nous voulons justement unifier la procédure. Il me semble qu'une institution aussi importante que la médiation, même si nous ne l'utilisons ici que dans le cadre de la procédure de conciliation, mérite d'être inscrite noir sur blanc dans le Code de procédure pénale.

Enfin, la prise de position de l'Office fédéral de la justice était claire: ceci est possible. J'ai quelques doutes maintenant en entendant Monsieur le conseiller fédéral. J'aimerais croire que la prise de position qui nous a

été communiquée - hier, pour moi, puisqu'elle nous a été remise dans un deuxième envoi - ne visait pas à troubler les partisans de la médiation, mais qu'elle avait véritablement un fondement.
C'est pour cette raison que je vous propose d'adopter la proposition de la majorité de la commission, qui est équilibrée et qui permet de trouver une solution pouvant satisfaire les partisans de la médiation qui ne trouveront, à mon avis, pas une autre majorité ici. De plus, elle est praticable, d'après ce que nous a expliqué l'Office fédéral de la justice.

Müller Thomas (C, SG), für die Kommission: Ich habe nur etwas zu Artikel 316 Absatz 5 beizufügen, wie er heute Morgen von der Mehrheit angenommen wurde. Beim Vortragen des Standpunktes der Minderheit ging bis jetzt ein Aspekt unter. Wenn Sie Artikel 316 Absatz 5 so im Gesetz stehenlassen und Artikel 317 nach der Mehrheitsauffassung streichen, dann kommt der Begriff Mediation ein einziges Mal in der Strafprozessordnung vor, nämlich in diesem Artikel 316 Absatz 5. Damit schaffen wir Unsicherheit insbesondere darüber, ob wir hier wieder eine kantonale Wahlkompetenz wollen oder nicht, Ausführungsbestimmungen über die Mediation im Strafprozess zu erlassen. Der Standpunkt unseres Rates war ganz klar: Wir wollen keine Mediation, wir wollen keine kantonale Lösung. Mit dieser Formulierung schaffen wir Unsicherheit.

Art. 316 Abs. 5 - Art. 316 al. 5

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 87 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 85 Stimmen

Art. 317

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 115 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 60 Stimmen

Art. 344

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Thanei, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)
Festhalten

Art. 344

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Thanei, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Vischer)
Maintenir

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Thanei ist zurückgezogen.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 365 Abs. 1

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 365 al. 1

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen - Adopté

Art. 367

Antrag der Kommission

Abs. 2

.... den Parteien. Diese haben innert zehn Tagen zu erklären, ob sie der Anklageschrift zustimmen oder sie ablehnen. Die Zustimmung

Abs. 2bis

Lehnt die Privatklägerschaft die Anklageschrift innert Frist nicht schriftlich ab, so gilt dies als Zustimmung.

Abs. 3

Festhalten

Art. 367

Proposition de la commission

Al. 2

.... aux parties. Celles-ci disposent d'un délai de dix jours pour déclarer si elles acceptent l'acte d'accusation ou si elles le rejettent. L'acceptation

Al. 2bis

L'acte d'accusation est réputé accepté si la partie plaignante ne l'a pas rejeté par écrit dans le délai imparti.

Al. 3

Maintenir

Angenommen - Adopté

AB 2007 N 1394 / BO 2007 N 1394

Art. 375 Abs. 3; 414 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 375 al. 3; 414 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

**Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts
Abrogation et modification du droit en vigueur**

Ziff. II Ziff. 8 Art. 58 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 8 art. 58 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen - Adopté

Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr

La séance est levée à 12 h 55

AB 2007 N 1395 / BO 2007 N 1395

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)

Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 19.09.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 25.09.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 02.10.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)

Nationalrat/Conseil national 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2007 6977)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2007 6583)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.07 (Fortsetzung - Suite)

1. Schweizerische Strafprozessordnung

1. Code de procédure pénale suisse

Art. 316 Abs. 5

Antrag der Mehrheit

Streichen

Antrag der Minderheit

(Berset, Epiney, Marty Dick, Sommaruga Simonetta)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 316 al. 5

Proposition de la majorité

Biffer

Proposition de la minorité

(Berset, Epiney, Marty Dick, Sommaruga Simonetta)

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Ich beantrage Ihnen, die Artikel 316 und 317 zusammen zu beraten, wie das auch der Nationalrat getan hat.

Bei Artikel 317 hat der Nationalrat mit 115 zu 60 Stimmen an der Streichung der Mediation festgehalten. Bei

Artikel 316 hat dann der Nationalrat einen Absatz 5 eingefügt, und zwar ganz knapp, mit einem Stimmenverhältnis von 87 zu 85. Ihre Kommission hat sich bei Artikel 317 einstimmig dem Nationalrat angeschlossen. Bei Artikel 316 Absatz 5 hat Ihre Kommission - in Übereinstimmung mit dem Bundesrat - mit 7 zu 4 Stimmen entschieden, diesen Zusatz, den der Nationalrat eingefügt hat, zu streichen. Wir haben hierzu einen Minderheitsantrag.

Die Kommissionsmehrheit ist der Überzeugung - ich spreche jetzt nur noch zu Artikel 316 Absatz 5 -, dass der Zusatz in Absatz 5, den der Nationalrat knapp mit 87 zu 85 Stimmen eingefügt hat, erstens überflüssig ist und zweitens nur Unklarheiten schafft.

1. Diese Bestimmung ist überflüssig, denn wir haben schon mehrmals betont, dass die Staatsanwaltschaft jederzeit, wenn sich der Einzelfall dazu eignet, eine aussenstehende Person, sei es einen Sachverständigen, einen Mediator oder eine diesbezüglich geeignete Person, beiziehen kann, um allenfalls in den verhandelbaren Punkten des Erwachsenenstrafprozessrechtes eine Lösung zu finden.

AB 2007 S 826 / BO 2007 E 826

2. Zur Unsicherheit: Der Standpunkt des Nationalrates war ganz klar: Man will keine Mediation, man will keine kantonale Lösung. Aber mit dem Einfügen von Absatz 5 gibt es tatsächlich Unsicherheiten. Hier kommt plötzlich der Ausdruck "Mediator" vor, und da stellt sich dann sofort die Frage, ob die Kantone die entsprechenden Organisationen in Bezug auf die Mediation auch stellen müssen.

Deshalb kommt die Mehrheit der Kommission klar zum Schluss, dass wir Absatz 5 streichen sollten.

Berset Alain (S, FR): La minorité que je représente est favorable à l'inscription d'un alinéa 5 à l'article 316, qui mentionne la possibilité de faire appel à un médiateur.

J'aimerais quand même vous rappeler qu'au départ - vous trouverez cela à la page suivante du dépliant -, la proposition de faire figurer la médiation dans le projet vient du Conseil fédéral, avec un article 317 très complet, et aussi très compliqué. Or parce qu'il était très compliqué, nous l'avons simplifié lors de nos travaux pour qu'il soit beaucoup plus concis et précis. A ce sujet, je crois que le Conseil des Etats a vraiment fait son travail. Il a vraiment essayé de laisser la possibilité aux cantons d'avoir recours à la médiation, comme le souhaitait d'ailleurs au départ le Conseil fédéral, mais en l'inscrivant dans un texte qui soit concis et précis.

Nous avons vu, et le rapporteur l'a rappelé, que le Conseil national n'en voulait pas et qu'il a proposé quelque chose d'encore plus concis à l'article 316 alinéa 5 - la dernière mention de la possibilité pour les cantons de faire appel à un médiateur. Aujourd'hui, si j'ai bien entendu son argumentation, le rapporteur nous a dit que la majorité de la commission avait préféré tenter de mettre en oeuvre la volonté du Conseil national, qui était de ne pas avoir de médiation du tout, plutôt que de suivre ou de tenter de mettre en oeuvre la volonté du Conseil des Etats, qui était d'avoir une médiation dans ce projet.

Je vous propose donc au nom de la minorité, de ne pas biffer l'alinéa 5 pour garder la possibilité pour les cantons de faire appel, dans des cas précis, à des médiateurs. Unifier un code de procédure pénale, c'est très bien, mais unifier là où ce n'est pas nécessaire, c'est-à-dire restreindre inutilement la marge de manoeuvre des cantons pour faire appel à la médiation, cela me paraît être le pas de trop, et je vous propose ainsi de ne pas biffer l'alinéa 5.

Bonhôte Pierre (S, NE): Je rappelle que lors de notre dernier débat, par notre refus de nous rallier à la décision du Conseil national en matière de médiation, nous avons exprimé la volonté que notre commission se penche encore une fois, et de manière plus approfondie, sur cette question-là, à la lumière des documents que nous avons reçus du canton de Zurich et qui constituaient des informations nouvelles que nous n'avions pas eu le temps d'analyser en détail. Aujourd'hui, je ressens une pression pour liquider le traitement de cet objet au cours de la présente session, et je regrette qu'on ne tienne pas compte de la préoccupation qui avait été exprimée la dernière fois. Le monde ne s'arrêtera pas de tourner à la fin de la législature! Il m'apparaît que si le Code de procédure pénale doit être soumis au vote final en décembre 2007 seulement, les choses continueront encore à fonctionner dans ce pays.

Sur le fond, le Conseil national veut l'unification complète du Code de procédure pénale, et jusque dans les moindres détails. Il ne veut pas laisser de place aux différences de sensibilité entre les cantons; il ne veut pas laisser de place à l'expérimentation, ni à l'innovation. Je le regrette, mais je constate toutefois qu'il a fait un pas dans notre direction, en ajoutant un alinéa 5 à l'article 316, qui formalise les possibilités de médiation dans le cadre de la conciliation et pour les délits qui sont poursuivis sur plainte uniquement. Et si je dis que la version du Conseil national formalise cette possibilité de médiation, c'est parce que celle-ci existe de toute façon dans le cadre de la conciliation, le président de la commission l'a rappelé tout à l'heure.

Dans un courrier du 21 septembre 2007 adressé à la Commission des affaires juridiques du Conseil national par l'Office fédéral de la justice, qui a été cité en séance dudit conseil par la rapporteure de langue française, il est écrit:

"Même en renonçant à l'article 317 du projet de procédure pénale, il serait possible d'avoir recours à des médiateurs dans trois points:

1. L'article 316 prévoit la possibilité de mener une conciliation. Son champ d'application couvre les cas dans

lesquels le canton de Zurich engage aujourd'hui une procédure de médiation, notamment en cas d'infraction poursuivie sur plainte et en cas de réparation. Dans le cadre de la conciliation au sens de l'article 316, le ministère public peut tout à fait conseiller aux parties de se tourner vers un médiateur. La procédure peut alors être suspendue pendant la médiation, en vertu de l'article 314 du projet de procédure pénale.

2. Il est en outre possible pour les cantons de mettre en place des services de médiation vers lesquels les parties peuvent se tourner.

3. Il n'est pas non plus interdit au ministère public d'associer de sa propre initiative un médiateur aux discussions menées dans le cadre de la conciliation, avec l'accord des parties."

Dans la mesure où la possibilité existe implicitement, il m'apparaît préférable de l'explicitier. Le remplacement de l'article 317 par un article 316 alinéa 5 permettrait d'explicitier la médiation limitée au cas des délits poursuivis sur plainte. Il est évidemment un peu dommage que le Conseil national propose de se limiter au cas des délits poursuivis sur plainte, dans la mesure où la médiation offre aussi des possibilités dans le cas des délits poursuivis d'office.

La médiation, je le rappelle, n'empiète pas sur les pouvoirs du juge, elle n'entame pas le monopole étatique de la justice, mais elle vise au rapprochement de la victime et de l'auteur, au cas où ils sont d'accord de le faire et cela sans préjuger de la décision finale de la justice.

Cela dit, la version du Conseil national m'apparaît constituer un compromis que nous pouvons accepter et que je vous invite à accepter. Certes, cet article n'est pas indispensable, mais il aide les non-spécialistes à avoir une bonne compréhension du Code de procédure pénale. A mon sens, il ne met pas de l'insécurité dans ce code, mais de la clarté. Je vous rappelle qu'un des objectifs que nous poursuivons dans le cadre de la procédure pénale, c'est que les dispositions soient explicites et que le texte soit compréhensible par les profanes.

Je vous invite donc à créer cette clarté et cette transparence au sujet de la médiation en vous ralliant à la solution du Conseil national.

Pfisterer Thomas (RL, AG): Einverstanden, diese Vorlage kann in dieser Legislatur zu Ende geführt werden. Worüber entscheiden wir heute? Ich glaube, es ist in der Debatte vom letzten Mittwoch, die ich nachgelesen habe, deutlich geworden: Es geht darum, dass der Rechtsstaat gewahrt werde, dass das Strafmonopol gewahrt werde und dass der Verfolgungszwang gewahrt werde. Das ist ausser Diskussion und völlig klar. Jetzt stellt sich die Frage, welche Sicherungen in der Lösung, die uns jetzt der Nationalrat unterbreitet hat, eingebaut worden sind. Zunächst einmal gibt es "Türen" in formeller Hinsicht. Es braucht die Zustimmung des Staatsanwaltes oder des Richters, der sagt: Wir machen eine Mediation. Dann braucht es die Zustimmung des Opfers. Es braucht drittens die Zustimmung des Täters, und viertens, am Schluss der Übung, geht das Ergebnis dann wiederum an die Behörde, und diese entscheidet darüber, ob sich daraus Folgerungen ergeben oder nicht. Das ist diese vierfache Sicherung, die die Lösung des Nationalrates enthält.

Neben diesen verfahrensmässigen "Türen" gibt es inhaltliche "Türen". Das Gesetz, das wir vor uns haben, das Strafgesetzbuch, um das es ja eigentlich geht, enthält inhaltlichen Spielraum in dieser Richtung. Sie erinnern sich an die Diskussion um die allgemeinen Vorschriften zum Strafgesetzbuch. Dort hat man sich darum bemüht, genau diese "Türen" zu öffnen: Ein Verzicht auf den Strafanspruch ist möglich, man hat das Antragsdelikt wieder geschaffen, man hat die Wiedergutmachung und andere Strafbefreiungsgründe

AB 2007 S 827 / BO 2007 E 827

ausgebaut. Darüber hat man damals diskutiert. Jetzt ginge es darum, die verfahrensmässigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die Türen sind also weit offen, vom Verfahren wie vom Inhalt her. Sie haben aber auch den Kommissionspräsidenten gehört, der meines Erachtens zu Recht gesagt hat, wenn wir gar nichts regeln, sei eine derartige Vermittlung zulässig: durch den Staatsanwalt, oder, so würde ich meinen, durch den Richter, oder durch einen Dritten, beispielsweise eben durch jemanden in einer Mediationsfunktion. Ich glaube, seine Interpretation ist richtig.

Genau da aber setzt meine Sorge an: Wenn eine Vermittlung durch einen Mediator oder eine Mediatorin zulässig ist, frage ich, ob dann die Kontrolle über diesen Vorgang sichergestellt ist. Das bezweifle ich sehr. Ich will meinen Beitrag dazu leisten, dass die Mediationstätigkeit, die im Sinne des Kommissionspräsidenten zulässig ist, kontrolliert und im Rahmen der Rechtsordnung durchgeführt wird. Dies ist, wenn wir Absatz 5 nicht als Minimallösung aufnehmen, meines Erachtens nicht gewährleistet. Das ist meine Sorge aus rechtsstaatlicher Sicht. Ich würde Ihnen das nicht vortragen und mich nicht wieder einmischen, wenn ich nicht unter dem Eindruck stände, dass wir hier möglicherweise etwas Gefährliches beschliessen. Die Lösung des Nationalrates enthält wenigstens minimale Sicherheiten, indem der Staatsanwalt das Verfahren führt. Ich hätte gerne mehr Sicherheiten eingebaut, beispielsweise eine Verschwiegenheitspflicht. Eine solche müsste der Staatsanwalt jetzt halt eben im Einzelfall anordnen.

In der Diskussion des Nationalrates gab es, soweit ich es mitbekommen habe, ein Gegenargument, mit dem man sich, gerade im Ständerat, schon auseinandersetzen muss: Ist das ein Einbruch in die Vereinheitlichung des Strafprozesses? Wie es der Nationalrat jetzt formuliert hat, ist es das nicht mehr. Es ist ein Teil des Spielraums, den man dem Staatsanwalt ohnehin gibt. Vom Gedanken der Vereinheitlichung her ist es also

unproblematisch. Ich meine, es wäre fast überheblich, wenn man die guten Erfahrungen, die in diesem Land, aber auch im Ausland, zum Teil gemacht worden sind, einfach übergeht.

Letztlich ist doch der strafrechtliche Sinn massgebend: Es geht nie darum - ich unterstreiche das -, irgendein amerikanisches "plea bargaining" einzuführen, es geht nicht um einen Straferlass als Gegenleistung für irgendein Geständnis; das ist nicht Thema dieser Übung. Es geht nur um eine Ergänzung, es geht letztlich darum, eine höhere Hürde einzubauen. Wenn jemand bereit, wenn jemand dem Opfer entgegenkommt und sich vor allem entschuldigt, so ist das doch ethisch vertretbar und viel wertvoller, als wenn er eine riesige Busse zu bezahlen hat! Ich meine, dass das noch zusätzlich sinnvoll sei. Das haben wir mit dem Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches gewollt!

Denken Sie vor allem auch an Situationen von Gewaltdelikten in der Familie. Die Leute müssen dort auch über das Strafverfahren hinaus zusammenleben! Ich habe konkrete Fälle vor Augen, wo die Leute weiterhin zusammenleben müssen. Das geschieht besser, wenn man ihnen nachher irgendeinen Eingangsweg erleichtert. Auch wenn sie nicht zusammenleben, haben sie Beziehungen; denken Sie an Verhältnisse von Kindern zu geschiedenen Eltern usw. Es geht nicht um eine Lockerung des Strafanspruches, sondern im Gegenteil: Bei einer richtig verstandenen Mediation geht es um eine Verschärfung, denn es ist schwieriger - noch einmal - zu bereuen, als nur eine Busse zu bezahlen. Diese Einsicht verlangen wir, wir verlangen Selbstverantwortung. Wir beraten jetzt ein Gesetz zum Vormundschaftsrecht, bei dem zu Recht auf mehr Selbstverantwortung hingewirkt wird. Genau darum geht es hier auch. Es ist schwieriger wiedergutzumachen, als nur zu bezahlen. Darum, meine ich, sollten wir dem Nationalrat zustimmen. Die Kostenfrage ist vom Tisch - zu Recht -, sie ist nicht begründet erhoben worden.

Bisher hat das Plenum des Ständerates in seinen Entscheiden diesen Mediationsvorlagen immer zugestimmt! Ich erinnere Sie insbesondere an die Diskussion vom 28. November des Jahres 2000 über die Jugendstrafrechtspflege. Dort haben wir nicht nur über die Jugendstrafrechtspflege diskutiert, und vom Bundesratstisch aus wurde nicht nur über die Jugendstrafrechtspflege, sondern generell über die Strafrechtspflege gesprochen. Der Ständerat hat damals zugestimmt, und seit dem letzten Mittwoch ist die Welt nicht neu erfunden worden.

Ich meine darum, es sei vernünftig, wenigstens hier dem Nationalrat zuzustimmen, dem Staatsanwalt damit die Verantwortung aufzubürden, dass die Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wenn man die Vor- und Nachteile abwägt, ist das ein gangbarer Weg. Wenn dann in fünf oder zehn Jahren mehr Erfahrungen vorliegen, kann man ja mehr übernehmen. Die Erfahrungen in andern Ländern sind gut, und wir können uns nicht überheblich darüber hinwegsetzen.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Herr Kollege Pfisterer hat versucht, uns ein Seminar über die Mediation zu bieten. Er hat aber eben ganz allgemein zur Mediation gesprochen: Kindesverhältnis usw. Wir sind hier im Strafprozessrecht für Erwachsene, und ich habe immer gesagt - im Zivilprozess ist es eine andere Frage -, dass beim Jugendstraftprozessrecht, das Sie wahrscheinlich in der Wintersession beraten werden, die Mediation einen anderen Platz hat.

Herr Pfisterer hat davon gesprochen, dass der Staatsanwalt die Kontrolle haben solle. Hierzu brauchen wir keine neue Bestimmung; lesen Sie doch Artikel 316 auf Seite 1 der Fahne! Absatz 1 lautet: "Soweit Antragsdelikte Gegenstand des Verfahrens sind, kann die Staatsanwaltschaft die antragstellende und die beschuldigte Person" - also beide Seiten - "zu einer Verhandlung vorladen mit dem Ziel, einen Vergleich zu erzielen." Dann hat Herr Pfisterer auch noch die Wiedergutmachung gemäss Strafgesetzbuch herangezogen; hierzu haben wir Absatz 2 von Artikel 316, der lautet: "Kommt eine Strafbefreiung wegen Wiedergutmachung nach Artikel 53 StGB infrage, so lädt die Staatsanwaltschaft die geschädigte und die beschuldigte Person zu einer Verhandlung ein mit dem Ziel, eine Wiedergutmachung zu erzielen." Wir haben also alles bereits im Gesetz geregelt. Wenn Sie diesen neuen Absatz 5 von Artikel 316 dazunehmen, dann schaffen Sie, wie ich es bereits gesagt habe, Unsicherheiten - abgesehen davon, dass er überflüssig ist. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Kommissionmehrheit zuzustimmen.

Blocher Christoph, Bundesrat: Zur bewegten Geschichte der Mediation: Das letzte Mal, als Sie darüber berieten, entstand eine grosse Konfusion, weil eine Stunde vor der Sitzung ein Schreiben des Kantons Zürich an Herrn Pfisterer ausgeteilt wurde. Dieses Schreiben konnten wir einfach nicht mehr beurteilen; meine Leute und ich bekamen es vor der Türe des Saales, weshalb wir nicht Stellung dazu nehmen konnten. Darum haben Sie bewusst eine Differenz geschaffen. Herr Schiesser sagte damals, es liege eine neue Situation vor, die er nicht beurteilen könne; Sie sollten daher eine Differenz schaffen. Herr Lauri sagte, er möchte Mediationen bei Antragsdelikten und wäre froh, wenn man nochmals darüber spräche. Dieses Schreiben ist analysiert worden. Wir haben die Analyse sowohl der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates als auch Ihrer Kommission zugestellt: Es ist keine grundsätzlich neue Situation entstanden. Darum ist es gut, dass der Nationalrat an der Streichung von Artikel 317 festgehalten hat und dass sich auch Ihre Kommission dafür ausspricht, wie es ihr der Bundesrat erneut vorgeschlagen hat. Ursprünglich sprach sich der Bundesrat ja für eine andere Lösung aus, fasste dann aber einen neuen Beschluss; deshalb gibt es jetzt keine Differenzen mehr.

Nun zur Differenz bei Artikel 316 Absatz 5: Der entsprechende Antrag wurde in der nationalrätlichen Kommission morgens um sieben Uhr ausgeteilt. Es war also ein ganz neuer Antrag, und wir konnten ihn nur schnell in der Sitzung beurteilen. Wir sind nicht ganz unschuldig daran, dass der Nationalrat ihm zugestimmt hat - ich bitte das zu entschuldigen -, denn wir sagten bei einer Beurteilung auf den ersten

AB 2007 S 828 / BO 2007 E 828

Blick, das entspreche dem, was das Gesetz ohnehin vorsehe; es sei nichts anderes. Auch die Antragstellerin sagte, sie wolle nichts anderes. Darauf sagten wir, Selbstverständliches sollte man nicht festhalten, aber wenn der Nationalrat Selbstverständliches festhalten wolle, sei es kein Unglück. Das war die Beurteilung auf den ersten Blick; es betrifft auch die Frage von Herrn Lauri, der das letzte Mal sagte, er möchte, dass bei Antragsdelikten Mediationen gemacht werden können. Die Möglichkeit von Vergleichen ist im Gesetz ausdrücklich enthalten, der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen. Die Staatsanwaltschaft kann den Parteien im Rahmen von Vergleichsverhandlungen nämlich jederzeit empfehlen, eine Vermittlung oder eine Mediation durchzuführen und das Verfahren während dieser Zeit zu sistieren.

Nun hat der zweite Blick - nach dieser Sitzung morgens um sieben Uhr - etwas anderes ergeben. Ich habe das dann um elf Uhr, also vier Stunden später, im Plenum gesagt, aber ich habe gesagt, es sei auch kein Unglück, wenn der Nationalrat jetzt eine Differenz schaffe, weil wir es dann im Ständerat gründlicher anschauen könnten. Das war dann der Grund dafür, dass der Nationalrat mit 87 zu 85 Stimmen bei 2 Enthaltungen diese Fassung beschlossen hat. Sie sehen also, dass man auch dort unsicher war.

Wenn man es jetzt genauer anschaut, sieht es anders aus. Die Ergänzung geht über das hinaus, was das Gesetz heute vorsieht, und hat für die Kantone Konsequenzen. Wir müssen Ihnen beantragen, die Bestimmung auch materiell abzulehnen, wie das die Mehrheit Ihrer Kommission auch tut. Sie legt nämlich fest, dass die Staatsanwaltschaft einen Mediator betraut - sie betraut ihn. Das geht weiter als die Aufforderung oder ein Ratschlag an die Parteien, eine Mediation zu versuchen oder zur Unterstützung der Staatsanwaltschaft bei den Vergleichsverhandlungen einen Mediator beizuziehen. Damit gibt es Verpflichtungen für die Kantone. Es ist also etwas anderes, wenn man jemanden betraut. Die Staatsanwaltschaft beauftragt einen Mediator damit, Kompetenzen wahrzunehmen, nämlich die Vergleichsverhandlungen zu führen, welche von Gesetzes wegen der Staatsanwaltschaft zustehen. Eine solche Kompetenzdelegation kennt das Strafprozessrecht sonst nur beim Beizug von Sachverständigen, welche Sachverhaltsfragen erhellen, weil die Strafbehörde das Fachwissen nicht hat.

Die vorgeschlagene Regelung führt nun dazu, dass die Staatsanwaltschaft mittels Vertrag einen Mediator einsetzt, sich über dessen Ausbildung und Fähigkeiten Rechenschaft geben lassen muss, die Höhe des Honorars vereinbaren und beispielsweise auch die Rapportierungspflicht regeln muss. Das führt zu einem Regelungsbedarf. Wenn Sie diesen Absatz 5 nicht streichen, geht die vorgeschlagene Regelung also über das hinaus, was das Gesetz heute vorsieht; das haben wir damals in der Kommission übersehen. Sie schafft einen neuen Typus eines Gehilfen der Staatsanwaltschaft und braucht damit auch eine Regelung.

Wir bitten Sie deshalb, der vom Nationalrat mit nur 87 zu 85 Stimmen beschlossenen Ergänzung nicht zu folgen und stattdessen dem Antrag der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen, also Absatz 5 zu streichen.

Pfisterer Thomas (RL, AG): Sie gestatten mir zwei kurze Bemerkungen:

1. Herr Bundesrat, Sie haben jetzt gesagt, das Gesetz ermögliche die Vermittlung; man könne das dem Text entnehmen. Ich vermag das in diesem Text nicht zu sehen; das steht hier nicht.

2. Sie haben etwas in den Begriff "betrauen" hineininterpretiert. Das ist eine Interpretation von Ihnen! Man kann das auch absolut anders verstehen, nämlich so, wie es Bundesrat und Ständerat in der Diskussion um Artikel 317 zum Ausdruck gebracht haben.

Es bleibt nach meiner Meinung also eine Differenz zwischen dem, was der Kommissionspräsident gesagt hat, und dem, was ich Ihnen sage bzw. was der Nationalrat beschlossen hat.

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Ich möchte wirklich nicht, dass es zu einer weiteren Diskussion kommt, aber ich möchte eines festhalten: Der Staatsanwalt hat die Leitung des Verfahrens. Im Rahmen der Leitung dieses Verfahrens kann er Sachverständigen Aufträge geben. Er kann, wie es dieser Artikel vorschreibt, Vergleichsverhandlungen führen. Er kann diesen Personen den Ratschlag geben, zum Pfarrer zu gehen - sage ich mal - bzw. eben zu irgendwelchen Personen zu gehen, die vermitteln können. Das kann er alles, und deshalb bleibe ich bei meinem Votum.

Marty Dick (RL, TI): J'aimerais dire que je déplore les conditions dans lesquelles on termine l'examen de cette loi, qui est fondamentale. Le Conseil fédéral, sur la médiation, a changé complètement d'idée, on ne sait pas très bien pourquoi: au dernier moment, son représentant avait suggéré une solution au Conseil national et, aujourd'hui, il vient dire: "Non, elle était fausse." On discute des problèmes le matin à sept heures et on n'arrive pas à finir la discussion puisqu'il faut courir pour venir au conseil. On convoque une autre réunion pour ce matin sans avoir adressé d'invitation écrite, et certains commissaires, comme Monsieur

Bonhôte, moi-même et d'autres, ne savaient même pas qu'il y avait cette séance! Je trouve que ce n'est pas sérieux!

Pour des raisons de prestige, on veut terminer l'examen de ce projet avant les élections, alors que rien n'empêcherait, pour faire un travail sérieux, d'entendre, par exemple, de manière exacte de la bouche des responsables du canton de Zurich, comment se déroule leur médiation. Et puis non, on ne le veut pas. Pour ma part, je ne voterai pas cette loi!

Blocher Christoph, Bundesrat: Ich möchte nur noch Herrn Pfisterer entgegen: "Betrauen", sagen Sie, könne man auslegen, wie man wolle. Wir hatten das Wort "betrauen" bereits im ersten bundesrätlichen Entwurf, in Artikel 317, drin und haben auch explizit gesagt, was es heisst. Wir können ja nicht einmal sagen, "betrauen" heisse dies, es sei nämlich im Sinne von "einsetzen" zu verstehen, und ein anderes Mal sagen wir, "betrauen" könne auch etwas anderes heissen. Es sind ja strafrechtliche Formulierungen. Das ist nicht auf meinem Mist gewachsen, das darf ich Ihnen sagen, ich bin ein Feld-, Wald- und Wiesen-Jurist, ich bin kein Strafrechtsspezialist. Aber wir haben das ja untersuchen müssen: "betrauen" heisst "einsetzen", das haben wir in der Botschaft zu Artikel 317 auch so erklärt. Jetzt können wir deshalb nicht sagen, das sei etwa das Gleiche wie der blosse Beizug eines Mediators.

Woraus geht das hervor? Dass der Staatsanwalt gemäss Artikel 316 solche Vermittlungen machen kann, wenn der Täter und das Opfer einverstanden sind - wie Sie es dargelegt haben -, ist selbstverständlich; das erkläre ich hiermit auch in diesem Rat, das ist auch die Meinung. Wir haben es in der ersten Botschaft nicht ausgeführt, weil wir damals bei Artikel 317 ein anderes Modell hatten. Wenn Sie Artikel 317 streichen, ist es so - das ist heute die klare Auffassung -, dass der Staatsanwalt das tun kann. Aber das heisst nicht "betrauen", das haben wir leider übersehen. Das kann passieren, wenn Sie am Morgen schnell eine Sitzung haben.

Ich bitte Sie jetzt aber, nicht das Ganze fallenzulassen. Denn wenn wir diese Vorlage zum Strafprozessrecht - es ist ein Jahrhundertwerk - jetzt einfach nicht verabschieden wollen, geht das nach den Wahlen wieder neu los; ich erinnere Sie an das Bundesgerichtsgesetz von anno dazumal.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 26 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 13 Stimmen

Art. 317

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

AB 2007 S 829 / BO 2007 E 829

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Art. 365 Abs. 1; 367 Abs. 2, 2bis, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 365 al. 1; 367 al. 2, 2bis, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei den Artikeln 365 und 367 hat der Nationalrat ohne Gegenstimme eine neue Regelung getroffen. Ihre Kommission hat sich nach längerer Diskussion nun einstimmig dem Nationalrat angeschlossen. Die Diskussion in unserer Kommission richtete sich nicht grundsätzlich gegen das abgekürzte Verfahren, sondern es ging um die Modalitäten, um die Frage der Effizienz dieses Verfahrens.

Nochmals: Wir schliessen uns dem Nationalrat an.

Angenommen - Adopté

Art. 375 Abs. 3; 414 Abs. 1 Bst. a

Antrag der Kommission

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Differenzen - Divergences

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)

Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)

Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 19.09.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.07 (Fortsetzung - Suite)

Nationalrat/Conseil national 25.09.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Differenzen - Divergences)

Nationalrat/Conseil national 02.10.07 (Differenzen - Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)

Nationalrat/Conseil national 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2007 6977)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2007 6583)

1. Schweizerische Strafprozessordnung

1. Code de procédure pénale suisse

Art. 316 Abs. 5

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Moret, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Steiert)

Festhalten

Art. 316 al. 5

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Moret, Hämmerle, Hubmann, Leutenegger Oberholzer, Menétrey-Savary, Sommaruga Carlo, Steiert)

Maintenir

Moret Isabelle (RL, VD): Je vous propose, au nom d'une minorité de la commission, de maintenir votre décision précédente concernant la possibilité de prévoir une médiation dans le cadre de la conciliation, médiation qui se ferait sous l'égide du ministère public et uniquement dans le cadre des délits poursuivis sur plainte. Pourquoi?

1. Cela permettrait une meilleure information. Il s'agit en effet d'un problème d'équité: s'il est inscrit noir sur blanc qu'il y a la possibilité pour le ministère public de faire appel à un médiateur, même les personnes qui n'ont pas d'avocat auront connaissance de cette possibilité simplement en

AB 2007 N 1577 / BO 2007 N 1577

lisant la loi. Et nous avons toujours voulu créer un Code de procédure pénale qui soit clair et lisible.

2. C'est aussi une question de légitimation: si le système est inscrit dans la loi, il n'y aura plus besoin de discuter ensuite pendant des heures pour savoir si cela est possible ou non. Si on ne l'inscrit pas dans la loi, il faudra toujours invoquer la prise de position du Département fédéral de justice et police du 21 septembre 2007 pour voir qu'effectivement, cela est possible. En le mettant noir sur blanc dans la loi, c'est beaucoup plus clair et donc légitime.

3. Il y a enfin - et c'est, me semble-t-il, le plus important - une question de contrôle. Avec la solution que vous avez adoptée la dernière fois et que la minorité propose de maintenir, on sait que le médiateur est sous le contrôle du ministère public. Ce sera donc à lui, le cas échéant, d'imposer un délai pour que la conciliation avance, de vérifier qui est le médiateur et que n'importe qui ne soit pas nommé, et également à lui, le cas échéant, de vérifier l'indépendance de ce médiateur. Si on ne le met pas noir sur blanc dans la loi, on ne saura pas qui contrôle le médiateur.

Il est faux également de dire que, si on inscrit cette disposition dans la loi, cela obligera les cantons à instituer la médiation. En effet, beaucoup d'entre vous ne veulent pas obliger les petits cantons à introduire une procédure qui pourrait être trop coûteuse. Vous avez vu que la formulation qui était utilisée était une "Kann-Vorschrift", et la rédiger de manière plus souple n'est pas possible. Donc les cantons sont libres de le faire dans le cadre de l'interprétation qui a été donnée par le département lors du précédent débat, puisque j'ai eu l'occasion de vous lire sa prise de position du 21 septembre dernier. Or, clairement, personne n'a voulu, au sein de la Commission des affaires juridiques, obliger les cantons à introduire une telle médiation. Il faut dire très clairement qu'ils seront libres de le faire sur la base du courrier du département du 21 septembre 2007.

J'aimerais terminer en disant que la médiation nous a beaucoup occupés au sein de la commission. Elle a aussi beaucoup occupé le Conseil fédéral puisque, lors de sa première présentation du Code de procédure pénale, il était en faveur d'une médiation (art. 317). Ensuite, visiblement, Monsieur le conseiller fédéral Blocher n'y était, lui, pas favorable, et il a pu convaincre le Conseil fédéral de changer d'avis puisque maintenant, la position officielle du Conseil fédéral est de ne plus du tout mentionner la médiation dans la loi. Le Conseil des Etats a fait une première proposition relative à la médiation, qui n'a pas convenu à la commission de notre conseil, qui a travaillé sur une autre version qui n'a pas convenu non plus.

On voit donc qu'il y a eu plusieurs essais pour tenter d'introduire la médiation dans le code. Cela explique pourquoi, finalement, nous vous présentons assez tard cette proposition de minorité qui, elle, pourrait réunir une majorité au sein des deux conseils.

Il me semble que ce n'est pas trop tard, et que nous avons tout à fait la possibilité d'achever l'examen du Code de procédure pénale cette session encore, cette législature encore, parce que les deux conseils sont vraiment très proches. C'est une solution réduite qui vous est proposée ici et qui permettra à des cantons, comme par exemple à celui de Zurich, de continuer à procéder de la manière dont ils le font actuellement. Donc, en suivant la proposition de la minorité et en maintenant la position prise lors de notre précédent débat, vous ne prenez pas le risque de rejeter tout le Code de procédure pénale puisqu'une Conférence de conciliation serait agendée demain matin. J'ai bon espoir qu'une décision sera prise dans un sens ou dans un autre, mais il est sûr que l'examen du Code de procédure pénale sera achevé cette session.

Je vous propose donc de maintenir votre décision, à savoir d'introduire l'article 316 alinéa 5 prévoyant la médiation dans le cadre de la conciliation uniquement pour les délits poursuivis sur plainte.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Recordon Luc (G, VD): Pour les Verts, en effet, la proposition de la minorité Moret, si elle est très minimaliste par rapport à ce qui était initialement prévu dans le projet et qui s'est progressivement restreint, mérite néanmoins d'être soutenue. L'ancrage de principe, dont l'auteur de la proposition a fait état, est une chose importante. Il est important de considérer que la médiation n'est pas un gadget, que c'est un mode non conflictuel de résolution des litiges entre les citoyens et qu'à ce titre, cela représente souvent une grande amélioration pour la position de la victime, du lésé - lorsqu'il y en a -, qui a ainsi la possibilité de voir reconnu le tort qui lui a été causé et de mieux supporter les conséquences des dommages subis.

Une autre raison est de nature purement économique et pratique: la médiation fait gagner de l'argent au système judiciaire parce que cela le débarrasse, surtout dans le cadre de la proposition de la minorité Moret, de différentes causes qui l'embouteillent. Le contentieux de masse, au tribunal pénal, est particulièrement lourd. Savez-vous à quel point les juges d'instruction sont complètement surchargés par des affaires qu'on pourrait considérer comme des cas bagatelles, comme des affaires ridicules de plaintes pour injures, pour diffamation, etc., apparues dans un cadre familial ou de voisinage? Toutes ces affaires qui occupent - assez

inutilement, il faut le dire - les autorités d'instruction peuvent en bonne partie être réglées à satisfaction par la médiation et surtout réglées d'une manière beaucoup plus approfondie, de façon à ce que cela ne ressorte pas sous la forme d'une nouvelle plainte quelques mois ou quelques années plus tard, et pis encore - et en cela, ce n'est pas du tout un contentieux ridicule -, que cela ne finisse par dégénérer dans des affaires plus graves lorsque la tension monte petit à petit dans des cas mal résolus. Il y a donc une quantité de raisons d'approuver la médiation, et en particulier la médiation pénale, dans les "petits litiges".

Je vous invite donc, puisque Madame Menétrey-Savary est contre son gré plus ou moins vissée à son rôle de rapportrice et qu'elle ne peut pas le dire - mieux que je ne l'aurais fait -, ici, au nom du groupe des Verts, à appuyer très fermement la proposition de la minorité Moret.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Blocher Christoph, Bundesrat: Wir haben beim grossen Vorhaben der eidgenössischen Strafprozessordnung noch eine letzte Differenz; ich hoffe, dass wir sie heute bereinigen können. Ich fühle mich bei dieser Angelegenheit - am Anfang waren die Positionen nicht klar - nicht ganz unschuldig. An der letzten Kommissionssitzung zur Differenzbereinigung, morgens um sieben Uhr, wurde der Antrag Moret eingereicht; wir haben ihn erstmals während der Sitzung gesehen. Auf den ersten Blick schien es - das haben wir gesagt -, er entspreche dem, was im Strafprozess ohnehin gilt: dass der Staatsanwalt eine Mediation oder eine Vermittlung empfehlen und den Leuten schmackhaft machen kann. Daraufhin hat die Kommission dem Antrag mit 10 zu 9 Stimmen zugestimmt. Ich habe den Antrag gestellt, man solle das streichen - was sowieso gilt, soll man nicht ins Gesetz aufnehmen -, aber gesagt, eine Annahme sei auch keine Katastrophe.

Auf den zweiten Blick haben wir gesehen, dass der Antrag nicht dem entspricht, was allgemein im Strafprozess gilt, sondern dass er weit darüber hinausgeht. Ich habe das im Plenum - drei Stunden später - Ihnen gegenüber noch angetönt. Sie haben dem Antrag mit 87 zu 85 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Im Ständerat, das war später, konnten wir in dieser Angelegenheit natürlich fundiert Auskunft geben und mussten der Kommission und dann auch dem Plenum klar sagen, dass dieser Antrag über das

AB 2007 N 1578 / BO 2007 N 1578

hinausgehe, was ohnehin gilt, und deshalb abzulehnen sei. Die Kommission des Ständerates hat dies mit 7 zu 4 Stimmen getan, der Ständerat mit 26 zu 13 Stimmen. Heute früh hat Ihre Kommission die Ergänzung ebenfalls abgelehnt, mit 10 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wir ersuchen Sie, der Kommissionsmehrheit und damit dem Ständerat zu folgen, und zwar nicht um die letzte Differenz auszuräumen, sondern aus sachlichen Gründen. Es wäre falsch, wenn Sie das drinlassen würden. Das Anliegen von Frau Moret war es, in der Strafprozessordnung ausdrücklich festzuhalten, welche Möglichkeiten bei der Mediation auch ohne deren ausdrückliche Regelung im gestrichenen Artikel 317 bestehen. Frau Moret stützte sich dabei auf das Arbeitspapier des Bundesamtes für Justiz vom 21.

September 2007, nach welchem die Staatsanwaltschaft im Rahmen von Vergleichsverhandlungen nach Artikel 316 den Parteien die Konsultation eines Mediators empfehlen oder einen solchen beiziehen kann. Das Wort in Absatz 5 ist aber ein anderes und lautet - wie schon in Artikel 317 - "betrauen". Das geht eben weit darüber hinaus. Bei Artikel 317 bestand klar die Meinung, dass Mediatoren nicht nur sollten beigezogen werden können, sondern dass sie die Verhandlungen zwecks Erzielens einer Vereinbarung leiten sollen. Es liesse sich nicht begründen, weshalb der Begriff "betrauen" hier plötzlich einen ganz anderen Sinn haben sollte, plötzlich eine freiwillige Empfehlung bedeuten würde.

Weiter spricht gegen Absatz 5, dass damit in der Strafprozessordnung nur an einem einzigen Ort von Mediatoren und Mediatorinnen die Rede wäre, ohne dass deren Stellung, Aufgaben und Befugnisse näher festgelegt würden. Das schafft Unsicherheit darüber, ob die Kantone hier nähere Regelungen erlassen dürfen oder sogar müssen.

Die Antwort ist klar: Sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat haben Artikel 317 in der ursprünglichen Fassung des Ständerates verworfen, wonach die Kantone eine Mediation vorsehen können. Dieser Entscheid wurde mit der Absicht gefällt, bei der Mediation keine kantonalen Regelungen zuzulassen. Angesichts dieses Grundsatzentscheides würde die Erwähnung der Mediation in einem einzigen Absatz des ganzen Gesetzes Unsicherheit und Zweifel hervorrufen.

Schliesslich wurde im Ständerat die Frage aufgeworfen, weshalb die Botschaft des Bundesrates nichts zur selbstverständlichen Möglichkeit des Einsatzes von Mediatoren sage. Dazu gab es keinen Anlass, weil damals Artikel 317 noch eine umfassende Regelung vorsah. Es war deshalb nicht nötig und angezeigt darzulegen, was gelten würde, wenn die Mediation gesetzlich nicht geregelt wäre. Ich darf Ihnen aber sagen - auch zuhänden des Plenums und des Amtlichen Bulletins -: Auch wenn Sie diese Bestimmung streichen, ist es selbstverständlich, dass der Staatsanwalt eine Vermittlung oder eine Mediation empfehlen kann. Aber er kann nicht jemanden mit einer Mediation "betrauen". Daher müssen Sie diesen Absatz ablehnen. Das bräuchte für die Kantone wiederum eine Regelung, denn wenn sie jemanden betrauen können, müsste man auch sagen, wer dieser Jemand ist.

Ich bitte Sie deshalb, hier nicht am Entscheid Ihres Rates festzuhalten, sondern der Kommissionsmehrheit und dem Ständerat zu folgen und Artikel 316 nicht zu ergänzen.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD), pour la commission: Par un curieux retournement de situation, je me retrouve bombardée rapporteuse et je dois exposer la position de la majorité, alors que je me situe dans la minorité! Mais je peux vous assurer que je vais accomplir cette tâche, comme toutes les autres d'ailleurs, au plus près de ma conscience et avec objectivité.

La question de la médiation a donné lieu à beaucoup de tergiversations. Vous vous souvenez peut-être que lors de son dernier passage devant notre conseil, l'article 316 alinéa 5 dont nous discutons aujourd'hui avait été accepté, par 87 voix contre 85. Aujourd'hui, la majorité vous propose de vous rallier à la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire de biffer la mention de la médiation dans le Code de procédure pénale.

En fait, il faut souligner que biffer cette notion de la loi ne signifie pas pour autant faire disparaître la médiation dans les faits. Tant le Conseil des Etats que le Conseil national ont insisté sur le fait que la médiation pourra continuer d'exister, même si cela n'est pas expressément mentionné dans la loi. Un certain nombre de cantons, dont le canton de Zurich, qui est le plus déterminé je crois dans cette voie, mais aussi ceux de Genève ou de Vaud, utilisent déjà cette possibilité, ils sont satisfaits de cette procédure et pourront continuer ainsi.

La majorité a exprimé trois soucis dans la discussion. Le premier souci est de maintenir l'unification de la procédure pénale. Ce souci est surtout celui de notre conseil, d'ailleurs, puisque le Conseil des Etats, lui, a choisi de laisser les cantons libres de choisir cette procédure. Cette possibilité est maintenant éliminée et la procédure est véritablement unifiée.

Le deuxième souci de la majorité est de maintenir le monopole étatique de la justice et l'autorité du ministère public par rapport à une forme de procédure qui est perçue comme une privatisation de la justice.

Et le troisième souci, que beaucoup ont exprimé, c'est que la possibilité de recourir à la médiation n'entraîne pas de frais supplémentaires pour les cantons, notamment à cause d'une obligation de mettre en place les institutions nécessaires. Sur cet aspect, j'aimerais souligner, Monsieur le conseiller fédéral Blocher vient encore de le dire, qu'il y a peut-être un malentendu entre les versions en français et en allemand. La proposition de la minorité prévoit qu'on peut "faire appel à un médiateur"; en allemand le terme "betrauen" a un sens un peu différent: il s'agit de "donner mandat". La majorité estime que ce terme implique que les cantons sont obligés de mettre en place un organe de médiation.

Je rappelle que la majorité estime que la mention de la médiation à l'article 316 alinéa 5 intervient un petit peu comme une notion tombée du ciel vu qu'il n'y a pas les dispositions explicatives qui figuraient dans l'article 317. C'est en quelque sorte un résidu - je ne dirai pas que c'est un cheveu sur la soupe, mais cela y ressemble un peu -, et étant donné que c'est tout ce qui reste de cette possibilité, autant la supprimer parce qu'elle est maintenant, selon la majorité, inutile et peu claire, et qu'elle pourrait entraîner des confusions. Enfin le dernier élément qui joue un rôle pour la majorité, c'est la pression du temps. Nous arrivons au terme de la dernière session de la législature, il serait dangereux de renvoyer à plus tard la fin de l'examen du Code de procédure pénale; nous voulons terminer maintenant.

Par conséquent, la majorité vous recommande de rejeter la proposition de la minorité Moret.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 73 Stimmen

AB 2007 N 1579 / BO 2007 N 1579

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 375 al. 3; 414 al. 1 let. a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Wicki Franz (C, LU), für die Kommission: Bei den folgenden Bestimmungen gibt es redaktionelle Änderungen, welche wir auf Antrag der Redaktionskommission so übernommen haben.

Angenommen - Adopté

[▲ Top of page](#)

 [Home](#)

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Schlussabstimmung - Vote final

[Botschaft des Bundesrates 21.12.05 \(BBI 2006 1085\)](#)
[Message du Conseil fédéral 21.12.05 \(FF 2006 1057\)](#)
[Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 \(Erstrat - Premier Conseil\)](#)
[Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 \(Fortsetzung - Suite\)](#)
[Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 \(Fortsetzung - Suite\)](#)
[Nationalrat/Conseil national 18.06.07 \(Ordnungsantrag - Motion d'ordre\)](#)
[Nationalrat/Conseil national 18.06.07 \(Zweitrat - Deuxième Conseil\)](#)
[Nationalrat/Conseil national 19.06.07 \(Fortsetzung - Suite\)](#)
[Nationalrat/Conseil national 20.06.07 \(Fortsetzung - Suite\)](#)
[Ständerat/Conseil des Etats 19.09.07 \(Differenzen - Divergences\)](#)
[Ständerat/Conseil des Etats 20.09.07 \(Fortsetzung - Suite\)](#)
[Nationalrat/Conseil national 25.09.07 \(Differenzen - Divergences\)](#)
[Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 \(Differenzen - Divergences\)](#)
[Nationalrat/Conseil national 02.10.07 \(Differenzen - Divergences\)](#)
[Ständerat/Conseil des Etats 05.10.07 \(Schlussabstimmung - Vote final\)](#)
[Nationalrat/Conseil national 05.10.07 \(Schlussabstimmung - Vote final\)](#)
[Text des Erlasses 1 \(BBI 2007 6977\)](#)
[Texte de l'acte législatif 1 \(FF 2007 6583\)](#)

**1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse**

Abstimmung - Vote
Für Annahme des Entwurfes 35 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(7 Enthaltungen)

05.092

**Strafprozessrecht.
Vereinheitlichung
Procédure pénale.
Unification**

Schlussabstimmung - Vote final

Botschaft des Bundesrates 21.12.05 (BBI 2006 1085)
Message du Conseil fédéral 21.12.05 (FF 2006 1057)
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.06 (Erstrat - Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 07.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 11.12.06 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Ordnungsantrag - Motion d'ordre)
Nationalrat/Conseil national 18.06.07 (Zweitrat - Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 19.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 20.06.07 (Fortsetzung - Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 19.09.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 20.09.07 (Fortsetzung - Suite)
Nationalrat/Conseil national 25.09.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 27.09.07 (Differenzen - Divergences)
Nationalrat/Conseil national 02.10.07 (Differenzen - Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)
Nationalrat/Conseil national 05.10.07 (Schlussabstimmung - Vote final)
Text des Erlasses 1 (BBI 2007 6977)
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2007 6583)

Eggy Jacques-Simon (RL, GE), pour la commission: Je dois vous faire une déclaration au nom de la Commission de rédaction de langue française. Vous le savez, ce projet d'unification de la procédure pénale est un énorme pavé. Vous l'imaginez bien aussi, l'interprétation par les tribunaux, les

AB 2007 N 1732 / BO 2007 N 1732

juges, les avocats, ne sera pas une mince affaire. La Commission de rédaction de langue française a passé de nombreuses heures sur ce texte. Mais, naturellement, il est nécessaire que l'administration aide les Commissions de rédaction et qu'il y ait une relecture par le département compétent, en l'occurrence par l'Office fédéral de la justice.

Dans la deuxième partie de la relecture par la Commission de rédaction, nous avons manqué de soutien. Nous avons écrit deux fois au Département fédéral de justice et police pour demander que, par exemple, la collaboratrice de langue française qui nous avait assistés pendant la première partie soit à disposition pour cette deuxième partie. Monsieur le conseiller fédéral Blocher nous a répondu qu'il était d'accord en principe. En réalité, nous n'avons pas eu d'aide. La collaboratrice en question n'a jamais reçu les textes. Par conséquent, la Commission de rédaction de langue française estime qu'elle n'a pas pu faire son examen dans les meilleures conditions. Elle pense qu'il y a là un danger et considère que c'est regrettable. La Commission de rédaction de langue française estime qu'elle devait prendre date ici, dans la perspective d'éventuelles difficultés dans l'interprétation. Elle aimerait que cela ne se reproduise pas. Mon propos n'est pas sans rapport avec le vote final qui vient d'avoir lieu sur la loi sur les langues. En effet, à la Commission de rédaction, nous nous sommes rendu compte que, dans l'élaboration des lois par ce Parlement, on ne prenait pas assez en considération la langue française. *(Applaudissements)*

1. Schweizerische Strafprozessordnung
1. Code de procédure pénale suisse

Abstimmung - Vote

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 05.092/4911)

Für Annahme des Entwurfes 175 Stimmen

Dagegen 11 Stimmen

[▲ Top of page](#)

[Home](#)

Geschäft / Objet:

Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO)

Code de procédure pénale suisse (Code de procédure pénale, CPP)

Gegenstand / Objet du vote:

Schlussabstimmung

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 05.10.2007 09:17:55

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	+	E	ZH
Alleman	+	S	BE
Amherd	+	C	VS
Amstutz	+	V	BE
Aubert Josiane	+	S	VD
Baader Caspar	+	V	BL
Bader Elvira	+	C	SO
Banga	+	S	SO
Barthassat	+	C	GE
Baumann Alexander	+	V	TG
Bäumle	+	-	ZH
Beck	=	R	VD
Berberat	o	S	NE
Bernhardsgütter	+	G	SG
Bigger	+	V	SG
Bignasca Attilio	+	V	TI
Binder	+	V	ZH
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	+	C	LU
Brunner Toni	+	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	+	C	SG
Bugnon	+	V	VD
Bührer	+	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Carobbio Guscetti	+	S	TI
Cassis Ignazio	+	R	TI
Cathomas	+	C	GR
Chevrier	+	C	VS
Daguet	+	S	BE
Darbellay	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	+	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	+	V	BS
Dupraz	%	R	GE
Egerszegi-Obrist	#	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	+	R	NW
Fasel	+	G	FR
Fässler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	+	V	VD
Favre	+	R	VD
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH
Fehr Mario	+	S	ZH

Fluri	+	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	+	V	VS
Frösch	+	G	BE
Füglister	+	V	AG
Gadient	+	V	GR
Gallade	+	S	ZH
Garbani	+	S	NE
Genner	+	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	+	V	AG
Glanzmann	+	C	LU
Glasson	+	R	FR
Glur	+	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher Edith	+	S	TG
Gross Andreas	%	S	ZH
Guisan	+	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gysin Hans Rudolf	+	R	BL
Gysin Remo	+	S	BS
Häberli	+	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	+	V	BE
Hämmerle	+	S	GR
Hany Urs	+	C	ZH
Hassler	+	V	GR
Hegetschweiler	+	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	+	-	BE
Hochreutener	+	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Huber	+	R	UR
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	=	-	VD
Humbel Näf	+	C	AG
Hutter Jasmin	+	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	+	C	OW
Ineichen	+	R	LU
Janiak	+	S	BL
Jermann	+	C	BL
Joder	+	V	BE
John-Calame	o	G	NE
Kaufmann	+	V	ZH
Keller Robert	+	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE
Kleiner	+	R	AR

Kohler	+	C	JU
Kunz	+	V	LU
Lang	+	G	ZG
Laubacher	+	V	LU
Leuenberger Genève	=	G	GE
Leutenegger Filippo	+	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	o	S	BL
Levrat	+	S	FR
Loepfe	+	C	AI
Lustenberger	+	C	LU
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	o	S	GL
Marty Kalin	+	S	ZH
Mathys	+	V	AG
Maurer	+	V	ZH
Maury Pasquier	o	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	=	G	VD
Messmer	+	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Michel	+	R	GR
Miesch	+	V	BL
Moret Isabelle	+	R	VD
Mörgeli	+	V	ZH
Müller Geri	+	G	AG
Müller Philipp	+	R	AG
Müller Thomas	+	C	SG
Müller Walter	+	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Müri	+	V	LU
Nordmann	o	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	+	V	BE
Pagan	+	V	GE
Parmelin	=	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	+	V	NE
Pfister Gerhard	+	C	ZG
Pfister Theophil	+	V	SG
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	=	G	VD
Rennwald	o	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	+	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	+	V	FR
Robbiani	+	C	TI
Rossini	+	S	VS

Roth-Bernasconi	+	S	GE
Ruey	=	R	VD
Rutschmann	+	V	ZH
Savary	+	S	VD
Schelbert Louis	+	G	LU
Schenk	+	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	+	V	ZG
Schibli	+	V	ZH
Schlürer	+	V	ZH
Schmid Walter	+	V	BE
Schneider	+	R	BE
Schwander	=	V	SZ
Schweizer Urs	+	R	BS
Siegrist	+	-	AG
Simoneschi-Cortesi	+	C	TI
Sommaruga Carlo	o	S	GE
Spuhler	+	V	TG
Stahl	+	V	ZH
Stamm Luzi	o	V	AG
Steiert Jean-François	+	S	FR
Steiner	+	R	SO
Stöckli	+	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Suter	+	R	BE
Teuscher	=	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	+	R	LU
Triponez	+	R	BE
Tschümperlin Andy	+	S	SZ
Vanek	=	-	GE
Vaudroz René	*	R	VD
Veillon	+	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	+	G	ZH
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	+	E	BE
Wäfler	+	E	ZH
Walter Hansjörg	+	V	TG
Wandfluh	+	V	BE
Wehrli	+	C	SZ
Weyeneth	+	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	+	V	SO
Wyss Ursula	+	S	BE
Zeller	+	R	SG
Zemp	+	C	AG
Zisayadis	=	-	VD
Zuppiger	+	V	ZH

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	28	9	35	44	5	51	3	175
nein / non / no	0	4	2	0	0	2	3	11
enth. / abst. / ast.	0	1	0	7	0	1	0	9
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	1	1	0	0	0	2
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	0	0	1	0	0	1	0	2
Vakant / Vacant / Vacante	0	0	0	0	0	0	0	0

+ ja / oui / si

= nein / non / no

o enth. / abst. / ast.

% entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4

* excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4

hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato

Der Präsident stimmt nicht

Le président ne prend pas part aux votes

v Vakant / Vacant / Vacante

Bedeutung Ja / Signification de oui:
Bedeutung Nein / Signification de non: